

Asyl-Paket sorgt für Auseinandersetzungen

Das EU-Parlament hat in 1. Lesung für ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung des EU-Asylsystems und zur Stärkung der Asylbewerberrechte gestimmt. Danach ist eine heftige Debatte über dessen Auswirkungen ausgebrochen.



Foto: Europaparlament 2009

Der vielfach berechtigte Wunsch, in einem Land leben zu können, in dem man nicht an Leib und Leben bedroht ist, in dem man von sozialer Sicherheit und Wohlstand umgeben ist, zieht nicht nur in Krisenzeiten Asylsuchende an. Man erinnert sich in Österreich vor allem an drei „Flüchtlingswellen“: 1956 werden, nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes, 180.432 Ungarn aufgenommen. Zwölf Jahre später wird der „Prager Frühling“ gewaltsam beendet, rund 162.000 Tschechen und Slowaken suchen und finden Zuflucht in Österreich. Vergleichsweise gering stellt sich mit 33.142 die Zahl jener Polen dar, die nach Verhängung des Kriegsrechts in ihrem Land bei uns ebenso Sicherheit suchten, wie rund 60.000 Menschen mit Beginn des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien 1994. Seither schwanken die Zahlen der Asylanträge

in Österreich (so trocken das vor dem Hintergrund der Schicksale auch klingen mag) zwischen 39.354 im Jahr 2002 (jene 16.145 Anträge, die Ende 2001 nach Ausbruch der Kämpfe zwischen Islamabad und den Taliban an der österreichischen Vertretung in Islamabad eingebracht wurden, sind nicht berücksichtigt) und 22.461 im Jahr 2005. Mit 2006 ist mit 13.349 ein Rückgang zu verzeichnen, der sich 2007 mit 11.921 fortsetzt und auch im ersten Halbjahr 2008 um weitere 6,4 Prozent absinkt. Im zweiten Halbjahr war jedoch wiederum ein Anstieg zu verzeichnen, müssen 2008 insgesamt 12.809 Asylanträge verzeichnet werden, was einen Anstieg von 7,45 Prozent bedeutet. (Zum Vergleich: Im Jahr 2008 wurden beim Deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 22.085 Asylersuchen gestellt.)

Viel drastischer stellt sich die Situation in

Ländern dar, die tagtäglich mit einem wahren Ansturm konfrontiert ist. Wie das italienische Innenministerium Anfang des Jahres mitteilte, seien 2008 37.000 Menschen übers Meer nach Italien geflohen und damit 75 Prozent mehr als im Jahr davor. 31.000 davon landeten auf Lampedusa.

Im Jahr 2008 wurden in der EU27 fast 240.000 Asylbewerber¹⁾ registriert, das entspricht 480 Bewerbern pro Million Einwohner. Die meisten Bewerber waren Staatsangehörige folgender Länder: Irak (29.000 oder 12% aller Bewerber), Rußland (21.100 oder 9%), Somalia (14.300 oder 6%), Serbien (13.600 oder 6%) und Afghanistan (12.600 oder 5%). Diese Daten über Asylbewerber in der EU27 stammen aus einem Bericht²⁾ von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2



Alpenquerung auf (der) Schiene S 13



Österreichs Weg nach Europa S 26



Bankgeheimnis bleibt – garantiert S 36



Standort Wien unter Europas Top-10 S 42



Die Suche nach dem »echten« Hofer S 46

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: Europäische Gemeinschaften; BMF; bildbox.biz; Andreas Oberhofer; Tiroler Landesmuseum; Pressefoto Votava; TU Wien; Landesmuseum/Gerhard Watzek; Wien Museum; Österreich Journal

Aus dem Inhalt

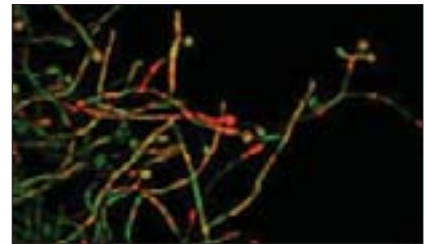
Wirtschaftsbudget 2009/2010	6
Herausforderungen der Pflegevorsorge gemeinsam lösen	8
Städte sind Rückgrat im Kampf gegen Wirtschaftskrise	9
Europa. Österreich entscheidet	11
I'm from Austria ...	12
Alpenquerung auf (der) Schiene	13
Europa gestalten	15
Per Westerberg bei B. Prammer	17
Wien und die EU	18
Mehr Überblick zu EU-Themen	19
Europa wählt	20
Österreichs Weg nach Europa	26
Bundesheer bleibt an Ostgrenze	27
EU-Probewahl in Wien	28
Sicherheitsnetz für Österreicher	29
Internat. Jugendmusiktreffen	30
Europa: Staatliche Beihilfen	32
Das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES)	33
Aus Südtirol	35
Das Bankgeheimnis bleibt	36
Österreichische Industrie schrumpft	38
Wirtschaftswachstumsmuster 2008	39
Exporttag 2009	40
Wirtschaftsstandort Wien unter Top-10 europäischer Städte	42
Brandanschlag auf Matador	44
Tiroler wohnen gut, aber teuer	45
Auf der Suche nach dem »echten« Hofer	46
Wien. Für Dich.	52
Ritterliches Treiben am Tivoli	54
Kaffeehaus tradition im neuen Look	55
Wiens Stadtpatron K. Hofbauer	56
Wiener Votivkirche feiert 130-Jahr-Jubiläum	58
Fritz Muliar ist gestorben	62
Goldene Palme für M. Haneke	63
Kaiser-Maximilian-Preis an Di Stasi	64
Schimmelpilze – neue Lebensretter	65
Supercomputer »Leo II« in Betrieb	66
Pilotanlage für solare Kühlung	67
Metalle mit Diamanten	68
Jugendstil pur!	69
Tiroler Volkskunstmuseum	72
Die Hofkirche zu Innsbruck	76
Mode in Wien: Großer Auftritt	84
Felix Mitterers »Speckbacher«	86
HAYDN Gedenktage in Eisenstadt	87
Musikalisches Miteinander	88
100 Jahre Polizeimusik Wien	89
»Österreicher in Hollywood« diesmal: Joseph Schildkraut	90
Innsbruck: Stadt, Land, Fluß ... und vieles mehr	93
Kärntens Naturarena	100



Fritz Muliar ist gestorben S 62



Goldene Palme für Michael Haneke S 63



Schimmelpilze – neue Lebensretter S 65



Das neue Tiroler Volkskundemuseum S 72



Mode in Wien: Großer Auftritt S 84



Innsbruck: Stadt, Land, Fluß ... S 42

Thema

➤ Von den Mitgliedsstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichnete im Jahr 2008 Frankreich die höchste Zahl von Asylbewerbern (41.800 Bewerber). Das Vereinigte Königreich registrierte 30.500 Bewerber, allerdings erfaßt diese Zahl nur Neubewerber. Es folgten Deutschland (26.900), Schweden (24.900), Griechenland (19.900), Belgien (15.900) und die Niederlande (15.300). Im Vergleich zur Bevölkerung des jeweiligen Mitgliedstaates war die Asylbewerberquote in Malta (6350 Bewerber pro Million Einwohner), Zypern (4370), Schweden (2710), Griechenland (1775), Österreich (1530) und Belgien (1495) am höchsten. In einigen Mitgliedsstaaten kam ein großer Teil der Bewerber aus einem einzigen Land. Die Mitgliedsstaaten mit den höchsten Konzentrationen waren Polen (91% der Bewerber kamen aus Rußland), Litauen (77% aus Rußland), Ungarn (52% aus Serbien), Luxemburg (48% aus Serbien) und Bulgarien (47% aus dem Irak).

Eine Viertelmillion Menschen drängt also jährlich nach Europa – den einzelnen, betroffenen Ländern resp. den meisten der diese vertretenden Parteien ist dies jedenfalls zu viel. Aber nicht nur Grüne, sondern die meisten der NGOs sehen in dieser Debatte eine menschenverachtende Haltung gegenüber Schlechtergestellten, denen man jedenfalls entsprechende Hilfe angedeihen lassen sollte, umso mehr, als viele der EU-Staaten wirtschaftlich ja nicht gerade als arm dastehen.

Die unterschiedlichen Asyl-Richtlinien in den einzelnen Staaten führen vor allem auch dann zu Verwicklungen, wenn ein Werber in einem Land um Asyl ansucht, in dem er nicht eingereist ist, das also für ein Asylverfahren gar nicht zuständig ist. Der Asylwerber soll dann in jenes Land zurückgebracht werden, über das er in die EU eingereist ist und wo er mit größter Wahrscheinlichkeit auf andere Voraussetzungen für ein positives Verfahrensergebnis stoßen wird. Was nicht zuletzt auch dazu beigetragen hat, daß eine Initiative für – unter anderem – mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten

ten, die Schaffung eines europäischen „Asyl-Support Office“, angemessene Aufnahmebedingungen sowie kostenlose Rechtsberatung für Asylbewerber ins Leben gerufen wurde.

Das Asylpaket des EP

Am 7. Mai sprachen sich, nach eingehenden Debatten im Plenum, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) in erster Lesung für ein solches Asylpaket aus, das aus insgesamt fünf Verordnungen und Richtlinien besteht. Als erster Teil der Gesetzgebung wurde der Bericht von Antonio Masip Hidalgo (SPE, Spanien) mit großer Mehrheit angenommen. Dieser fordert angemessene Aufnahmebedingungen für Asylbewerber in bezug auf Wohnen, Nahrung, Kleidung, medizinische Versorgung, finanzielle Vorteile, der Freizügigkeit und den Zugang zu Arbeit. Der Text enthält auch Bestimmungen über den Schutz von gefährdeten Personen wie Minderjährigen, schwangeren Frauen und Opfer von Folter und Gewalt.

Haftbestimmungen

Nach den neuen Regelungen soll über die Anwendung von Haft von Fall zu Fall entschieden werden. Asylbewerber sollten zudem nicht in Gefängnissen, sondern in speziell hierfür vorgesehenen Einrichtungen untergebracht werden. Auch müßten rechtliche Garantien gegen willkürliche Inhaftierungen eingeführt werden. Die Inhaftierung von unbegleiteten Minderjährigen müsse verboten werden.

Kostenlose Rechtsberatung für Asylbewerber

Die Gesetzgebung soll zudem darauf hinwirken, daß allein Justizbehörden Haftbefehle ausstellen können. Verwaltungsbehörden hingegen sollen nur in dringenden Fällen Migranten verhaften dürfen. Ihre Entscheidung soll aber in jedem Fall von den zuständigen Justizbehörden innerhalb von 72 Stunden bestätigt werden; wird keine Entscheidung gefällt, muß der Asylbewerber sofort freigelassen werden. Inhaftierte Asylbewerber müssen in einer ihnen bekannten Sprache darüber informiert werden, daß sie Anspruch auf eine kostenlose Rechtsberatung und Vertretung haben, so die Abgeordneten. Ihnen steht nach der neuen Regelung zudem medizinische Versorgung und eine angemessene psychologische Unterstützung zu.

Die Abgeordneten glauben auch, daß die administrativen Verfahren für die Prüfung

von Asylanträgen schneller durchgeführt werden müssen und daß Verzögerungen, die nicht die Schuld der Asylbewerber sind, eine Verlängerung der Haft nicht rechtfertigen.

Darüberhinaus ist das EP der Ansicht, daß die Asylbewerber innerhalb von sechs Monaten nachdem ein Antrag auf internationalen Schutz gestellt worden ist, eine Arbeitserlaubnis erhalten müssen. Minderjährige müssen innerhalb von drei Monaten Zugang zu Bildung erhalten.

Gefährdete Personen

Mitgliedsstaaten müssen nach den neuen Regelungen prüfen, ob der Antragsteller besondere Bedürfnisse hat: dabei geht es vor allem um gefährdete Personen, darunter Minderjährige, schwangere Frauen und Opfer von Folter, Gewalt und Genitalverstümmelung bei Frauen. Folteropfer müßten so schnell wie möglich in ein Pflege-Zentrum eingewiesen werden, so das Parlament. Die Mitgliedsstaaten werden zudem verpflichtet, auch bei der Familienzusammenführung zu helfen.

Neufassung der »Dublin-Verordnung«

Ein weiterer Bericht von Jeanine Henniss-Plasschaert (ALDE, Niederlande) betrifft die Novelle der seit 2003 bestehenden sog. „Dublin-Verordnung“. Diese gewährleistet den freien Zugang zur Asyl-Antragstellung sowie die rasche Antragsbearbeitung. Sie soll zudem unterbinden, daß die Antragsteller sich in mehreren Mitgliedsstaaten bewerben. Der Bericht fordert, höhere Standards für den Schutz von Asylbewerbern zu garantieren und schlägt Maßnahmen zur Verbesserung der Situationen derjenigen Mitgliedsstaaten vor, die durch einen verstärkten Zustrom von Asylsuchenden unter besonderem Druck stehen. So soll es nun Fristen geben, um die Verfahren effizienter und schneller zu machen.

Durch die neue Verordnung müssen die Mitgliedsstaaten gewährleisten, daß alle Rechte von Asylbewerbern, die internationalen Schutz genießen, voll umgesetzt werden: Dazu gehört das Recht der Berufung gegen Entscheidungen, einschließlich des Rechtes auf Prozeßkostenhilfe, sowie die Familienzusammenführung. Zudem bestätigt der Bericht das rechtliche Prinzip, daß niemand verhaftet werden darf, nur weil er um internationalen Schutz bittet.

Die Abgeordneten weisen zudem darauf hin, daß die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten verstärkt werden muß. Dazu sollen Teams aus nationalen Experten gebil-

¹⁾ Ein Asylbewerber ist eine Person, die während des Berichtszeitraums einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat oder als Familienangehöriger in einen solchen Antrag einbezogen ist.

²⁾ Eurostat, Daten kurz gefaßt, 8/2009 „Asylum applicants and decisions on asylum applications in Q4 2008“, auf der Eurostat-Website kostenlos im PDF-Format zugänglich. Die für diese Veröffentlichung herangezogenen Daten von den Innen- bzw. Justizministerien oder von Einwanderungsagenturen der Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt.

Thema

det werden, um diejenigen Mitgliedsstaaten zu unterstützen, die mit einer besonders großen Anzahl von Asylanträgen konfrontiert sind. Auch soll dafür gesorgt werden, daß eine Person, die internationalen Schutz genießt, von einem anderen Mitgliedstaat aufgenommen werden kann, als dem, der die Aufnahme ursprünglich genehmigte – auch um die Lasten zwischen den Ländern besser zu verteilen. Die entsprechenden Rechtsverordnungen sollen bis Anfang 2012 umgesetzt werden. Auch im Falle von unbegleiteten Minderjährigen soll die Zusammenführung mit der Familie erleichtert werden. Wenn Überstellungen erfolgen, müßten diese unter Wahrung der Grundrechte und der Menschenwürde stattfinden, so die Abgeordneten; außerdem müßten dem Asylsuchenden ausreichend Informationen in einer ihm verständlichen Sprache zur Verfügung stehen.

Verbesserung der Fingerabdruck-Datenbank Eurodac

Das Dublin-System kann nicht ohne ein System zur Identifizierung von Ausländern funktionieren, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben. Dieses System ist Eurodac, ein digitales Set-up für den Vergleich von Fingerabdrücken, das bereits 2003 eingeführt wurde. Die allgemeine Funktionsweise des Systems hinsichtlich der verschiedenen Phasen der Operation und der Festlegung von Datenschutzvorschriften soll verbessert werden. So werden die Mitgliedsstaaten beispielsweise verpflichtet, solche Daten zu löschen, die nicht mehr benötigt werden.

Ein Büro, um den Mitgliedsstaaten zu helfen

Schließlich hat das Parlament auch den Bericht von Jean Lambert (Grüne/EFA, Großbritannien) zur Schaffung eines europäischen „Asyl-Support Office“ angenommen. Dieses Gremium wird Experten-Hilfe bei der Umsetzung der EU-Asylpolitik bereitstellen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten fördern. Die Abgeordneten plädieren dafür, daß dieses Büro in Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge und Nichtregierungsorganisationen Aus- und Fortbildungsprogramme im Bereich Asyl entwickelt. Das Büro solle auch ein Frühwarnsystem einrichten, um den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission zu ermöglichen, große Zuströme von Bewerbern rechtzeitig voraussehen zu können.

Die Verordnung wird durch einen weiteren Beschluß begleitet, der vorsieht, daß die

Finanzierung des „Asyl Support Office“ durch umgeschickte Mittel aus dem Europäischen Flüchtlingsfond erfolgt. Dies wird in dem ebenfalls verabschiedeten Bericht von Bárbara Dührkop-Dührkop (SPE, Spanien) festgelegt.

SPÖ lehnt EU-Asylrichtlinie offiziell ab

Die SPÖ lehnt – so wie auch deren Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Hannes Swoboda, die neue Asyl-Richtlinie offiziell ab. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas erklärte gegenüber der APA, daß dies auch der Linie entspreche, auf die man sich im zuständigen Parlaments-Unterausschuß mit der ÖVP geeinigt habe. Man schließe sich Swobodas Standpunkt an, die Richtlinie an sich sei „unausgegoren“ und „eigentlich gar nicht nötig“. Swoboda selbst Eine allfällige Zustimmung im Ministerrat werde es dafür also nicht geben. Daß die Europaparlamentarier Maria Berger, Wolfgang Bulfon und Harald Ettl für die Richtlinie gestimmt haben, bereite der SPÖ kein Problem. Alle drei würden bei der EU-Wahl nicht mehr antreten. Herbert Bösch hatte sich ebenso seiner Stimme enthalten, wie Christa Prets, die an sechster Stelle kandidiert. Jörg Leichtfried war bei der Abstimmung nicht anwesend. Mehr als diese Stellungnahme Rudas' dazu war nicht herauszufinden, selbst der Suchbegriff „Asyl“ auf der SPÖ-Homepage ergab zu Redaktionsschluß keinen Treffer.

Strache: Aufforderung zur Massenzuwanderung

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache kritisierte die „absurden Asylpläne der EU“ und erinnerte daran, daß die FPÖ bereits drei Wochen zuvor im EU-Unterausschuß einen – von den anderen Parteien abgelehnten – Antrag eingebracht habe, in dem sie gegen diese Asylpläne entschieden Stellung bezogen habe.

Ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt sei gerade jetzt völlig kontraproduktiv und verschärfe die ohnehin mehr als angespannte Situation am Arbeitsmarkt, führte Strache weiter aus. Allein in Österreich würde, laut Expertenwarnungen, bis Jahresende ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf bis zu 600.000 drohen. Eine Öffnung des Arbeitsmarkts für Asylwerber nach sechs Monaten sowie weitere Vergünstigungen seien nichts anderes als eine Aufforderung zur Massenzuwanderung. Hinzu komme noch Innenministerin Maria Fekters Bleiberecht, mit dem Asylmißbrauch geradezu legalisiert

Abstimmungsergebnisse

Verfahren: Mitentscheidung

1. Lesung

Aussprache: 6. Mai 2009

Abstimmung: 7. Mai 2009

Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern (Neufassung),

431 Ja-Stimmen

69 Nein-Stimmen

43 Enthaltungen

Anträge von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat auf internationalen Schutz (Neufassung),

398 Ja-Stimmen

56 Nein-Stimmen

65 Enthaltungen

Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten (Neufassung),

445 Ja-Stimmen

76 Nein-Stimmen

8 Enthaltungen

Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen

467 Ja-Stimmen

42 Nein-Stimmen

18 Enthaltungen

Europäischer Flüchtlingsfonds (2008 bis 2013)

482 Ja-Stimmen

40 Nein-Stimmen

19 Enthaltungen

worden sei. Daher sei auch die Aufregung der ÖVP über die EU-Pläne nur bedingt glaubwürdig, so Strache.

Die österreichische Bundesregierung habe die Pflicht, gegen diese Asylpläne ein Veto einzulegen, forderte Strache. Hier gehe es in Wahrheit nämlich nicht um Asyl, sondern um eine weitere Erleichterung der ohnehin schon nahezu außer Kontrolle geratenen Massenzuwanderung nach Europa. Weiters müßten in Österreich die Asylbestimmungen verschärft und Fekters Bleiberecht wieder abgeschafft werden.

Kaltenegger: Strache hat Aufweichung der Asylregeln zugelassen

„Strache hat die Aufweichung der Asylregeln durch die EU-Asylrichtlinie zugelassen. Sein FPÖ-Mann, der faule Mölzer, hat nämlich die Abstimmung über die Asylrichtlinie geschwänzt. Während die ÖVP-Abgeordneten geschlossen gegen eine Aufweichung der Asylbestimmungen gestimmt

Thema

haben, hat Mölzer wieder einmal eine Abstimmung geschwänzt. Damit hat Strache zugelassen, daß Asylwerber automatischen Arbeitsmarktzugang bekommen und der Familienbegriff über jenen der Kernfamilie ausgeweitet wird“, erklärte ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger, „damit ist die FPÖ wieder einmal als die Maulhelden-Partei Österreichs entlarvt.“

„Die Wahrheit ist: Strache schwingt nur große Reden, aber es ist nichts dahinter. Die Blauorangen schimpfen über Brüssel und Asylwerber. Aber wenn es dann darum geht, in Brüssel über Asylbestimmungen abzustimmen, dann schwänzen sie“, kritisiert der Generalsekretär. „Fakt ist, daß Rot-Grün und Martin für die neue Asyl-Richtlinie gestimmt haben. FPÖ-Mann Mölzer, bekannt als faulster EU-Abgeordneter, hat die Abstimmung geschwänzt und pfeift augenscheinlich völlig auf die Interessen der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so Kaltenegger. Der rot-grüne Antrag sehe einen automatischen Vollzugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber, Sozialhilfe für alle Asylwerber sowie die Erweiterung des Familienbegriffs beim Zuzug vor.

Stadler: Swoboda, Karas, Mölzer und Co. für Asylwahnsinn verantwortlich

Der BZÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Ewald Stadler, zeigte sich empört über das Verhalten der österreichischen EU-Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und Martin bei der Abstimmung zur neuen Asylrichtlinie. „Die Damen und Herren Abgeordneten in Brüssel sind dafür verantwortlich, daß zukünftig jeder Asylwerber nach sechs Monaten Aufenthalt in Österreich automatisch eine Arbeitsgenehmigung erhalten soll, Asylwerber EU-Staatsbürgern gleichgestellt werden und sich Asylwerber aussuchen können, in welchem Land ihr Asylverfahren abgewickelt werden soll. Diese Politiker haben die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher verraten und sind schuld am künftigen Asylwahnsinn und einer noch nie da gewesenen Einwanderungswelle nach Österreich“, kritisierte Stadler. „Das BZÖ hat als erste Partei vor diesem Asylwahnsinn der EU gewarnt. SPÖ, ÖVP und FPÖ war dies völlig egal. Sie haben die EU-Asylrichtlinie widerstandslos zu Kenntnis genommen und sie sogar noch unterstützt.“

Lunacek: SPÖ und ÖVP segeln auf anti-europäischem, nationalistischem Kurs

„SPÖ und ÖVP sind in Sachen Asylrichtlinie klar auf einem antieuropäischen,

nationalistischen Kurs. Menschen- und Grundrechte zählen für die beiden österreichischen Regierungsparteien offenbar weniger als billiger Stimmenfang. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik kann es nur gemeinsame, europäische Lösungen geben. Ich begrüße die Position von Kommission und Europäischem Parlament, die Menschenrechte in dieser Sache umzusetzen“, reagiert die Spitzkandidatin der Grünen, Ulrike Lunacek, anläßlich Zustimmung von großen Teilen der Konservativen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament zur Asylrichtlinie. Die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun, ergänzt, mit den Entwürfen sollten nämlich EU-weit gleiche Standards geschaffen werden, wie, z.B., daß Kinderflüchtlinge nicht in Schubhaft gesperrt werden dürfen. Es heiße nicht Sozialhilfe für alle, sondern Versorgung auf dem Niveau der Sozialhilfe. Daß Asylwerber nach einer gewissen Zeit in die Lage versetzt werden sollen, sich durch Arbeit selbst zu erhalten, verhindere Schwarzarbeit und Kriminalität.

Innenministerin Maria Fekter will Abschiebungen beschleunigen

Anläßlich der Beratungen über das berät Budgetkapitel Inneres stellte Innenministerin Maria Fekter im Budget-Unterausschuß des Parlaments am 13. Mai fest, die Zahl der Asylanträge seit derzeit wieder im Steigen, nachdem jahrelang ein Rückgang zu verzeichnen gewesen sei. Sie sei jedoch zuversichtlich, daß der Antragsanstieg bewältigbar sein werde. Es würden immer mehr Personen um Asyl ansuchen, die keine Asylgründe vorbringen könnten, beklagte Fekter, was hohe Kosten verursache.

Bei der Rückführung abgelehnter Asylwerber gebe es zahlreiche Schwierigkeiten, sagte Fekter weiter. Ein Grund sei das nicht kooperative Verhalten der Betroffenen, die „betrügerische Angaben“ machten und etwa eine falsche Herkunft angeben.

Fekter will daher, wie sie ankündigte, künftig schärfer gegen Identitätsbetrug vorgehen. Dieser sei zwar schon bisher strafbar, erläuterte sie, sie sei aber in Gesprächen mit Justizministerin Claudia Bandion-Ortner, um die bestehenden Tatbestände zusammenzufassen und das derzeit nicht vorhandene Unrechtsbewußtsein zu schärfen.

Die Kooperation mit den europäischen Ländern im Asylbereich läuft Fekter zufolge unterschiedlich gut. So sei Polen bei der Rücknahme von Flüchtlingen sehr kooperativ, während die Zusammenarbeit mit den

Mittelmeerländern, vor allem mit Italien, Griechenland, Malta und Zypern, schlecht funktioniere. Die betroffenen Länder argumentierten, daß sie durch die hohe Flüchtlingszahl ohnehin stark belastet seien. Österreich selbst prüfe jeden Asylantrag individuell, versicherte Fekter, und wies darauf hin, daß im vergangenen Jahr sogar 36 EU-Bürger um Asyl in Österreich angesucht hätten.

Verteidigt wurde von der Innenministerin die Praxis, Kinder gemeinsam mit ihren Eltern in Schubhaft zu nehmen, wenn die Familie kurz vor der Abschiebung stehe. Daß es zu keiner Trennung komme, sei auch der Wunsch der Eltern, argumentierte sie. Grundsätzlich würden bei Frauen und Kindern aber „gelindere Mittel“ angewandt und nur der Vater in Schubhaft genommen, um ein Untertauchen zu verhindern.

Was die Grundversorgung von Asylwerbern anlangt, hätte Fekter gerne, wie sie erklärte, eine zentrale Erfassungsdatei. Aufgrund von Kontrollen habe sich nämlich gezeigt, daß viele Betroffene untergetaucht seien. Bereits jetzt habe sich das Ministerium durch Kontrollmechanismen Millionenbeträge erspart.

Eine Anhebung des Tagsatzes für die Grundversorgung, wie von der Grün-Abgeordneten Alev Korun gefordert, lehnte Fekter ab. Österreich sei auf Grund der breiten Grundversorgung nach Schweden und Dänemark das drittattraktivste Land für Schlepperorganisationen, zeigte sich Fekter überzeugt. Sie wolle durch eine Erhöhung des Tagsatzes kein Signal aussenden.

Weiters beabsichtigt Fekter, die Aktivitäten in Bezug auf die freiwillige Rückkehr von Asylwerbern zu intensivieren. Organisationen, die in der Vergangenheit nicht erfolgreich gewesen seien, würden vom Innenministerium kein Geld mehr bekommen, betonte sie.

Großes Lob äußerte Fekter für die Arbeit des Bundesasylamtes. Mittlerweile würden nur mehr ganz wenige Entscheidungen vor dem Asylgerichtshof nicht halten, der mit 1. Juli 2008 die bisherige Berufungsinstanz im Asylverfahren, den Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS), abgelöst hat.

Der Asylgerichtshof ist – im Unterschied zum Unabhängigen Bundesasylsenat – allerdings nicht Berufungsbehörde, sondern letztinstanzliches Gericht für alle individuellen Beschwerden gegen Bescheide des Bundesasylamtes. ■

<http://www.bmi.gv.at/asylwesen/>

<http://www.asylgh.gv.at>

<http://www.menschenrechtsbeirat.at/>

Wirtschaftsbudget 2009/2010 präsentiert

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentierte das Doppelbudget des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend im Parlament.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat am 27. Mai in der Budgetdebatte im Nationalrat sein Ressortbudget für die Jahre 2009 und 2010 präsentiert. Das Budget des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend wird im Bereich „Wirtschaft“ 2009 und 2010 um bis zu 30 Prozent aufgestockt, um damit die Krise zu bewältigen. Mit diesen Mitteln wird vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen gesichert. In seinen Ausführungen betonte Mitterlehner fünf wirtschaftspolitische Schwerpunktmaßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen: Forschung und Entwicklung (F&E), die Exportwirtschaft, die heimischen Klein- und Mittelbetriebe (KMU), der Tourismus und die Förderung familienfreundlicher Maßnahmen. „Der Staat gibt die Rahmenbedingungen vor, damit die heimischen Unternehmen erfolgreich handeln können. Wir helfen kraftvoll, haushalten aber auch maßvoll. Die unternehmerische Entscheidung liegt aber bei den Betrieben selbst“, sagte Mitterlehner.

Ein Schwerpunkt gilt den Klein- und Mittelbetrieben, die durch die Konjunkturprogramme stark unterstützt werden. Das Austria Wirtschaftsservice (aws) hat im ersten Quartal 2009 bereits rund 1000 Projekte mit Zuschüssen, Krediten oder Haftungsübernahmen in der Höhe von etwa 339 Millionen Euro gefördert. Das sind um 13 Prozent mehr als im ersten Quartal 2008. Neu dazu kommt seit dem 20. Mai eine aws-Haftung für Überbrückungsfinanzierungen. Dabei werden an sich gesunde Unternehmen gefördert und abgesichert, die in der Krise mit vorübergehenden Finanzierungsgespässen kämpfen.

60 Prozent des österreichischen Wohlstands werden im Ausland erarbeitet. Daher wird auch die Exportwirtschaft in der Krise gestützt. Je 25 Millionen Euro stehen 2009 und 2010 für die Internationalisierungsoffensive zur Verfügung, dazu kommen noch drei Millionen Euro 2009 und neun Millionen Euro 2010 für die EXPO in Shanghai. „Die heimischen Unternehmen werden bei der Erschließung neuer zukunftssträchtiger Märkte unterstützt. Das passiert einerseits in

geografischer Hinsicht in den Hoffungsregionen Naher und Mittlerer Osten, Südostasien, Nordafrika, Schwarzmeerregion oder Kaukasus. Andererseits werden auch der Export von Umwelt- und Energietechnik, der Hochtechnologiebereich und die



Foto: BMWi/FJ

Wirtschaftsminister
Reinhold Mitterlehner

Dienstleistungen im Bereich Kreativwirtschaft gefördert. Damit soll die starke Abhängigkeit von Deutschland verringert und die internationale Vernetzung, etwa im Technologie- und Bildungsbereich, gestärkt werden, so der Minister. Mit einer Kommunikationsoffensive werden Standort und „Marke Österreich“ noch besser positioniert.

Dem heimischen Tourismus als Konjunktur- und Arbeitsplatzmotor wird auch geholfen. Im „Konjunkturpaket Tourismus“ wurden die für den Tourismus zur Verfügung stehenden ERP-Kreditmittel von 32 Millionen auf 38 Millionen Euro im Jahr 2009 erhöht und eine Öffnung der ERP-Kleinkredite auch für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft umgesetzt. Dazu kommen die Übernahme von Haftungen für Überbrückungsfi-

nanzierungen durch die Österreichische Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) und ein Globaldarlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in der Höhe von 140 Millionen Euro an die ÖHT zur Refinanzierung ihrer Kredite. Wie im Budgetbegleitgesetz vorgesehen, wird jetzt der ÖHT-Haftungsrahmen von 250 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro verdoppelt und die Haftungsobergrenze auf vier Millionen Euro erhöht. Die Tourismuswirtschaft nimmt die Programme auch stark in Anspruch. Bis heute wurden bereits 458 Förderanträge an die ÖHT gestellt, das ist mehr als im gesamten ersten Halbjahr 2008.

„Forschung und Entwicklung werden in Österreich weiter vorangetrieben, denn darin liegt ein Schlüssel zum langfristigen Erfolg Österreichs“, sagte Mitterlehner. Schwerpunkte der wirtschaftsnahen Forschungsaktivitäten des Wirtschaftsministeriums sind Kooperationen zwischen Universitäten und Betrieben wie das Kompetenzzentrumprogramm COMET oder die Christian Doppler Labors. Durch Innovationsschecks und das Programm COIN – Cooperation and Innovation – werden die heimischen Klein- und Mittelbetriebe unterstützt. Die Konjunkturprogramme zeigen mit einem Anstieg der Basisprogramm-Förderungen der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) um 33 Prozent im Vergleich zum Vorjahr hier bereits ihre Wirkung. Im Budgetbegleitgesetz wird der Haftungsrahmen der FFG nochmals um 25 Prozent auf insgesamt 320 Millionen Euro erhöht.

„Österreich ist keine Insel der Seligen. Die Krise in diesem Umfang kann nur international bekämpft werden. Österreichs Maßnahmen übertreffen deutlich die Vorgaben der EU, und wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Unser Ziel ist klar: Nach der Krise wollen wir noch stärker sein als vorher“, so Mitterlehner abschließend.

Matznetter: Budget der Regierung ist effiziente Krisenfeuerwehr

„Wir haben sehr schnell gehandelt und das Richtige gemacht“, so SPÖ-Wirtschafts-

Innenpolitik

sprecher Christoph Matznetter, der darauf hinwies, daß bereits im Oktober des Vorjahres „die notwendigen Weichenstellungen gesetzt wurden, um die österreichischen Spareinlagen zu schützen.“ Und schon im November – „während andere Regierungen noch überlegten, was sie im Lichte der Krise tun“ – sei dann das erste Konjunkturpaket beschlossen worden: „Mit einem Volumen von einer Milliarde Euro wurde ein Paket von den kleinen bis zu den großen Betrieben geschnürt“, betonte Matznetter. Bereits heute könnten hunderte Kleinbetriebe mit den mit zwei Prozent verzinsten Darlehen entsprechende Volumina akquirieren. Im Jänner sei dann das wichtige dritte Paket geschnürt worden, stellte Matznetter klar.

Matznetter sprach auch die Milliarde Euro an vorgezogenen Investitionen im Bereich der Infrastruktur der Bundesregierung an. Überdies „wurden über eine halbe Milliarde an vorzeitigen Abschreibungen, die es heuer und nächstes Jahr für die Unternehmungen gibt“, ermöglicht. Die im Budget bereitgestellten 100 Millionen Euro für thermische Sanierungsmaßnahmen lösen ein Volumen bis Ende Juni aus, wo mit 600 bis 700 Millionen Euro zu rechnen sei. „Und auch die Verschrottungsprämie hat geholfen, die Zulieferbetriebe zu beschäftigen“, so Matznetter.

Weiters führte Matznetter aus, daß die SPÖ-geführte Bundesregierung angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise „rasch und richtig gehandelt“ habe, und nicht umsonst „zählt sie zu den Besten, was die Konjunkturpakete betrifft.“ Und weiter: „Wir haben als Feuerwehr die richtige Menge Löschfahrzeuge eingesetzt, die richtige Menge an Löschwasser eingesetzt und es funktioniert.“ Daher habe Österreich auch mit weniger Schrumpfung als beispielsweise Deutschland zu rechnen, so Matznetter abschließend.

Deimek: Mitterlehner ist lediglich ein »Rosstäuscher«

„Die Bürger bekommen nur plakative Aussagen vom Wirtschaftsbund und dem zuständigen Wirtschaftsminister Mitterlehner zu hören. Lohnnebenkosten sollen gesenkt, die Lehrlingsförderung soll angehoben werden usw. Wenn man im Wahlkreis unterwegs ist, fragen die Unternehmer was passiert wirklich, wir spüren nichts von Entlastungen oder Maßnahmen. Es sind also in Summe nur leere Worthülsen, die hier großartig angekündigt werden.“ Dies stellte der Landesparteibeamten-Stellvertreter der FPÖ Oberösterreich, Gerhard Deimek fest.

Im EU-Vergleich sei, so Deimek, der Faktor Arbeit in Österreich sehr hoch besteuert. „Immer soll Österreich bei der EU im Spitzenfeld sein und sich als Vorreiter betätigen. Aber hier nimmt es die Regierung hin, daß wir weit nachhinken“, zeigte der freiheitliche Abgeordnete auf, „daß dies für den Wirtschaftsstandort Österreich sehr schädlich ist.“

Es sei in Summe nichts passiert. Die ÖVP behaupte, daß Österreich immer vorne dabei sei – aber leider dort, wo nichts passiere. Für Deimek „ist Minister Mitterlehner lediglich ein »Rosstäuscher«, der nur dadurch auffällt, populistische Attacken gegen die FPÖ zu reiten anstatt für die Wirtschaft sinnvolle Maßnahmen umzusetzen“. Die FPÖ trete dafür ein, daß die Wirtschaft – und hier vor allem die KMU – gestärkt werden. „Dort werden die Arbeitsplätze geschaffen. Dieser Aufgabe sollte sich die Regierung annehmen, anstatt weiterhin nur die steigende Arbeitslosigkeit zu finanzieren und zu verwalten“, bekräftigte Deimek abschließend.

Lugar: Suchen Sie das Feuer, das sie hatten!

Ein knapp über ein Promille höheres Wirtschaftsbudget ist keine Kampfansage an die Krise, kritisierte BZÖ-Wirtschaftssprecher Robert Lugar. Von Wirtschaftsminister Mitterlehner, den er vor 15 Jahren als Hoffnungsträger kennengelernt habe, verlangte Lugar: „Suchen Sie das Feuer, das Sie damals hatten!“ Denn viel sei davon nicht übrig geblieben.

Bei rund 500.000 Arbeitslosen, einem Exportrückgang heuer um 25 Prozent und Auftragsrückgängen bis zu 50 Prozent sei es nötig, daß Politiker zusammenrücken und gemeinsam Lösungen finden. Dabei erinnerte Lugar an die Vorschläge des BZÖ, wie mit den eingesetzten 100 Mio. Euro 3 Mrd. bewegt werden könnten. Dabei entscheidend die Bauwirtschaft. „95 Prozent der Baufirmen haben zuwenig Aufträge – geben Sie Geld frei für thermische Sanierung!“, verlangte Lugar. Auch durch die längst überfällige Verwaltungsreform könnten Mittel freimachen.

Haubner: Budget schafft Balance zwischen Krisenbekämpfung und maßvollem Haushalten

Der Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Peter Haubner, betonte die sinnvolle Zielsetzung des aktuellen Budgets zur effektiven Ankurbelung der Wirtschaft: „Mit der Mittelstandsmilliarde und

der Investitionsoffensive im Zuge der Konjunkturpakete wurde richtig reagiert. Weiters bringt die Steuerreform die nötige Entlastung für mehr Kaufkraft.“ Der Wirtschaftsminister habe sich hier erfolgreich für die richtigen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt, so Haubner.

Für Haubner steht „Entlastung statt Belastung“ im Mittelpunkt. Zentrale Punkte wie die steuerliche Gleichstellung von Selbständigen und Unselbständigen, sowie das Bankenhilfspaket seien Signale der klaren Unterstützung der Unternehmerinnen und Unternehmer, so Haubner.

„Grundsätzlich gelte es jetzt die Weichen für die Zukunft Österreichs dahingehend zu stellen, daß Unternehmergeist und Engagement sich weiterhin auszahlen. Entscheidend ist dabei auch ein Balance-Akt zwischen effektiver Hilfe und maßvollem Haushalten. Denn die Schulden von heute sind die Wechsel von morgen.“

Tumpel: Mehr Mittel für die Förderung thermischer Sanierung nötig

„Die private Nachfrage nach Förderungen für die thermische Gebäudesanierung ist groß. Viele wollen die Chance nutzen um ihre Häuser umweltgerecht und energiesparend nachzurüsten. Die Regierung darf jetzt nicht auf die Bremse steigen und muß ausreichende Mittel zur Förderung zur Verfügung stellen“, sagte Arbeiterkammer Präsident Herbert Tumpel. Denn: „Investitionen sind gerade in jenen Bereichen nötig, die viele Arbeitsplätze schaffen. Das ist bei der Wärmedämmung der Fall“, so Tumpel. Für die thermische Gebäudesanierung finden sich im Bundesbudget 2009 ausgabenseitig insgesamt 86 Millionen Euro wieder – 50 Millionen davon kommen aus einer Sonderdividende des Verbunds, 36 Millionen werden durch Rücklagenauflösungen des Klima- und Energiefonds aufgebracht. Der fehlende Rest auf die versprochenen 100 Millionen – 14 Millionen – findet sich nicht im Budget wieder. Sie sollen aus dem laufenden Budget des Klima- und Energiefonds gedeckt werden. Es handelt sich also nicht um zusätzliche Mittel, es wird lediglich ein neues Mascherl verliehen. Angesichts der großen Nachfrage könnten die Budgetmittel für die thermische Sanierung von Privat-Gebäuden bereits im Frühsommer ausgeschöpft sein. „Die Regierung wird hier noch mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Gerade diese Förderung zählt zu jenen mit den stärksten Beschäftigungseffekten“, so Tumpel. ■

Herausforderungen der Pflegevorsorge gemeinsam lösen

Sozialminister Rudolf Hundstorfer dankte am »Tag der Pflege« allen Menschen, die in Pflege und Betreuung tätig sind.

Am 12. Mai, dem „Internationalen Tag der Pflege“, bezeichnete Sozialminister Rudolf Hundstorfer das Thema Pflegevorsorge als eine der wichtigsten Herausforderungen in den nächsten Jahren und sprach all jenen Menschen, die im Rahmen der Pflege und Betreuung tätig sind, Dank und Anerkennung aus. „Die notwendigen Lösungen betreffen alle Bereiche des österreichischen Systems der Pflegevorsorge und können nur in einem funktionierenden Miteinander von Bund, Ländern, Sozialpartnern, Interessensvereinigungen, FachexpertInnen und Betroffenen gefunden werden“, so der Appell des Sozialministers, der die unverzichtbare Rolle des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege im Gesamtsystem betonte.

In diesem Zusammenhang unterstrich Hundstorfer die hervorragenden Leistungen, die diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen zur Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege erbringen. So werden im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) von 100 diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen bundesweit bei PflegegeldbezieherInnen der Stufen 1 bis 7 Hausbesuche durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf Information und Beratung aller an der jeweils konkreten Pflegesituation beteiligten Personen gelegt wird. Die Qualitätssicherung wurde als Projekt gestartet und aufgrund der guten Erfahrungen als laufende Maßnahme implementiert, wobei bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern ein eigenes Kompetenzzentrum Pflege zur Durchführung eingerichtet wurde. Heuer noch sollen bei zumindest 17.000 PflegegeldbezieherInnen im Rahmen dieser Maßnahme Hausbesuche durchgeführt werden.

Kostenlose Pensionsversicherung für pflegende Angehörige ab Pflegestufe 3

Der Sozialminister nahm den „Internationalen Tag der Pflege“ auch zum Anlaß, auf die weitere Verbesserung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung pflegender Angehöriger aufmerksam zu machen. Ab 1. Juli 2009 soll demnach der Bund ab der Pflege-



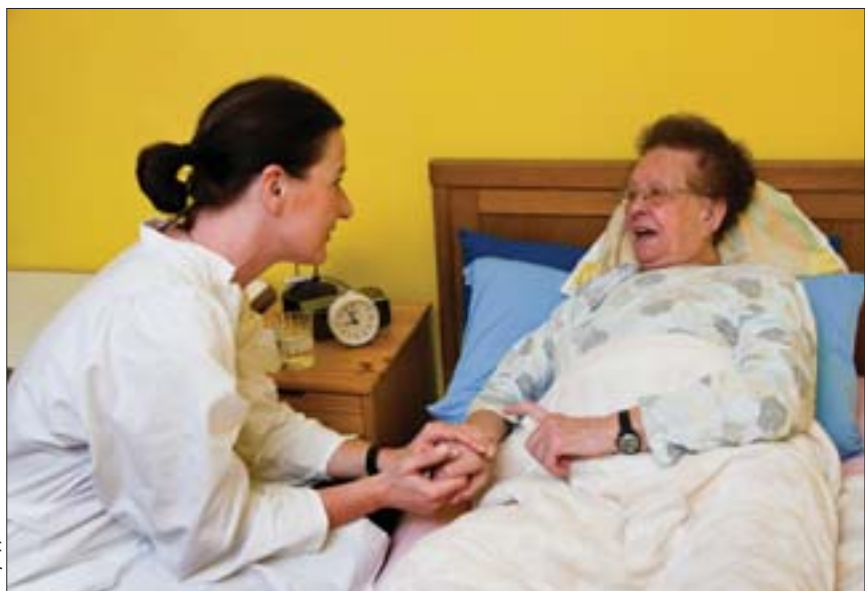
Sozialminister
Rudolf Hundstorfer

geldstufe 3 die Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge zur freiwilligen Pensionsversicherung für pflegende Angehörige übernehmen, um Angehörige sozialversicherungsrechtlich abzusichern, die aus Gründen

von Pflege und Betreuung von Angehörigen ihre Arbeitszeit reduzieren müssen oder die Erwerbstätigkeit überhaupt aufgeben. „Mit der neuen Regelung erhalten nun auch die pflegenden Angehörigen von rund 58.000 PflegegeldbezieherInnen der Pflegegeldstufe 3 die Möglichkeit, kostenlos Pensionsversicherungszeiten zu erwerben“, unterstrich der Sozialminister die Bedeutung dieser Verbesserung. „Denn das zeitliche Engagement für die Pflege von Angehörigen soll zu keinen verminderten Pensionsansprüchen führen“, bekräftigte Hundstorfer die Absichten seines Hauses.

Die begünstigte Weiterversicherung und die begünstigte Selbstversicherung in der Pensionsversicherung bieten die Möglichkeit, im Fall der Pflege eines/einer nahen Angehörigen, der/die zumindest Pflegegeld in Höhe der Stufe 3 bezieht, freiwillig Pensionsversicherungszeiten zu erwerben. Ab 1. Juli 2009 werden nun die dafür fälligen Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträge unbefristet vom Bund übernommen. Bislang war die kostenlose Pensionsversicherung erst ab der Pflegegeldstufe 5 und nur für die Dauer von höchstens 4 Jahren möglich. ■

<http://www.bmsk.gv.at/>



Kostenlose Pensionsversicherung für pflegende Angehörige ab Pflegestufe 3

Städte sind Rückgrat im Kampf gegen Wirtschaftskrise

59. Österreichischer Städtetag mit Schwerpunkt »Soziales und Daseinsvorsorge in Zeiten der Wirtschaftskrise«

In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise sind Österreichs Städte und Gemeinden besonders gefordert, ihre Leistungen für jene BürgerInnen, die in sozialer oder wirtschaftlicher Not sind, zu erhöhen“, so der Städtebund-Präsident und Wiens Bürgermeister Michael Häupl anlässlich eines Pressegesprächs vor Eröffnung des 59. Österreichischen Städtetages in Bruck, Leoben und Kapfenberg.

Häupl wies darauf hin, daß 2007 die Nettoaussgaben im Bereich Soziale Wohlfahrt bei allen Gemeinden (ohne Wien) 1,155 Mrd. Euro betrugen. Verglichen zu 2006 entspricht das einer Steigerung von +8,3 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2000 beträgt die Steigerung sogar mehr als 50 Prozent. 2007 ist es zu einer Steigerung der kommunalen Ausgaben für Leistungen der sozialen Wohlfahrt trotz einer guten Wirtschaftsentwicklung gekommen. „Heuer, wo die Wirtschaftskrise in ihrer ganzen Wucht spürbar ist, müssen wir mit stark ansteigenden Aufwendungen der Städte in diesem Bereich rechnen“, so Städtebund-Vizepräsident und Bürgermeister von Graz, Siegfried Nagl. So wird es im Pflegebereich gemäß WIFO-Prognose bei den Sachleistungen – Sozialhilfebereich, Pflegeheime, mobile Dienste – bis 2030 zu einer Verdreifachung kommen. Das entspricht einer jährlichen Steigerung von 12,5 Prozent bis 2030. Die Geldleistungen – Pflegegeld – steigen nur um gut 50 Prozent. Nagl: „Die Belastung des Bundes, der vor allem die Geldleistungen trägt, wird auch in Zukunft deutlich niedriger sein als die Belastung der Städte und Gemeinden.“ Angesichts der Tatsache, daß die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus den Ertragsanteilen weiter sinken werden, fordert der Österreichische Städtebund eine grundlegende Reform des Sozialbereichs. Häupl: „Wir müssen neue Finanzierungsmöglichkeiten des Sozialbereichs ernsthaft überlegen, etwa in Form einer Pflegeversicherung oder einer Vermögensbesteuerung. Die Belastungen im Sozialbereich müssen im Rahmen einer aufgabenorientierten Verteilung der Ertragsanteile berücksichtigt werden.“



Foto: Schaub-Walzer

Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger und -Präsident Bgm. Michael Häupl

Effizienz- und Effektivitätssteigerung im Sozialbereich notwendig

Das kommunalwissenschaftliche Institut KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) hat im Vorfeld des Städtetages eine Studie zur Kostenexplosion im Sozialhilfebereich erstellt. Am Städtetag selbst wird sich ein eigener Arbeitskreis mit der Thematik auseinandersetzen. Derzeit bestehen zahlreiche Schnittstellenprobleme und Zuständigkeitslücken, die zu Effizienz und Effektivitätseinbußen führen. Anzuführen sind hier beispielsweise unterschiedliche Zugangsbedingungen zur Sozialhilfe in den einzelnen Bundesländern, das fehlende Mitbestimmungsrecht der Gemeinden trotz Ko-Finanzierung, mangelhafte Koordination zwischen den Akteuren des Sozialhilfe-Systems oder Schnittstellenprobleme zum Bildungs- oder Gesundheitsbereich. „Daher fordert der Österreichische Städtebund einheitliche institutionelle und kompetenzrechtliche Regelungen und einheitliche Qualitätsstandards“, so der Brucker Bürgermeister und Vorsitzender der Landesgruppe Steiermark des Österreichischen Städtebundes, Bernd Rosenberger.

Wirtschaftskraft der Städte stärken

Als Wirtschaftsmotoren des Landes müssen Österreichs Städte jetzt Maßnahmen zur Konjunkturbelebung setzen. Es sind vor allem kommunale Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Daseinsvorsorge, also der Leistungen im öffentlichen Interesse, die der Konjunktur wieder Schwung verleihen können und die für die Lebenssituation der StädterInnen essentiell sind. Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Österreichischen Städtebundes hat ergeben, dass diese in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen von mehr als 2 Mrd. Euro tätigen könnten, sofern eine ausreichende und günstige Finanzierung gewährleistet ist. Daher fordert der Österreichische Städtebund ein kommunales Infrastrukturinvestitionspaket (KIIP). So soll der Bund Österreichs Städten und Gemeinden den Zugang zu günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, etwa durch die Auflage von Anleihen, ermöglichen. Schwerpunkte der kommunalen Investitionen sollen die Bereiche Kindergärten, Schulen und Altenheime sein.

Leistungen im Bereich der Kinderbetreuung sollen die kommende Generation für

Innenpolitik

die bevorstehenden Herausforderungen rüsten, die Eltern entlasten und gleichzeitig den privaten Konsum stützen. „Sie sollen aber nicht in Zeiten wie diesen die Wirtschaftskraft der Kommunen schwächen“, stellt Häupl klar. Die Verhandlungen über das verpflichtende Gratiskindergartenjahr für 5jährige zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, alle beteiligten Gebietskörperschaften rechtzeitig in die Gespräche einzubeziehen. Die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist ausverhandelt, für die Städte und Gemeinden als Rechtsträger der Kindergärten sind jedoch noch eine Reihe Fragen offen. So müssen die Kapazitäten bereits Anfang September – also gut vier Wochen nach dem geplanten Inkrafttreten des Gesetzes, bereitstehen. Offen ist für viele Städte und Gemeinden, wie das gehen soll. Die vom Bund bereitgestellten Mittel reichen für die nötigen Investitionen bei weitem nicht aus, die nötigen Kindergarten-PädagogInnen werden am Arbeitsmarkt nur schwer zu rekrutieren sein etc.

Jetzt Qualität der Daseinsvorsorge ausbauen

Eine Mitte Mai vom Österreichischen Städtetag präsentierte Studie zeigt, daß in der momentanen Situation die Zuverlässigkeit, Qualität und Leistbarkeit der Leistungen im öffentlichen Interesse für die BürgerInnen unverzichtbar ist. Den BewohnerInnen von Österreichs Städten ist bewußt, daß die Städte und Gemeinden diese Leistungen garantieren können. Funktionieren die Leistungen der Daseinsvorsorge nicht, leidet die Zufriedenheit mit der Lebenssituation und die soziale Balance in den Städten sehr stark. „Daher ist es für Österreichs Städte umso wichtiger, jetzt in den Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge zu investieren. Das sichert die soziale Balance in unseren Städten und belebt die Konjunktur“, so Häupl abschließend.

Städtetag in der Hochsteiermark

Vom 27. bis zum 29. Mai fand in Bruck an der Mur, Leoben und Kapfenberg der 59. Österreichische Städtetag statt. Der Städtetag 2009 stand unter dem Leitmotiv „Da sein. Stark sein. Stadt sein“. In vier Arbeitskreisen wurden die für die kommunale Ebene relevanten Themenbereiche „Daseinsvorsorge und Städte“, „Regionale Kooperationen“, „Finanzierung von Sozialdienstleistungen“ und „Bildung“ behandelt.

Der Österreichische Städtetag ist die jährlich stattfindende Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes und seiner

250 Mitgliedsstädte und -gemeinden. Erstmals fand die Veranstaltung in drei Städten statt. 800 BürgermeisterInnen, Stadt- und GemeinderäteInnen sowie in- und ausländische Gäste waren in der Hochsteiermark gekommen. Am Eröffnungstag hatten, u.a., Bundespräsident Heinz Fischer und Innenministerin Maria Fekter das Wort ergriffen. Die Festrede hielt in diesem Jahr der Oberbürgermeister der Stadt München, Christian Ude. Am 29. Mai diskutierten die SpitzenkandidatInnen der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien für die EU-Wahl über die Bedeutung der Kommunen für Europa und die Rolle der Daseinsvorsorge.

Städtebarometer

„Die Städterinnen und Städter haben zu Recht großes Vertrauen in die Leistungen, die Österreichs Städte im Interesse der Öffentlichkeit tagtäglich erbringen“, so Städtebund-Präsident Michael Häupl anlässlich der Präsentation der Studie „Städtebarometer“.

Um festzustellen, welche Faktoren das Lebensgefühl der Bevölkerung in Österreichs Städten in der derzeitigen Wirtschaftssituation beeinflussen, hat der Österreichische Städtebund eine Umfrage unter den BewohnerInnen seiner 247 Mitgliedsgemeinden in Auftrag gegeben. Die von SORA im April durchgeführte Untersuchung (Sample 1050 Personen) zeigt, daß die Bereiche Daseinsvorsorge, Arbeit und Aufstiegschancen, kulturelles Angebot, Sicherheit, Chancen und Räume für Jugendliche und Angebote für Kinder für das Lebensgefühl in den Städten ausschlaggebend sind.

Laut Studie spricht sich die überwältigende Mehrheit dagegen aus, Leistungen im öffentlichen Interesse in private Hände zu geben. Am stärksten ausgeprägt ist dieser Wunsch bei der Trinkwasserversorgung (für 89% der Befragten ist eine Erfüllung dieser Aufgabe durch die Stadt sehr bzw. ziemlich wichtig), Gesundheitseinrichtungen (84%), Sozialen Diensten und Beratungsstellen für Menschen in Not (85%), Müllentsorgung (80%), Kinderbetreuungseinrichtungen (81%), dem Öffentlichen Verkehr (79%) und Seniorenheimen (75%). „Je näher die Leistung den Menschen direkt betrifft, wie etwa das Thema Gesundheit, desto wichtiger ist es ihm, daß sie von der Stadt erbracht wird“, so Eva Zeglovits, Sozialforscherin bei SORA.

„Gerade in Zeiten wie diesen ist die Zuverlässigkeit, Qualität und Leistbarkeit der Leistungen im öffentlichen Interesse für die BürgerInnen unverzichtbar. Und sie wissen,

daß die Städte und Gemeinden diese Leistungen garantieren können“, so Häupl. Und weiter: „Ohne gut funktionierende Daseinsvorsorge leidet die Zufriedenheit mit der Lebenssituation und die soziale Balance in den Städten sehr stark. Daher ist es für Österreichs Städte umso wichtiger, jetzt in den Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge zu investieren“. Als Wirtschaftsmotoren des Landes müssen die Städte jetzt Maßnahmen zur Konjunkturbelebung setzen. Es sind vor allem kommunale Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Daseinsvorsorge, also der Leistungen im öffentlichen Interesse, die der Konjunktur wieder Schwung verleihen können und die für die Lebenssituation der StädterInnen essentiell sind. Die finanziellen Mittel, die den Städten und Gemeinden in der derzeitigen Situation zur Verfügung stehen, werden aber aufgrund sinkender Ertragsanteile und steigender Finanztransfers immer geringer. Zudem bekommen Österreichs Städte und Gemeinden derzeit – wenn überhaupt – nur zu äußerst schlechten Konditionen von den Banken Kredite. Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Österreichischen Städtebundes hat ergeben, daß diese in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen von mehr als 2 Mrd. Euro tätigen könnten, sofern eine ausreichende und günstige Finanzierung gewährleistet ist. „Österreichs Städte können rasch und umfassend investieren und dadurch Arbeitsplätze vor Ort erhalten und schaffen. Man muß uns nur lassen“, so Häupl.

Basisdaten zum Städtebarometer

2008 lebten rund 50 Prozent der österreichischen Bevölkerung im städtischen Bereich. Der Zuzug in Österreichs Städte hält ungebrochen an. Innerhalb nur eines Jahres sind die 73 Städte in Österreich mit 10.000 EinwohnerInnen und mehr um 0,6 Prozent gewachsen, von 3.680.000 auf 3.703.000 EinwohnerInnen. In absoluten Zahlen beträgt der Zuwachs somit 23.000 EinwohnerInnen. Von diesen 73 Städten haben 47 Städte zwischen 10.000 und 20.000 EinwohnerInnen (in Summe rund 615.000 Menschen), 20 zwischen 20.000 und 100.000 (in Summe rund 700.000 Menschen) und 5 mehr als 100.000 EinwohnerInnen (in Summe rund 2,39 Mio. Menschen).

„Wir haben diese Art der Untersuchung heuer erstmals durchgeführt und werden ab jetzt jährlich die Themenbereiche Daseinsvorsorge und städtisches Lebensgefühl abfragen“, so Generalsekretär Weninger. ■

<http://www.staedtebund.at>

Europa. Österreich entscheidet

Veranstaltung 20 Jahre nach der europäischen Wende im Parlament



Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz

Der Historische Sitzungssaal des Parlaments, in dem am 25. Mai die Veranstaltung stattfand.

„Europa. Österreich entscheidet“ war das Motto einer Veranstaltung, zu der der Zweite Präsident des Nationalrats, Fritz Neugebauer, gemeinsam mit Erhard Busek, dem Präsidenten des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, am 25. Mai ins Parlament geladen hatte. Anlaß für die Veranstaltung waren die Ereignisse des Jahres 1989, die für die politische Ordnung in Europa weit reichende Folgen hatten. Ambros Kindel (Ressortleiter Außenpolitik der APA), der die Veranstaltung moderierte, erinnerte denn auch an die Ursprünge und Anfänge des europäischen Friedensprojekts auf den Trümmern des 2. Weltkriegs.

Erhard Busek wies eingangs darauf hin, daß im Historischen Sitzungssaal des Parlaments, dem Schauplatz der Veranstaltung, europäische Größen wie Alcide de Gasperi und Thomas Garrigue Masaryk vereint gesessen hatten. Er erinnerte auch an Österreichs „tote Grenze“ nach Osten und an den Beitrag, den Menschen und Bewegungen in jenen Ländern für Europa und dessen demokratische Werte und dynamische Entwicklung sie geleistet hätten. Europa sei ein

„gemeinsamer Kulturraum“, sagte Busek, der u.a. dadurch gekennzeichnet sei, daß man hier „einer Frau eine ungerade Zahl Rosen schenkt“. Europäer seien alle, die sich zu Europa bekennen, formulierte Busek pointiert und forderte dazu auf, „weit zu denken“.

Valentin Inzko, Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter für Bosnien und Herzegowina, verglich Europa mit einer „Baustelle mit 27 Architekten“. In den Ländern Südosteuropas habe Europa noch einen guten Klang, sagte Inzko, und selbst die Verwaltung der EU – die über weniger Beamte verfüge als die Stadt Wien – werde in diesen Ländern nicht negativ gesehen. Den Staaten Südosteuropas müsse eine „europäische Perspektive“ geboten werden, wenn auch Europa und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zwei verschiedene Dinge seien. Wer die europäischen Wertvorstellungen teile, sie lebe und umsetze, werde auch Aufnahme in diesem „exklusiven Klub“ finden, sagte Inzko und sieht in Südosteuropa eine „Zukunftsregion“.

Vizekanzler Josef Pröll ortete gerade in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschafts-

krise für Europa auch eine „ungeheure Chance“. Er bekannte sich zur „Weiterentwicklung“ Europas und sah ein institutionelles Stärker-Werden positiv. Es gebe aber auch Grenzen und Entwicklungsstufen, die es zu beachten gelte, betonte Pröll, und erläuterte dies am Beispiel der Euro-Zone: Die Stabilität müsse gewahrt bleiben, die Union dürfe nicht an den Rand der Überlebensfähigkeit gebracht werden. Pröll wandte sich mit deutlicher Kritik gegen Schlagworte wie „Abendland in Christenhand“ (auf einem EU-Wahlplakat der FPÖ, Anm.), die er als „falsch und fatal“ qualifizierte: Hier gehe es nicht um Abgrenzung, sondern um Ausgrenzung und „Auseinandertreiben“.

Zweiter Präsident Fritz Neugebauer knüpfte daran in seinem Schlußwort an und kritisierte das „Spiel mit Symbolen“. Er sprach sich dafür aus, das „Friedensprojekt Europa“ über „kleinformatiges Denken hinaus“ zu vertiefen und erinnerte an die drei Hügel, auf denen Europa aufbaue: die Akropolis in Athen, das Kapitol in Rom und Golgotha in Jerusalem. ■

<http://www.parlinkom.gv.at>

I'm from Austria ...

und aus Europa – Multiple Identität im Global Village

Die Liebe zur Nation schließt die Liebe zum Kontinent nicht aus, sondern beide gehen sogar meist Hand in Hand. Das zeigt eine im Umfang weltweit einzigartige Studie zum Thema Nationale Identität, aus der neue Ergebnisse anlässlich der Feier zum 25. Jubiläum des „International Social Survey Programme“ (ISSP) in Wien präsentiert wurden. Die in Österreich vom Wissenschaftsfonds FWF unterstützte Studie gibt interessante Einblicke, inwieweit sich BürgerInnen mit verschiedenen politisch-geografischen Einheiten identifizieren und räumt ein, daß die EuropäerInnen sich von anderen KontinentbewohnerInnen etwas unterscheiden.

Wer Nationalstolz in höchster Form erleben will, sollte ein internationales Sportevent besuchen. Nirgends sonst können das damit verbundene Glück und die Verzweiflung so intensiv und hautnah gefühlt werden. Denn sportliche Leistungen eines Landes tragen sehr stark zum Nationalstolz und zur Identifikation mit seinem Land bei. Doch wie stark oder schwach ist eigentlich die Identifikation mit dem Staat und gegenüber anderen politisch-geografischen Einheiten? Diese Frage beantwortet die Studie des ISSP.

Die Antwort fällt zunächst sehr eindeutig aus: 48 % der Befragten fühlen sich „sehr stark“ (und weitere 40 % „stark“) mit dem eigenen Land verbunden. Eine „starke“ Verbundenheit empfinden die BürgerInnen aber auch zum Heimatort bzw. zur Heimatregion mit 38 % bzw. 32 %. Am schwächsten ausgeprägt ist mit 19 % eine sehr starke Identifizierung mit der größten genannten politisch-geografischen Einheit: dem Kontinent, also mit Afrika, Amerika, Asien, Australien oder Europa (weitere 34 % fühlen sich dem Kontinent „verbunden“). Dies widerlegt zum einen die Hypothese vom „Sterben“ bzw. von einem Bedeutungsrückgang des Nationalstaates. Zum anderen zeigt die Studie aber auch, daß eine starke Identifizierung mit dem Nationalstaat nicht gleichzeitig eine geringere Identifikation mit dem Kontinent bedingt, auf dem man lebt. Sie sind vielmehr miteinander vereinbar, wie sich in Europa zeigt.

Entweder – oder?

„Die Europäer und Europäerinnen fühlen sich sowohl mit dem eigenen Nationalstaat



Hängen wir unsere Fahne in den Wind wenn es um die Identifikation mit Europa oder der Nation geht? Eine Antwort liefert eine Studie des International Social Survey Programme
Foto: European Communities, 2009

als auch mit Europa stark verbunden. Gleichzeitig besteht eine starke Verbundenheit zum Heimatort und zur Heimatregion. Daraus ergibt sich die überraschende Erkenntnis, daß in Europa die Stärke der Identifikation mit den einzelnen politisch-geografischen Einheiten positiv miteinander korreliert. Fühlt sich also eine Person zum Beispiel besonders seinem Heimatort verbunden, so ist auch die Verbundenheit zu allen anderen Einheiten hoch, oder umge-

kehrt: Verspürt jemand absolut keinen Nationalstolz, dann ist auch der Bezug zu Kontinent, Heimatort- und -region schwach ausgeprägt. Diese Personen könnten sozusagen als geografisch wurzellos bezeichnet werden. Damit ist die Hypothese von einem Konflikt zwischen nationaler und europäischer Identität widerlegt“, erklärt Studienleiter Prof. Max Haller von der Universität Graz.

Der Trend einer Korrelation der Identifikation mit den politisch-geografischen Einheiten und damit einer vergleichsweise stärkeren Identifikation mit dem eigenen Kontinent zeigt sich in Europa in 17 von insgesamt 21 untersuchten Ländern. Einen Rekordwert erreichen dabei die Ungarn, wo sich 65 % sehr stark mit Europa verbunden fühlen; bezeichnenderweise ist auch die Verbundenheit mit dem eigenen Land bei den Ungarn in ganz Europa am höchsten. Eine im Vergleich zum Durchschnitt etwas stärkere Identifikation mit dem eigenen Kontinent empfinden auch die Amerikaner, während die Asiaten beispielsweise eine eher distanzierte Haltung einnehmen, was verständlich ist, da es dort auch sehr unterschiedliche Kulturen gibt.

4 Mal echter Nationalstolz

Neben dem Grad der Identifikation mit politisch-geografischen Einheiten untersuchte Prof. Haller im Rahmen des FWF-Projektes auch, welche Faktoren besonders zum Nationalstolz beitragen. Er erläutert: „Die Studie zeigt, daß insbesondere vier Faktoren länderübergreifend wesentlich sind: So zeigt sich in allen untersuchten Staaten, dass 80 % bis 90 % der Bürger und Bürgerinnen Stolz in Bezug auf die Geschichte sowie die wissenschaftlichen, sportlichen, kulturellen und literarischen Leistungen des Landes empfinden. In Österreich ist zusätzlich zu beobachten, daß ein Großteil der Bevölkerung insbesondere auch auf die wirtschaftliche Leistung des Landes stolz ist.“ Damit zeigt das FWF-Projekt anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse starke patriotische Emotionen bei allen BürgerInnen über Staatsgrenzen hinweg: Denn egal ob ein Land arm oder klein ist, seine BürgerInnen finden immer Gründe, ihr Land zu lieben und darauf stolz zu sein. ■

Alpenquerung auf (der) Schiene

Gemeinsame Unterzeichnung der Absichtserklärung von Rom zur Realisierung des Brenner Basistunnels (BBT) legt verkehrspolitische Rahmenbedingungen fest

Die österreichische Bundesregierung hat ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Absichtserklärung der beteiligten Staaten, Regionen und Bahnen zum Brenner Basistunnel abgegeben. Der von Verkehrsministerin Doris Bures eingebrachte Vortrag an den Ministerrat wurde am 12. Mai angenommen, damit wurde die Genehmigung für die Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung erteilt. Mit diesem Beschluß bekennt sich die Bundesregierung klar zum Bau des Brenner Basistunnels (BBT) und zu den zentralen Zielen dieses Großprojekts. Das sind insbesondere die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, die Entlastung der Tiroler Bevölkerung und der Umwelt und die Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Sechs Tage später, am 18. Mai, haben Doris Bures, ihre Amtskollegen aus Italien und Deutschland, Altero Matteoli und Wolfgang Tiefensee, sowie die Regierungschefs der Regionen Tirol, Südtirol, Trento, Verona und Bayern und die Vorstandsvorsitzenden der beteiligten Bahnen Österreichs, Italiens und Deutschlands in Rom die gemeinsame Absichtserklärung zur Realisierung des Brenner Basistunnels (BBT) unterzeichnet. Der Verkehrskommissar der Europäischen Union, Antonio Tajani, und der Koordinator der Transeuropäischen Netze (TEN), Karel van Miert, haben für die EU-

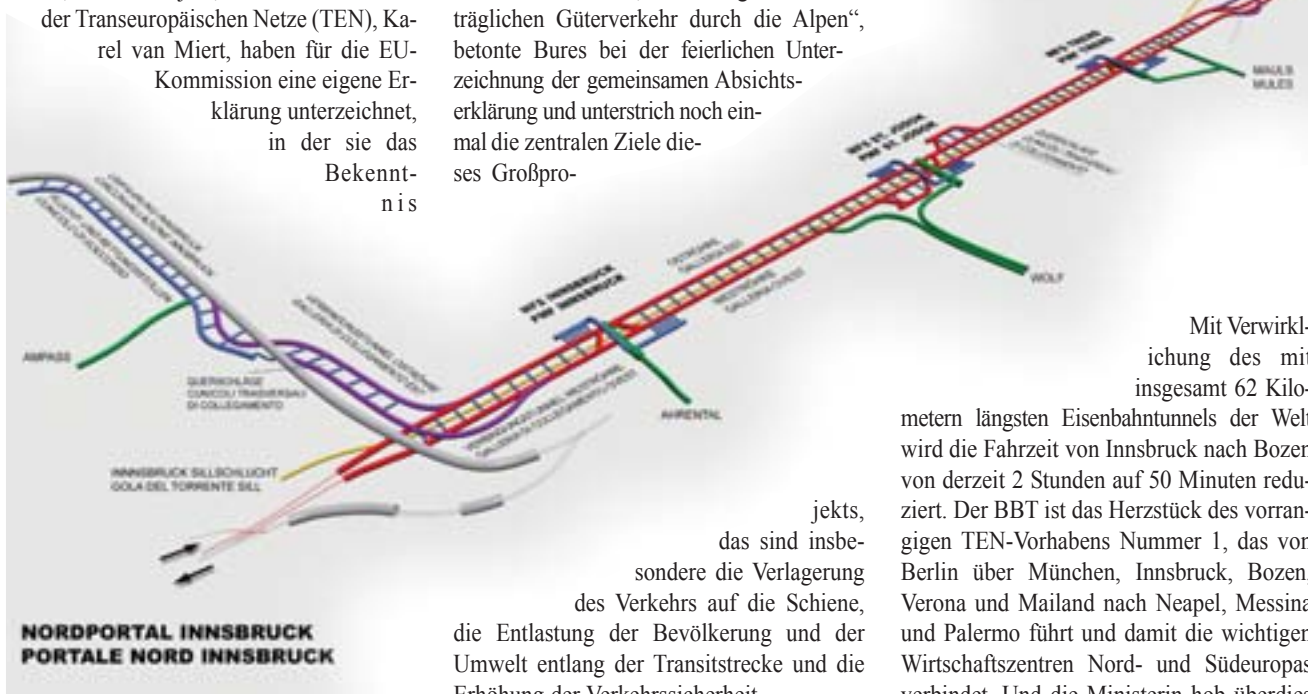
Kommission eine eigene Erklärung unterzeichnet, in der sie das Bekenntnis



Foto: BMVIT

EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani, Verkehrsministerin Doris Bures mit ihren Amtskollegen aus Deutschland und Italien, Wolfgang Tiefensee und Altero Matteoli, und der Koordinator der Transeuropäischen Netze (TEN), Karel van Miert (v.l.)

und die Unterstützung der EU zu diesem Großprojekt bekräftigen. „Das ist ein großer Schritt zur Realisierung des europäischen Projekts Brenner Basistunnel. Es ist ein ‚Ja‘ zum umweltfreundlichen, nachhaltigen und verträglichen Güterverkehr durch die Alpen“, betonte Bures bei der feierlichen Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung und unterstrich noch einmal die zentralen Ziele dieses Großprojekts,



Mit Verwirklichung des mit insgesamt 62 Kilometern längsten Eisenbahntunnels der Welt wird die Fahrzeit von Innsbruck nach Bozen von derzeit 2 Stunden auf 50 Minuten reduziert. Der BBT ist das Herzstück des vorrangigen TEN-Vorhabens Nummer 1, das von Berlin über München, Innsbruck, Bozen, Verona und Mailand nach Neapel, Messina und Palermo führt und damit die wichtigen Wirtschaftszentren Nord- und Südeuropas verbindet. Und die Ministerin hob überdies

das sind insbesondere die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, die Entlastung der Bevölkerung und der Umwelt entlang der Transitstrecke und die Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Österreich und Europa

hervor, daß eine moderne Verkehrsinfrastruktur Arbeitsplätze schafft, einerseits durch die Investition in den Bau selbst, andererseits durch die Aufwertung des Wirtschaftsstandorts.

Bures ging auch auf die mittlerweile 29-jährige Geschichte dieses Projekts ein, das 1980 mit einer Machbarkeitsstudie seinen Ausgang nahm. Die Studie wurde 1989 abgeschlossen, 1994 erfolgte im Memorandum von Montreux der Beschluß über den schrittweisen Ausbau der Eisenbahnachse Brenner (höchste Priorität Unterinntalbahn) und die gleichzeitige Aufnahme der Brennerachse als Projekt Nummer 1 in den Katalog der prioritären TEN-Vorhaben. 1999 erfolgte die Entscheidung Italiens und Österreichs, die Planungen zu beginnen. 2004 wurde der Staatsvertrag von Salzburg zwischen Italien und Österreich zur Realisierung des Brenner Basistunnels unterzeichnet. 2007 wurde schließlich durch Koordinator van Miert die „Brenner Korridor Plattform“ gegründet und das Memorandum von Wien unterzeichnet.

„Jetzt, mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung von Rom, sind wir so weit wie noch nie“, sagte Bures. Denn damit werden die gerade für Österreich so wichtigen verkehrspolitischen Rahmenbedingungen festgelegt, die bis zur Fertigstellung umgesetzt sein müssen. „So stellen wir sicher, dass die Strecke auch genutzt wird und die geplante Entlastung für die Bevölkerung realisiert wird.“

Die gemeinsame Absichtserklärung und der zugrundeliegende Brenner Aktionsplan enthalten das Bekenntnis aller beteiligten Staaten und Regionen sowie der Bahnen zum Brenner Basistunnel und dessen Finanzierung, weiters die Vereinbarung, die Querfinanzierung nicht nur in Österreich auf der gesamten Brennerstrecke, sondern auch in Italien einzuführen, Deutschland sagt zu, die Querfinanzierung auf deutscher Seite zu prüfen. Der zeit- und bedarfsgerechte Ausbau der Zulaufstrecken in Österreich, Deutschland und Italien wird sichergestellt, und die beteiligten Staaten bekennen sich zur Weiterentwicklung der Wegekostenrichtlinie in Richtung verursachergerechte Kostenanlastung des Straßenverkehrs und Kostenwahrheit. Überdies wird ein Umweltmonitoring eingerichtet, das eine gemeinsame Erhebung und Evaluierung von Emissionsbelastungen und Gegenmaßnahmen vorsieht. Auch der Ausbau des kombinierten Verkehrs steht auf der Agenda, insbesondere geht es hier um die Ausweitung der Kapazitäten für den kombinierten Verkehr entlang des gesamten Korri-



Foto: <http://www.bbtinfo.eu>

Seit 3. Dezember 2007 wird von Aicha aus am Erkundungstollen gebaut.

dors und den Ausbau der Terminalinfrastruktur.

Für besonders wichtig erachtet Bures auch die Unterstützung der EU. „Bei einer Investition in dieser Größenordnung ist es notwendig, daß die Europäische Union auch in den folgenden Finanzperioden, also nach 2013, die nötigen finanziellen Mittel für den BBT im höchstmöglichen Ausmaß zur Verfügung stellt“, so die Verkehrsministerin. Bis 2013 sind ja bereits 786 Millionen Euro vertraglich zugesichert. Aber auch bei dem Ziel, den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, ist die Unterstützung der EU essentiell. Bures: „Mit der Unterstützungserklärung der EU wird klar, daß es sich wirklich um ein europäisches Projekt handelt und wir alle unseren Beitrag zur Realisierung leisten müssen.“

Schließlich wies Bures darauf hin, daß Österreich seine Hausaufgaben gemacht hat. „Ich gehe davon aus, daß bis zum Sommer auf österreichischer Seite alle Voraussetzungen für die endgültige Realisierungs-

scheidung erfüllt sein werden“, so die Ministerin. So wurde der Kosten- und Realisierungsplan durch die BBT-SE auf den letzten Stand gebracht und die Baugenehmigung nach dem positiven Abschluß des Umweltverträglichkeits-Verfahrens und der Verfahren in Bund und Land Tirol erteilt. Die Bauarbeiten für den Pilotstollen, die in der zweiten Maihälfte ausgeschrieben werden, können noch vor Jahresende begonnen werden. Und: Mit dem Beschluß des Bundesfinanzgesetzes noch vor dem Sommer ist die Finanzierung in Österreich gesichert.

Somit kann mit der Finanzierungsentscheidung im italienischen Parlament, die endgültige Realisierungsentscheidung, die gemäß Staatsvertrag mit Italien durch Beschlüsse der österreichischen Bundesregierung und der italienischen Regierung erfolgen muß, getroffen werden. 2010 kann dann der Bau des Hauptstollens beginnen, die Fertigstellung des BBT ist für das Jahr 2022 geplant.

<http://www.bbtinfo.eu>

Europa gestalten

Zum 14. Mal fand Mitte Mai das »Europa-Forum Wachau« im Stift Göttweig statt. Das zentrale Thema der diesjährigen Veranstaltung lautete »Europa gestalten«.



Alle Fotos: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Abt Clemens Lashofer, NÖ-LR Johanna Mikl-Leitner, Außenminister Michael Spindelegger, Rumäniens Außenminister Cristian Diaconescu, NÖ-LH Erwin Pröll, Emilia Müller, Bayrische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten (v.l.)

Das diesjährige „Europa-Forum Wachau“ am 16. und 17. Mai stand ganz im Zeichen wichtiger Jubiläen: 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und fünf Jahre nach der Europäischen Erweiterung“, begrüßte die Präsidentin des Europa-Forums Wachau, NÖ-Landesrätin Johanna Mikl-Leitner, die Tagungsteilnehmer und Gäste. Aus „Hoffnungslosigkeit und Pessimismus“ seien „Mut und Optimismus“ geworden, meinte sie. Die Entwicklungen würden zeigen, „daß die Regionen die Chancen genutzt haben, die sich im gemeinsamen Europa bieten“. Doch es gebe auch Herausforderungen, die „wir nur gemeinsam im großen Europa lösen können“, betonte sie im Hinblick auf die weltweiten wirtschaftlichen Turbulenzen. Wichtig sei, daß „die Impulse aus den kleinen Einheiten, aus den Regionen kommen“, denn „gerade die Regionen sind es, die nah bei den Menschen sind“.

„Wir befinden uns in einer Situation, in der Europa geschlossen Handlungsfähigkeit

beweisen muß wie selten oder nie zuvor“, sagte Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll. Diese Krise könne niemand allein bewältigen, Europa müsse „in dieser Phase Kompetenz beweisen“. So sei es jetzt eine zentrale Aufgabe der Politik, „alles daran zu setzen, daß die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu einer Beschäftigungs- und Sozialkrise“ werde. „Die Gefahr steht im Raum, aber sie ist bewältigbar“, meinte Pröll.

Als weiteren Redner konnte Moderator Prof. Paul Lendvai, der zum 14. Mal durch das Europa-Forum Wachau führte, Luc van den Brande, den Präsidenten des Ausschusses der Regionen in Brüssel, begrüßen. Im Blick auf die Wirtschaftskrise vertrat van den Brande die Meinung, es sei „ein koordiniertes Vorgehen europaweit notwendig“. Es müßten „auf allen Ebenen der EU Maßnahmen getroffen werden, entsprechend dem Prinzip der Subsidiarität“. Es brauche „ein Europa der Werte, das durch Vielfalt gekennzeichnet ist“.

Der Ministerpräsident der Republik Ungarn, Gordon Bajnai, betonte in seinem Referat, „die Krise ist eine Botschaft an jeden einzelnen“, man müsse „die Botschaft der Krise national und international verstehen“. In Ungarn habe die Krise auch „neue Chancen eröffnet“, so Bajnai, es gelte nun, „Vertrauen und Zuversicht zu schaffen“. Der ungarische Ministerpräsident: „Für Ungarn ist die Mitgliedschaft in der EU auch ein Sicherheitsnetz in der Krise.“ In Europa brauche es nun noch engere Zusammenarbeit, pro-aktives Handeln und eine „kürzere Reaktionszeit“, um noch „schneller zu handeln und rascher reagieren“ zu können.

Das 14. Europa-Forum unterscheide sich von den vorangegangenen durch mehrere besondere Vorzeichen, stellte NÖ-Landeshauptmann Erwin Pröll in seiner Festrede am zweiten Tag fest: durch die allgemeine wirtschaftliche Situation, die unmittelbar bevorstehende Europawahl und durch die Jubiläen 20 Jahre Fall des Eisernen Vorhanges,

Österreich und Europa



Außenminister Michael Spindelegger (li) und sein rumänischer Amtskollege Cristian Diaconescu auf der Terrasse des Siftes. Im Hintergrund die Wachau.

15 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und 5 Jahre europäische Erweiterung.

In einer „Zwischenbilanz“ konnte der Landeshauptmann von einem „unglaublichen Wachstumsschub“ für Niederösterreich berichten. Niederösterreich sei in den vergangenen Jahren die Nummer 1 bei Kaufkraft, Netto-Einkommen und Produktivität geworden. „Das zeigt, wie viel Kraft uns der Eiserner Vorhang genommen hat und das zeigt auch, wie viel Kraft uns die jetzige europäische Perspektive gibt“, so Pröll. Nun sei es „notwendig, daß wir einen klaren Blick bewahren“, nannte Pröll einige „Orientierungshilfen, die uns Handlauf sein, können, um in die richtige Richtung zu gehen“. „Die Europäische Union muß auf die Kraft der Kontinuität setzen“, betonte Pröll. Sie müsse auch „den Blick nicht nur zurück und nach innen richten, sondern nach außen und nach vorne“, etwa wenn es um ein gemeinsames Auftreten und strategische Einheit gehe. „Die Europäische Union muß von den Menschen verstanden werden“, forderte er weiters, und sie müsse „ein spürbarer Schutzwall vor Gefahren“ sein, sagte der Landeshauptmann auch „ein klares ‚Ja‘ zu einem europäischen Kontrollsystem und zu einer europäischen Steuer auf Spekulationen“. Abschließend forderte Pröll mit dem Hinweis auf niederösterreichische Initiativen wie etwa die grenzüberschreitende Landesausstellung: „Die EU muß die Kraft der Regionen nutzen.“ Denn die Entwicklung Europas und die Entwicklung der Regionen sei eng miteinander verbunden, so Pröll.

Für Emilia Müller, bayrische Staats-

ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, ist „Europa eine Erfolgsgeschichte im Hinblick auf Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand“. Das Europäische Parlament habe enorm an Entscheidungskraft gewonnen. Es sei notwendig, daß die Menschen „Europa in Verantwortung mitgestalten“, so Müller. Das Europa-Forum Wachau sei auch ein wichtiger Wegweiser für den gesamten Donaauraum. „Wir müssen es schaffen, daß

die Menschen sich für die EU begeistern können – aus der Begeisterung heraus werden Visionen auch Realität“, so Müller.

„Die Donau ist eine europäische Lebensarterie. Sie schafft einen gemeinsamen Lebensraum und ist eine der wichtigen vitalen Verbindungen im neuen Europa. Die Donau ist gewissermaßen auch ein Symbol für die europäische Zukunft als Fluß des wiedervereinigten Europa: Sie fließt in Richtung Erweiterung und verbindet Gründungsmitglieder der EU mit solchen, die in den letzten Jahren Mitglieder der EU geworden sind, und mit jenen, die es in Zukunft noch werden können“, so Außenminister Michael Spindelegger in seiner Rede. Vor allem hier in Niederösterreich sei man sich über die Bedeutung der Donau, ihren Einfluß auf das Leben der Menschen, auf die Geschichte und ihrer Gestaltungskraft sehr bewußt.

Spindelegger: „Mittel-, Ost- und Südosteuropa war in den letzten Jahren der Wachstumsmotor für Europa. Auch die derzeitige schwierige wirtschaftliche Lage ändert nichts am langfristigen Wirtschaftspotential dieser Region. Daher habe ich gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen Cristian Diaconescu eine Initiative gestartet, damit die Bedeutung der Donau als einem der zentralen Flüsse des Kontinents auch auf europäischer Ebene zum Ausdruck kommt. Unser Ziel ist es, beim kommenden Europäi-



Außenminister Michael Spindelegger (re.) hilft dem ehemaligen tschechischen Außenminister Karel Schwarzenberg beim Anbringung des Namensschildes.

Österreich und Europa

schen Rat im Juni die Kommission mit der Erarbeitung einer umfassenden Donaustrategie zu beauftragen. Die vielfältigen Aktivitäten und Vorhaben der EU in diesem Raum sollten unter einem gemeinsamen und kohärenten Dach zusammengeführt werden.“

Der Außenminister betonte, daß die Donau als verbindendes Element heute nicht Ende, sondern Ausgangspunkt für Neues sei. „Im Schwarzmeerraum eröffnet sich für die Europäische Union ein weiteres Gebiet, das großes Potential für eine dynamische Entwicklung hat, die von uns stärker unterstützt und gefördert werden sollte. Daher will ich

die bereits bestehenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zur Schwarzmeerregion weiter vertiefen. Gerade in Krisenzeiten ist es unerlässlich, eine aktive Nachbarschaftspolitik zu betreiben.“

Auf die großen historischen Zusammenhänge gerade im Hinblick auf die Länder am Balkan ging der ehemalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg in seinen Ausführungen ein und merkte an, es gelte nun, sich „sehr ernst mit dem Prinzip der Subsidiarität auseinanderzusetzen“. Man sollte nun „überlegen, was wir tun können,

um Europa wieder zu den Bürgern zurückzubringen“.

Zum Thema „Vom Schwarzwald zum schwarzen Meer – Die Donau: Verbindungsader für Europa“ referierte der Außenminister Rumäniens, Cristian Diaconescu. Er sei ein großer Befürworter der regionalen Zusammenarbeit und die Donau sei ein „wichtiger Verbindungsweg in jeder Hinsicht“, meinte er im Hinblick auf die Donau-Initiative. Diaconescu abschließend: „Wir können Türen öffnen, das Tor ist offen in eine gute Richtung. Gehen wir die Dinge gemeinsam an!“ ■

Per Westerberg im Gespräch mit Barbara Prammer

Themen: Schwedische EU-Präsidentschaft und Wirtschaftskrise

Per Westerberg, der Präsident des schwedischen Reichstags, traf am 27. Mai im Rahmen seines Wien-Aufenthalts mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die aktuelle Wirtschaftskrise und die kommende schwedische EU-Präsidentschaft.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Problemen ging Westerberg von einer schwierigen Präsidentschaft aus. Auch wisse man heute nicht, welche Auswirkungen die Umsetzung des Vertrags von Lissabon haben wird, bzw. welchen Stand der Ratifizierungsprozeß erreicht haben wird. Schweden sei jedoch gut vorbereitet, sagte er. Vor allem müsse man sich seitens der Politik der möglichen Folgen der finanziellen Probleme auf Gesellschaft und Demokratie bewußt sein. Westerberg und Prammer waren sich daher darin einig, daß die Parlamente eine wichtige Brücke zur Bevölkerung schlagen können und ihnen damit eine verantwortungsvolle Aufgabe zukomme.

Präsidentin Prammer unterstrich die Notwendigkeit einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit unter den Parlamenten der Mitgliedsstaaten einerseits sowie mit dem Europäischen Parlament andererseits. Man müsse gemeinsame Strategien für die Zukunft entwickeln, betonte sie, und die Bedingungen zur Zusammenarbeit weiter verbessern. Auch im österreichischen Parlament diskutiere man derzeit, auf welche Art und Weise die Einbindung in den europäischen



Besuch des Präsidenten des Schwedischen Reichstags Per Westerberg bei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

Foto: Parlamentsdirektion//HBF/Pusch

Entscheidungsprozess optimiert werden könne, vor allem auch im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip und die Mitwirkungsmöglichkeiten, die der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten bieten würde. In diesem Zusammenhang drückten beide Gesprächspartner die Hoffnung aus, daß der Reformvertrag doch noch in Kraft treten werde, und zeigten sich vorsichtig zuversichtlich, was ein weiteres Referendum in Irland betrifft.

Westerberg und Prammer sprachen sich

auch dafür aus, den Dialog und die Kooperation mit den Parlamenten jener europäischen Länder, die nicht zur EU gehören, verstärkt zu pflegen.

Als einen Schwerpunkt der schwedischen Ratspräsidentschaft skizzierte Westerberg weiters die Klimapolitik und die bevorstehenden Abschlußverhandlungen des Post-Kyoto-Abkommens. Wichtig war dem schwedischen Gast auch, den Dialog der baltischen Region mit Rußland auf eine neue Basis zu stellen. ■

Wien und die EU

Stadtrat Rudi Schicker: Neue Karte der Europaregion Centrope liegt vor

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und im Zuge der Erweiterung der EU ist es gelungen, die natürliche Nähe Wiens zu seinen Nachbarn positiv und partnerschaftlich zum Nutzen aller Beteiligten zu gestalten. Wien und seine „Zwillingsstadt“ Bratislava sind das starke Herz der Europaregion CENTROPE, zu der auch die mährische Hauptstadt Brno und die west-ungarischen Regionen gehören. Schülerinnen und Schüler aus Österreich und unseren Nachbarländern Slowakei, Tschechien und Ungarn haben diesen Namen entwickelt – heute ist er bereits zum Markenzeichen geworden für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und vor allem für unser Zusammenleben.

Das vielfältige Angebot in den Bereichen kulturelles Erbe, Bildung, Wirtschaft, Kultur, Sprachen, Forschung, Entwicklung und Innovation verleiht der CENTROPE Region eine besondere Anziehungskraft in Europa. Jetzt liegt die neue Karte „Wien und die EU“ vor. Sie soll Orientierung ermöglichen und Anregung dafür sein, diesen spannenden Teil von Europa zu erkunden.

Stadtrat Rudi Schicker: „Wir laden Sie ein, diese Region im wahrsten Sinn des Wortes zu ‚erfahren‘ und dabei auch die Alternativen zum Individualverkehr ins Auge zu fassen. Bus, Bahn oder der fantastische Twin-City-Liner auf der Donau bieten sich dafür an – oder auch einmal ein Ausflug mit dem Rad“.

Interessierte können die Karte bei der Stadt Wien via Internet bestellen:
<http://www.shop-stadtentwicklung.wien.at>

Auch schriftliche und telefonische Bestellungen sind möglich:
Wiener Planungswerkstatt
1010 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 9
Telefon: ++43 / (0)1 / 4000 88888
Telefax: ++43 / (0)1 / 4000 99 88888
E-Mail: wpw@ma18.wien.gv.at

Wien profitiert von der EU

Die EU hilft mit unterschiedlichen Förderprogrammen bei der Finanzierung wichtiger Projekte in Wien aber auch in der Region um Wien. Dies wird ganz besonders an der positiven Entwicklung des Wiener Gürtels sichtbar. Mit EU-Förderungen erlebten die



StR. DI Rudi Schicker präsentiert die neue Karte der Europaregion Centrope.

Gürtelmittelzone und das angrenzende Gebiet einen Aufschwung.

Durch die Revitalisierung der Stadtbahnbögen, die Sanierung gürtelnaher Wohngebiete oder die Umgestaltung des Yppen-, des Urban-Loritz- und des Uhlplatzes wurden zentrale Schritte zur Verbesserung der Situation gesetzt. Auch Sozialprojekte wurden gefördert und Klein- und Mittelbetriebe unterstützt. Diese 1995 eingeleiteten positiven Entwicklungsimpulse werden fortgesetzt. Unter dem Titel „Gürtelfinale“ laufen auch heute noch zahlreiche Projekte, die mit dazu beitragen, die Lebensqualität am Gürtel zu erhöhen.

Aber auch in anderen Bezirken verbesserten EU-Gelder die Lebensqualität. So in Teilen des 2. und 20. Bezirkes oder in Erdberg. Ein neues Förderprogramm unterstützt die Stadtentwicklung in Wien, z.B. im Bereich des neuen Hauptbahnhofes Wien, im Erdberger Mais oder im Bereich des ehemaligen Flugfeldes Aspern, wo „aspern, die Seestadt Wiens“ entstehen wird. Es entstehen so nicht nur wichtige Arbeitsplätze für den Norden Wiens. „Ebenso werden auch die neuen BewohnerInnen und die ansässige Bevölkerung vom vielfältigen Angebot, wie zum Beispiel dem See und einer großzügigen Grünanlage im Zentrum, profitieren“, so Schicker. Für den großen See, der im Zentrum des ehemaligen Flugfeldes entstehen

soll, sind die Bewilligungsverfahren in Vorbereitung. 2010 wird der See angelegt und mit ersten Wohnbauten begonnen. Um auch eine qualitätsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums sicherzustellen, wird derzeit ein Handbuch erstellt. Die Arbeiten an diesem Leitfaden werden bis zur Jahresmitte vorliegen. Verkehrstechnisch ist die Seestadt bestens angebunden: 2010 wird die U2 bis zur Aspernstraße geführt, bis 2013 wird sie mit drei zusätzlichen Stationen in die neue Seestadt verlängert. Die A23 Spange Flugfeld Aspern soll 2016 für den Verkehr freigegeben werden. Die Anbindung von der Seestadt an den historischen Ortskern von Aspern wird durch eine Straßenbahnanbindung sowie attraktive Fuß- und Radwege bereits in der ersten Phase gewährleistet.

Schon heute kann man sich ein reales Bild von der Zukunft der Seestadt machen: Die Planungswerkstatt bietet mit einem Panoramaterminal spektakuläre Möglichkeiten, den neuen Stadtteil interaktiv zu erleben und einen „Rundum-3D-Blick“ in die Stadt von morgen zu wagen. Das 240 ha große Areal soll sich in mehreren Ausbaustufen zu einer modernen „Stadt von morgen“ verwandeln: eine Stadt zum Wohnen und Arbeiten, eine Stadt der Hochtechnologie, für Studierende ebenso wie für ForscherInnen, KünstlerInnen und innovative Unternehmen. ■

Mehr Überblick zu EU-Themen

Onlineportal für Europapolitik gestartet

Viele EU-Themen werden durch nationale Medien oft nur lückenhaft oder gar nicht abgedeckt. Eine umfassende Information zu EU-Themen ist durch den Genuss einzelner Medien meist nicht möglich. Ein neues Onlineportal schafft nun Abhilfe: <http://www.europapolitik.at> bietet täglich aktuell EU-Nachrichten aus einer großen Zahl deutschsprachiger Onlinemedien, bis hin zu Blogs.

Eine EU-Umfrage von März machte es deutlich: mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung will mehr Informationen über die Europäische Union. Viele Medien wollen oder können diesen Bedarf scheinbar nicht abdecken. Selbst wenn zeitweise EU-Themen aufgegriffen werden, fehlt oft der Zusammenhang und Kontinuität. Dazu kommt, daß Meldungen einmal von einem, dann wieder von einem anderen Medium aufgegriffen werden. Es entsteht auf gut Österreichisch ein „Fleckerlteppich“, der für den Leser mäßig interessant und schwierig zu konsumieren ist.

Auf eine umfangreiche und komplette Berichterstattung spezialisiert sich die neue Webseite. Sie schafft einen optimalen Überblick über alle deutschsprachigen EU-Mel-

dungen in den Medien sowie Aussendungen von EU-Politikern und EU-Institutionen wie etwa der Europäischen Kommission. Aber auch Umfragen und Hintergrundinformationen zur EU-Wahl finden sich auf dem Portal. Ein täglicher Europa-Newsletter rundet das Angebot ab.

Strukturiert in Themen-Blöcke kann man sich vertiefen oder sich einen Überblick verschaffen. Den Ressorts sind dabei keine Grenzen gesetzt. Alles was mit EU zu tun hat, ist dort zu finden. Die Berichterstattung wird ergänzt durch Verweise auf Beiträge in Blogs. Hier bietet die Webseite erstmals einen Überblick über die EU-Blogger-Szene, die sich langsam aber deutlich formiert.

Das Portal spricht damit unterschiedliche Zielgruppen an: ganz klar interessant ist das Portal für alle Entscheidungsträger in politischen Organisationen, sowohl auf Bundes- als auch auf regionaler Ebene, und auch für Medien selbst, welche auf einen Blick sehen, was sonst noch berichtet wird und welche Themen in Brüssel gerade diskutiert werden. Aber auch für private Leser ist die Site eine wichtige Informationsquelle und durch seine einfache Nutzbarkeit eine optimale Ergän-

zung zu EU-Berichten in Fernsehen und Tageszeitungen.

Daß diese Form der Berichterstattung angenommen und geschätzt wird, zeigt schon der Erfolg von <http://www.politikportal.eu>, das Herausgeber Stefan Happer vor zwei Jahren in Brüssel gegründet hat: „Das Feedback und die Nutzung haben uns gezeigt, daß der Bedarf für ein österreichisches EU-Portal vorhanden ist. Wir hoffen, damit nicht nur optimal zu informieren, sondern auch Medien anzuregen, umfassender über die Europäische Union zu berichten.“

Knapp drei Wochen vor der EU-Wahl wurde <http://www.europapolitik.at> nun gestartet. „Das Portal ist bewußt keine einseitige EU-Propaganda, bei uns kommen kritische Stimmen ebenso zu Wort“, so Happer.

Das Portal wird gemeinsam mit den Kooperationspartnern Wirtschaftskammer Österreich, APA-OTS und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik betrieben. „Nicht nur vor den EU-Wahlen ist eine umfangreiche EU-Information notwendig, sie sind aber ein optimaler Start-Zeitpunkt für das neue Portal“, so Christian Mandl, Leiter der Abteilung EU-Koordination der WKÖ. ■

Europa-Wahl 7. Juni 2009

Europa wählt

Zum siebten Mal in der 50jährigen Geschichte des Europäischen Parlaments findet am 7. Juni eine gesamteuropäische Direktwahl statt.

In allen 27 EU-Mitgliedsstaaten haben etwa 1375 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die Möglichkeit, die Politik auf europäischer Ebene entscheidend mitzubestimmen, indem sie ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament wählen. Auch in Österreich findet die Wahl am 7. Juni 2009 statt, es ist dies nach der ersten Europawahl im Jahr 1996 – ein Jahr nach dem Beitritt Österreichs – bereits die vierte in Österreich abgehaltene Wahl zum Europäischen Parlament.

Nachdem eine Ratifizierung des Lissabonner Vertrages vor den Europawahlen nicht mehr zu erwarten ist, wird auf der Grundlage des Nizza-Vertrages die Zahl der Europaabgeordneten von derzeit 785 auf 736 verkleinert werden. Österreich wählt dann nur mehr 17 Abgeordnete ins Europäische Parlament. Der Vertrag von Lissabon sieht allerdings eine neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments vor, nach der Österreich 19 der insgesamt 751 Mandate zustünden. Gemäß einer Erklärung des Europäischen Rates vom Dezember 2008 könnte daher – nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages – die Zahl der österreichischen Mitglieder im EU-Parlament während der kommenden Legislaturperiode 2009-2014 auf 19 erhöht werden.

Außenminister Spindelegger bittet zur »Europa-Wahl 2009«

Außenminister Michael Spindelegger lädt alle Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher in einem persönlichen Schreiben ein, „sich an dieser für Österreich und Europa wichtigen Wahl zu beteiligen. Neue Erleichterungen bei der Briefwahl – einer vom Außenministerium aktiv unterstützten Forderung – machen es für Sie noch einfacher, von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.“

Für diese „Europa-Wahl“ gilt – wie schon für die Nationalratswahl 2008 – das stark erleichterte AuslandsösterreicherInnen-Wahlrecht: Alle ÖsterreicherInnen ab dem 16. Geburtstag sind wahlberechtigt, für die Stimmabgabe ist die Briefwahl weltweit (d.h. auch innerhalb Österreichs) möglich und kein Zeuge mehr erforderlich. Wahlkarten können für maximal 10 Jahre im voraus beantragt werden. Die für die Wahlteilnahme von Aus-

landsösterreicherInnen notwendige Eintragung in die Europa-Wählerevidenz mußte bis zum 30. April 2009 durchgeführt worden sein. Die Beantragung der Wahlkarten ist – je nach Entfernung von Österreich und Qualität des Postdienstes – bis kurz vor der Wahl möglich.

Die Stimmabgabe kann sofort nach Erhalt der Wahlkarte erfolgen, muß jedoch spätestens vor Schließung des letzten Wahllokals in Österreich am Sonntag, 7. Juni 2009, (voraussichtlich) 17.00 Uhr durchgeführt werden. Bei längeren oder unsicheren Postwegen nach Österreich wird empfohlen, die Stimmabgabe sobald wie möglich durchzuführen. Unmittelbar nach der Stimmabgabe sollte die Wahlkarte direkt an die darauf an-

gegebene Adresse der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich abgeschickt werden, bei längeren Postwegen am besten per Schnellpostdienst (zB DHL, UPS, EMS, FedEx). Die Wahlkarte muß spätestens am Montag, 15. Juni 2009, um 14.00 Uhr bei der Wahlbehörde in Österreich einlangen.

Das Schreiben von Außenminister Spindelegger ist auch auf der AuslandsösterreicherInnen-Website des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten abrufbar.

<http://www.auslandsösterreicherInnen.at>

Alle Informationen zur Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der EP-Wahl 2009 finden Sie unter <http://www.ep2009.at>



Hannes Swoboda, Spitzenkandidat der SPÖ

Die SPÖ ist die soziale Kraft in Europa

Die Forderungen des „A-Teams“ für ein soziales Europa lauten Sicherung der Pensionen, Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Kontrolle der Märkte sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die SPÖ hat sich zum Ziel gesetzt, einen Kurswechsel der Europäischen Union hin zu mehr Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit einzuleiten. Die Wirtschaftskrise, die alle Staaten Europas erfaßt hat, hat uns gezeigt, daß ein grundlegendes Umdenken in wirtschaftlicher Hinsicht nötig ist. Zwar konnten die Mitgliedsstaaten dank der EU sehr rasch auf die Krise reagieren, jedoch hätte man bereits im Vorfeld durch stärkere Kontrollen des Marktes und Schutz vor risikoreichen Spekulationen der Krisen entgegenwirken können. Auch die härtesten Verfechter des Neoliberalismus müssen sich jetzt eingestehen, daß dieses System gescheitert ist. Nun ist es wichtig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir wollen die Chance ergreifen und ein Europa aufbauen, das sich tatsächlich an den Anliegen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert. Ein Europa, das verbunden und geeint ist, durch den Gedanken der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe.

Wohlstand und soziale Sicherheit für alle sind in Österreich und Europa möglich. Bei uns ist genug für die Bedürfnisse aller da, aber nicht genug für grenzenlose Profitgier Weniger. Wir müssen soziale Sicherheit schaffen, damit nicht diejenigen die Folgen der Krise zu spüren bekommen, die am wenigsten dafür verantwortlich sind – die ArbeitnehmerInnen. Beispielsweise sind derzeit nahezu 20 Millionen Menschen in Europa arbeitslos. Die Aufgabe der Europäischen Union ist es, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Damit diese und andere Folgen eines Europas der Neoliberalen überwunden werden können, hat die SPÖ ein Programm erarbeitet, um ein soziales und gerechtes Europa zu ermöglichen. Die Wählerinnen und Wähler haben es am 7. Juni in der Hand, die Zukunft Europas mitzugestalten.

Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Mindeststandards

Da durch die jüngsten Entwicklungen der europäischen Wirtschaft immer mehr Ar-

beitsplätze fordern, ist eine der zentralsten Forderungen der Sozialdemokraten die Sicherung von Arbeitsplätzen. Daher der klare Standpunkt: Arbeitsplätze dürfen nicht mehr länger der Profitmaximierung zum Opfer fallen.

Konkret sollen europäisch geförderte und beschäftigungswirksame Investitionsprojekte – etwa wichtige überregionale Vorhaben im Bereich Verkehr – vorgezogen und möglichst rasch umgesetzt werden. Auch der Europäische Sozialfonds soll für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und zur (Wieder-)



Foto: SPÖ

Hannes Swoboda
Spitzenkandidat der SPÖ

Eingliederung in den Arbeitsmarkt, gerade jetzt, intensiv genutzt werden. Für Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen muß genügend Geld vorhanden sein, und es muß auch für diesen Zweck verwendet werden. Ein weiterer Schritt muß sein, europaweit arbeitsrechtliche und soziale Mindeststandards zu etablieren, damit es zukünftig unmöglich ist, die ArbeitnehmerInnen der einzelnen Nationen gegeneinander auszuspielen. Denn es geht uns nicht nur darum, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wir wollen auch, dass die ArbeitnehmerInnen vom erarbeiteten Einkommen entsprechend leben können.

Ausbildungsgarantie und Pensionssicherung

Besonders Jugendliche haben es momentan enorm schwer, in die Arbeitswelt einzusteigen. Deswegen kämpft die SPÖ für eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr. Das bedeutet, daß die

nationalen Budgets EU-weit stärker ihr Augenmerk auf die Beschäftigung Jugendlicher richten müssen, sodaß allen dieses tragische Schicksal eines so schlechten Starts ins Leben erspart bleibt.

Ein weiterer Punkt des SPÖ-Programms ist die Vertretung der Interessen der PensionistInnen. Die SPÖ steht dafür ein, daß das, was ein Leben lang hart erarbeitet wurde, nicht durch risikoreiche Spekulationen verspielt werden darf. Deshalb geht von der SPÖ ein klares „Finger weg von den Pensionen!“ in Richtung der Kasino-Kapitalisten.

Bekämpfung der Kriminalität durch mehr soziale Sicherheit

Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit, Krisen und soziale Ungleichheit fördern naturgemäß die (organisierte) Kriminalität. Um dieser vorzubeugen, ist es grundlegend, mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu fördern. Damit das realisiert werden kann, sind sofortige EU-Maßnahmen gefragt, da nur schnelle Hilfe eine wirksame Hilfe sein kann. Für die SPÖ ist klar: Es ist die Zeit des Handelns und nicht die Zeit leerer Phrasen und Lippenbekenntnisse.

Strikter Anti-Atom-Kurs auch auf europäischer Ebene

Doch nicht nur die Wirtschaftskrise ist ein Problem, das nach internationalen Lösungen verlangt, auch der Klimawandel kann nur gemeinsam bekämpft werden. Während andere internationale Akteure wie etwa die USA oder China ihre Aufgaben in diesem Bereich noch nicht erfüllen, hat Europa eine Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen. Auch weiterhin muß alles daran gesetzt werden, den Anteil erneuerbarer Energieträger weiter zu erhöhen. Es geht dabei nicht nur um den Umweltschutz, sondern auch um die Verringerung von Energieimporten. Wie etwa der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine gezeigt hat, birgt die Abhängigkeit von Energielieferungen ein nicht zu unterschätzendes Risiko. Für uns Sozialdemokraten steht aber auch fest, daß Atomenergie keine geeignete Lösung ist, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Auch auf europäischer Ebene wird Österreich daher an seinem strikten Anti-Atom-Kurs festhalten. ■

<http://www.spoe.at>

Ernst Strasser, Spitzenkandidat der ÖVP

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum gemeinsamen Europa wie keine andere Partei in Österreich. Bürgersein in Europa ist etwas ganz Besonderes. Grenzen verschwinden und heute ist Europa das Zuhause von mehr als 500 Millionen Menschen. Dieses Haus gilt es zu gestalten. Viele wollen europaweit leben, vergessen aber dennoch ihre österreichischen Wurzeln nicht. Sie nehmen Verantwortung fürs Heimatland wahr. Mit der Heimat verbunden bleiben heißt, informiert zu sein, im Austausch zu sein, Interesse an der Entwicklung des Landes zu haben und auch vom Recht Gebrauch zu machen, wählen zu gehen. Die ÖVP hat daher für ein leichteres Wahlrecht der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher immer gekämpft. Heute ist die Briefwahl im In- und Ausland wählerfreundlich gestaltet. Mit der Briefwahl, die auch am 7. Juni für die Europa-Wahlen möglich ist, rücken wir alle ein Stück zusammen.

Der gemeinsame Kontakt über Grenzen hinweg hat Europa stark gemacht. Weil die europäische Gemeinschaft heute nicht mehr Grenzen zieht, sondern miteinander lebt. Dennoch stellen sich natürlich im Miteinander laufend Fragen, die es gilt, gemeinsam zu beantworten, sei es Antworten auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, sei es die soziale Absicherung, sei es die Sicherheitsentwicklung oder der gemeinsame Umweltschutz. Als ÖVP setzen wir uns dafür ein, daß grenzüberschreitende Fragen auch mit grenzüberschreitenden Lösungen beantwortet werden.

Wir können und wollen Österreich in Europa vertreten. Die ÖVP hat unser Land nach Europa geführt, beide österreichischen EU-Kommissare gestellt und ist tatkräftiges Mitglied der größten Fraktion im Europaparlament. Wir haben die Kompetenz und Erfahrung, um für Österreich das Beste Europas herauszuholen.

Unsere Vision: Ein Europa der Ökosozialen Marktwirtschaft

Die ÖVP kämpft für ein Europa der Freiheit und Sicherheit, der Chancen und Toleranz. Wir wollen kein rechtes Europa des ungezügelten Neoliberalismus, wir wollen kein linkes Europa der bevormundenden Zentralisten. Wir wollen ein „Europa der Mitte“, ein Europa des sozialen Ausgleiches, das den Menschen nützt.

Mit der ökosozialen Marktwirtschaft hat

die ÖVP ein gutes Rezept für Europa. Unser Ziel ist es, in Europa eine moderne Sozial- und Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Unternehmen mit ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden.

Die ÖVP ist die einzige Partei, die dafür Verantwortung übernehmen will. Die anderen Parteien in unserem Land sind primär damit beschäftigt, gegen Europa zu schimpfen statt für Österreich in Europa konstruktiv zu kämpfen. Man hat das Gefühl, sie haben sich gedanklich schon aus Europa verabschiedet.



Foto: ÖVP

Ernst Strasser
Spitzenkandidat der ÖVP

Die Zeiten werden härter. Europa wird wichtiger.

Im Augenblick steht Österreich vor der Herausforderung, die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929 bewältigen zu müssen.

Die Bundesregierung hat eine Reihe von erfolgreichen Maßnahmen ergriffen, um die Konsequenzen für Österreich gering zu halten. Als oberstes Ziel wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen erhalten, um die Arbeitsplätze zu sichern. Aber: eine globale Krise können wir nicht alleine bewältigen. Es gibt zu Europa keine Alternative, der Austritt ist für Österreich keine Option. Er würde uns wirtschaftlich und politisch stark isolieren, unser Budget massiv belasten und das gute Image Österreichs in der Welt schädigen.

In Europa stark verankert und durchschlagskräftig

In der Vergangenheit waren es immer

wieder ÖVP-Politiker, die in Europa stark verankert waren, es weiterentwickelt bzw. österreichische Interessen am besten durchgesetzt haben. Die ÖVP ist die einzige Partei mit einem pro-europäischen Profil. Als Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit ist die Osteuropa-Initiative von Finanzminister Josef Pröll zu erwähnen, weiters die Verhinderung der Wiederinbetriebnahme des AKW Bohunice durch Außenminister Michael Spindlberger und Lebensminister Nikolaus Berlakovich, die Verhinderung von Genmais-Anbau in Österreich durch Berlakovich bzw. die neue EU-Bankenrichtlinie mit besserer Finanzmarktaufsicht durch ÖVP-Abgeordneten Othmar Karas, das Aus für hohe Roaming-Preise durch ÖVP-Abgeordneten Paul Rübiger und die Verhinderung von Le Pen als Altersvorsitz durch ÖVP-Spitzenkandidaten Ernst Strasser. Mit Strasser hat die ÖVP einen absoluten Vollprofi als Spitzenkandidaten, der Österreichs Interessen in Europa am besten durchsetzen kann. Ernst Strasser ist ein Vollblut-Politiker und Krisen-Manager, der in Österreich bekannt, in Europa anerkannt, wirtschaftlich kompetent und durchsetzungsstark ist.

Europa spannt sich als Schutzschirm über Österreich.

Österreich hat in den letzten Jahren seine Chancen in Europa gut genutzt und hat seit dem Beitritt von Europa enorm profitiert:

- ein Prozent zusätzliches Wirtschaftswachstum pro Jahr,
- Europa als Jobmotor: über 350.000 Arbeitsplätze wurden in Österreich geschaffen und
- über 70.000 Unternehmungen gegründet.

Auch deshalb steht Österreich heute stärker da als viele andere Staaten und kann der Wirtschaftskrise besser die Stirn bieten.

Europa hat uns in dieser Situation gezeigt, was es wert ist, eine Krise gemeinsam mit 26 anderen Staaten und gemeinsam mit 500 Millionen Menschen durchzustehen. Wir profitieren enorm von einer starken Gemeinschaftswährung, die garantiert, daß unsere Wirtschaft wachsen kann und diese Krise auch besteht.

Mehr Informationen Programm der Österreichischen Volkspartei zur Europawahl gibt es auf

<http://www.oevp.at>

Andreas Mölzer, Spitzenkandidat der FPÖ

Es geht um mehr als das EU-Parlament

Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren für die Bürger quer durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union schon immer besonders uninteressant. Das letzte Mal haben in Österreich gerade 42 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Und gerade jene, die die EU kritisch sehen oder gar für eine Rückkehr zur österreichischen Eigenständigkeit sind, mögen sich dabei gesagt haben: Was interessiert mich diese Wahl? Wozu soll ich ein Europäisches Parlament wählen, wenn ich gegen die EU insgesamt bin?

Eine durchaus verständliche Einstellung, aber eine gefährliche! Allzumal es sich bei den kommenden EU-Wahlen vom 7. Juni wahrlich um Schicksalswahlen handelt, geht es doch um die Weichenstellung für den künftigen Weg der europäischen Integration. Und die EU – das müssen wir uns alle vergegenwärtigen – das ist nichts Fernes, nichts, das irgendwo da im fernen Brüssel existiert und kaum Einfluß auf uns hat. Nein, die EU, das ist längst der politisch und ökonomisch bestimmende Bereich, der über den Alltag und das Leben auch der Österreicher mehr Einfluß ausübt, als unsere Bundesländer, als die Kommunen, als die Republik selbst. Nicht nur, daß mehr als 80 Prozent der Gesetze von Brüssel kommen und im österreichischen Parlament nur mehr durchgewinkt werden, nicht nur, daß wir durch Globalisierung und Europäisierung längst keine eigenständige Volkswirtschaft mehr haben und natürlich auch keine eigene Währung, nein, Europa ist tatsächlich der bestimmende Faktor für die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in all seinen Mitgliedsländern, insbesondere auch in Österreich geworden. Das ist Faktum.

Superstaat?

Und da ist es dann natürlich von existentieller Bedeutung in welche Richtung sich dieses Europa entwickelt. Hin zu einem zentralistischen Superstaat, der mit einer Zentralbürokratie alle Lebensbereiche auch der entferntesten Mitgliedsregionen autokratisch durchdringt und bestimmt hin zu einem rein ökonomisch orientierten Moloch, in dem die Lobbyisten der multinationalen Konzerne und der internationalen Banken das Reden haben, hin zu einem multikulturellen „Melting pot“, in dem die Völker und Kulturen des

historisch gewachsenen Europas eingeschmolzen und vernichtet werden? Oder wird es ein Europa, in dem der geistige Reichtum dieses Kontinents, die Vielfalt der Nationen, der Völker und Kulturen, die historisch gewachsenen Regionen, die Heimatbereiche, die verschiedenen Lebensstile erhalten und bewahrt werden und sich fruchtbar weiterentwickeln können?



Foto: FPÖ

Andreas Mölzer
Spitzenkandidat der FPÖ

Über diese große Fragen wird tatsächlich bei den diesjährigen EU-Parlamentswahlen abgestimmt. Wenn nämlich jene Kräfte – wie die FPÖ – gestärkt werden, die als Patrioten ihre jeweiligen Identitäten und damit die nationale und kulturelle Vielfalt Europas bewahren wollen.

Demokratie: Stärkung der Mitbestimmung der Bürger

Wenn jene Kräfte gestärkt werden, die die Mitbestimmung der Bürger möglichst in direkter Demokratie gewahrt wissen wollen, wenn jene Kräfte gestärkt werden, die gegen weitere Masseneinwanderung und Islamisierung auftreten, wenn jene Kräfte gestärkt werden, die für die Erhaltung der europäischen Arbeitsplätze und gegen die Gewinnmaximierung multinationaler Konzerne zu Lasten der Europäer auftreten, dann besteht die Chance auf eine Umkehr innerhalb der EU. Wer Europa liebt, muß die EU kritisieren und an Haupt und Gliedern reformieren.

EU-Skeptiker, EU-Kritiker sind keine Anti-Europäer, im Gegenteil: sie sind die besten Europäer. Das gilt in Österreich für die Freiheitlichen und in vielen anderen EU-Staaten für befreundete patriotische Bewegungen und Parteien.

Diesmal geht es darum, Europa auf den rechten Weg zu bringen

Gut abschneiden bei diesen Europawahlen werden jene politischen Kräfte, die in der Lage sind, ihre Sympathisanten zu mobilisieren und zur Urne zu bewegen. Deshalb ist es auch in Österreich so wichtig den Menschen zu sagen, daß sie wählen gehen müssen und daß sie ihre EU-Kritik, ihre Skepsis über die Sackgassen der etablierten europäischen Politik zum Ausdruck bringen müssen, indem sie entsprechend ihre Stimme bei den EU-Parlamentswahlen abgeben. Diesmal geht es darum, Europa auf den rechten Weg zu bringen und damit unsere österreichische Heimat zu retten. Gemeinsam verbunden im Kampf mit den Patrioten anderer Länder, die ebenfalls für ein Europa der Vaterländer eintreten.

Starkes Zeichen setzen

Und es wird darum gehen, ein starkes Zeichen zu setzen, daß dieses Europa in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise verpflichtet ist, europäische Arbeitsplätze zu sichern. Europa ist nicht verpflichtet, den Bankrott internationaler Banken zu verhindern. Es ist auch nicht verpflichtet, die Interessen multinationaler Konzerne zu schützen. Nein, Europa ist verpflichtet, die europäischen Menschen, die europäischen Völker, vor dem wirtschaftlichen Niedergang zu bewahren. Es ist verpflichtet, die Abwanderung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Es ist verpflichtet, die klein- und mittelständigen Betriebe Europas zu fördern und zu beschützen. Wenn zig Millionen Arbeitslose quer durch Europa um ihre wirtschaftliche Existenz bangen müssen, dann gilt es dem politischen Establishment einen Denkkettel zu verpassen. Jenem politischen Establishment, das wahrlich versagt hat und das dieses unser Europa den internationalen Spekulanten, den Börse-Betrügern und anderen zwielichtigen Elementen überlassen hat. Es ist also wahrlich eine Schicksalswahl, die am 7. Juni auch auf die Österreicher zukommt.

<http://www.fpoe.at>

Ewald Stadler, Spitzenkandidat des BZÖ

Das BZÖ steht für die Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten

Nach dem Scheitern der Verfassung für Europa bzw. dem Vertrag von Lissabon ist eine ernsthafte Debatte über die Zukunft der EU notwendig. In diesem Zusammenhang bedarf es einer völligen Neuverhandlung eines Vertrags für die Bürger Europas mit dem Ziel der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) anstatt der derzeit stattfindenden Forcierung eines europäischen Superstaates. Daraus ergibt sich im Sinne eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten für die Mitgliedsstaaten eine Zugehörigkeit zum Bund Europäischer Staaten, zum weiteren Kreis jener Länder mit entsprechenden Assoziationsabkommen oder zum äußersten Kreis der Länder mit besonderer Partnerschaft. Im Zuge der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) muß es zudem zu einer Neuordnung der Kompetenzen (Renationalisierung von Aufgaben), und einer tiefgreifenden und umfassenden Verschlinkung und Entbürokratisierung der Institutionen und Organe der EU sowie einem radikalen Privilegienabbau kommen.

Nationale Volksabstimmungen

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union wieder zu gewinnen, bedarf es einer nachhaltigen Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindungsprozesse und damit der Notwendigkeit der EU-weit verpflichtenden Verankerung direktdemokratischer Elemente. Bis zu einer vertraglichen Normierung der Abhaltung zeitgleicher nationaler Volksabstimmungen in allen EU-Staaten sind in den genannten Fällen in Österreich jedenfalls nationale Volksabstimmungen durchzuführen. Europa hat räumliche, finanzielle und kulturelle Grenzen, Nein zu einem Beitritt der Türkei. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird aufgrund massiver Defizite in den Bereichen demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, der Rechte und Gleichberechtigung von Frauen und der Meinungsfreiheit abgelehnt. Die Türkei kann die für einen Beitritt erforderlichen Kriterien einer EU-Mitgliedschaft nicht erfüllen und ist zudem nicht Teil Europas. Anstelle eines Beitritts erscheint eher eine Zusammenarbeit in Form einer Partnerschaft mit Europa vor dem Hintergrund der geopo-

litischen Bedeutung der Türkei als sinnvoller und realistischer.

Sicherung der Handlungsfähigkeit der EU

Wir fordern eine Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU nach außen, mit Sicherheitsgarantie für die Mitgliedsstaaten nach innen, bei gleichzeitiger Wahrung der absoluten Neutralität Österreichs. Eine Europaarmee wird daher auch entschieden abgelehnt.



Foto: BZÖ

Ewald Stadler
Spitzenkandidat des BZÖ

Europa muß energieunabhängig werden

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger treten wir daher für eine EU-weit akkordierte Erdgasbevorratung nach dem Vorbild Österreichs im Sinne der Einführung von Mindeststandards, sowie die Forcierung der Nutzung alternativer und erneuerbarer Energien durch die entsprechende Bereitstellung von finanziellen Mitteln und verstärkte Bewußtseinsbildung im Hinblick auf Energiesparmaßnahmen und der Nutzungseffizienz von Energie ein.

Einfrieren der EU-Beiträge...

Es muß in Fällen außergewöhnlicher ökonomischer oder nationaler Krisenfälle den Mitgliedsstaaten möglich sein, die EU-Beiträge einzufrieren bzw. abzusenken um im eigenen Land die finanziellen Möglichkeiten zu haben, um entsprechend gegensteuern und helfend eingreifen zu können.

EU-weite Spekulationssteuer...

Wir wollen die Einführung einer EU-weiten Spekulationssteuer, mit der die kurzfristige Spekulation eingedämmt wird und die Wechselkurse von Handelspapieren wieder

stärker die langfristigen realwirtschaftlichen Phänomene als die kurzfristigen spekulativen Erwartungen widerspiegeln. Diese EU-Steuer soll die Beiträge der EU-Mitgliedsstaaten kompensieren und somit auch den österreichischen Budgethaushalt und damit den österreichischen Steuerzahler spürbar entlasten. Allein mit einem Steuersatz von 0,01 % auf den Transaktionswert wären über 80 Mrd Euro jährlich zu erzielen, was zwei Drittel des derzeitigen EU-Budgets entspricht.

Ausbau der Kontrolle

Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet und wirtschaftlich verwaltet werden und die europäischen Institutionen effizient und kostensparend arbeiten.

Schutz mittelständischer Wirtschaft

Eine der dringlichsten Maßnahmen für KMU in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Ermöglichung des Zugangs zu Krediten und damit zu dringend notwendigem Investitionskapital. In diesem Zusammenhang ist die Abschaffung von Basel II, die Banken begünstigt, aber der Wirtschaft massiv schadet und damit Arbeitsplätze vernichtet, dringend erforderlich.

Einführung von Schutzzöllen...

Die steigende Kriminalität belegt: Schengen ist gescheitert, die Kontrolle der EU-Außengrenzen in den Oststaaten funktioniert nicht! Das BZÖ tritt daher im Sinne der Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen ein, wie sie während der Fußball-Europameisterschaft bereits erfolgreich und effizient praktiziert wurden.

Bürokratie ab-, Bürgerrechte ausbauen

Für ein atomfreies Europa und eine Reform des Euratom-Vertrages, Für ein gentechnikfreies Österreich, Kein Zugriff auf unser Wasser

Das heimische Wasser muss in österreichischer Hand bleiben! Die EU und ausländische Investoren dürfen keinen Zugriff auf unsere Wasserressourcen bekommen, was durch eine rechtliche Absicherung der heimischen Wasserressourcen in Form entsprechender parlamentarischer Beschlüsse sicherzustellen ist.

<http://www.bzoe.at>

Ulrike Lunacek, Spitzenkandidatin der Grünen

Nur wer wählt, zählt!

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni wird die Weichen für die Zukunft Europas stellen. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes entscheidet: Bleibt es beim Verwalten der Krise mit derselben Politik, die sie verursacht hat? Oder gibt es neue Mehrheiten, die die Krise bewältigen und Europa neu gestalten können?

Das Europäische Parlament ist das einzige demokratisch legitimierte Organ der Union. Europapolitik ist mehr als Politik in Brüssel: Sie hat Einfluß auf die Entwicklungen auf diesem Planeten und beeinflusst ganz maßgeblich die Gesetzgebung in Österreich, den Ländern und den Gemeinden. Der Ausgang dieser Wahl ist entscheidend – für uns alle.

Die Grünen sprechen – im Gegensatz zu den anderen Parteien – europaweit mit einer Stimme und kämpfen im Europaparlament gemeinsam: Für einen Ausstieg aus der Atomkraft, für gentechnikfreie Lebensmittel, für krisensichere, grüne Arbeitsplätze, für eine Europäische Sozialunion mit Mindestlohn und Grundsicherung, für die Regulierung der Finanzmärkte und für den Schutz der Privatsphäre der BürgerInnen vor dem Überwachungsstaat.

Die Wirtschaftskrise: Ein Wendepunkt für Europa

Die Wirtschaftskrise führt die Schwächen der Europäischen Union drastisch vor Augen: Die nationalen Regierungen verhindern eine Wende zu einer gemeinsamen, zukunftsweisenden, grünen Wirtschaft. Die Entscheidungswege sind zu kompliziert für schnelle Reaktionen. Statt einer Europäischen Sozialunion sind Sparpakete zu befürchten.

Die EU-Kommission unter Kommissionspräsident Barroso hat durch ihre neoliberale Wirtschaftspolitik die Krise mit verursacht. Die nationalen Regierungen, egal ob schwarz oder rot, haben bei der Krisenbewältigung nicht an einem Strang gezogen.

Nationale Alleingänge lösen die Krise nicht, bringen den Klimaschutz nicht voran und tragen nicht dazu bei, die europäische Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Umso mehr braucht es ein starkes Parlament mit einer starken grünen Fraktion.

Erfolge der Grünen für Ökologie und Soziales

Grüne Arbeit in Europa nützt. Das zeigen unsere Erfolge:

- **Energie:** Wir haben das Energiepaket mit ambitionierten Zielen vorangetrieben und lehnen Atomenergie konsequent ab.
- **Verkehr:** Dank grüner Hartnäckigkeit entschied das EU-Parlament, daß künftig die Lärm- und Luftverschmutzungskosten in die LKW-Maut einberechnet werden.
- **Gentechnik:** Wir haben durchgesetzt, daß EU-Mitgliedsstaaten ihre Landwirtschaft vor Gentechnik schützen können. Die österreichischen Bundesländer sind deshalb gentechnikfrei. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nun kennzeichnungspflichtig.



Foto: Die Grünen

Ulrike Lunacek
Spitzenkandidatin der Grünen

- **Gegen Dumpinglöhne:** Auf Drängen der Grünen hat das Europäische Parlament das „Herkunftslandprinzip“ aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichen, um Lohn-dumping zu verhindern. Wir haben uns erfolgreich für die Rechte von LeiharbeiterInnen und BetriebsrätInnen eingesetzt.
- **Für öffentliche Dienste:** Große Teile der Daseinsvorsorge wurden auf unseren Druck hin vom Wettbewerb ausgenommen.
- **Für Gleichstellung:** Erst aufgrund des massiven Drucks von uns Grünen legte die EU-Kommission Vorschläge für Diskriminierungsschutz für alle vor – inklusive Lesben, Schwule und Trans-Gender.
- **Grundrechte:** Es waren wir Grüne, die die Grundrechte im Unionsrecht verankert haben. Wir haben die Vollbeschäftigung und die Bindung der Außen- und Sicherheitspolitik an die UN-Charta zu Zielen der Union gemacht.

Grüne Initiativen für Europa

Es gibt nicht zu viel, sondern zu wenig Europa für die großen entscheidenden Fragen. Wir Grüne sind die österreichische Partei im Europa-Parlament, die für mehr Europa eintritt – und zwar ein anderes, sozialeres, ökologisches und demokratischeres Europa.

Unsere Ziele

- „Grüner New Deal“: 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa – mehr als 100.000 in Österreich – durch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien,
- Vollbeschäftigung,
- ökologisches, soziales nachhaltiges Wirtschaften,
- Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern,
- europaweite Einführung von Grundsicherung und
- Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch europaweite Volksbefragungen und Volksabstimmungen.

ÖVP und SPÖ stellen die Regierung und entscheiden im Rat mit. Sie präsentieren sich als Europa-Parteien – doch sie stehen weit entfernt von einem starken, sozialen und ökologischen Europa.

FPÖ und BZÖ wie auch Hans-Peter Martin haben keine Fraktion im Europaparlament und können deshalb Entscheidungen nicht beeinflussen. FPÖ und BZÖ wollen aus dem Europäischen Projekt austreten.

Die Grünen bekennen sich zu einem Europa der Zukunft: Ein Europa, das für Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gleichstellung eintritt.

Die Chance dazu ist jetzt größer denn je: Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Neoliberalismus einen schweren Rückschlag erlitten. Dies öffnet neue Möglichkeiten für die Durchsetzung von Grünen Konzepten für ein global gerecht agierendes, soziales und ökologisches Europa.

Ob diese Chance genutzt wird, entscheidet nicht zuletzt die Wahl zum Europäischen Parlament.

<http://www.gruene.at>

Österreichs Weg nach Europa



Unterzeichneten in Brüssel Österreichs Beitrittsvertrag zur Europäischen Union (v.l.): Sektionschef Ulrich Stacher, Botschafter Manfred Scheich, Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock.

Foto: Europäische Gemeinschaft 1994

Im Jahr 1989 stellte die österreichische Bundesregierung formell das Beitrittsansuchen für die Aufnahme Österreichs in die Europäische Union. Nach erfolgreichen Beitrittsverhandlungen und einer Volksabstimmung, bei der zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung für den EU-Beitritt votierten, wurde Österreich am 1. Jänner 1995 gemeinsam mit Schweden und Finnland Mitglied der EU.

Seit 1. Jänner 1995 gelten für die Österreicher die Grundfreiheiten der EU: Freizügigkeit bei der Wahl des Arbeitsplatzes, Freiheit der Niederlassung, Freiheit des Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehrs. Im Gegenzug ist Österreich zur Übernahme des EU-Rechtsbestandes verpflichtet.

Im März 2007 feierte die EU den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Römischen Verträge von 1957 bildeten die Basis einer Zollunion (1968) und der gemeinsamen Handelspolitik der EU mit dem Ziel eines gemeinsamen Marktes ohne Handelshemmnisse. Die Verwirklichung des Binnenmarktes mit der vollen Freizügigkeit von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital folgte im Jahr 1993. Im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde 2002 der Euro eingeführt.

Ein weiterer Meilenstein für die EU und Österreich war der Vertrag über die Europäische Union, der „Vertrag von Maastricht“

der seit 1993 in Kraft ist. Mit diesem Vertrag wurde die Europäische Union (EU) gegründet und die Wirtschaftsgemeinschaft um eine neue politische Dimension ergänzt. Die gemeinschaftlichen Agenden erstrecken sich seither nicht nur auf den gemeinsamen Markt sondern auch auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten in den Bereichen „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) sowie „Justiz und Inneres“. Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 erfolgte auf Basis des Vertrages von Maastricht.

Die jüngsten EU-Erweiterungen auf 27 Mitgliedsstaaten (2004 und 2007) erforderten bereits im Vorfeld weitere politische Integrationsschritte und institutionelle Reformen, um die Handlungsfähigkeit der Union zu gewährleisten. Dies geschah durch die Verträge von Amsterdam (1999), und Nizza (2003).

Im Oktober 2004 unterzeichneten die 25 Regierungschefs und Außenminister der EU in Rom den Vertrag über die Europäische Verfassung, in der alle bestehenden Verträge zusammengefaßt werden sollten. Österreich hatte die Arbeiten zu diesem Vertrag aktiv unterstützt. Zentrale Elemente sind neben vereinfachten Strukturen und klar definierten Kompetenzen mehr Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, Transparenz und direkte Demokratie sowie mehr Befugnisse für das EU-Parlament als Vertretung der Bürger. Der „Vertrag über eine Verfassung

für Europa“, mußte vor Inkrafttreten von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Er scheiterte an den negativen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005. Der Vertrag von Nizza bestimmt daher als bisher letzte in Kraft getretene Änderung der Europäischen Verträge die aktuellen Regeln in der EU.

Österreich hat seit seinem EU-Beitritt als gleichberechtigter Partner an allen wesentlichen Entwicklungen der Union aktiv teilgenommen und wird auch künftig über wichtige Veränderungen mitentscheiden. Österreich führte bisher zwei Mal, 1998 und 2006, für jeweils ein halbes Jahr den Vorsitz in der Europäischen Union. Unter Österreichs zweiter EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 verständigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs einmal mehr auf eine stärkere Akzentuierung der gemeinsamen Politikbereiche und die Eröffnung neuer Themenfelder, darunter mehr Bürgernähe, sozialer Zusammenhalt sowie Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die EU-Staats- und Regierungschefs erneuerten im März 2007 in der „Berliner Erklärung“ zum 50-Jahr-Jubiläum der Union ihr Bekenntnis zum Erfolgs- und Friedensprojekt der EU. Sie bekannten sich auch zu verbindlichen Klimaschutzzielen, zur Erweiterung und zum Bemühen um Konsens bei einem künftigen EU-Reformvertrag. ■

Quelle: <http://www.zukunfteuropa.at>

Das Bundesheer bleibt an der Ostgrenze

Der Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres wird wohl über 2009 hinaus noch Dienst an Österreichs Ostgrenze machen. Grund dafür: steigende Kriminalität und steigendes Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung im Grenzgebiet.

Am 26. Mai, im Anschluß an den wöchentlichen Ministerrat, sprach sich Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) für eine Verlängerung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres im östlichen Grenzraum Österreichs aus. So dürfte dieser auch über 2009 hinaus verlängert werden. Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) und Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) sagten dazu, daß sie einer Verlängerung grundsätzlich positiv gegenüberstünden. Beide wollen aber noch die für Sommer geplanten Evaluierungsergebnisse abwarten.

Mitte April dieses Jahres ging Innenministerin Maria Fekter im Rahmen einer Debatte im parlamentarischen Innenausschuß, in dem das Thema Kriminalität auf dem Programm stand, auf Forderungen ein, wegen steigender Kriminalität – sprich Einbruchsdelikte – die „Ostgrenzen wieder dicht zu machen“, daß niemand mehr die Schengen-Grenzen möchte. Der Wegfall der Grenzen stelle aber für die Sicherheit eine Herausforderung dar. Sie betonte, daß mit dem Wegfall der Grenzen keine steigende Kriminalität einhergehe, und verwies auf die enorme Ausweitung der Polizeikooperation. Die seit Ende vergangenen Jahres zugenommene Einbruchskriminalität versuche man effizient zu bekämpfen. Im Zusammenhang mit ausländischen Tätern machte Fekter darauf aufmerksam, daß ungefähr 9000 ausländische Täter aus Serbien kämen; da gebe es keine Schengen-Grenze, fügte sie an. Auch gebe es eine hohe Täterzahl deutscher Staatsbürger.

Um jedoch dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nachzukommen, wird der Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres nicht, wie geplant, mit 2009 auslaufen, sondern – nach einer eingehenden Prüfung von Kosten und Nutzen – voraussichtlich darüberhinaus verlängert werden. Verteidigungsminister Norbert Darabos meinte, angesichts der Kriminalitätsentwicklung sei eine Verlängerung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres durchaus möglich. „Wenn das Innenministerium



Bundeskanzler Werner Faymann (li.) und Verteidigungsminister Norbert Darabos im Gespräch mit Soldaten und Polizisten im Grenzraum.

das Bundesheer auch über 2009 hinaus für die Sicherheit der Bevölkerung im Grenzraum braucht, werden wir dem positiv gegenüberstehen“, so der Minister, der eine gemeinsame Evaluierung mit dem Innenressort für Mitte 2009 ankündigte. „Das Ergebnis dieser Evaluierung wird die Basis für die weitere Vorgehensweise sein“, so Darabos.

„Das Bundesheer leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Bevölkerung im Grenzraum“, so der Ressortchef. Seit 2008 wurden 1000 Verdachtsfälle von Bundesheer-Soldaten an die Polizei gemeldet, das sind 60 pro Monat oder zwei pro Tag. „Ich weiß von vielen Besuchen bei den Soldaten, wie dankbar ihnen die Bevölkerung für diese Arbeit ist“, sagt der Minister.

Derzeit stehen etwa 800 Soldatinnen und Soldaten im Assistenzeinsatz. Die Soldaten patrouillieren im Grenzraum und führen Beobachtungen durch. Verdachtsfälle werden der Polizei gemeldet. Die Kosten für den Assistenzeinsatz belaufen sich auf ca. 12,5 Millionen Euro pro Jahr.

Bundeskanzler Werner Faymann, Verteidigungsminister Norbert Darabos und der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl besuchten am 29. Mai die Soldaten im Assistenzeinsatz. Bereits zuvor hatte sich Niessl für eine Verlängerung des Assistenzeinsatzes ausgesprochen. Der Landeshauptmann begründete dies gegenüber der APA mit steigender Kriminalität bzw. einer Zunahme von Einbrüchen. Ohne den Einsatz der Soldaten könne „das gesamte Sicherheitskonzept für das Burgenland nicht umgesetzt werden.“, so der Landeshauptmann. „Ich behaupte, der Assistenzeinsatz hat sich bewährt“, erklärte er. 100.000 illegale Grenzgänger seien in Vergangenheit aufgegriffen oder zurückgewiesen worden. Ohne Assistenzeinsatz hätte man wahrscheinlich entsprechend mehr „Illegale“ in Österreich. Auch nach dem Fall der Schengengrenze habe es durch den Einsatz viele Hinweise gegeben, die zu Verhaftungen und Anzeigen geführt hätten. Wichtig sei auch die „präventive Wirkung.“ ■

<http://www.bmlv.gv.at>

EU-Probewahl in den Wiener Jugendzentren

Der Verein Wiener Jugendzentren bietet jungen WählerInnen viele Aktionen rund um die Europawahl 2009



Fotos: Verein Wiener Jugendzentren / Luca Faccio

Jugendstadtrat Christian Oxonitsch zu Gast bei den EU-Probewahlen vor der Millenniums-City

In den Wiener Jugendzentren dreht sich derzeit alles um die bevorstehende Europawahl. Jugendliche ab 16 Jahren dürfen dabei ihre Stimme abgeben – daher ist die Wahl am 7. Juni 2009 ein wichtiges Thema in den Jugendeinrichtungen. Probewahlen, EU-Quizes, mobile Wahlkabinen, Infowände und vieles mehr informieren über Europa und die EU, das Europäische Parlament, die antretenden Parteien und motivieren, zur Wahl zu gehen. „Daß in Österreich Jugendliche ab 16 Jahren politisch mitentscheiden und mitgestalten können, ist eine tolle und wichtige Neuerung. Ich freue mich, daß die Wiener Jugendzentren die Erst- und JungwählerInnen mit vielfältigen Aktionen und Angeboten zur EU-Wahl informieren, unterstützen und die politische Teilhabe fördern“, betont Kinder- und Jugendstadtrat Christian Oxonitsch, der zu Gast bei den Probewahlen vor der Millenniums-City war.

Probewahlen

In vielen Jugendzentren und -treffs können JungwählerInnen bei Probewahlen ihre Stimme abgeben. Mit echten Stimmzetteln,

Wahlurnen und der anschließenden Auszählung lernen die ErstwählerInnen das Wahlprozedere kennen und die Hemmschwelle,



zur Wahl zu gehen, wird gesenkt. Einige Einrichtungen nehmen mobile Wahlkabinen mit in die Parks und bieten dort Probewahlen an. Die ersten Ergebnisse der Probewahlen in der Millenniums-City kann man ab heute unter <http://www.jugendzentren.at/base20> nachlesen.

Top informiert

Viele Jugendliche haben Fragen zur Wahl und ihrem Wahlrecht, der EU und dem Europäischen Parlament und den kandidierenden Parteien und deren Programmen etc. Für die Jugendlichen stehen daher im Jugendzentrum Infomaterial, Flyer und Plakate aller kandidierenden Parteien bereit, die Fragen wie „Wen kann ich wählen?“, „Warum soll ich wählen gehen?“ oder „Wie kann ich meine Stimme abgeben?“ werden von den JugendarbeiterInnen beantwortet und gemeinsam diskutiert. Zusätzlich gibt's in den Einrichtungen der Wiener Jugendzentren Wahl-Quizes, Politik-Talkrunden, eine spielerische Europareise und vieles mehr, um die Jugendlichen auf die EU-Wahl vorzubereiten. ■

Außenministerium: Sicherheitsnetz für Österreicher in der Welt

Außenminister Michael Spindelegger appelliert an Reisende, sich vorab über Destination zu informieren – Beantragung von Personalausweisen auch im Ausland

Die Österreicherinnen und Österreicher werden immer reiselustiger. Im Jahr 2008 machten sie rund 9,7 Mio. Urlaubsreisen ins Ausland. Ihre Sicherheit und ihre bestmögliche Betreuung im Ausland ist Kernaufgabe des Außenministeriums. Mit dem Bürgerservice in Wien und unseren weltweit rund 100 Botschaften und Berufskonsulaten sind wir das Sicherheitsnetz für Österreicher in der Welt“, so Außenminister Michael Spindelegger bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Innenministerin Maria Fekter zum Thema „Sicheres Reisen“. Allein im Jahr 2008 gab es mehr als 117.000 Fälle, in denen Österreichern konkret geholfen werden konnte. Die Palette dabei reicht vom verlorenen Reisepaß über Kontakte zu Ärzten und Anwälten bis hin zur Hilfe bei Erkrankung und Unfällen und Evakuierung im Kriegsfall.

Den größten Beitrag zu einem gelungenen Auslandsaufenthalt könne aber jeder selbst schon im Vorfeld leisten – indem er sich auf seine Reise entsprechend vorbereitet: „Wir appellieren daher an alle ‚Urlaubsplaner‘: Informieren sie sich vorab über ihre geplante Destination! Welche Gesundheitsvorkehrungen, welche Sicherheitsrisiken gilt es zu beachten“, so Spindelegger. Auf der Homepage des Außenministeriums

<http://www.aussenministerium.at> gibt es detaillierte und laufend aktualisierte Reiseinformationen über alle Staaten der Welt. Weiters hat das Außenministerium eine „Notfallkarte“ in Scheckkartenformat mit allen wichtigen Rufnummern entwickelt: „Diese Karte sollte bei jeder Auslandsreise so selbstverständlich dabei sein wie der Reisepaß“, so Spindelegger. Sie kann beim Außenministerium bestellt oder auf der Homepage selbst ausgedruckt werden. „Sollte dennoch im Ausland eine Notsituation eintreten, so kann sich jeder an die nächstgelegene österreichische Vertretungsbehörde wenden. Weiters ist das Bürgerservice 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche weltweit kostenlos erreichbar“, so der Außenminister. Die Telefonnummern: ++43 / 501150 - 4411 oder ++43 / (0)1 / 90115 - 4411. „Die ständige Verbesserung unseres Bürgerservices

ist für mich ein wesentliches Anliegen: So haben wir unsere rasch verfügbaren Hilfstteams verstärkt, das Netz von Honorarkonsulaten erweitert und unsere Zusammenarbeit mit internationalen Partnern intensiviert. Das Außenministerium ist die zentrale Servicestelle für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher im Ausland.“

Beantragung österreichischer Personalausweise auch im Ausland

Durch die jüngst in Kraft getretene Novellierung des Paßgesetzes (BGBl. I Nr. 6/2009) ist die Beantragung von österreichischen Personalausweisen nun auch an österreichischen Botschaften und Berufs-Generalkonsulaten möglich. Damit wird eine langjährige Forderung von AuslandsösterreicherInnen und des Außenministeriums umgesetzt.

Der (neue) Personalausweis im Scheckkartenformat gilt als Identitätsnachweis im gesamten Schengen-Raum, wo – trotz Wegfalls der Binnengrenzkontrollen – ÖsterreicherInnen über ein gültiges Reisedokument verfügen müssen. Darüber hinaus ist der Personalausweis ein zulässiges Reisedokument für fast alle europäischen Länder. Mehr dazu siehe unter <http://www.help.gv.at>, unter „Passersatz“.

Die Gültigkeitsdauer der Personalausweise ist wie beim österreichischen Reisepaß abhängig vom Alter des/r AntragstellerIn: zwei Jahre für 0–2-Jährige, fünf Jahre für 2–12-Jährige, zehn Jahre ab dem 12. Lebensjahr.

Es gibt auch eine stets steigende Zahl von EWR-Ländern, die an dort wohnhafte EWR-BürgerInnen – dh auch AuslandsösterreicherInnen – Ausweisdokumente ausstellt, die für den Wohnsitzstaat gültig sind, aber nicht zum Staatsgrenzenübertritt berechtigen.

Die örtlich zuständige österreichische Berufs-Vertretungsbehörde nimmt persönlich gestellte Anträge auf Ausstellung eines Personalausweises gegen eine Konsulargebühr von 57 € entgegen – bzw. von 27 € für ÖsterreicherInnen, die bei Antragstellung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Ausstellung eines Personalauswei-

ses, die unmittelbar durch die Geburt eines Kindes veranlaßt wird, ist von Konsulargebühren befreit. Voraussetzung dafür ist, daß diese Amtshandlung innerhalb von zwei Jahren ab dessen Geburt vorgenommen wird.

Vor kurzen wurde die örtliche Zuständigkeit der – auch für Personalausweise zuständigen – österreichischen Passbehörden im Ausland liberalisiert. Seitdem können in der EU wohnhafte AuslandsösterreicherInnen Paß und Personalausweis bei jeder österreichischen Botschaft und jedem österreichischen Berufs-Generalkonsulat innerhalb der Europäischen Union – sowie in Österreich bei jeder Paßbehörde – beantragen. AuslandsösterreicherInnen mit Wohnsitz im Nicht-EU-Ausland können Pässe und Personalausweise außer bei ihrer zuständigen Vertretungsbehörde auch bei der/m geographisch ihrem Wohnsitz nächstgelegenen Botschaft / Berufs-Generalkonsulat beantragen – auch wenn diese/s in einem anderen Staat liegt – sowie in Österreich bei jeder Paßbehörde.

Erforderliche Unterlagen

Erforderliche Unterlagen für die Ausstellung eines Personalausweises sind das auch im Internet verfügbare Antragsformular <http://www.help.gv.at> (siehe Formulare) ein amtlicher Lichtbildausweis oder ein/e IdentitätszeugIn, die Geburtsurkunde, der Staatsbürgerschaftsnachweis, ein Paßbild (Hochformat ca. 35 x 45 mm) nach den Kriterien http://www.passbildkriterien.at/oesterreich_neu.html gegebenenfalls auch die Heiratsurkunde und/oder der Nachweis eines akademischen Grades bzw. der Standesbezeichnung IngenieurIn. Die Zusendung des Personalausweises kann auch im Postweg erfolgen: <http://www.help.gv.at/Content.Node/3/Seite.030100.html#ZumFormular>.

Aufgrund der notwendigen technischen Umstellungen an den Vertretungsbehörden im Bereich der Identitätsdokumente kann es bei der Beantragung von Personalausweisen im Ausland in der Anfangszeit zu etwas längeren Bearbeitungszeiten kommen. Es ist für AuslandsösterreicherInnen aber auch möglich, Personalausweise und Reisepässe in Österreich bei jeder Paßbehörde zu beantragen: <http://www.help.gv.at/Content.Node/2/Seite.020100.html>

Internationales Jugendmusiktreffen

Gala-Abend im Innsbruck Congress: Begeisterung über die Grenzen hinweg



Foto: Innsbruck / Rathaus Medienservice

Die Gruppe aus Krakau begeisterte die Gäste im Congress. Im Bild rechts: Innsbrucks Bürgermeisterin Hilde Zach.

Innsbruck stand am 12. Mai ganz im Zeichen des Internationalen Jugendmusiktreffens. Höhepunkt war der Gala-Abend im Congress. Hunderte Gäste waren gekommen, um die musikalischen Darbietungen der Chöre und Musikgruppen aus den Partnerstädten Innsbrucks, aus dem benachbarten Ausland und aus allen österreichischen Bundesländern zu genießen. „Ich danke allen Organisatoren, die dieses Jugendmusiktreffen ermöglichten und wünsche allen Jugendlichen, dass die internationalen Freundschaften hier in Innsbruck vertieft werden können“, so Bürgermeisterin Hilde Zach in ihren Grußworten. Durch das Programm führte „Mei liabste Weis“-Moderator Franz Posch.

Anlässlich des Tiroler Gedenkjahres „Geschichte trifft Zukunft. 1809 – 2009“ hat die Stadt Innsbruck in Zusammenarbeit mit dem Bezirksschulrat Innsbruck-Stadt und mit Unterstützung des Landes Tirol nach Innsbruck zu einem musikalischen Austausch

eingeladen. Über 600 Jugendliche aus ganz Europa sind gekommen. „Für die Jugend kann nicht genug getan werden“, so Landesrätin Beate Palfreder, „und ich danke allen, die sich so um unsere Kinder bemühen sowie der Stadt Innsbruck und dem Bezirksschulrat Innsbruck-Stadt für die Organisation.“

Die Begeisterung unter den Jugendlichen war so groß, daß die Gruppe aus Tiflis mit den Schülerinnen aus der Musikhauptschule Wildschönau spontan im Foyer nach der Veranstaltung eine gemeinsame „Zugabe“ zum Besten gaben.

Die angereisten Musikantinnen und Musikanten wurden schon vor und natürlich besonders während ihres Aufenthaltes von Innsbrucker Partnerschulen betreut. So wird der Völker verbindende Gedanke der Veranstaltung nicht nur hörbar gemacht, sondern auch gelebt. Kontakte wurden geknüpft, die über die Landes- und Bundesgrenzen hinausgehen.

„Diese Veranstaltung im Rahmen des Tiroler Gedenkjahres spannte einen beeindruckenden musikalischen Bogen von der Geschichte zur Zukunft: Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Ländern präsentierten gemeinsam traditionelles Musikgut aus ihrer jeweiligen Heimat. Zusammen mit den Innsbrucker Partnerschulen erkundeten sie außerdem nicht nur die Tiroler Landeshauptstadt, sondern alle miteinander erfuhren auch allerlei Interessantes aus anderen Regionen und Ländern“, freute sich Bildungsstadträtin Christine Oppitz-Plörer über die Völker verbindenden Aspekte des Internationalen Jugendmusiktreffens.

Mittags tauchte die Altstadt im Zuge des Platzl-Singens in ein musikalisches Potpourri. Die teilnehmenden Chöre präsentierten vor dem Goldenen Dachl, am Köhleplatzl sowie am Franziskanerplatz landestypische Weisen und sorgten so für ein gemeinschaftliches Klangerlebnis für eine breite Öffentlichkeit. ■

Innsbruck bewirbt sich um den 4th UCLG World Congress 2013

Anlässlich des 24. Europäischen Gemeindetages in Malmö nutzte Bürgermeisterin Hilde Zach bei einem Gespräch mit der Generalsekretärin von United Cities and Local Governments (UCLG), Mme Elisabeth Gateau (Trägerin des Kaiser-Maximilian-Preises 2004), die Gelegenheit, zu fragen, ob Innsbruck reale Chancen für eine Bewerbung um den UCLG World Congress hätte. Dieser weltweite Gemeindetag findet alle drei Jahre statt. Die Größe dieses Kongresses liegt bei ca. 3000 Personen.

Die Antwort ist positiv ausgefallen und Mme Gateau hat Bürgermeisterin Hilde Zach eingeladen, formell das Interesse der Stadt zu bekunden. Eine Einladung, die das Innsbrucker Stadtoberhaupt freudig annahm.

Der erste Kongress der neu gegründeten Weltorganisation fand 2004 in Paris statt. 2007 folgte Jeju/Korea. 2010 ist Mexico City an der Reihe, 2013 könnte Innsbruck der Treffpunkt für den 4th UCLG World Congress sein.

<http://www.cities-localgovernments.org/uclg/index.asp>

Elisabeth Gateau, aus Frankreich stammende Generalsekretärin der Weltunion der

Kommunen, erhielt den „Kaiser-Maximilian-Preis 2004, Europapreis für Regional- und Kommunalpolitik des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck“ in Anerkennung ihrer Verdienste um die Fortentwicklung der regionalen und kommunalen Strukturen in Europa.

Gateau war bis Mai 2002 Generalsekretärin des vom ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing geführten Rates der Gemeinden und Regionen Europas (des Dachverbandes der nationalen europäischen Städte- und Gemeindebünde). Mit der Übernahme des Vorsitzes von Valéry Giscard d'Estaing im Europäischen Konvent zur Ausarbeitung einer Verfassung für die Europäische Union wechselte sie in das neu geschaffene Konventssekretariat. In dieser Eigenschaft hatte sie großen Anteil an der Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im künftigen Europäischen Verfassungsentwurf. Auf diese Art und Weise ist der Ausbau und die Absicherung der regionalen und lokalen Strukturen in einem in Frieden vereinten Europa gewährleistet. ■

EU-Ausschuss der Regionen zu Gast in der Kulturhauptstadt Linz

Die 106 Mitglieder der Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) kamen auf Einladung von Landeshauptmann Josef Pühringer zu einer Konferenz im Linzer Design Center zusammen. Die Lokal- und Regionalpolitiker aus den 27 Mitgliedsstaaten der EU berieten mit Vertretern der Kreativwirtschaft, wie Städte und Länder ihre Kultur-, Innovations- und Wirtschaftsförderung zu einer erfolgreichen Gesamtstrategie zusammenführen können. Die Veranstaltung unterstreicht die europäische Kulturhauptstadt Linz als Innovationsstandort im Europäischen Jahr für Kreativität und Innovation 2009 und setzt knapp vor den Europawahlen am 7. Juni ein europapolitisches Highlight.

Die AdR-Mitglieder haben unter der Leitung von OÖ-Landesrat Viktor Sigl und dem Vorsitzenden der AdR Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung (EDUC), Gerd Harms, Europastaatssekretär in Brandenburg, mit Experten aus Verwaltung und Wirtschaft diskutiert, wie in Zeiten der Krise durch die gezielte Ankurbelung der Kreativwirtschaft auf lokaler und regionaler Ebene neue und bessere Arbeitsplätze geschaffen werden können. Für Landeshauptmann Josef Pühringer schuf die Konferenz auch eine gute Gelegenheit, Linz und Oberösterreich europaweit darzustellen. Er unterstrich, daß diese Veranstaltung für das Land Oberösterreich als gastgebende Region die einmalige Chance geboten habe, sowohl „Linz09“ als Europäische Kulturhauptstadt, das kreative und innovative Potential von Landeshauptstadt und Region im Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation 2009 sowohl dem heimischen, als auch einem europäischen Publikum optimal zu präsentieren. „Das vernetzte Denken und gemeinsame Arbeiten der Regionen Europas ist entscheidend“, so der Landeshauptmann. „Die Bündelung der Kräfte, das grenzüberschreitende Zusammenarbeiten und der Austausch an Innovation und Kreativität ist die Zukunftsdevise.“

Rund zwei Drittel der Rechtsakte der Europäischen Union werden von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Mitgliedsstaaten umgesetzt. Der Ausschuss der Regionen wurde 1994 mit dem Ziel eingerichtet, Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein Mitspracherecht zum Inhalt dieser Rechtsvorschriften zu geben. <http://www.cor.europa.eu> ■

Interkulturelles GET TOGETHER der Europäischen Jugendbewegung

Vom 4. bis 11. Juli 2009 bietet die Europäische Jugendbewegung 2009 jungen AuslandsösterreicherInnen zwischen 16 und 25 Jahren die Gelegenheit, mit Jugendlichen aus anderen Europäischen Ländern – Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Italien und Luxemburg – zusammenzutreffen. Basisstationen werden Jugendherbergen in Tulln und am Semmering sein.

Dieses interkulturelle Zusammentreffen stellt eine einzigartige Möglichkeit dar, in den Sommerferien neue Kontakte zu knüpfen, sich mit aktuellen Themen auseinanderzusetzen und der österreichischen Kultur näher zu kommen. Die Europäische Jugendbewegung ist ein Projekt des Vereines „Impulse Krems“ in Zusammenarbeit mit dem Niederösterreichischen Jugendreferat.

In der GET TOGETHER-Woche ist unter anderem vorgesehen, in Workshops Ansichten zu den Themen Religion und Kultur im

Zusammenhang mit aktuellen Fragen zu diskutieren. Das Freizeitprogramm umfaßt neben sportlichen Aktivitäten auch landestypische Ausflüge: eine Donau-Schiffahrt durch das UNESCO-Weltkulturerbe Wachau, die Besichtigung des Stiftes Melk und eine Führung durch die Innenstadt Wiens.

Der Vollpreis incl. Vollpension, Eintritte, Führungen und Transporte sowie einer Gruppenversicherung (ersetzt nicht die Kranken- und Unfallversicherung!) beträgt 600 €. AuslandsniederösterreicherInnen wird diese Woche zum vergünstigten Vorzugspreis von 300 € Euro angeboten. Die Anreise ist im Preis nicht inbegriffen und von den Teilnehmenden selbst zu organisieren.

Anmeldungen werden bis zum 5. Juni 2009 von der Geschäftsstelle für AuslandsniederösterreicherInnen des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung entgegengenommen. ■

http://www.noel.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Auslandsösterreicher/Jugendtreffen/Europaeische_Jugendbegegnung_2009.html

Staatliche Beihilfen

Prüfung staatlicher Beihilfen wird vereinfacht und beschleunigt

Die Europäische Kommission hat ein Maßnahmenpaket zur Vereinfachung der Beihilfenkontrolle angenommen. Es umfaßt einen Verhaltenskodex und eine Mitteilung über ein vereinfachtes Verfahren und soll dazu beitragen, die Beihilfeverfahren auf allen Stufen effizienter, transparenter und berechenbarer zu gestalten. Auf diese Weise soll auch die freiwillige Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten gestärkt werden. Sowohl im Verhaltenskodex als auch in der Mitteilung über das vereinfachte Verfahren wird den Mitgliedsstaaten empfohlen, im Vorfeld der Anmeldung von Beihilfemaßnahmen systematischen Kontakt mit der Kommission aufzunehmen, damit mögliche Schwierigkeiten schon frühzeitig ausgeräumt werden können. Ferner wird eine verbesserte Planung sowohl für schwierige als auch für unkomplizierte Beihilfesachen vorgeschlagen. Die Annahme des Vereinfachungspakets ist ein wichtiger Schritt bei der Umsetzung des Reformprogramms, das die Kommission 2005 in ihrem „Aktionsplan Staatliche Beihilfen“ angekündigt hatte.

EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erklärte: „Das Vereinfachungspaket für die Beihilfenkontrolle wird der Wirtschaft zugutekommen, denn die Mitgliedsstaaten und die Kommission werden schon in einem früheren Stadium intensiver zusammenarbeiten, so dass Beihilfeentscheidungen schneller erlassen werden können. Mit der Annahme des Verhaltenskodex und der Mitteilung über ein vereinfachtes Verfahren erfüllt die Kommission ihre im Rahmen des „Aktionsplans Staatliche Beihilfen“ gemachte Zusage, die Beihilfeverfahren zu modernisieren und zu vereinfachen.“

Mit dem Vereinfachungspaket soll die Untersuchung unproblematischer Beihilfemaßnahmen ebenso erleichtert und beschleunigt werden wie die Prüfung komplexer Beihilfesachen, die neue Fragen aufwerfen, und die Bearbeitung von Beschwerden. Dies entspricht der Zielsetzung des „Aktionsplans Staatliche Beihilfen“ aus dem Jahr 2005, dem zufolge die Beihilfeverfahren vereinfacht sowie effizienter und berechenbarer gestaltet werden sollen. Das Vereinfachungspaket wurde mit den Mitgliedsstaaten und den übrigen betroffenen



EU-Wettbewerbskommissarin
Neelie Kroes

Akteuren eingehend erörtert. Die Vorschläge der Kommission fanden dabei breite Unterstützung.

Im Verhaltenskodex wird dargelegt, wie Beihilfeverfahren in der Praxis ablaufen sollten, wobei Dauer, Transparenz und Berechenbarkeit im Mittelpunkt stehen. Vorgesehen ist auch eine Reihe freiwilliger Vereinbarungen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten, um die Beihilfeverfahren in jedem einzelnen Verfahrensabschnitt zu straffen und berechenbarer zu gestalten.

Der Verhaltenskodex gilt für alle Beihilfesachen, die weder unter die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung noch unter die Mitteilung über ein vereinfachtes Verfahren fallen.

Der Verhaltenskodex setzt auf ein gemeinsames Engagement der Kommission und der Mitgliedsstaaten. Auf der einen Seite wird die Kommission systematische Kontakte im Vorfeld der Anmeldung anbieten, damit die offiziellen Anmeldungen möglichst korrekt und vollständig sind. Bei Beihilfemaßnahmen, die wesentliche Neuerun-

gen beinhalten oder besonders komplex oder dringlich sind, wird der Ablauf des Verfahrens einvernehmlich geplant. Die Kommission wird sich ferner nach Kräften bemühen, ihre Informationsersuchen zu bündeln. Auf der anderen Seite sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Informationsersuchen der Kommission zügiger und vollständiger zu beantworten. Zu diesem Zweck wird im Verhaltenskodex vorgeschlagen, die geltenden verfahrensrechtlichen Bestimmungen strikt anzuwenden, damit die Mitgliedsstaaten zügig reagieren und die Verfahren vorangebracht werden. Gemäß dem Verhaltenskodex soll auch die Bearbeitung von Beschwerden verbessert werden. So sollen ungefähre Fristen angegeben und die Beschwerdeführer besser informiert werden.

Durch das vereinfachte Verfahren will die Kommission die Bearbeitung unkomplizierter Beihilfesachen verbessern. Dazu gehören beispielsweise Beihilfemaßnahmen, die ganz offensichtlich mit den geltenden horizontalen Instrumenten oder der gefestigten Entscheidungspraxis der Kommission im Einklang stehen. Die Kommission möchte dafür sorgen, daß Beihilfen, die eindeutig mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind, binnen eines Monats nach Übermittlung einer vollständigen Anmeldung genehmigt werden. In der Mitteilung sind beispielhaft Maßnahmen aufgeführt, die grundsätzlich für das vereinfachte Verfahren in Frage kommen. Dazu gehören bestimmte KMU-, Umweltschutz-, Innovations- sowie Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen.

Dieses neue Verfahren soll die Beihilfenkontrolle nicht nur beschleunigen, sondern auch mehr Transparenz gewährleisten. So wird von jeder Maßnahme, die ein Mitgliedsstaat nach dem vereinfachten Verfahren bei der Kommission anmeldet, vorab eine Zusammenfassung auf der Website der Kommission veröffentlicht, sodaß die betroffenen Akteure eine zusätzliche Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Keine dieser Neuerungen gilt für Maßnahmen, die die Mitgliedsstaaten im Kontext der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise anmelden. Für diese Maßnahmen wurden interne Ad-hoc-Verfahren eingeführt, damit die Kommission sie vordringlich prüfen kann. ■

Das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES)



Fotos: AIES / Thomas Preis

A. Kammel (AIES), H. Winkler (Direktor, Diplom. Akademie Wien), J. Hahn (Wissenschaftsminister), B. Ferrero-Waldner (EU-Kommissarin), M. Spindelegger (Außenminister), W. Fasslabend (Präsident AIES), F. Algieri (AIES) v.l.

Das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) ist ein 1996 von Experten und Persönlichkeiten der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gegründetes überparteiliches Forschungsinstitut mit der Aufgabe, als Think-Tank und Informationsgeber einen objektiven Beitrag zur Vertiefung des europa- und sicherheitspolitischen Wissens in Österreich zu leisten. Seit seiner Gründung hat sich das Institut kontinuierlich zu einem Kompetenzzentrum für Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik entwickelt, um die zentralen politischen Themen und Herausforderungen Europas systematisch wissenschaftlich zu bearbeiten und auf europäischer Ebene einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion zu leisten. Im Sinne einer umfassenden Europa- und Sicherheitspolitik konzentriert das AIES seine Arbeit auf folgende Themen:

- die Weiterentwicklung der Europäischen Union, ihrer Politiken und des europäischen Integrationsprozesses,

- die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP),
- die Entwicklungen in Mittel-, Südost- und Osteuropa,
- die euro-mediterranen Beziehungen,
- die transatlantischen Beziehungen,
- die Beziehungen der EU mit Asien, Afrika und Lateinamerika,
- die Entwicklung regionaler und internationaler Ordnungsmodelle sowie
- Österreichs Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik.

Neben der wissenschaftlichen Forschung zu den genannten Themen erarbeiten die AIES-Experten praxisorientierte Analysen und Empfehlungen für die nationale wie auch die supranationale Ebene. Die interdisziplinäre Arbeit wird durch die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Institutionen, Einrichtungen der Zivilgesellschaft, mit

Medien sowie mit internationalen Organisationen ergänzt. Die Arbeitsergebnisse werden mithilfe unterschiedlicher Methoden und in verschiedenen Foren erarbeitet und vermittelt.

Das AIES nutzt verschiedene Publikationsformate. Im regelmäßig erscheinenden AIES-Fokus werden in Form von Kurzanalysen aktuelle Themen aufgegriffen. Die AIES-Studien widmen sich in umfassender und tiefgreifender Weise ausgewählten Fragen der genannten Themenbereiche. Beide Formate sind auf der Homepage des AIES als PDF abrufbar. In der Schriftenreihe AIES Beiträge zur Europa- und Sicherheitspolitik werden Monografien und Sammelbände in bewährter Buchform veröffentlicht.

Veranstaltungen

Im Rahmen der wissenschaftlichen Tätigkeit organisiert das AIES laufend Expertenseminare zu den wichtigen Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik mit Beteiligung

Institutionen, die sich mit Europa auseinandersetzen

nationaler, europäischer und internationaler Experten. Darüber hinaus veranstaltet das AIES auch Vorträge mit prominenten Rednern. Zwei Veranstaltungen sind mittlerweile ein Markenzeichen des AIES: Als Beitrag zur europa- und sicherheitspolitischen Diskussion veranstaltet das AIES seit 1997 alljährlich im Herbst ein eintägiges „Europaforum“, bei dem die wesentlichsten europa- und sicherheitspolitischen Fragestellungen diskutiert werden. Bei den Vortragenden handelt es sich um Vertreter der Europäischen Institutionen, insbesondere des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und Administrationen sowie um EU-Experten. Das Europaforum ist öffentlich zugänglich und wird jährlich von ca. 150 Personen besucht, die aus den Mitgliedsstaaten der EU, europäischen Think Tanks und der Öffentlichkeit kommen.

Im Bereich der europa- und sicherheitspolitischen Aus- und Weiterbildung führt das AIES seit dem Sommer 2002 eine interdisziplinäre Sommerschule mit dem Titel „Europaakademie“ durch. Sie bietet interessierten Wissenschaftlern, Doktoranden, Hochschulabsolventen und Hörern höherer Semester auf dem Gebiet der Europäischen Studien, Europarecht, Politikwissenschaft und Militärwissenschaft die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung in wichtigen Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik. Im Rahmen der Sommerschule werden Kenntnisse über die EU als politischer und sicherheitspolitischer Akteur sowie die Strategien und Politiken der EU-Institutionen vermittelt. Dabei liegt ein Schwergewicht auf der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Darüber hinaus werden die wichtigsten aktuellen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik und die zentralen (sicherheits-)politischen Akteure analysiert und diskutiert.

Kooperationen

Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit kooperiert das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik mit zahlreichen Partnern auf europäischer und internationaler Ebene. Das AIES ist Partner im Netzwerk der Forschungsinstitute des EU Instituts für Sicherheitsstudien im Bereich Sicherheitspolitik und aktiver Mitarbeiter bei EuroDefense und European Ideas Network (EIN).

EuroDefense ist ein überparteiliches Netzwerk von Persönlichkeiten insbesondere aus den Bereichen der Diplomatie, der



Europamatinee 2009 in den Räumen des AIES in Maria Enzersdorf bei Wien

Streitkräfte, der Wirtschaft und der Wissenschaft, die sich auf europäischer Ebene für das Projekt der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) einsetzen und zu dessen Realisierung einen positiven Beitrag leisten wollen. In folgenden 13 der 27 EU-Mitgliedsstaaten gibt es, nach französischem Vorbild, EuroDefense Gruppen: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Rumänien, Spanien und Ungarn.

Das European Ideas Network (EIN) ist ein offener paneuropäischer Think Tank Prozeß, der 2002 initiiert wurde mit der Zielsetzung, innovatives Nachdenken über die zentralen Herausforderungen, mit denen sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten konfrontiert sehen, zu fördern. Das EIN zählt in den EU-Mitgliedsstaaten über 600 Mitglieder, darunter Politiker, Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft, von Think Tanks, der Medien und der Zivilgesellschaft.

Im Rahmen von Arbeitsgruppen werden die wesentlichen Herausforderungen der EU thematisiert. Jährlich wird eine Sommeruniversität abgehalten. Das Netzwerk bietet auch einen Rahmen für nationale Think Tanks, um auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten.

Das AIES ist bemüht, die bestehende Kooperation mit Ungarn auf Partnerländer wie Slowakei, Slowenien, Bayern und Tschechien auszudehnen und ein entsprechendes mitteleuropäisches Netzwerk zu etablieren. Im Rahmen des INTERREG-Programms wurde ein grenzüberschreitendes

Projekt mit Ungarn erfolgreich durchgeführt, wobei das AIES die koordinierende Rolle innerhalb des Projekts innehatte.

Darüberhinaus unterhält das AIES Kontakte mit wissenschaftlichen Instituten und Universitäten im In- und Ausland sowie mit gleichartigen europäischen und außereuropäischen Einrichtungen. Die Experten des AIES führen Lehrveranstaltungen im In- und Ausland durch. Mit der Universität von Olmütz besteht eine enge Kooperation, die es Studenten der Universität Olmütz im Rahmen des EU Lifelong Learning Programms als ERASMUS-Studenten ermöglicht, Praktika am AIES zu absolvieren.

Das AIES bietet ein Forum für verschiedene gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Gruppen und Akteure. In diesem Sinne bestehen vielfältige Kooperationsbeziehungen zu Einrichtungen in Österreich sowie auf europäischer und internationaler Ebene. Mit dem AIES kann in unterschiedlichen Formen kooperiert werden, von gemeinsamen Veranstaltungen bis hin zu gemeinsamen Projekten.

Standort

Seit 2005 hat das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) seinen Sitz im barocken Schloss Hunyadi in Maria Enzersdorf bei Wien. Hier finden auch zahlreiche Veranstaltungen des AIES statt.

Weitere Informationen über das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik und seine Forschungsschwerpunkte finden sich auf dessen umfangreicher Homepage. ■

<http://www.aies.at>

Runder Tisch, Kommissionen, Polizei

LH Luis Durnwalder trifft Innenminister Roberto Maroni in Bozen – Die Regionen treten vehement gegen die Tourismuspolitik der Regierung in Rom auf.

In einem sachlichen und offenen Gespräch hat Landeshauptmann Luis Durnwalder Innenminister Roberto Maroni am 21. Mai über die Situation in Südtirol informiert. Und dabei auch einige heiße Eisen aufs Tapet gebracht, etwa eigene Südtiroler Wettbewerbe zur Aufnahme in den Polizeidienst. Besprochen wurden zudem die fälligen Ernennungen der Kommissionen und ein Runder Tisch zum Zusammenleben.

Nicht zuletzt aufgrund des ethnischen aufgeheizten Klimas war der Innenminister nach Bozen gekommen. Von Durnwalder hat er einen Abriß über die Lage bekommen. „Dabei habe ich offen und objektiv alle Probleme und Anliegen vorgebracht“, so der Landeshauptmann, der Maroni als einen sachlichen Menschen bezeichnet, der die Lage im Land überlegt, vernünftig und realistisch zu beurteilen im Stande sei. Keiner, so der Minister dem Landeshauptmann gegenüber, könne oder wolle die Autonomie Südtirols ernsthaft in Frage stellen. „Gleichzeitig hat Maroni aber auch auf die wirtschaftlich angespannte Situation hingewiesen und verlangt, daß alle Regionen ihren Teil zur Besserung beitragen müßten“, erklärte Durnwalder im Anschluß an die Unterredung.

Besprochen worden sind alle heißen Eisen: von der Toponomastik über die faschistischen Relikte bis hin zum Problem der Zweisprachigkeit. Letzteres solle vor allem im Staatsdienst ernsthaft angegangen werden, forderte Durnwalder, der die Polizei als Beispiel nannte. „Wenn wir einen zweisprachigen Polizeidienst in Südtirol gewährleisten wollen, dann ist es notwendig, daß es im Land eigene Wettbewerbe zur Aufnahme in den Dienst gibt, bei denen die Zweisprachigkeit zwingend vorgeschrieben wird“, so der Landeshauptmann. Der Minister habe diese Forderung zur Kenntnis genommen und versprochen, sie zu überprüfen. Gefordert hat Durnwalder zudem die längst überfällige Einsetzung der Sechser-, Zwölfer- und 137er-Kommission sowie die Ernennung der Südtiroler Staatsräte.

Darüber hinaus kam auch Maronis Vorschlag zur Einrichtung eines Runden Tisches zum Zusammenleben zur Sprache. „Ich begrüße diese Idee und habe heute meiner-



Beziehungen zwischen Bozen und Rom besprochen: LH Luis Durnwalder mit Innenminister Roberto Maroni.
Foto: LPA/Pertl

seits vorgeschlagen, der Runde Tisch solle zweimal jährlich – einmal im Frühjahr, einmal im Herbst – tagen“, so der Landeshauptmann. Geht es nach ihm, soll diese Gesprächsrunde zwar nicht „eine zweite 137er-Kommission“ werden, sich aber möglichst mit allen Themen rund um die Paketentwicklung und das friedliche Zusammenleben befassen. Die Zusammensetzung hänge davon ab, welches Themenspektrum letztlich tatsächlich auf den Tisch kommen solle.

„Der Minister wird den Vorschlag zur Einrichtung eines solchen Runden Tisches nun der Regierung unterbreiten“, so Durnwalder, der heute auch noch einmal angeregt hat, ein ähnliches Gremium im Lande selbst zu etablieren. „Es soll sicher kein Debattierclub werden, sehr wohl aber eine Runde, in der der Dialog über anstehende Probleme aufrechterhalten wird“, so der Landeshauptmann. Denn: „Ich bin sicher, daß – wenn dieser Runde Tisch mit Ernsthaftigkeit arbeitet – die hier investierte Zeit sehr gut angelegt ist.“

Zuständigkeit der Regionen

Im Rahmen der Konferenz der Regionenpräsidenten am 21. Mai, an der für Südtirol

Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Berger teilgenommen hat, wurde auch auf die Zuständigkeit der Regionen im Bereich Tourismuspolitik gepocht. „Wir sehen es als Eingriff in unsere Zuständigkeiten, wenn die Regierung ein Tourismus-Ministerium aus der Taufe hebt, ohne auch nur ansatzweise eine Absprache mit uns getroffen zu haben“, so Berger. Der Tourismus-Landesrat verweist auf die primären Kompetenzen, die die Regionen im Tourismus haben und die durch die derzeitige Politik der Regierung in Frage gestellt würden. „Dies auch, weil Rom nicht nur ein eigenes Ministerium geschaffen hat, sondern zudem die staatliche Tourismus-Körperschaft ENIT weiter aufwertet“, so Berger.

Die Regionen haben beschlossen, gegen diesen Zugriff des Staates auf ihre Zuständigkeiten zu protestieren. „Wir fordern eine umgehende und direkte Aussprache mit der Regierung, auch um zu klären, welche Konzepte sie im Bereich des Tourismus verfolgt und wie sie sich die Entwicklung des Tourismus-Ministeriums überhaupt vorstellt“, erklärt der Landesrat. Und: „Gegen Eingriffe in unsere Kompetenzen werden wir uns jedenfalls zur Wehr setzen.“ ■

<http://www.provinz.bz.it>

Das Bankgeheimnis bleibt – garantiert

Finanzminister Josef Pröll wehrt sich dagegen, daß die Österreicher pauschal als Steuerhinterzieher behandelt werden – Leitl sieht hinter der Österreich-Kritik vor allem einen Konkurrenzkonflikt, Neid und Mißgunst – IWF-Direktor Strauss-Kahn entschuldigt sich in Wien für »Rechenfehler«

Der Datenschutz für die Sparbücher und Bankkonten der Österreicher – das sogenannte Bankgeheimnis – bleibt unangestastet, garantierte Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) im ORF-„Report“-Interview am Abend des 12. Mai: „Wir wollen nicht, daß von Behörden ohne begründeten Verdacht, ohne Hinweis auf Unregelmäßigkeiten, beliebig auf Daten zugegriffen werden kann.“ So wie Gesundheitsdaten nicht beliebig veröffentlichbar sind, sollen auch Finanzdaten einen gewissen Schutz genießen.

Menschen haben hart gearbeitet

Und er wehrt sich dagegen, daß in der Debatte die Österreicher pauschal als Steuerhinterzieher behandelt werden: „Die Menschen in diesem Land haben hart gearbeitet, haben sich auch viel Geld zur Seite gelegt, haben investiert, Eigentum geschaffen.“

Dort, wo es Verdachtsmomente auf Unregelmäßigkeiten gibt, kann die Justiz schon jetzt sofort ermitteln; und auch in Steuerdelikten sieht § 38 Bankwesengesetz bei einem eingeleiteten Strafverfahren die Öffnung des Kontos vor.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Steuerbehörden wird ausgebaut, und bei begründetem Verdacht wird ein Datenaustausch möglich sein, wie es Österreich, Luxemburg und die Schweiz in einem gemeinsamen Schritt angekündigt haben.

Seltsame Listen

Pröll kritisiert scharf die Listen der G-20, die herumgeistern: „Ich kann nicht einwilligen, daß aufgrund politischer Größe und Größe von Ländern Listen erstellt werden, die keinen faktischen Hintergrund haben. Das kann ich nicht auf Österreich sitzen lassen.“ Als Beispiel nennt er Hongkong, das auf keiner Liste zu finden ist, weil China beim G-20-Treffen am Tisch gesessen ist.

Auch über die Attacken des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück ist Pröll erbost: „Ich habe es satt, in den letzten Mo-



Finanzminister Josef Pröll, IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn und OeNB Gouverneur Ewald Nowotny (v.l.)

naten von Wissenschaftlern, sei es der IWF oder der Herr Krugman mit den Verdächtigungen Osteuropas, jetzt auch von unseren Nachbarn ständig pauschale Verdächtigungen zu hören, die nicht bewiesen werden können.“ Wenn Steinbrück für seine Vorwürfe entsprechendes Material habe, solle er es auf den Tisch legen. „Aber diese Vergleiche, die er da anstellt, die haben in einer ordentlichen Partnerschaft nichts verloren.“

Leitl: Konkurrenzkonflikt, Neid und Mißgunst

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl schlägt in dieselbe Kerbe, wenn er – in bezug auf eine Äußerung des „Financial Times“-Kolumnisten und Nobelpreisträger Paul Krugman, der Österreich wegen des Ost-Engagements heimischer Banken am Rande des Bankrott vermutete –, feststellt: „Für die wenig fundierte Kritik von Nobelpreisträger Paul Krugman am Wirtschaftsstandort Österreich gilt das gleiche wie für die früheren unqualifizierten Äußerungen und Bewertungen von Ratingagenturen: Der Staatspleite-Sager über Österreich ist falsch

und fahrlässig. Der US-Amerikaner Krugman hätte angesichts von Staatsdefizit, Immobilien- und Finanzkrise, Arbeitslosenquote, öffentlicher Verschuldung oder Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten besser daran getan zu schweigen, anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen. Ich habe die Ferndiagnosen über Österreich langsam satt.“ Leitl sieht hinter der seit einigen Wochen immer wieder aufflackernden Österreich-Kritik vor allem einen Konkurrenzkonflikt, Neid und Mißgunst: „Da gibt es nicht nur echte Sorgen um osteuropäische Staaten, da ist auch Mißgunst im Spiel, weil viele ausländische Banken die positive Entwicklung der vergangenen Jahre in Osteuropa anders als heimische Geldinstitute verschlafen haben.“

„Das hervorragende Triple-A-Rating von Österreich, welches erst jüngst bestätigt wurde, ist nicht in Gefahr, aber es ist ärgerlich, wenn aufgrund von unfundierter Österreich-Kritik die Risikozuschläge für heimische Anleihen wieder ansteigen sollten. Das schadet Österreich wirklich.“ Leitl verweist auf die grundsoliden Wirtschaftsdaten Öster-

Wirtschaft

reichs. Sowohl bei der öffentlichen Verschuldung als auch bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung liege Österreich seit Jahren im Spitzenfeld der erfolgreichsten europäischen Staaten. Und seit dem vergangenen EU-Gipfel, bei dem eine Aufstockung der Zahlungsbilanzhilfe für die EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa auf 50 Milliarden Euro beschlossen wurde, sei klar, daß das Prinzip der Solidarität in der EU weiter gelte und kein Mitgliedsland im Stich gelassen werde.

Leitl: „Ich lade Paul Krugman gerne nach Österreich ein, damit er sich vor Ort von der Qualität und Solidität unseres Landes überzeugen kann.“ So wie die Botschaften, die Notenbank oder die Geldinstitute werden auch die Außenhandelsstellen der Wirtschaftskammer international über den Wirtschaftsstandort Österreich informieren und Falschmeldungen entgegentreten.

Rechenfehler beim IWF aufgetaucht

Apropos Falschmeldung: Die vom IWF (Internationaler Währungsfonds) für Österreich errechneten Zahlen, die wohl auch Krugman zu seiner Diagnose bewegt hatten, stellten sich insofern als „Falschmeldung“ heraus, als man – bei neuerlicher Überprüfung – auf Rechenfehler gestoßen war, für die sich IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn auch öffentlich entschuldigte.

„Wir haben in unserem gemeinsamen Meeting mit IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn und OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny Österreichs Situation beleuchtet und neue Daten ausgetauscht“, erklärte Finanzminister Josef Pröll am 15. Mai in einem gemeinsamen Pressestatement mit Strauss-Kahn und OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny. „Dabei zeigt sich deutlich, daß unsere Handlungsweise richtig war. Mit den Stimulationspaketen sowie der Steuerreform 2009 haben wir punktgenau geholfen und Anreize für die Wirtschaft geschaffen.“ Die Regierung habe deutlich mehr Maßnahmen mit einem größeren Volumen als andere Länder beschlossen und hoffe damit, den Abschwung gegen Ende des Jahres abbremsen zu können.

„Die falschen Zahlen, die der IWF für seine Berechnungen benutzte, sind jetzt richtig gestellt worden. Anhand der neuen Berechnungen sieht man, daß die Herausforderung in Osteuropa mit den bereits beschlossenen Paketen absolut bewältigbar sind. Das Bankenpaket wirkt“, sagte Pröll. Auch OeNB-Gouverneur Nowotny erklärte: „Das heimische Bankenpaket ist ausrei-



Finanzminister Josef Pröll und IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wien

chend. Vor allem, da man die Situation in Osteuropa differenziert sehen muß. Besonders in den neuen EU-Staaten sind eine Reihe von Sicherheitsnetzen aktiviert worden und sorgen gemeinsam mit dem IWF für Stabilität.“



Auch Staatssekretär Andreas Schieder zeigte sich zufrieden mit der Berichtigung der Zahlen durch den IWF

Zu den Berechnungen des IWF hielt Strauss-Kahn fest: „Ja, wir haben einen Fehler gemacht, den wir mittlerweile korrigiert haben. Wir werden dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr passiert.“ Darüber hinaus betonte er, daß er die Ansichten von Paul Krugman nicht teile: „Die von Österreich getroffenen Maßnahmen entsprechen voll und ganz den Empfehlungen des IWF. Die Situation Österreichs ist insgesamt gut und die Herausforderungen für Österreich in Bezug auf Osteuropa unterscheiden sich nicht von jenen anderer Staaten.“

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bezeichnete die IWF-Einschätzung Österreichs als peinlichen Fehler, der glücklicher-

weise rechtzeitig erkannt worden sei, bevor allzu großer Schaden für Österreich habe entstehen können. „Jeder der schon Berechnungen gemacht hat, weiß, daß niemand frei von Fehlern ist. Es ist peinlich, daß es einer Institution passiert, die die Verantwortung trägt und hier unterstützend und stabilisierend hätte eingreifen sollen. Bei der fällt so eine Peinlichkeit unangenehm auf“, betonte Faymann. Daß der Internationale Währungsfonds (IWF) aber seine Tätigkeit zur Stabilisierung von Ost- und Südosteuropa erweitert habe, an das könne nicht oft genug erinnert werden, so Faymann.

Ebenfalls positiv bewertete Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) die Korrekturen des IWF bei der Einschätzung des Ostrisikos im „Global Financial Stability Report 2009“. „Damit zeigt sich, daß Österreich und die österreichische Bundesregierung zu Recht auf das überhöht dargestellte Ostrisiko verwiesen haben und so manche Aussage, daß Österreich am Rande des Staatsbankrott stünde, doch deutlich überzogen war und sich nicht auf valide Zahlen zurückführen läßt“, so Schieder.

Mit den nun vorzunehmenden Korrekturen zeige sich auch, daß es gerade in der aktuellen Krise wichtig sei, die Situation sachlich und nüchtern zu betrachten. „Wenn manche Ratingagenturen vom ‚Ostblock‘ gesprochen haben, dann ist das ebenso wenig sachlich, wie weit übersteigerte Zahlen. In diesen Zeiten ist es besonders wichtig, mit Ruhe und Umsicht Dinge zu bewerten und entsprechend zu handeln“, so Schieder. ■

<http://www.bmf.gv.at>

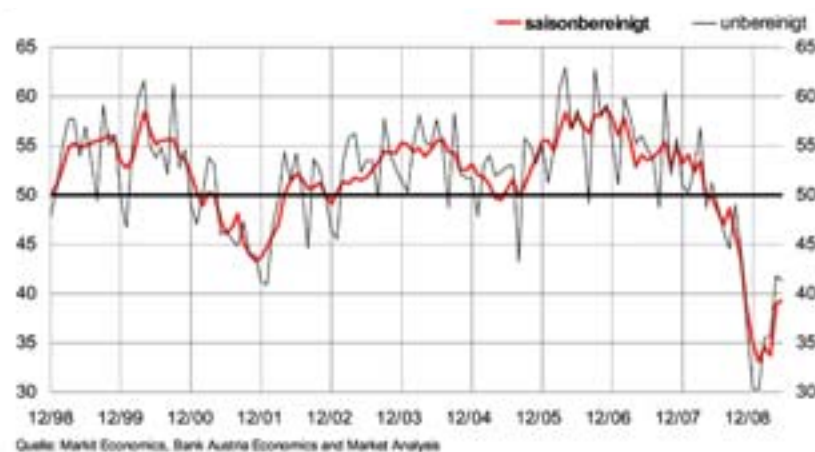
Österreichische Industrie schrumpft – langsamer – weiter

Bank Austria EinkaufsManagerIndex signalisiert im Mai weiter Schrumpfkurs – Anhaltend schwache Auftragslage führt zu verstärktem Jobabbau

Der kräftige Aufwärtstrend des saisonbereinigten Bank Austria EinkaufsManagerIndex (EMI) im April hat sich im Mai nur sehr abgeschwächt fortgesetzt. Der Indikator ist geringfügig auf 39,3 Punkte angestiegen. Der Wert zeigt damit immer noch einen kräftigen Rückgang der heimischen Industriekonjunktur an. Die Schrumpfungsphase dauert nun bereits mehr als ein Jahr an. „Der aktuelle Bank Austria EinkaufsManagerIndex unterstreicht, daß sich die österreichische Industrie weiter in einer tiefen Krise befindet“, meint der stellvertretende Chefvolkswirt der Bank Austria, Stefan Bruckbauer. „Der marginale Anstieg um 0,3 Punkte ist eine weitere Bestätigung dafür, dass sich die Industriekonjunktur nun langsam zu stabilisieren beginnt.“

Nach dem kräftigen Anstieg aller Teilkomponenten des Bank Austria EinkaufsManagerIndex im Vormonat zeigt sich im Mai eine weniger einheitliche Entwicklung. So ist der Produktionsindex weiter recht deutlich nach oben geklettert. Er liegt mit einem Wert von 41,9 nun bereits mehr als 10 Punkte über dem absoluten Tief vom Jänner. Allerdings ist ein tieferer Wert seit der Ermittlung des Index ausschließlich im laufenden Konjunkturzyklus ermittelt worden und die Wachstumsschwelle von 50 ist noch außer Sicht. Der dennoch ermutigende Produktionstrend ist auf die jüngste Auftragsentwicklung zurückzuführen. Die Neugeschäfte nehmen zwar weiter ab, der Index hat sich im Mai jedoch spürbar erholt. „Die Rekordauftragsausfälle zum vergangenen Jahreswechsel gehören wohl endgültig der Vergangenheit an, wenn auch die Auftragslage weiterhin unzureichend ist, um die bestehenden Kapazitäten auszulasten. Die österreichische Industrie hat deshalb den Beschäftigungsabbau im Mai wieder beschleunigt“, so Bruckbauer.

Bedingt durch das anhaltende Minus im Neugeschäft und die immer dünneren Auftragsbücher haben die meisten befragten Unternehmen ihre Einkaufsmenge im Mai abermals deutlich reduziert. „Im derzeit besonders herausfordernden wirtschaftlichen



Umfeld setzt die heimische Industrie in Reaktion auf die schwächere Nachfrage und zur Verbesserung der Liquiditätssituation auf einen beschleunigten Lagerabbau“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Sowohl die Vormaterial- als auch die Fertigwarenlager wurden im Mai in neuem Rekordtempo verkleinert. Allerdings ist das Indexverhältnis Neuaufträge zu Lager erstmals seit 14 Monaten über den Wert von 1 gestiegen und hat sogar den höchsten Wert seit mehr als zwei Jahren erreicht. Dies ist ein klares Zeichen, dass der Abbau der Lager bald zu Ende gehen und auch die Auftragslage vor einer Verbesserung stehen sollte. Wie die aktuelle Umfrage weiter zeigt, hat sich die Kostensituation der Unternehmer etwas verbessert. Die Einkaufspreise der Industrie sind im Mai etwa im gleichen Tempo wie im Vormonat gesunken, da es gelang, erfolgreich Preisnachlässe mit Lieferanten zu verhandeln und sich zudem Stahl etwas verbilligte. Aufgrund des starken Wettbewerbsdrucks mußten dagegen die Verkaufspreise im Mai stärker gesenkt werden als im Vormonat. „Weit weniger befragte Unternehmer haben ihre Abgabepreise reduzieren müssen, während deutlich mehr von sinkenden Einkaufspreisen profitierten. Insgesamt haben die Preisentwicklungen damit die Ertragslage der Unternehmen geringfügig positiv beeinflusst“, meint Pudschedl.

Die nun vorliegenden Produktionszahlen

für das erste Quartal 2009 zeigen den erwarteten schweren Einbruch in der Industrie. Die Produktion ging um durchschnittlich mehr als 13 Prozent im Jahresabstand zurück. Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex signalisiert für die kommenden Monate bisher nur eine Abschwächung der Talfahrt. Eine Bodenbildung der Industriekonjunktur ist nicht mehr vor dem Sommer zu erwarten. Die anhaltend ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen liefern keine Anhaltspunkte für einen raschen Umschwung, vielmehr wird eine nur sehr zähe Aufwärtsbewegung im Verlauf der zweiten Jahreshälfte immer wahrscheinlicher. „Im Gesamtjahr 2009 wird die Industrie voraussichtlich ein Minus von deutlich über 10 Prozent einfahren“, prognostiziert Bruckbauer, „Die Industriehochburgen Oberösterreich, Vorarlberg, Steiermark und abgeschwächt Niederösterreich werden die negativen Auswirkungen am stärksten von allen Bundesländern spüren.“

Anmerkung: Werte des EMI über 50,0 weisen auf ein Wachstum gegenüber dem Vormonat hin, Notierungen unter 50,0 signalisieren einen Rückgang. Je weiter die Werte von 50,0 entfernt sind, desto größer sind die Wachstums- bzw. Schrumpftendenzen. Dieser Beitrag enthält die Originaldaten aus der Monatsumfrage unter Einkaufsleitern der Industrie Österreichs, die von der Bank Austria gesponsert und unter der Schirmherrschaft des ÖPWZ seit Oktober 1998 von Markit Economics durchgeführt wird.

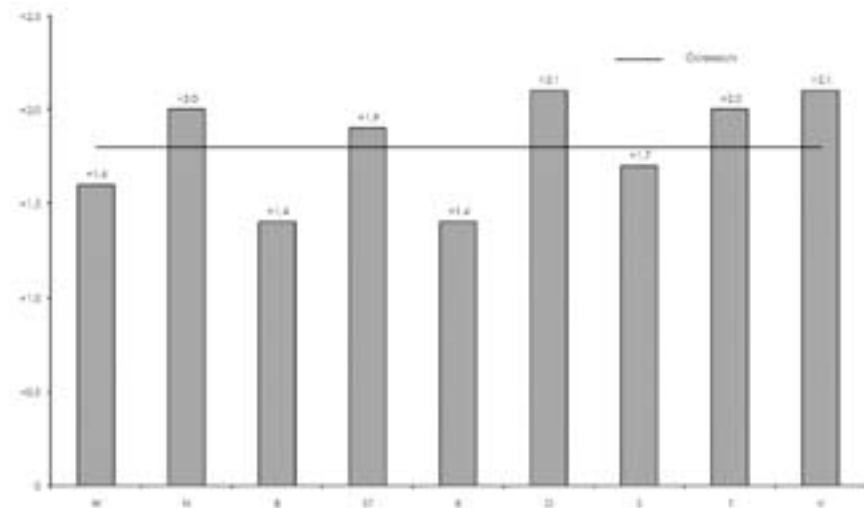
Regionales Wachstumsmuster 2008 noch von Hochkonjunktur geprägt

Während die gute Konjunktur der Vorjahre im 1. Halbjahr 2008 in Österreich noch anhielt, war ab der Jahresmitte und verstärkt zum Jahresende hin ein deutlicher Abschwung zu beobachten.

Die Wirtschaftsindikatoren für das gesamte Jahr 2008 spiegeln aufgrund dieses unterjährigen Wachstumsverlaufs das ganze Ausmaß der Krise nicht wider. Dies gilt auch für das regionale Wachstumsmuster: In den Industriebundesländern Ober- und Niederösterreich, Vorarlberg und Steiermark lag das Wachstum noch über dem Österreich-Durchschnitt, obwohl die exportorientierte Sachgütererzeugung von der Rezession am stärksten und sehr früh betroffen war. Auch in Tirol expandierte die Bruttowertschöpfung real überdurchschnittlich, während das Burgenland, Kärnten und Wien den geringsten Anstieg verzeichneten und auch Salzburg unter dem Durchschnitt blieb. Da der Arbeitsmarkt auf Konjunkturschwankungen im allgemeinen verzögert reagiert, wurde die Beschäftigtenzahl 2008 noch in allen Bundesländern deutlich erhöht – im Westen stärker als im Osten. Auch die Arbeitslosenquote ging mit Ausnahme von Salzburg durchwegs zurück.

Die Analyse der Sachgüterproduktion beruht diesmal auf dem Produktionsindex, der von einem konstanten Güterbündel der Produktion im Basisjahr 2005 ausgeht. Die Abschwächung der Exportdynamik aufgrund der Konjunkturverlangsamung war mit einem verlangsamten Wachstum der Sachgüterproduktion verbunden, das nur mehr +0,8% betrug. Mit Ausnahme von Wien, dessen Sachgütererzeugung weniger exportorientiert ist, verzeichnete der Sektor in allen Bundesländern geringere Produktionssteigerungen als in den Jahren zuvor. Dennoch war die Eintrübung der Industriekonjunktur regional sehr unterschiedlich ausgeprägt – in Ostösterreich schwächer als in der exponierteren Industrie im Westen und auch im Süden Österreichs.

Im Burgenland, in Kärnten, Salzburg und Tirol schrumpfte die reale Produktion. In allen Bundesländern verstärkten sich gegen Jahresende die Anzeichen einer tiefergehenden Krise; im IV. Quartal überstieg die Produktion das Vorjahresniveau nur mehr in Wien und Niederösterreich leicht, in Vorarlberg blieb sie bereits geringfügig, in allen



anderen Bundesländern deutlich darunter. Der Abschwung betraf nahezu alle Branchen der Sachgütererzeugung, nur der Maschinenbau sowie die inlandsmarktdominierte Nahrungs- und Genussmittelindustrie verzeichneten 2008 ein höheres reales Produktionswachstum als 2007.

Aufgrund einer statistischen Umstellung stehen Informationen über die Produktionsentwicklung nach Sektoren nur sehr beschränkt zur Verfügung; dies erschwert die Analyse des regionalen Konjunkturverlaufs sehr. So konnte in der Bauwirtschaft aufgrund der statistischen Umstellung die Produktion des Baunebengewerbes nicht berücksichtigt werden, die immerhin 40% des gesamten Bauproduktionswertes umfaßt. 2008 entwickelte sich der Bausektor zwar sehr dynamisch, allerdings zogen Kapazitätsengpässe beträchtliche Preissteigerungen nach sich, sodaß die Bruttowertschöpfung real nur mäßig ausgeweitet wurde. Der Tiefbau erwies sich als Wachstumsmotor der Bauwirtschaft und profitierte von der massiven Steigerung der öffentlichen Investitionen; der Hochbau blieb dagegen zurück. Die öffentlichen Bauausgaben bestimmten auch das regionale Wachstumsmuster: Wien und Niederösterreich profitierten besonders,

während die Nachfrage nach Hochbauleistungen im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten schwach war. In Oberösterreich und Salzburg entwickelte sich die Bauwirtschaft durchschnittlich. Vorarlberg erzielte im 2. Halbjahr 2008, Tirol im 1. Halbjahr relativ hohe Wachstumsraten im Hochbau. Die Tourismusumsätze und die Zahl der Übernachtungen nahmen 2008 deutlich zu. Weil die Entwicklung der Sommer- und der Wintersaison ausgewogen war, fielen die regionalen Unterschiede gering aus. Die größte Dynamik war in Wien zu beobachten, dessen Tourismuswirtschaft vom ungebrochenen Trend zu Kultur- und Besichtigungsreisen profitiert, während Kärnten u. a. wegen schlechter Wetterbedingungen am unteren Ende der regionalen Wachstumsskala rangierte.

Die Entwicklung des Einzelhandels wurde durch die geringe Steigerung des privaten Konsums angesichts von Rezessionsängsten und schwachen realen Einkommenserhöhungen gedrückt; je nach Datenquelle stagnierten die Umsätze oder gingen sogar zurück. Die gute Tourismusentwicklung in Westösterreich begünstigte auch den Handel, während der Sektor im Süden Österreichs erhebliche Umsatzeinbußen erlitt. ■

Exporttag 2009

Besucherrekord am Exporttag: 2200 Besucher, 3000 Beratungsgespräche – positives Signal für Österreichs Exportwirtschaft – Bundeskanzler Faymann und WKÖ-Präsident Leitl würdigen die Preisträger

Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)-Präsident Christoph Leitl unterstrich zu Beginn des „Exporttags 2009“ am 28. Mai die enorme Bedeutung der Exportwirtschaft für Österreich, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten: „Fakt ist: Wir verdienen – in guten wie in schlechten Zeiten – sechs von zehn Euro außerhalb unserer Landesgrenzen, jeder zweite Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt vom Export abhängig.“ Damit dies auch so bleibe, müsse man handeln, so Leitl und verwies in diesem Zusammenhang auf die erst kürzlich beschlossene Internationalisierungsoffensive „go international“ 2009/2010 im Rahmen von jährlich 25 Mio. Euro.

In seiner Keynote-Speech betonte Roberto Rigobon, Krisen-Experte vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), zum Thema „Way Out of the crisis“, daß nur Vertrauen – vor allem jenes, das politische Entscheidungsträger ausstrahlen sollten – den Wirtschaftskreislauf wieder in Schwung brächte. Rigobon, der bereits über 70 Krisen weltweit analysiert hat, geht davon aus, daß die Weltwirtschaft im Dezember 2009 wieder zu wachsen beginnt.

Unternehmen sollen ihre Position in den Auslandsmärkten festigen

Gerade in diesen schwierigen Zeiten sei es wichtig, nach vorne zu blicken und mit vereinten Kräften gegenzusteuern. „Nicht Jammern, Handeln ist die Devise“, so Leitl. Ziel sei, daß die heimischen Unternehmen trotz der Krise in den Auslandsmärkten bleiben und ihre Position dort festigen sollen. Zudem wolle man Unternehmen gerade jetzt dabei unterstützen, in neue, zukunftssträchtige Märkte einzutreten. „Es gilt, uns vom kleiner werdenden Kuchen ein größeres Stück abzuschneiden und somit Marktanteile zu gewinnen“, so Leitl. Klares Ziel für den WKÖ-Präsidenten: Österreich soll unter den Top-3-Nationen der EU-15 bleiben. „Selbst das schwierige Exportjahr 2009 wird kein verlorenes Jahr sein.“

AWO-Chef Walter Koren sprach im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von einem Sturm, der sich zu einem Orkan ausgeweitet habe. „Es ist daher



AWO-Chef Walter Koren, Bundeskanzler Werner Faymann und WKÖ-Präsident Christoph Leitl bei der »Exportpreis-Gala« in der Wirtschaftskammer (v.l.)

notwendig, die österreichischen Exporteure mit Windjacken und trittsicheren Schuhen auszustatten, damit sie ihre Position auf den Weltmärkten behaupten können“, so Koren. Dazu sei die AWO mit ihren weltweit 108 Stützpunkten bereit.

Umfassende Beratung und Information aus erster Hand

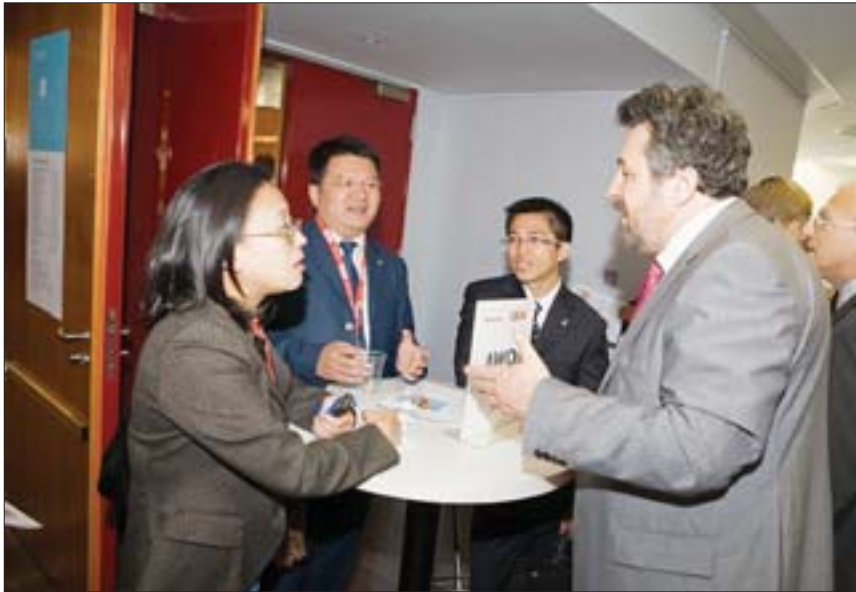
Der Exporttag hat sich zur wichtigsten Veranstaltung der Themenbereiche Globali-

sierung und internationale Wirtschaft für exportierende Unternehmen entwickelt. Ein kompaktes Programm aus hochkarätig besetzten Podiumsdiskussionen und Workshops mit Spitzenvertretern der Wirtschaft zu wichtigen Aspekten der Internationalisierung bietet den Besuchern umfassende Beratung und Information aus erster Hand. 56 Handelsdelegierte aus allen Weltregionen stellen länderspezifische Details vor und stehen für individuelle Beratungsgespräche zur



Eines der 3000 Beratungsgespräche am »Exporttag 2009«

Wirtschaft



Das internationale Interesse am »Exporttag« ist, wie immer, sehr hoch.



Schauspieler Alfons Haider moderierte. Im Bild: AWO-Chef Walter Koren (links) und WKÖ-Präsident Christoph Leitl (Bildmitte)

Verfügung. Höhepunkt des Exporttages war die Verleihung der Exportpreise 2009 durch Leitl im Rahmen einer Abend-Gala.

Exportpreis für überdurchschnittliche Engagements und Erfolge

„Der absolute Besucherrekord von rund 2200 exportinteressierten Menschen, die am ‚Exporttag 2009‘ über 3000 Beratungsgespräche auf hohem Niveau geführt haben, zeigt, daß unsere Betriebe auch die Chancen in der Krise wahrnehmen“, zeigte sich Leitl anlässlich der Exportpreis-Gala optimistisch. Die Verleihung ging heuer im „Haus der Wirtschaft“ in der WKÖ als Höhepunkt des Exporttages der Außenwirtschaft Österreich (AWO) über die Bühne. Bundeskanzler Wer-

ner Faymann sprach sich bei der Eröffnung für eine umfassende Unterstützung der heimischen Exportwirtschaft aus: „Unser Land ist sehr stolz auf die Betriebe, denn wir wissen, was sie leisten und daß viele von ihnen völlig unverschuldet in die Krise geraten sind.“

Mit dem Exportpreis sollen überdurchschnittliche Engagements und Erfolge österreichischer Unternehmer auf Auslandsmärkten gewürdigt werden. „Wir wollen gerade in diesem Jahr jene Unternehmen auszeichnen, die sich trotz wirtschaftlich harter Zeiten auf internationalen Märkten etabliert haben und damit die österreichische Flagge hochhalten“, betonte der WKÖ-Präsident bei der Überreichung der von der WKÖ und dem

Wirtschaftsministerium gestifteten Preise an folgende Exporteure:

Kategorie Gewerbe und Handwerk

Exportpreissieger 2009:

DMT Technology GmbH

<http://www.dmt-gmbh.at>

Anerkennungspreise erhielten:

DELACon Biotechnik GesmbH

<http://www.delacon.com> und

Sirocco Luft- und Umwelttechnik GmbH

<http://www.sirocco.at>

Kategorie Handel

Exportpreissieger 2009

Swarovski Optik Vertriebs GmbH

<http://www.swarovskioptik.at>

Anerkennungspreise erhielten:

ISOCELL VertriebsgmbH

<http://www.isocell.at> und

S.O.L.I.D. Gesellschaft für Solarinstallationen & Design mbH

<http://www.solid.at>

Kategorie Industrie

Exportpreissieger 2009:

BRP-Rotax GmbH

<http://www.rotax.com>

Anerkennungspreise erhielten:

BAUER Röhren- und Pumpenwerk GmbH

<http://www.bauer-at.com> und

GREENoneTEC Solarindustrie GmbH

<http://www.greenonetec.com>

Kategorie Information und Consulting

Exportpreissieger 2009:

INTECO special melting technologies GmbH

<http://www.inteco.at>

Anerkennungspreise erhielten:

3G Software & Measurement GmbH

<http://www.3gsm.at> und

Biogest Energie- und Wassertechnik GmbH

<http://www.biogest.at>

Kategorie Tourismus

Exportpreissieger 2009:

VIENNA INTERNATIONAL

Hotelmanagement AG

<http://www.vi-hotels.com>

Anerkennungspreise erhielten:

HUMANOMED Krankenhaus Management

GesmbH <http://www.humanomed.at> und

Thermal- und Freizeitzentrum GmbH & Co KG

<http://www.burgenlandtherme.at>

»go International Award 2009«

DOKA GmbH <http://www.doka.com/>

Den Anerkennungspreis erhielt die

Michael Leier KG <http://www.leier.at>

Wirtschaftsstandort Wien unter Top-10 europäischer Städte

Das Wohlstandsniveau ist das höchste in Österreich und auch eines der höchsten in Europa – Bundeshauptstadt sollte Krise dank Strukturvorteilen besser meistern

Die Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren ihre geografische Lage im Zentrum des zusammenwachsenden Europa erfolgreich genutzt und liegt heute im Hinblick auf Wohlstand, Arbeitsmarkt, Standortqualität und Struktur unter den Top-10 aller europäischen Städte. Das ist das Ergebnis der jüngsten Standortanalyse der Bank Austria Volkswirtschaft, die am 13. Mai von Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Bank Austria Vorstand Helmut Bernkopf und dem stv. Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer vorgestellt wurde. Zudem sollte Wien die aktuelle Wirtschaftskrise dank struktureller Vorteile besser bewältigen können als die anderen Bundesländer. Denn Branchen wie der Handel, die wirtschaftsnahen und die sonstigen Dienstleistungen, die vom Konjunkturrückgang geringer betroffen sind, dominieren die Stadtwirtschaft. Durch die niedrigere Exportorientierung spürt die Wiener Wirtschaft die globale Konjunkturschwäche weniger.

Wien punktet insbesondere in der Kategorie »Wohlstand«

Bei der Standortanalyse der Bank Austria hat Wien insbesondere in der Kategorie „Wohlstand“ gepunktet. Mit einem BIP pro Kopf von rund 43.500 Euro 2008 erreicht die Bundeshauptstadt ein Wohlstandsniveau von 125 Prozent des gesamtösterreichischen Durchschnitts und ist damit klar die Nummer Eins unter allen Bundesländern. Ebenso erfreulich ist das Abschneiden auf internationaler Ebene. Im Europa-Vergleich erreicht Wien kaufkraftbereinigt mehr als 165 Prozent des EU-Durchschnitts. Von den strukturell vergleichbaren Städten liegt nur München vor Wien. „Eine transparente Verwaltungsorganisation, eine leistungsfähige Infrastruktur, ein moderates Kostenumfeld, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und hohe Produktivität haben Wien zu einem unbestrittenen, überregionalen Wirtschaftszentrum gemacht. Diese Erfolgsfaktoren werden uns auch im derzeit schwierigen, konjunkturellen Umfeld unterstützen“, sagt Vizebürgermeisterin Renate Brauner.

Foto: Österreich Journal / <http://www.moessmer.at>



Zum Beispiel: »DonauCity Wien«. Futuristisch, was das Ambiente, realitätsbezogen, was den Standort anbelangt.

Seit dem Jahr 2000 betrug das Wiener Wirtschaftswachstum durchschnittlich 2 Prozent jährlich. Dieser Wert liegt auf Grund eines vergleichsweise niedrigen Industrieanteils und einer geringen Exportorientierung leicht unter dem Österreich-Durchschnitt. Die Wachstumsträger der Bundeshauptstadt sind wissensbasierte Dienstleistungen, tech-

nologieintensive Sachgütererzeugung und eine solide Konsumgüterindustrie; ein Faktum, das der Wiener Wirtschaft 2009 und 2010 überdurchschnittliche Ergebnisse bescheren sollte. Wien hat etwa auch das Platzen der Dotcom-Blase 2001 / 2002 stabiler gemeistert als die meisten anderen Bundesländer.

Wirtschaft



Strukturelle Vorteile in der Krise am Arbeitsmarkt sichtbar

„Die strukturellen Vorteile Wiens sind auch am Arbeitsmarkt sichtbar“, stellt Helmut Bernkopf, Bank Austria Vorstand für das Firmenkundengeschäft, fest. „Während die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen österreichweit bereits zu sinken begonnen hat, ist sie in Wien noch stabil.“ Ähnliches gilt für die regionale Arbeitslosigkeit, die in Wien bis dato weit weniger stark auf die Krise reagiert hat als in den anderen Bundesländern. Trotzdem hat die Bundeshauptstadt bei der zweiten Zielgröße des Standortvergleiches, dem Arbeitsmarkt, Verbesserungsmöglichkeiten. Zwar liegt die Erwerbsquote mit 79,3 Prozent weit über dem Österreich-Durchschnitt von 71,2 Prozent und hat in den vergangenen Jahren mit guter Konjunktur einen kräftigen Beschäftigungsanstieg verzeichnet, doch die ebenfalls über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote und die unterdurchschnittliche Platzierung im internationalen Städtevergleich weisen auf Verbesserungspotenzial am Arbeitsmarkt hin.

Auf dem Weg zur modernen Stadtwirtschaft

„Die Stadt Wien befindet sich konsequent auf dem Weg zu einer modernen Stadtwirtschaft. Die Zusammensetzung der Wirtschaftsbranchen verschiebt sich weiter in Richtung höhere Qualität“, konstatiert Bernkopf. Während die Niedrigtechnologie und die mittlere Niedrigtechnologie wie Textilien an Bedeutung verlieren, werden mittlere Qualitätsbereiche wie die Medizin- und Meßtechnik immer wichtiger. Auch die Dienstleistungen sind sehr expansiv. Die Bundes-

hauptstadt hat in diesen Wachstumsbranchen mittlerweile den höchsten Beschäftigtenanteil Österreichs. Generell ist der Beschäftigtenanteil in der technologisch höher entwickelten Sachgütererzeugung von 48 Prozent 1995 auf 57 Prozent 2008 gestiegen.

Obwohl Österreich kein Billiglohnland ist, sind die Arbeitskosten relativ moderat. Sie liegen im Mittelfeld der „alten“ EU-15. „Die Weltstadt Wien kann im Standortwettbewerb auf klare Kostenvorteile verweisen. Das Angebot an Geschäftsflächen ist gut, die Büromieten liegen teilweise sogar unter manchen Städten Osteuropas. Der Anstieg der Arbeitskosten seit 2000 ist gering – nur Deutschland liegt hier besser“, sagt Stefan Bruckbauer, stv. Chefökonom der Bank Austria.

Innovation als Rüstzeug für die Zukunft

Einen wesentlichen Anteil an der Standortqualität Wiens haben das starke Bildungsangebot sowie die hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität. So liegt Wien mit einer F&E-Quote von 3,2 Prozent des BIP deutlich über dem Österreich-Durchschnitt und erfüllt damit bereits das „Barcelona-Ziel“ der EU. Wenngleich selbst der Unternehmenssektor bei Forschung und Entwicklung über dem Österreich-Durchschnitt liegt, profitiert die Bundeshauptstadt doch auch vom wichtigen öffentlichen Sektor. „Mit Platz 24 unter mehr als 200 Regionen Europas im Regionalen Innovationsanzeiger der EU ist Wien Österreichs Spitzenreiter. Doch damit darf man nicht zufrieden sein, die Anstrengungen zur Etablierung Wiens als Top-Technologiestandort müssen

weiterhin konsequent fortgesetzt werden“, mahnt Studienautor Bruckbauer.

Die Bevölkerungstrends unterstreichen das langfristige Zukunftspotenzial Wiens. Die Bevölkerung der Bundeshauptstadt wird demnach innerhalb der nächsten 25 Jahre um über 15 Prozent wachsen und der Wirtschaft als höherer Arbeitskräftepool zur Verfügung stehen. Da dieses Bevölkerungswachstum vor allem durch Zuwanderung gespeist wird, aus den anderen Bundesländern und dem Ausland, werden Qualifizierungsmaßnahmen ausschlaggebend für den künftigen Erfolg der Wiener Stadtwirtschaft sein.

Broschüre »Standort Wien«

Die volkswirtschaftliche Abteilung der Bank Austria hat zusammen mit den Regionaldirektionen Wien eine umfangreiche Broschüre erarbeitet, die die Standortattraktivität, die Leistungsfähigkeit und das Wachstumspotenzial der Bundeshauptstadt auf den Prüfstand stellt. Im zweiten Teil der Broschüre „Standort Wien“ wird ein Überblick über die Förderlandschaft mit nationalen Fördermaßnahmen und Kofinanzierungen durch die EU gegeben. Als Mitglied der UniCredit Group kann die Bank Austria auf ein weltweites Netzwerk mit besonders intensiver Ausrichtung auf Deutschland, Italien und den zentral- und osteuropäischen Raum zugreifen. Dieser Leitfaden der Bank Austria soll dazu beitragen, daß Unternehmen – unabhängig davon, ob sie sich gerade in einer Gründungs-, Konsolidierungs- oder Erweiterungsphase befinden – für die anstehenden wirtschaftlichen Herausforderungen gut gerüstet sind. ■

<http://www.bankaustria.at/de/23658.html>



Einen wesentlichen Anteil an der Standortqualität Wiens haben das starke Bildungsangebot sowie die hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität.

Brandanschlag auf Matador

Der Hersteller des weltweit beliebten Holzspielzeugs für Kinder und Erwachsene entgeht haarscharf einer Katastrophe.

Der fünfte Serienbrand im niederösterreichischen Waidhofen an der Thaya traf am 18. Mai 2009 die Tischlerei Diwald – und damit auch die einzige Spielzeugproduktion der Firma Matador. Die Büroräume, ein historischer Ausstellungsraum, ein LKW, ein Lastenaufzug, ein Gabelstapler, der gesamte Rohholzvorrat, diverse Vorbauten, Türen, Fenster, elektrische Leitungen und möglicherweise große Teile des Matador-Warenlagers wurden vernichtet. Der Großbrand wurde von dem mutmaßlichen Brandstifter an fünf Stellen mittels Dieselöl gelegt.

„Die Auslieferung ist momentan gestoppt. Wir produzieren ökologisches Spielzeug für Kinder, dieses muß zu 100 Prozent frei von Schadstoffen sein. Ich stehe deshalb persönlich dafür ein, daß kein einziger geschädigter Matador-Teil unser Werk verlassen wird“, erklärte der Geschäftsführer und Miteigentümer von Matador, Michael Tobias.

Seit zwölf Jahren wird Matador nun schon in Waidhofen an der Thaya produziert, 50.000 Kästen verlassen jährlich das Werk – wie die nächsten Monate für Matador aussehen werden, ist unklar. In den Lagerräumen befand sich bereits das gesamte Material für die ersten Weihnachtsbestellungen. Das Matador-Rohholz muß zwei bis drei Jahre gela-

gert werden, bis es verarbeitet werden kann, doch das gesamte Holzlager für die nächsten zwei Jahre wurde vernichtet.

„Ich bin erleichtert, daß niemand verletzt wurde. Ich weiß momentan allerdings nicht, wann es mit Matador weitergehen wird, entmutigen lassen wir uns dadurch aber nicht“, so Claudia Tobias, Mitinhaberin und Geschäftsführerin von Matador.

Trotz der unsicheren Zukunft war es Glück im Unglück, denn die millionenteuren, speziell angefertigten Sondermaschinen dürften nicht betroffen sein. Dieser Umstand ist nur der tollen Leistung der Feuerwehr zu verdanken, die mit 177 Mann im Großeinsatz war. Die Feuerwehrmänner haben von innen nach außen gelöscht und dabei rund 100 Preßluftflaschen verbraucht. „Hätten sie nicht diese Technik angewandt, wäre weit mehr Schaden entstanden. Auch die Nachbarn haben tatkräftig mit Baggern und Traktoren bei der Brandbekämpfung und einer kleinen Jause für die erschöpften Einsatzkräfte mitgeholfen. Wir sind diesen Menschen für ihre Mithilfe und Unterstützung unendlich dankbar“, stellt Familie Tobias dankbar fest.

Dramatische Hintergründe

Binnen zwei Wochen gab es in der Um-

gebung von Waidhofen an der Thaya fünf Brandstiftungen. Der mittlerweile voll geständige mutmaßliche Täter, ein 25jähriger, arbeitsloser Waldviertler, wurde kurz nach der Brandlegung bei Matador von der Polizei gefaßt. Warum Markus B. gerade das Matador-Werk für die letzte Brandstiftung ausgewählt hatte, ist allen Beteiligten unklar.

Die Verhaftung kam gerade noch rechtzeitig, denn Markus B. plante, wie verlautete, noch am selben Tag die Ermordung seiner Eltern und ehemaliger Lehrer.

Matador wurde 1903 von Ingenieur Johann Korbuly gegründet. Er bohrte Löcher in die Bauklötze seiner Kinder um zu verhindern, daß deren Bauten ständig umfielen. Seither ist Matador das legendärste Spielzeug Österreichs. 1978 wurde Matador an Kurt Falk verkauft, er versuchte den Umsatz durch vermehrten Einsatz von Kunststoffteilen zu steigern. Da dieser Versuch fehlschlug stellte er die Produktion 1987 ein. Erst 1996 verkaufte er Matador an Claudia und Michael Tobias. Nun wurde Matador endlich wieder in seiner ursprünglichen altbewährten Form produziert.

Für unsere Kinder bleibt zu hoffen, daß Matador auch dieses Jahr wieder unter vielen Weihnachtsbäumen liegen kann. ■

<http://www.matador.at>



Foto: Matador

ÖJ-Beitrag über Matador: "<http://www.oe-journal.at/Artikel/Matador1108/Matador1108.htm>"

Tiroler wohnen gut, aber teuer

Landeshauptstadt an der Spitze der Nachfrage – Wohnungen in Innsbruck österreichweit am teuersten – Tiroler Wunschimmobilie ist Haus im Eigentum

Während Miet- und Eigentumswohnungen in Tirol auch in der aktuellen Wirtschaftskrise Spitzenpreise erzielen, kommen häufiger günstigere Häuser auf den Markt. Dabei ist die hohe Qualität der Immobilien für den Preis ausschlaggebend, zeigt eine aktuelle Studie von immobilien.net, Österreichs größter Immobilienplattform.

Innsbruck positioniert sich mit 2.872 Euro/m² Wohnfläche im Median beim Wohnungskauf erneut auf dem Spitzenplatz unter den Landesmetropolen. Im Schnitt kosten Wohnungen in Tirol 2.831 Euro/m² und sind damit in den letzten 12 Monaten um 3 % im Wert gestiegen. Die Bundeshauptstadt Wien reiht sich zum Vergleich mit 2.524 Euro/m² weit dahinter. Österreichs teuerster Ort was den Kauf von Wohnungseigentum betrifft, ist Kitzbühel. Hier kostet der Quadratmeter Eigentum 3.810 Euro in sehr gutem Zustand.

„Der Tiroler Immobilienmarkt ist laut unserer Analyse äußerst stabil gegenüber der Krise. Den Grund für die gestiegenen Preise in Tirol sehen wir zum Großteil im Anstieg der Qualität der Wohnungen. Wir stellen fest, daß insbesondere in Innsbruck vermehrt jüngere Baujahre auf den Markt kommen“, analysiert Immobilien.NET-Geschäftsführer Markus Ertler die aktuelle Studie zum Tiroler Immobilienmarkt.

Auch die Mietpreise erreichten zuletzt Höchstwerte. Der Vergleich der österreichischen Landeshauptstädte zeigt, daß Innsbruck mit 9,8 Euro/m² auch bei Mietwohnungen die teuerste Landeshauptstadt ist. 2008 sind die Mietpreise gegenüber dem Vorjahr um 12 % gestiegen. „Der größte Preistreiber ist in Innsbruck die Qualität der Mietangebote. Vor allem Wohnungen in sehr gutem Zustand liegen mit 12 Euro/m² deutlich über dem Durchschnitt“, erläutert Ertler.

Preisnormalisierung bei Häusern

Wer in Tirol den Traum vom eigenen Haus verwirklichen will, muß nach wie vor in Innsbruck (2.880 Euro/m²) und Kitzbühel (2.935 Euro/m²) am tiefsten in die Tasche greifen. Die Preise für Häuser sind im Jahresvergleich zwar um 10 % gesunken, von einem Preiseinbruch kann jedoch nicht die Rede sein. Mit 2.260 Euro/m² liegt Tirol hin-

ter Wien und Salzburg an dritter Stelle im Ranking der teuersten Bundesländer was den Hauskauf betrifft. Lage, Energieeffizienz, aber auch ob die Immobilie den individuellen Ansprüchen genügt, wirken sich noch stärker auf die Hauspreise aus.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Eine Sonderstellung hat Tirol beim Grundstückskauf: Aufgrund des geringen Angebots und vergleichsweise wenig Bauland sind die Preise für Grundstücke im Jahresvergleich entgegen dem Österreichtrend um 14 % gestiegen. Österreichweit wurden Grundstücke 2008 um 2 % günstiger. Auch die Nachfrage nach Grundstücken hat in Tirol im ersten Quartal wieder angezogen, damit dürfte sich der Preisanstieg auch 2009 fortsetzen.

Kein Einbruch im Luxussegment

Die Analyse der Preise für Wohnimmobilien in Tirol zeigt, daß das Luxussegment, vor allem Kitzbühel, krisensicher ist. „Die Volatilität bei Luxusimmobilien ist hoch, jedoch gibt es keine Einbrüche im Luxussegment. Die Preise in Kitzbühel sind nach wie vor hoch und im Steigen begriffen. Luxusimmobilien bieten sich für den einen oder anderen enttäuschten Anleger als sichere Sachwerte an“, so Ertler.

Häuser in Tirol beliebteste Wohnform

Der Wohnwunsch Nr. 1 der Tiroler ist das Haus im Eigentum. 37 % streben aktuell nach dieser Wohnform. Gegenüber dem Vorjahr ist die Nachfrage nach Häusern im ersten Quartal 2009 leicht gestiegen. Beliebt in Tirol vor allem Häuser mit 130 bis 179 m²

Wohnfläche. Sehr stabil und auf Platz zwei ist die Nachfrage nach Häusern mit einer Wohnfläche zwischen 100 und 129 m². Auf Platz zwei in der Nachfrage stehen Eigentumswohnungen in Tirol. Hier blieb Nachfrage mit 29 % im Vergleich zum Vorjahr im ersten Quartal 2009 stabil. Mietwohnungen stehen mit 19 % im ersten Quartal 2009 auf Platz drei. Eine gute Alternative zum Haus im Eigentum sind Reihen- und Doppelhäuser. Die Nachfrage nach dieser Wohnform ist in Tirol mit 8 % im Österreichvergleich hoch. Nur 4 % suchen aktuell nach Häusern in Miete.

Nachfrage in Innsbruck am stärksten

Zu den beliebtesten Bezirken zählen neben der Landeshauptstadt Innsbruck, die mit 24 % den Hotspot in der Nachfrage darstellt, auch die Bezirke Innsbruck Land und Kufstein. Die Landeshauptstadt verzeichnete mit 3,9 % im ersten Quartal ein deutliches Plus bei den Suchen. In Innsbruck Land stieg die Nachfrage um 4,7 %. „Auch in Tirol zeigt sich im ersten Quartal 2009 ein Trend, den wir derzeit österreichweit feststellen. Die Landeshauptstädte und deren Umland werden verstärkt nachgefragt. Der Wunsch nach Sicherheit, guter Infrastruktur und der Nähe zu Stadt wird durch die Krise verstärkt“, weiß Ertler.

Die Datenbasis

Immobilien.NET veröffentlicht als größte heimische Immobilienplattform in regelmäßigen Abständen Analysen zum heimischen Immobilienmarkt. Aufgrund der hohen Datenbasis tragen diese Erhebungen maßgeblich zur Erhöhung der Markttransparenz bei. Den oben genannten Angaben lagen insgesamt 2575 Eigentumswohnungen, 366 Mietwohnungen 947 Häuser und 270 Grundstücke in Tirol zu Grunde, die 2007 und 2008 über professionelle Immobilienanbieter auf immobilien.net angeboten wurden. In die Ermittlung des Medians flossen sowohl gebrauchte als auch neue Immobilien ein. Um ein noch aussagekräftigeres Ergebnis zu erhalten, wurde in einigen Fällen eine Differenzierung nach Zustand vorgenommen. ■

<http://www.immobiliennet.net>



Auf der Suche nach dem »echten« Hofer

Andreas Hofer ist – zumindest in Nord-, Ost- und Südtirol – kein Unbekannter. Allerdings beruht das »Wissen« über den als »Landeshelden« kultivierten Freiheitskämpfer (1767-1810) weitgehend auf Klischees. Aber wer war Andreas Hofer wirklich? Dieser Frage geht Andreas Oberhofer*) anlässlich des Hofer-Gedenkjahres »Geschichte trifft Zukunft 1809 – 2009« nach.

Das »Österreich Journal« beginnt hiermit eine Serie über das Gedenkjahr.



Foto: Radierung von G. Adam, Tiroler Landesmuseum

Der Sandhof um 1810 mit Wirtshaus und landwirtschaftlichen Gebäuden. Im Vordergrund ein »Kraxenträger« im Gespräch.

Wirtsdynastie im Passeiertal

Andreas Hofer war der Sohn des Josef Hofer und der in Matrei am Brenner geborenen Maria Aigentler. Bereits Andreas' Vorfahren waren Bäuerinnen und Bauern, Wirtinnen und Wirte „am Sand“ bzw. „an der Goldenen Krone“ gewesen und hatten wichtige Ämter in der Gerichtsverwaltung innegehabt. Andreas war das jüngste von sechs Kindern und der einzige Sohn, der das Kleinkindalter überlebte. Seine Jugend war geprägt durch den frühen Tod der Mutter, durch die Wiederverheiratung des Vaters mit Anna Frick sowie den ebenfalls frühen Tod des Vaters.

Lehr- und Wanderjahre

Nach dem Besuch der Volksschule, in der er die nötigsten Grundlagen im Schreiben,

Lesen, Rechnen und im Katechismus vermittelt bekommen hatte, und (vermutlich) einigen Jahren als Dienstbote seines Schwagers am elterlichen Hof, wurde Andreas Hofer um ca. 1783/84 nach Welschtirol geschickt, um einerseits Erfahrungen für seinen späteren Beruf als Bauer, Wirt und Händler zu sammeln, andererseits aber um die zweite Landessprache, die Welschtiroler Mundart, zu erlernen. Er arbeitete zunächst in Cles am Nonsberg, danach in einem Gasthaus am Ballinopaß, das an einer wichtigen Durchzugsroute lag.

Hof und Familie

Nach der Rückkehr in das Passeiertal übernahm Andreas Hofer 1788 den Sandhof und heiratete 1798 die Bauerntochter Anna Gertraud Ladurner (1765- 1836) aus Algund, die ein Vermögen von 500 Gulden in die Ehe einbrachte. Mit ihr hatte der nunmehrige Sandwirt sieben Kinder, von denen fünf das Säuglings- bzw. Kleinkindalter überlebten.

Andreas Hofer ging in erster Linie der Land- und Gastwirtschaft am Sand- bzw. Auflegerhof nach, wobei zu seinen Stammgästen weniger die Bauern aus St. Leonhard als vielmehr Durchreisende wie etwa die im Passeiertal zahlreichen Säumer und Kraxenträger gehörten, aber auch Geistliche und Studenten, die in der „Wirtstaberne“ einkehrten.

Wein- und Viehhandel

Andererseits war Hofer als Händler aktiv, wo er sich vor allem im Inntal auf den Wein- und Branntweinhandel, in Welschtirol auf den Pferdehandel spezialisiert hatte. Außerdem kaufte und verkaufte Hofer Ochsen, Kühe und Schafe, vermutlich gehörte auch der Transport von Salz aus der Saline Hall ebenso wie der Holz- und Getreidehandel zu seinem Metier. Der wirtschaftliche Erfolg hielt sich in Grenzen. Zudem war der Sandhof ständig großer Überflutungsgefahr ausgesetzt; immer wieder gab es verhee-

*) Andreas Oberhofer, geb. 1978 in Brixen, Studium der Geschichte und Deutschen Philologie an der Universität Innsbruck, derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter (Österreichische Geschichte) ebendort.

Chronik

rende Überschwemmungen, die den Wirtschaftsgebäuden, vor allem aber den Äckern und Wiesen, erheblichen Schaden zufügten. Am Anfang des 19. Jahrhunderts, vor allem aber in der Zeit der bayerischen Regierung in Tirol ab 1805 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation des ganzen Landes, was natürlich die Wirte und Händler besonders zu spüren bekamen.

Karriere

Andreas Hofer war zunächst Schützenleutnant am Schießstand von Passeier. Diese Stellung verhalf ihm zu einer relativ raschen Karriere, zur Position eines Schützenhauptmanns und schließlich 1809 des „Oberkommandanten“ von ganz Tirol. Bis zum „Landesregenten“ – dieses Amt bekleidete Hofer als Statthalter des Kaisers im Sommer und Herbst 1809 – war es folglich nur ein kleiner Schritt. Warum gerade Hofer für diese Rolle vorgeschlagen und in der hohen Position bestätigt wurde, ist noch nicht völlig geklärt. Jedenfalls hatten sich die „politischen“ Aktivitäten Hofers in der Zeit vor 1809 in Grenzen gehalten, die immer wieder zitierte Teilnahme am offenen Landtag von 1790 in Innsbruck kann nicht belegt werden. Allerdings hat sich Hofer sehr wohl öfters als herausragende Persönlichkeit des Tales hervorgetan, wenn es etwa darum ging, althergebrachte Rechte der Passeier Bauern bzw. Säumer zu vertreten. Ob Hofer von der politischen Führung mehr oder weniger als Marionette, als Werkzeug benutzt wurde, sei dahingestellt. Ein dem Militär Angehöriger aber hätte Schwierigkeiten gehabt, den Landsturm und die Schützen zu lenken, da es diesen vor allem auf die Vertrauensbasis und nicht zuletzt die Sympathie zwischen ihnen und einem Kommandanten ankam. Insofern war die Wahl Hofers zum Oberkommandanten wenig verwunderlich: Als sich die Tiroler im Mai 1809 von Österreichs Truppen verlassen sahen, verloren sie das Vertrauen in die militärische Führung und



Andreas Hofer in einer Lithographie von Emil Hochdanz (1816-1885)

suchten in den eigenen Reihen nach einer geeigneten Führungspersönlichkeit.

Zweifeln und Schwanken

Seiner Schwächen, vor allem als Strategie, war sich Hofer durchaus bewußt. Er war Bauer und Gastwirt, Händler, Hausherr und Familienvater. Das Ausbrechen aus dieser gewohnten Rolle verkraftete er nicht. War er vorher teilweise sehr selbstsicher aufgetreten, fühlte er sich als Oberkommandierender und Landesregent verunsichert, was sich vor allem im Schwanken zwischen Friedenswillen und neuerlichem Aufgebot zeigte. Um die letzten Monate des Aufstandes ranken sich Gerüchte, Sagen und Mythen: Die zeitgenössischen Berichte legen nahe, daß Hofer



»Andre Hofer Feigenkaffee« – Ein dekoratives Beispiel für den Gebrauch der Figur Andreas Hofers in der Werbung.



Franz von Defregger, »Tiroler Helden«, 1894.

zumindest in der Schlußphase der Erhebung geistig verwirrt war, was sich tatsächlich in krausen Aussagen und Anordnungen in den letzten Aussendungen zu zeigen scheint. Hofer schlug nun alle Angebote aus, nach Österreich zu fliehen. Bis zuletzt hoffte er auf militärische Hilfe durch das Haus Österreich oder gar auf die wundersame Unterstützung durch himmlische Mächte. Als die Hilfe aber ausblieb, schrieb er sich selbst die Schuld für die Misere des Landes zu.

Hofer's Ende

Ab dem November 1809, als die übrigen „Landesverteidiger“ in ihre Heimatorte zurückkehrten, befand sich Hofer auf der Flucht. Seine Vertrauten versorgten ihn mit Lebensmitteln, seine Familie besuchte ihn ab und zu in seinem Versteck. Im Jänner 1810 aber wurde er zusammen mit Kajetan Sweth, seiner Frau Anna und seinem Sohn Johann auf der Pfändleralm verhaftet. Seine Familie kam zwar frei, der Sandwirt aber wurde am 20. Februar in Mantua auf direkten Befehl Napoleons hin standrechtlich erschossen.

Andreas Hofer war ein Mensch seiner Zeit, ein Tiroler des ausgehenden 18. Jahr-

hunderts, der – bevor er im Licht einer breiten Öffentlichen und Popularität stand – kaum auffiel, weder im positiven noch im negativen Sinne. Er war mit Land- und Gastwirtschaft beschäftigt und suchte sich mit dem Handel ein Zubrot zu verdienen, was ihm nur teilweise gelang. Das Jahr 1809 stellte mit der Würdigung durch den Kaiser und der Regierung des Landes die Glanzzeit seines Lebens dar, die aber abrupt beendet wurde. Für Gott, Kaiser und Vaterland hatten die Tiroler gekämpft, für Gott, Kaiser und Vaterland ließ Andreas Hofer auch sein Leben – sein Tod aber brachte im wesentlichen nur Unglück über seine Familie. Nur mühsam konnte diese Dankesbekundungen des Kaisers erwerben. In Tirol kehrte wieder Ruhe ein, die Mythisierung Andreas Hofers war noch kein Thema. Erst einige Jahrzehnte später begann das Interesse an den Ereignissen von 1809 und der Figur Hofers als „Held“ neu zu erwachen. ■

Dieser Beitrag entstammt der Broschüre „Geschichte trifft Zukunft“, die von der Südtiroler Landesregierung herausgegeben wurde. Das ÖJ dankt für dessen Überlassung!
<http://www.provinz.bz.it>

Gedenkjahr 2009



Das Gedenkjahr 2009 steht unter dem Motto „Geschichte trifft Zukunft“. Im Gedenkjahr soll nicht die Heldenverehrung und die Festkultur im Vordergrund stehen, sondern es soll ein breiter zivilgesellschaftlicher Prozeß ausgelöst werden, der sich mit der Frage auseinandersetzt, welche Erkenntnisse aus den historischen Konfliktmustern und ihren Symbolfiguren für die Zukunft gewonnen werden können.

Die vielfältigen Kulturprojekte wollen dazu einen Beitrag leisten. Mythen und Erinnerungskultur sollen zeitgemäß reflektiert werden. Weiters soll im Spannungsfeld zwischen Tradition und Innovation der Blick auf die Gegenwart geschärft werden und es sollen Impulse für die gesellschaftspolitische Zukunftsarbeit entstehen.

Zahlreiche Verbände, Vereine und Einzelpersonen wurden eingeladen, das Gedenkjahr in ihren Initiativen zu thematisieren. Bei der Auswahl der Projekte waren neben dem thematischen Bezug die historische Bedeutung und Nachhaltigkeit, die Ausgewogenheit zwischen Tradition und Innovation sowie zwischen den Kulturbereichen, die regionale Ausgewogenheit sowie die Attraktivität für alle Generationen ausschlaggebend. Darüberhinaus wurde insbesondere den Verbänden die Möglichkeit geboten, ihre Arbeit im Rahmen des Jubiläumsjahres zu präsentieren.

Die Vielzahl und Vielfalt der Projekte und Veranstaltungen aus dem Kulturbereich leisten einen wichtigen Beitrag, das Interesse der Bevölkerung am Gedenkjahr zu wecken und sich mit den geschichtlichen Ereignissen und insbesondere mit der kulturellen Identität des Landes auseinanderzusetzen.

Ein Höhepunkt des Gedenkjahres 2009 ist die Veranstaltung „Tirol und Südtirol grüßen Wien“. Dabei treten die beiden Regionen am 13. und 14. Juni 2009 am Rathausplatz in Wien erstmals gemeinsam als Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort auf.

Unter dem Motto „Geschichte trifft Zukunft. 1809 – 2009“ wurde von den Ländern Tirol, Südtirol und dem Trentino eine gemeinsame Homepage erstellt:

<http://www.1809-2009.eu>



Chronologie der Ereignisse um 1809

Juli 1789

Mit der Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 beginnt die Französische Revolution, eines der folgenreichsten Ereignisse der neuzeitlichen europäischen Geschichte.

1792/93

Die Abschaffung der Privilegien durch das revolutionäre Frankreich und das Beharren der europäischen Mächte (allen voran Österreichs, Preußens und Russlands) auf dem Prinzip der Legitimität führten ab 1792/93 zu einer Reihe von bewaffneten Konflikten, die als Koalitionskriege bezeichnet werden.

1796/97

Kriegsentscheidend für den ersten Koalitionskrieg waren die militärischen Erfolge Napoleon Bonapartes in Italien 1796/97. Durch seine Siege bei Castiglione, Bassano, Arcole und Rivoli konnte er die österreichischen Versuche, die Festung Mantua zu entsetzen, vereiteln.



»Schlacht bey Spinges und Millbach« – Karte aus dem Tiroler Tarock nach Entwürfen des bekannten Malers Jakob Plazidus Altmutter (1780-1819).

herzog Karl nahmen den angebotenen Waffenstillstand an.

Oktober 1797

Beendet wurde der Krieg mit Österreich mit dem Frieden von Campoformio am 17. Oktober 1797.

Februar 1801

Nach dem Frieden von Lunéville (9. Februar 1801) sollten in Deutschland die deutschen rechtsrheinischen weltlichen Territorien für ihre linksrheinischen Gebietsverluste an Frankreich durch die Einziehung der kirchlichen Besitztümer und die Einverleibung von geistlichen Fürstentümern sowie der Freien Reichsstädte in die weltlich regierten Gebiete entschädigt werden.

Oktober 1801

Der Reichstag rief am 2. Oktober 1801 zur Ausarbeitung eines Entschädigungsplanes eine Reichsdeputation ins Leben, die

territorialen, staats- und kirchenrechtlichen Strukturveränderungen mündeten in den am 24. März 1803 verabschiedeten Reichsdeputationshauptschluß. Im Zuge dessen wurden unter anderem das Erzstift Salzburg sowie die beiden Hochstifte Trient und Brixen säkularisiert.

Dezember 1804

Bereits am 2. Dezember 1804 hatte sich Napoleon selbst zum Kaiser der Franzosen gekrönt, exakt ein Jahr später schlug er in der sogenannten Drei-Kaiser-Schlacht bei Austerlitz (Südmähren) Österreicher und Russen entscheidend.

Dezember 1805

Im Frieden von Preßburg (26. Dezember 1805) wurde unter anderem die Grafschaft Tirol mit den ehemaligen Fürstbistümern Brixen und Trient an das mit Napoleon verbündete (seit 1806: Königreich) Bayern geschlagen. Das aufgeklärte, zentralistisch organisierte bayerische Regiment stieß mit seinen Wirtschaftsmaßnahmen (Steuern, kriegsbedingte Requirierungen), mit seinem Vorgehen vor allem gegen verwurzelte volksreligiöse Praktiken, mit der Aufhebung von Klöstern im Bereich der Diözesen Chur und Trient, mit der Aufhebung der landstän-



Porträt Napoleons von Andrea Appiani, 1805.



Gezeichnetes und handkoloriertes Manifest mit Darstellung des Freiheitsbaumes, eines der Symbole der Französischen Revolution, im Juli 1796 von der Kalterer Schützenkompanie einem von Mailand kommenden Kurier abgenommen.

Frühjahr 1797

Im Frühjahr 1797 stieß Napoleon in die Steiermark vor, die Österreicher unter Erz-

Chronik

Februar 1810

Tirol war nunmehr dreigeteilt: Tirol südlich der Linie Klausen - Meran wurde unter der Bezeichnung „Dipartimento dell'Alto Adige“ dem Königreich Italien zugeschlagen, der nördliche Teil als Innkreis wiederum dem Königreich Bayern einverleibt, das Gebiet östlich des Toblacher Feldes kam zu den Illyrischen Provinzen Frankreichs. ■



Gedrucktes Manifest von Marschall François-Joseph Lefebvre, Herzog von Danzig (1755-1820), gegeben zu St. Johann in Tirol am 12. Mai 1809, mit einem Aufruf an die Tiroler, sich dem Hofer'schen Aufstand nicht anzuschließen bzw. nach Hause zurückzukehren.



Die Schlacht bei Austerlitz, Gemälde von Louis-François Baron Lejeune, 1808.

dischen Verfassung sowie mit der Einführung der alten tirolischen Wehrverfassung zuwiderlaufenden Einberufung zum Wehrdienst vor allem bei der ländlichen Bevölkerung Tirols auf großen Unmut.

August 1806

Die Gründung des „Rheinbundes“, der aus 16 deutschen Staaten bestand mit der Verpflichtung, Napoleon Kriegshilfe zu leisten, bedeutete faktisch die Auflösung des Reichsverbandes und veranlaßte Kaiser Franz II., am 6. August 1806 die römisch-deutsche Kaiserkrone zurückzulegen und damit das Ende des Heiligen Römischen Reiches zu proklamieren.

April 1809

Der mit österreichischer Hilfe (allen voran mit Unterstützung von Erzherzog Johann, dem Bruder des österreichischen Kaisers Franz I.) im April 1809 ausbrechende Tiroler Aufstand, an dessen Spitze sich bald der Passeirer Wirt, Viehhändler und Schützenkommandant Andreas Hofer setzen sollte, war vor allem in den Gefechten am Bergisel (25. und 29. Mai sowie 13. August 1809) auch militärisch erfolgreich. Bayern und Franzosen mußten Tirol vorläufig räumen.

Juli bis Oktober 1809

Die militärische Niederlage der Österreicher bei Wagram (5./6. Juli 1809) mündete in den Frieden von Schönbrunn (14. Oktober 1809), in dem Kaiser Franz entgegen früherer Zusagen an die Tiroler (Wolkersdorfer Handbillet vom 29. Mai 1809) Tirol wieder an Frankreich und Bayern abtreten mußte.

November 1809

Die Aufständischen unter Andreas Hofer, der seit dem 15. August in der Innsbrucker Hofburg eine Art „Bauernregiment“ installiert hatte, wurden im vierten Gefecht am Bergisel (1. November 1809) geschlagen. Ende November brach der Aufstand zusammen, der dem Land u. a. rund 1000 Tote und an die 2000 zerstörte Gebäude gekostet hatte.

Jänner 1810

Hofer floh, wurde durch Verrat am 28. Jänner 1810 auf der Pfandleralm im Passeier verhaftet und am 20. Februar 1810 zu Mantua erschossen.



»Der Tiroler=Marsch im Feld. Ao 1809«, handkolorierter Stich

GESCHICHTE
TRIFFT ZUKUNFT
www.1809-2009.at



Einwohner - Ein Vergleich



Wien. Für Dich.

Die große Leistungsschau einer perfekt funktionierenden Stadt.

Wovon BewohnerInnen anderer Städte nur träumen können, ist für WienerInnen ganz selbstverständlich: Glasklares Hochquellwasser, eine funktionierende Müllabfuhr und Energieversorgung, gepflegte Parks und Gärten, saubere Straßen, modernste Krankenhäuser oder sofortige Hilfe und Betreuung in Krisensituationen. Die Wiener Bevölkerung kann sich auf eine perfekt organisierte Infrastruktur verlassen – nicht zuletzt deshalb ist Wien laut der jüngsten Mercer-Studie auch die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität!

Informationen, Service und jede Menge Unterhaltung

Im Rahmen einer großen Leistungsschau wurde ein Wochenende hindurch den WienerInnen näher gebracht, welche einzigartige „Daseinsvorsorge“ ihre Stadt bietet. Der Rathausplatz lud zu einer Reise durch die Servicelandschaft der Stadt für Groß und Klein. Information und Service waren hierbei erlebbar, denn mit zahlreichen Mitmach-Stationen, einer umfassenden Informationsschau, tollem Bühnenprogramm, kulinarischen Leckerbissen aus aller Welt und einem spannenden Wien-Quiz präsentierte die Wiener Stadtverwaltung ihre Leistungen auf abwechslungsreiche Weise für die ganze Familie.

Gute Unterhaltung, nicht nur mit EAV, SheSays und Russkaja

Dem Kennenlernen der eigenen Stadt waren keine Grenzen gesetzt: Die Reise durch Wiens Servicelandschaft mit über 50 Magi-



Foto: Österreich Journal

Über 40.000 Wiener waren gekommen, um sich bei strahlendem Sonnenschein am Rathausplatz Informationen über ihre Stadt einzuholen...

stratsabteilungen und städtischen Unternehmen war unterhaltsam, bunt, informativ und

bescherte sicher so manchem Wiener ein „Aha“-Erlebnis. Von der Teleskopmastbühne, Infos zum Hundeführerschein, der Wasserbar und der EU Lounge ging die Reise zur Gesundheitsstraße, einem Kläranlagenmodell und den „Bewegung findet Stadt“ Mitmachstationen – und noch schnell eine Führung durch das Rathaus – schon ging's weiter zur Pflanzenschutzberatung, dem Wien Quiz, Seilspringen und Beratung zu Lebensmitteln, dem Mietbus, bevor die Kinder-Baustelle besucht wurde und eine Stadtrundfahrt mehr Einblick in die Bundeshauptstadt erlaubte. Aber damit ist bei weitem die Reise noch nicht vollendet, zahlreiche weitere Überraschungen warteten auf die Gäste an diesem Wochenende. Auf der Bühne gaben Stars wie EAV, Russkaja,



Foto: RK / Schaub-Walzer

Vbgmin. Renate Brauner und Informationsstadtrat Christian Oxonitsch

Chronik

Valerie, Vera Böhnisch, Uli Bär, SheSays und das Ensemble Elfriede Ott den musikalischen Rahmen für dieses Fest der Superlative und begleiteten die Gäste am Platz bei ihrer Reise.

EU Lounge, Wien Quiz, Themenausstellung und Stadtrundfahrten

24 Terminals luden alle WienerInnen dazu ein, spielerisch ihr Wissen über Wien auszuwerten. Die Themen, die im Wien Quiz abgefragt wurden, kamen aus allen Bereichen der Stadt. Für alle jene, die sich zu Hause mit den Fragen zur Stadt beschäftigen möchten, gab es eine CD mit dem gesamten Quiz zum Mitnehmen. Nahe dem Ring informierte eine mobile Ausstellung über die Leistungen der Stadt. Am anderen Ende des Rathausplatzes wurden gratis Bus-Stadtrundfahrten zu den interessantesten Plätzen der Stadt angeboten.

Gerade auch im Vorfeld der EU-Wahl wurde der Fokus auf die öffentlichen Leistungen der Stadt gelegt. Denn als Stadt und Region innerhalb der EU hat sich Wien immer dafür eingesetzt, daß es nicht zu einer Privatisierung öffentlicher Leistungen kommen darf. Ganz im Zeichen der EU-Wahl am 7. Juni gab es deshalb auch einen eigenen EU-Informationsbereich, die „EU-Lounge“, mit interessanten Gästen, wo auch Fragen, Anliegen und Wünsche willkommen waren. Eine Pause gönnen konnten sich die Gäste hier selbstverständlich auch, denn kulinarisch führte die Reise sowohl durch den EU-Raum als auch durch die heimische Küche.

Mit den Hits der EAV ging dann am Abend des 24. Mai „Wien. Für Dich. Die Leistungsschau einer perfekt funktionierenden Stadt.“ kurz nach 18 Uhr zu Ende.

Informationsstadtrat Christian Oxonitsch konnte sich freuen, denn „die hohen BesucherInnenzahlen zeigen, wie groß das Interesse der Menschen an den Angeboten ‚ihrer‘ Stadt ist!“

Denn über 40.000 Wiener waren gekommen, um sich bei strahlendem Sonnenschein am Rathausplatz Informationen über ihre Stadt einzuholen, beraten zu lassen und bei den vielfältigsten Aktionen mitzumachen. Vizebürgermeisterin Renate Brauner hatte übrigens im Rahmen der Eröffnung auf die Ergebnisse der jüngsten Mercer-Studie hingewiesen: „Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Das hängt ganz wesentlich mit den hervorragenden Daseinsvorsorgeleistungen zusammen, auf die sich die WienerInnen verlassen können!“

<http://www.wien.gv.at>



Großer Andrang herrschte bei den Terminals der Gesundheitsstraße.



Natürlich war auch für spielerische Beschäftigung für die Kleinsten gesorgt worden.



Eine Pause gönnen konnten sich die Gäste bei einer kulinarischen Reise sowohl durch den EU-Raum als auch durch die heimische Küche.

Foto: Österreich Journal

Ritterliches Treiben im Böhmischem Prater

Das diesjährige „Mittelalter-Fest“ im Böhmischem Prater fand von Donnerstag, 21. Mai, bis Sonntag, 24. Mai, statt. Täglich zwischen 10 und 22 Uhr konnte man Landsknechten, Rittersleuten, Knappen, Gauklern, Hexen und Musikanten auf dem Prater-Gelände begegnen. Wenn das Hexenvolk ein Tänzchen wagt, sich edle Streiter im Gebrauch ihrer Waffen üben und altertümliche Melodien ertönen, dann ist der kuriose Stelzen-Akrobat „Carollus“ gerne mit dabei. Feuer-Vorführungen sorgten für Aufsehen, einen urigen mittelalterlichen Markt und Umzüge gab es obendrein. Der Zutritt war, wie auch bisher, gratis. Veranstalter der jährlichen ritterlichen Festivität ist der Kulturverband „Böhmischer Prater-Tivoli“.

Spektakuläre Umzüge wurden in der Fußgängerzone im Böhmischem Prater durchgeführt. Am Freitag machten die mittelalterlichen Gesellen einen Ausflug auf den Columbusplatz (Fußgängerzone Favoritenstraße), um dort mit Musik, Gesang und Tänzen für die Veranstaltung im Böhmischem Prater zu werben. Die Hexen-Weiber „Fahima“, das Quartett „Guggerylus“, die Gemeinschaft „Fändl Hochprand“, die Truppe „Haga Skalden“ sowie die Kämpferschar „Abinferis“ versetzten das Publikum mit ihren Darbietungen in Windeseile in das Altertum. Wer sich, jung oder alt, für Ritter, Burgfräulein, Zauberer und Drachen begeistern kann, hatte bei diesem Fest viel Spaß. Auch ein Markt auf dem Tivoli-Gelände war täglich von 10 bis 21 Uhr offen. Feilgeboten wurden Seifen, Leinengewand, Sonnenuhren, Vogelpfeifen, Lederwaren und viele weitere Dinge.

Edelleute jeden Alters eilten zum Armbrust-Stand und suchten die Rüstkammer auf. Erwachsenen mundete das delikate Gewürzweinchen sehr. Zur Belustigung der Kinder diente eine Schminke-Aktion und im Kasperl-Theater wies der Spaßmacher einen grünen Schnapper in die Schranken. Die bayrischen Mannen des „Fändl Hochprand“ hießen Donnerstag bis Sonntag jeweils von 12 bis 19 Uhr große und kleine Besucher in ihrem rustikalen Feld-Lager willkommen. Merken Sie jedenfalls vor, das nächste Mittelalter-Fest 2010 Prater zu besuchen! ■

<http://www.tivoli.at>



Wenn das Hexenvolk ein Tänzchen wagt, sich edle Streiter im Gebrauch ihrer Waffen üben und altertümliche Melodien ertönen ...



Fotos: TLM

dann ist der kuriose Stelzen-Akrobat »Carollus« gerne mit dabei.

Spoons bringt Kaffeehaus-tradition im neuen Look

Spoons vereint am Fuße des Donauturms klassische Wiener Kaffeehaus-tradition mit modernem Design und innovativer Küche.

Unter dem 252 Meter hohen Donauturm, der am 16. April 1964 zur Wiener Internationalen Gartenschau eröffnet wurde und für dessen Errichtung 3.750 Kubikmeter Beton und 514 Tonnen Stahlbeton benötigt wurden, erwartet die rund 450.000 jährlichen Besucherinnen und Besucher seit 19. Mai ein neues gastronomisches Highlight, das seine Wurzeln in der klassischen Kaffeehaus-tradition findet. Das „Spoons Café & Restaurant“ repräsentiert einen neuen Typ von Kaffeehaus, der von internationalen Vorbildern in London, Paris, New York und Berlin inspiriert wurde und österreichische Gastfreundschaft mit moderner Küche und ansprechendem Design vereint. Mit dem „Spoons“ wollen die Betreiber an dem Platz, wo einst das Bierlokal „Isola“ beheimatet war, einen attraktiven Treffpunkt für die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Bezirke sowie für die BesucherInnen des Naherholungsgebiets Donaupark etablieren. Die zentrale Lage im Herzen des Donauparks mit ihrem stimmungsvollen Ambiente und dem neu konzipierten Speisen- und Getränkeangebot soll den Besuch des Lokals zum Gesamterlebnis machen.

Prägnantes Wahrzeichen des Lokals ist die aufwendig gestaltete Bar, die sich durch alle Bereiche des „Spoons“ (Restaurant, Take Away-Bereich und Innenhof) zieht. Als Essbar mit integriertem Kräutergarten ist sie mit einer Höhe von einem Meter angelegt und bietet freien Einblick in die Küche, wo österreichische Schmankerln von Küchenchef Christian Hölbling mit internationalem Kick zubereitet werden, der schon im „Weißen Rössl“ am Wolfgangsee, dem mondänen „Hotel Post“ in Lech und dem vornehmen „Hotel Adlon“ in Berlin seine Gäste mit kreativen Höhenflügen verwöhnte. Diesmal bleibt Hölbling jedoch bewußt traditionell und bereitet beispielsweise Riesling-Beuschel vom Kalb mit gebratenem Serviettenknödel (6,90 Euro), Wiener Tafelspitz vom Mastochsen (11,90 Euro), Hochland-Beiried mit Rosmarinjus (13 Euro) oder Erdäpfelnockerl mit Oliven, Kapern, Pelatetomaten und Grana zu durchaus leistbaren Preisen zu.



Foto: leisuregroup.at/Rudolph

Das »Spoons Café & Restaurant« repräsentiert einen neuen Typ von Kaffeehaus, der von Vorbildern in London, Paris, New York und Berlin inspiriert wurde.

Hölblings Küche wird – typisch eben für ein Kaffeehaus – von einem umfangreichen Torten- und Kuchenangebot abgerundet, das täglich frisch in der Vitrine angeboten wird. Kaffeeengenießler kommen bei diversen Sorten aus 100 Prozent Arabica-Bohnen aus Südamerika und Äthiopien, die von einem geschulten Barista ausgewählt wurden, auf ihren Geschmack, während sich Naschkatzen über die zahlreichen Trinkschokoladen wie beispielsweise „Bird’s Eye Chili“ mit ganz viel Chili aus dem Hause Zotter freuen können.

Während sich das „Spoons“ tagsüber als modernes Kaffeehaus präsentiert, verwandelt sich das Lokal mit fortschreitender Uhrzeit in eine gemütliche Lounge, die zum Abendessen oder einem Drink einlädt. Vormittags lädt der à la carte-Brunch zum entspannten Frühstück und zu Mittag werden saisonale Köstlichkeiten für den schnellen Lunch aufgetischt. Schließlich soll das „Spoons“ auch ein beliebter Treff zum Business-Lunch für die zahlreichen MitarbeiterInnen der auf der Donauplatte angesiedelten Unternehmen werden.

Weil „Spoons“ nicht einfach nur ein Name, sondern auch Programm ist, können sich die Gäste auf den täglich wechselnden Gruß aus der Küche freuen, der – namensgerecht – auf kleinen Löffeln serviert wird. Auch auf der Tageskarte wird Hölbling immer wieder mit Variationen aufwarten, die auf den typischen Löffeln präsentiert werden.

„Das ‚Spoons‘ will sich bewußt nicht als ein Lokaltyp festmachen lassen, sondern sich rund um die Uhr an die Bedürfnisse der Gäste anpassen und vom Frühstück über das Mittagessen bis hin zum Abendessen oder einem Cocktail mit den Gästen mitgehen“, sagt Projektleiter Gerfried Rieger (Netzwerk Gruppe Wien) zum Konzept des Lokals, das durch erdige Farben und ein bewußt wenig aufregendes Architekturkonzept von Interior-Designer Günter Schwarz besticht. Dazu passend wird auch auf kulinarische Experimente verzichtet: Moderne Küche zu moderaten Preisen soll Touristen ebenso ansprechen wie Einheimische, Parkbesucher oder UNO-Diplomaten. ■

<http://www.spoons-cafe.at>

Nuntius würdigt Wiens Stadtpatron als »kantigen« Heiligen

Internationale Klemens-Wallfahrt von Wien über Tasovice nach Krakau – Klemens Hofbauer »war Bergkristall, in dem sich das Licht Gottes brechen konnte«



Fotos: Österreich Journal / <http://www.moessmer.at>

Das Dom- und Diözesanmuseum in Wien würdigt Klemens Hofbauer – im Bild rechts ein Portrait des Heiligen – bis Mitte September mit einer kleinen Sonderausstellung. Das Museum selbst ist aber jedenfalls einen Besuch wert!

Mit einem umfangreichen Festprogramm und einer internationalen Wallfahrt über drei Länder feiern die Redemptoristen das 100-Jahr-Gedenken der Heiligsprechung des Wiener Stadtpatrons Klemens Maria Hofbauer (1751-1820). Bei einer Festakademie am 20. Mai in der Wiener Schottenkirche skizzierte der Apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, Hofbauer als „Menschen mit starkem Charakter, mit Ecken und Kanten“, der aber gerade wegen seiner Unzulänglichkeiten ein sympathischer Heiliger sei. Hofbauer sei ein „Bergkristall, in dem sich das Licht Gottes brechen konnte“.

P. Joseph Tobin, Generaloberer der Redemptoristen, wies auf die große Bedeutung hin, die Klemens Maria Hofbauer auch heute noch im Orden habe. Vielfach werde er als zweiter Gründer des Ordens bezeichnet, was die hohe Wertschätzung für das Leben und

die Botschaft des Heiligen deutlich mache. Die Spiritualität und die seelsorglichen Methoden des Heiligen seien auch heute noch von Bedeutung, so P. Tobin. Er steht 5330 Redemptoristen in 78 Ländern der Welt vor.

Als „modernen Heiligen“ bezeichnete der Historiker und Hofbauer-Biograf Otto Weiß den Stadtpatron. Auch wenn sich die Zeiten seit Hofbauer geändert hätten, sei vieles ähnlich: Krieg und Terror stellten auch heute eine Bedrohung dar, Menschen stünden am Rande der Gesellschaft, und die Frage nach dem Sinn des Daseins beschäftige viele. Umso wichtiger sei es, mit den Augen und dem Herzen Hofbauers sehen zu lernen und trotz aller Herausforderungen nicht den Mut zu verlieren.

P. Lorenz Voith, Provinzial der Wiener Redemptoristen, erinnerte daran, daß die Redemptoristen von Wien aus zahlreiche neue Niederlassungen in vielen Ländern gegründet hatten, so auch in den östlichen Nachbar-

staaten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gelte es nun, das gemeinsame Erbe verstärkt wiederzubeleben.

Dienst der Orden

Den Festvortrag bei der Akademie hielt der Vorsitzende der Österreichischen Superiorenkonferenz, der Herzogenburger Propst Maximilian Fürnsinn. Er betonte den unverzichtbaren Dienst der Orden für die Gesellschaft. Die Arbeitsbereiche der Orden seien „so vielfältig wie das kirchliche Leben selbst“. Im Bildungs- und Erziehungswesen, in der Jugendarbeit, im Dienst an den Kranken oder im Missionseinsatz im In- und Ausland würden die Orden Christus auf ganz unterschiedlichen Wegen zu den Menschen bringen.

Bei aller positiv geleisteten Arbeit dürften aber auch die Schwierigkeiten nicht aus dem Blick geraten, warnte der Propst. Das Bild der Ordensgemeinschaften zeige „Kri-

Religion und Kirche



Ein Foto vom Geburtshaus und ein Holzsplitter davon sind Teil der Ausstellung, die auch Exponate aus dessen persönlichem Gebrauch zeigt.

sen und Risse“. Fürnsinn sprach von einer „Erosion des geweihten Lebens“. Die Gründe dafür ortete er u.a. in der abhanden gekommenen Spiritualität, im Verlust an kontemplativer Ausstrahlungskraft, in der Überalterung der Orden und im Fehlen von genügend Nachwuchs. Die Lösung, so Fürnsinn, sei sicherlich nicht im sentimental zu-rückschauenden auf alte Zeiten zu suchen, denn die Formen des Ordenslebens seien immer zeitbedingt. Derzeit befinde man sich in einem Läuterungs- und Befreiungsprozeß.

Klöster müßten wieder stärker zu geistlichen Zentren werden, zu Orten der Gastfreundschaft und Zellen des Glaubens, sagte der Vorsitzende der Superiorenkonferenz. Das stehe mitunter aber in Spannung zur derzeitigen starken Einbeziehung von Ordenspriestern in die Pfarrseelsorge.

Sr. Anneliese Herzig, Generaloberin der Missionsschwestern vom Heiligsten Erlöser, betonte, wie wichtig heute das Zusammenwirken von Männer- und Frauenorden sei.

Am Nachmittag des 20. Mai standen eine Stadtprozession und im Anschluß daran ein Festgottesdienst in der Kirche Maria am Ge-

stade mit dem Wiener Weihbischof Stephan Turnovszky auf dem Programm. Festakademie, Prozession und Gottesdienst waren einer der Höhepunkte der internationalen Klemenswallfahrt.

Internationale Klemenswallfahrt

Das Festprogramm der Internationalen Klemenswallfahrt wurde mit einem Gottesdienst in der Marienkirche im 17. Bezirk begonnen. Am Tag darauf gingen die Pilger „auf den Spuren des Heiligen Klemens Maria Hofbauer“ durch die Innenstadt von Wien und feierten am Abend mit P. Tobin einen Festgottesdienst in der Kirche Maria am Gestade. An dem Gottesdienst nahm auch der vor wenigen Wochen neu ernannte Erzbischof der slowakischen Diözese Trnava, Robert Bezak, teil, der aus der Gemeinschaft der Redemptoristen kommt.

Am Fest Christ Himmelfahrt (21.05.) wurde die Internationale Klemenswallfahrt mit einem Gottesdienst im mährischen Geburtsort des Heiligen, Tasovice (Tasswitz) bei Znojmo (Znaim), fortgesetzt. Am darauffolgenden Freitag endete die Wallfahrt in

Krakau. Um 16 Uhr begann in der Kirche der dortigen Redemptoristen ein Festgottesdienst mit Kardinal Stanislaw Dziwisz. Anschließend fand ein Konzert des Warschauer Domchores statt. Mit einem Fest im Klostergarten endete diese große Jubiläumswallfahrt der Redemptoristen.

Pius X. sprach Hofbauer heilig

Vor 100 Jahren, am 20. Mai 1909, wurde Klemens Maria Hofbauer, von Pius X. heilig gesprochen (nach dem Markgrafen Leopold, Landesheiliger von Niederösterreich, übrigens der zweite „Österreicher“ mit diesem Status). Der 1751 im süd-mährischen Tasovice geborene Hofbauer hatte zunächst den Bäckerberuf erlernt. Später lebte er eine Zeit lang als Einsiedler in der Nähe von Rom und studierte mit Unterstützung von Wohltätern in Wien und Rom Theologie. Dort trat er als erster Mitteleuropäer in den Redemptoristenorden ein. Von 1787 bis 1808 wirkte er in Warschau. Nach der Auflösung der Redemptoristen-Niederlassung auf Anordnung Napoleons ging Hofbauer nach Wien. Hier wirkte er zuerst an der Minoritenkirche, ab 1813 als Kirchenrektor von St. Ursula; er starb 1820.

Als Prediger und Seelsorger hatte Hofbauer in Wien großen Einfluß auf Studenten, Gelehrte und Konvertiten. Der Heilige gilt als der geistige Überwinder der antiklerikalen Strömungen der Aufklärung, des Jansenismus und Josephinismus in Österreich und als Bahnbrecher der kirchlichen Erneuerung.

Dommuseum erinnert an Stadtpatron von Wien

Das Dommuseum (1., Stephansplatz 6) widmet Klemens Maria Hofbauer von 12. Mai bis Mitte September eine kleine Schau auf Anlaß seiner Heiligsprechung vor 100 Jahren. Gezeigt werden einerseits Exponate aus seinem persönlichen Besitz – darunter ein prächtiges spätbarockes Meßgewand – andererseits Alltagsgegenstände wie das Rasiermesser, der Spiegel und die Schnupftabakdose des Heiligen. Gebetsbücher und weitere sakrale Objekte veranschaulichen nicht nur die persönliche Frömmigkeit und das seelsorgerische Wirken von Klemens Maria Hofbauer, sondern werfen auch ein Licht auf die kirchliche und religiöse Mentalität jener Zeit. Unter den Exponaten, welche die Verehrung von Klemens Maria Hofbauer illustrieren, befinden sich Reliquienmonstranzen und wertvolle Sakralgefäße. ■

<http://www.dommuseum.at>

Wiener Votivkirche feiert 130-Jahr-Jubiläum

Der »Ringstraßendom« wurde 1879 nach 23jähriger Bauzeit am Tag der Silberhochzeit des Kaiserpaars geweiht

Der »Ringstraßendom« wurde nach 23jähriger Bauzeit am 24. April 1879, dem Tag der Silberhochzeit des Kaiserpaars Franz Joseph I. und Elisabeth, geweiht. Die Entstehung der Votivkirche ist auf das mißglückte Attentat auf den jungen Kaiser Franz Joseph I. durch den Schneidergesellen Janos Libenyi am 18. Februar 1853 zurückzuführen. Erzherzog Ferdinand Maximilian, Bruder des Kaisers und späterer Kaiser von Mexiko, rief „zum Dank für die Errettung Seiner Majestät“ zu Spenden auf, um in Wien eine neue Kirche zu bauen. Die Kirche sollte als „Dankgeschenk“ („Votivgabe“, daher der Name) der Völker der Monarchie für die Errettung Franz Josephs errichtet werden. 300.000 Bürger folgten dem Spendenaufruf. Aus der Ausschreibung, an der sich 75 Architekten aus der Donaumonarchie, Deutschland, England und Frankreich beteiligten, ging der damals erst 26jährige Heinrich von Ferstel als Sieger hervor. Schon zwei Jahre später, 1856, konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden. Sie sollten 23 Jahre dauern, bis am 24. April 1879 die Votivkirche geweiht werden konnte. In ihr sollten alle Nationen der Donaumonarchie ihre „geistige und politische Heimat“ finden. Als Bauwerk konnte die Votivkirche zwar abgeschlossen werden, ein „Dom der Völker“ wurde sie aber nicht. Jedenfalls gilt sie als eines der bedeutendsten neogotischen Sakralbauwerke der Welt und als eines der erstrangigen Wahrzeichen Wiens

Jägerstätter-Fenster in der Kreuzkapelle

Die Kirche birgt auch im Inneren viele Schätze, etwa das Jägerstätter-Fenster in der Kreuzkapelle. Das Fenster aus den sechziger Jahren ist das erste Sakralkunstwerk überhaupt, das das Martyrium des oberösterreichischen Bauern und Kriegsdienstverweigerers Franz Jägerstätter (1907-1943) aufgegriffen hat. Das Fenster ist in der neu restaurierten Kreuzkapelle – der Werktagskapelle – jetzt wieder zu besichtigen. Die gesamtneuerte Kapelle bildet dazu einen würdigen Rahmen. Im Zweiten Weltkrieg waren alle



Alle Fotos: Österreich Journal / <http://www.moessmer.at>

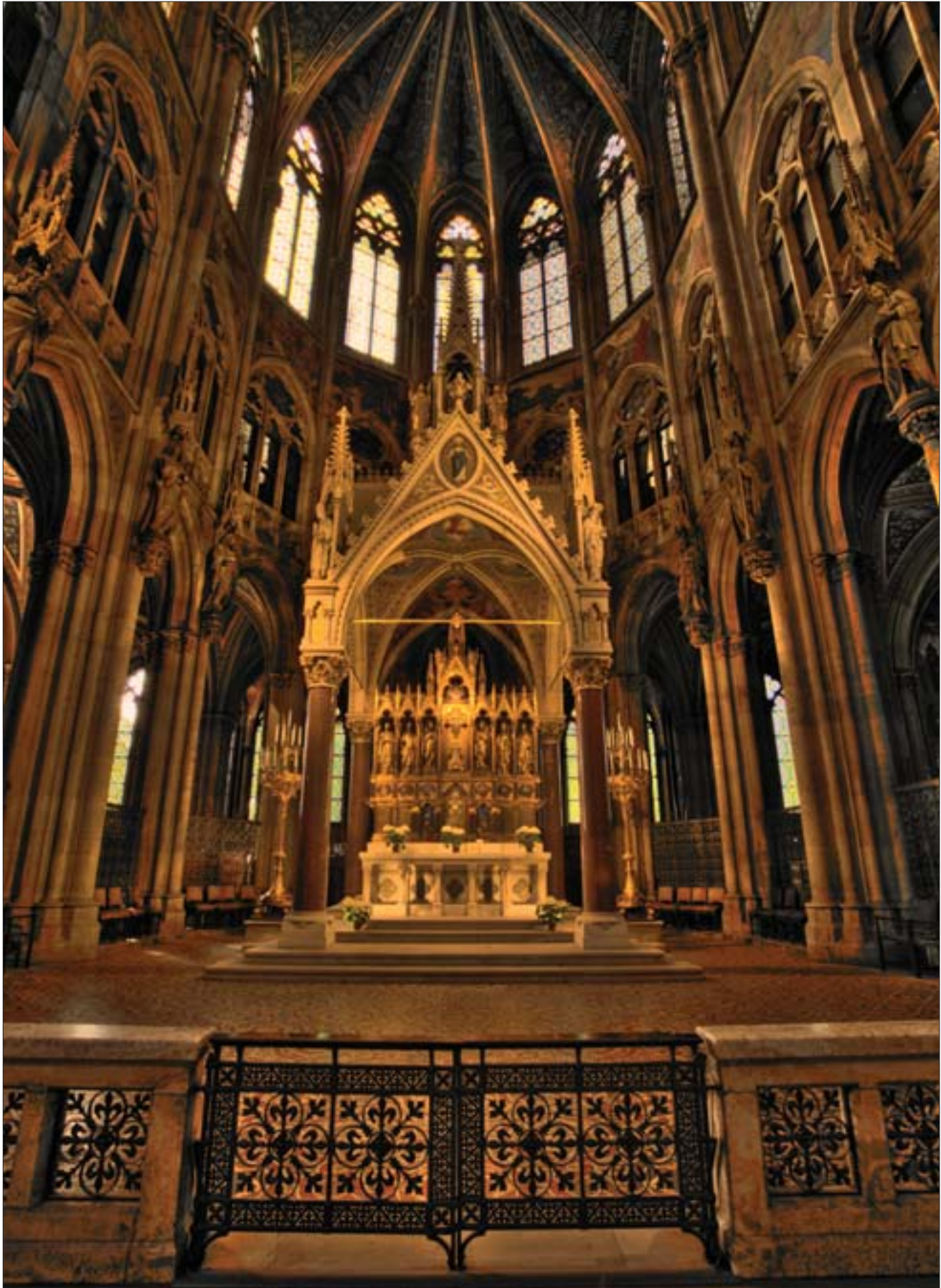
Wegen des immensen Reparaturbedarfs wird die Votivkirche auch als »größtes bauliches Sorgenkind der Erzdiözese Wien« bezeichnet.

Fenster der Votivkirche zerstört worden. Nach dem Krieg wurden die Fenster provisorisch verglast. Im Zuge einer umfangreichen Kirchenrestaurierung 1960-73 wurde eines der neuen Fenster, die von den akademischen Malern Hans Schweiger und Christine Rantz-Feldmann stammen, mit dem Thema Widerstand und Franz Jägerstätter gestaltet.

Initiator war der damalige Propst Anton Maria Pichler. Er stand mit namhaften katholischen Persönlichkeiten wie dem Pionier

der Judaistik (und Präsidenten des Katholischen Bibelwerks) Kurt Schubert (1923-2007) in Kontakt. In vielen Gesprächen entwickelte er selbst das Fensterprogramm mit Persönlichkeiten aus der österreichischen Kirchengeschichte, vor allem des 20. Jahrhunderts. So findet sich u.a. auch ein Fenster über Hildegard Burjan (1883-1933), die Gründerin der Schwesterngemeinschaft „Caritas Socialis“; sie soll demnächst selig gesprochen werden.

Religion und Kirche



Religion und Kirche



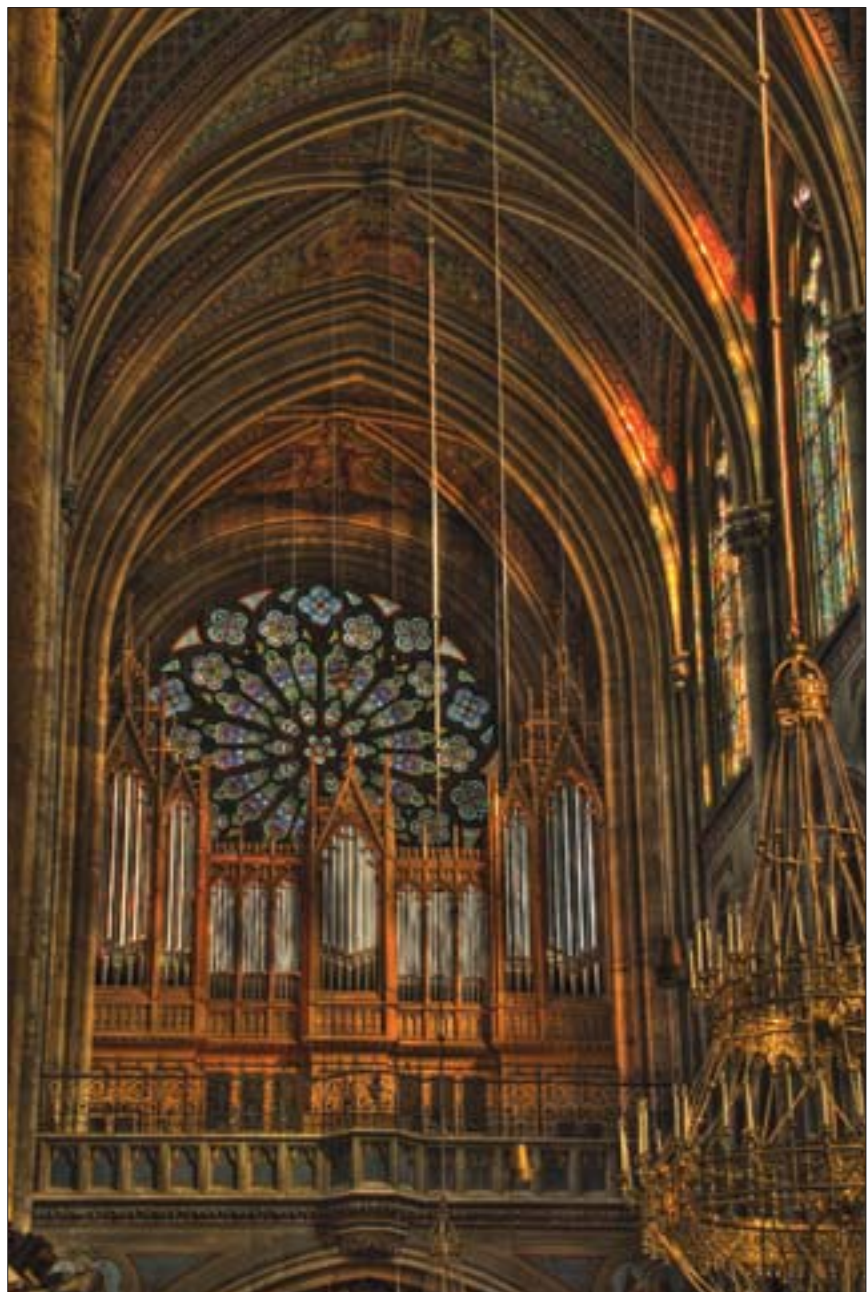
Weiteres „Highlight“ im Kircheninneren ist das Museum. Seit Herbst 2000 befindet es sich im vorher unbenutzten ehemaligen Hoforatorium. Im Mittelpunkt des Museums

steht das Werk des wieder entdeckten Brüderpaares Karl Jobst (1835-1907) und Franz Jobst (1840-1890), die künstlerisch an der Schwelle vom Historismus zum Jugendstil stehen. Zahlreiche Kirchen und Schlösser in der gesamten Monarchie waren von den Brüdern mit Wandmalereien versehen worden, darunter der Dom von Esztergom und die Universität von Czernowitz. Die Jobst-Brüder malten auch die Votivkirche aus; aus Geldmangel wurden aber nicht alle Vorhaben verwirklicht. In der Votivkirche ist eine außergewöhnlich große Anzahl an Kartons für die Wandmalereien und die verloren gegangenen Glasmalereien erhalten geblieben, die im Museum zu sehen sind.

Ihre „weltkirchliche“ Bedeutung hat die Votivkirche behalten, auch wenn die zuvor dort beheimatete englischsprachige Gemeinde in den 2. Bezirk übersiedelt ist. Weiterhin gibt es um 11.15 Uhr eine internationale Messe, die großen Zuspruch findet.

Wegen des immensen Reparaturbedarfs, für den viel zu wenig Mittel vorhanden sind, wird die Votivkirche auch als „größtes bauliches Sorgenkind der Erzdiözese Wien“ bezeichnet. Die aktuelle Wirtschaftskrise bedingt leider auch, daß die Restaurierungsarbeiten langsamer vorangehen werden, als die Verantwortlichen ursprünglich geplant hatten. ■

<http://www.votivkirche.at>



Religion und Kirche



Fritz Muliar ist gestorben

Der Volks- und Charakterdarsteller Fritz Muliar ist im Alter von 89 Jahren im Wiener AKH verstorben. Der Wiener stand über 70 Jahre auf der Bühne und erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Auch politisch nahm er sich nie ein Blatt vor den Mund.

Fritz Muliars Ausbildung am Konservatorium in Wien folgte 1937 das erste Engagement in Stella Kadmons Kleinkunsthöhne „Der liebe Augustin“ in Wien. Weitere Engagements an Kleinbühnen und Kabaretts; der weitere Weg als Schauspieler führte über die Bühnen Innsbruck und Graz an das Raimund Theater in Wien, danach ans Volkstheater und schließlich in das Ensemble der Josefstadt. Mitte der 70er-Jahre wurde Muliar an das Wiener Burgtheater berufen. 1990 ging er in Pension, spielte aber in der Regie seiner Regie-Entdeckung Franz Morak das Einpersonenstück „Sibirien“ von Felix Mitterer am Akademietheater, das zu zahlreichen Gastspielen im In- und Ausland eingeladen wurde. Nach dem Schammes in Isaac Babels „Sonnenuntergang“ (Regie: Dieter Giesing) an der Seite von Hans Michael Rehberg im Akademietheater kehrte Muliar 1994 zurück an die Josefstadt.

Neben seiner Tätigkeit am Theater wirkte Fritz Muliar in über 100 Filmen und Fernsehproduktionen mit. Über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt wurde er durch seine Darstellung des Braven Soldaten Schwejk. In letzter Zeit war er in den TV-Serien „Kommissar Rex“ sowie „Schloßhotel Orth“ zu sehen.

Seine Rollen an der Josefstadt bzw. an den Kammerspielen seit 1994: Hermann Löwy in „Vermischte Gefühle“ von Richard Baer, Marchese Vincelli in „Liebesgeschichten und Heiratssachen“ von Johann Nestroy, Rudi Lemberger in „Berge versetzen“ von Banks, Oberpräparator in „Glaube Liebe Hoffnung“ von Ödön v. Horváth, Emanuel Striese in „Der Raub der Sabinerinnen“ von Franz und Paul v. Schönthan, Konsul Springvogel in „Das lebenslängliche Kind“ von Erich Kästner, Mr. Green in „Besuch bei Mr. Green“ von Jeff Baron, Willibald in „Die schlimmen Buben in der Schule“ von Johann Nestroy, Schippl in „Mein Freund“, ebenfalls von Nestroy, Fürst Plata-Ettin in „Olympia“ von Franz Molnár, Kemp in „Seid nett zu Mr. Sloane“ von Joe Orton. Zuletzt in „Der Tag, an dem der Papst gekidnappt wurde“ (Regie und Titelrolle), „Der Ignorant und der Wahnsinnige“, „Mich hätten Sie sehen sollen“, „Das



Fritz Muliar, Kammerschauspieler, Professor, Ehrenmitglied des Theaters an der Josefstadt; 12.12.1919 – 3.5.2009

Fest“, „Der jüngste Tag“, „Mein Kampf“, „Der Panther“ und „Die Wirtin“ – in der er am Nachmittag des 3. Mai, dem Todestag, noch auf der Bühne der Josefstadt gestanden war.

Bundespräsident Heinz Fischer sprach von einem „großen menschlichen Verlust“, Muliar sei „ein liebenswerter Mensch, ein Volksschauspieler und ein Österreicher im besten Sinne des Wortes“ gewesen. Nach seinen Erfahrungen in der Gefangenschaft der Nazis sei Muliar stets auch „ein sehr politischer Mensch“ gewesen, „diese pro-österreichische und prodemokratische Gesinnung hat er sein Leben lang beibehalten“.

Bundeskanzler Werner Faymann sagte, Muliar habe auf der Bühne die Menschen zum Lachen und Nachdenken gebracht. Aber sein Bühnenrepertoire habe weit darüber hinaus gereicht. „Muliar war ein echter Österreicher, in dem jeder einen Teil von sich selbst finden konnte“, sagte der Bundeskanzler. In seinem Leben abseits der Bühne sei Fritz Muliar, der am 12. Dezember seinen 90. Geburtstag gefeiert hätte, stets ein sozial engagierter und multikultureller Geist gewesen. Er habe Probleme aufgegriffen, deutlich Position bezogen und sei stets bereit gewesen, seinen Beitrag im humanitären Bereich

zu leisten, ganz besonders, was die Einhaltung der Menschenrechte betraf.

Tief betroffen reagierten auch Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny auf den Tod von Fritz Muliar. „Österreich verliert eine der herausragendsten schauspielerischen Persönlichkeiten, die sich nicht nur auf der Bühne des Theaters, sondern auch auf der Bühne des Lebens lautstark Gehör verschafft hat. Als Darsteller zeichnete er sich bis zuletzt durch Schauspiellust, Vitalität und ungebrochene Schaffenskraft aus, als Mensch durch soziales Engagement abseits der Bühne. Er war das humanistische Gewissen Österreichs und auch jenes der Sozialdemokratie, ein Mahner gegen Unmenschlichkeit und rechtes Gedankengut und hat sich nicht gescheut, immer wieder Stellung zu beziehen und für seine Ideale und Anschauungen einzutreten. Zu Recht haben die Wienerinnen und Wiener ihn zu ihrem Publikumsliebbling gewählt, weil sie gespürt haben, daß er einer von ihnen ist“, so Häupl und Mailath. Die Stadt Wien hat den großen Volksschauspieler für sein künstlerisches Wirken mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Ehrenring der Stadt Wien. ■

<http://www.josefstadt.org>

Goldene Palme für Michael Haneke

Darstellerpreis für Christoph Waltz in Cannes

Anlässlich der Verleihung der „Goldenen Palme“ an Michael Haneke fand – auf Einladung von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und im Namen von Bürgermeister Michael Häupl – am 28. Mai ein Empfang im Wiener Rathaus statt.

Mailath gratulierte Michael Haneke, Produzent Veit Heiduschka und dem gesamten Filmteam zu deren großem Erfolg. Hanekes Film sei die tiefeschürfende Analyse eines menschlichen Themas und hinterlasse nachhaltige Bilder. „Das weiße Band“ sei ein europäischer Film, der von einem existentiellen Thema handle, europäisch finanziert sei und eine europäische Auszeichnung bekommen habe.

Haneke bedankte sich bei seinem Team für die großartige und langjährige Zusammenarbeit. Obwohl es sein schwierigster Film gewesen sei, wäre die Arbeit daran ein Vergnügen gewesen. Eine Erleichterung wäre es auch gewesen, auf deutsch zu drehen, „da habe ich die Sache unter Kontrolle gehabt“.

Veit Heiduschka, Chef der Produktionsfirma WEGA-Film und langjähriger Begleiter Hanekes, bedankte sich für die öffentliche Förderung und appellierte, die finanziellen Zuwendungen zu erhöhen.

Das weiße Band Ein Dorf im protestantischen Norden Deutschlands, 1913/14. Vorabend des ersten Weltkriegs. Der Film erzählt die Geschichte des vom Dorflehrer geleiteten Schul- und Kirchenchors und zeigt seine kindlichen und jugendlichen Sänger und deren Familien: Gutsherr, Pfarrer, Gutsverwalter, Hebamme, Arzt, Bauern – ein Querschnitt eben. Seltsame Unfälle passieren und nehmen nach und nach den Charakter ritueller Bestrafungen an. Wer steckt dahinter?

Das Buch zum Film stammt von Michael Haneke, der auch Regie führte. Vor der Kamera von Christian Berger brillieren Christian Friedel, Burghart Klaußner, Ulrich Tukur, Josef Bierbichler, Susanne Lothar, Branko Samarovski, Birgit Minichmayr u.v.a. – der Film startet im September 2009 in Österreichs Kinos.

Inglourious Basterds Der gebürtige Wiener Christoph Waltz gewann in Cannes den Darstellerpreis für seine Rolle in „Inglourious Basterds“ von Quentin Tarantino, die



StR. Andreas Mailath-Pokorny, Michael Haneke und Veit Heiduschka (v.l.)

an der Seite von Brad Pitt spielte. Der in London und Berlin lebende Schauspieler hat das Max-Reinhardt-Seminar in Wien absolviert und sich in dem Film vom TV-Darsteller in die Kino-Weltelite gespielt.

Ohne Zweifel gehört Quentin Tarantino auch knapp 15 Jahre nach seinem furiosen Welterfolg mit „Pulp Fiction“ zu den aufregendsten Kreativen des modernen Kinos. Mit seinem neuen Film, der zu großen Teilen in Deutschland gedreht wird, schreibt er das

erste Mal „historische“ Geschichte und bringt ein leidenschaftliches Rache-Abenteuer auf die Leinwand.

Im deutsch besetzten Frankreich muß Shosanna Dreyfus (Mélanie Laurent) mit ansehen, wie ihre Familie durch den Nazi-Oberst Hans Landa (Christoph Waltz) brutal hingerichtet wird. Nur knapp kann sie entkommen und flieht nach Paris, wo sie sich als Kinobesitzerin eine neue Identität und Existenz aufbaut. Zur gleichen Zeit formt Offizier Aldo Raine (Brad Pitt) eine Elite-truppe aus jüdischen Soldaten, die gezielte Vergeltungsschläge gegen Nazis und Kollaborateure durchführen soll. Gemeinsam mit seinen acht Männern wird er in Frankreich abgesetzt, um dort unterzutauchen und in Guerilla-Einsätzen Nazis zu jagen und töten. Schon bald werden sie von den Deutschen als „Die Bastarde“ gefürchtet. Als der Plan reift, die Anführer des Dritten Reichs auszuschalten, nimmt Raines Einheit Kontakt zu der deutschen Schauspielerin und Undercover-Agentin des Widerstands Bridget von Hammersmark (Diane Kruger) auf, die entscheidend für das Gelingen des Anschlags ist. Die gemeinsame Mission führt sie schließlich alle in das Pariser Kino von Shosanna, die allerdings seit langem ihre eigenen Rachepläne verfolgt... Tarantino wagt sich an ein schwieriges Thema, das er mit großen Stars genial inszeniert. ■



Spielte sich in »Inglourious Basterds« in die Kino-Weltelite: Christoph Waltz

Kaiser-Maximilian-Preis an Giovanni Di Stasi verliehen

Im prunkvollen Rahmen der Hofburg zu Innsbruck wurde am 8. Mai, dem Vortag des Europatages, der Kaiser-Maximilian-Preis durch den Tiroler Landtagspräsidenten Herwig van Staa, LH-Stv. Anton Steixner und Bürgermeisterin Hilde Zach an den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates a.D. Giovanni Di Stasi, verliehen. Mit diesem Europapreis werden jedes Jahr verdiente Persönlichkeiten der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet.

LH-Stv. Anton Steixner betonte in seinen Begrüßungsworten die positive Entwicklung Europas in den letzten Jahrzehnten. Zahlreiche Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland konnten neben Mitgliedern des Gemeinderates, Stadtsenates, Landtages und der Landesregierung in der Hofburg begrüßt werden. Landtagspräsident Herwig van Staa bezeichnete in seiner Festrede Di Stasi als Praktiker und Visionär in einer Person und Bürgermeisterin Hilde Zach lobte in ihrer Laudatio seinen Einsatz für die Regionen Europas.

Die Begrüßung der Ehrengäste erfolgte mit einem landesüblichen Empfang am Rennweg, den Festakt in der Hofburg untermalten Mitglieder des Tiroler Symphonieorchesters Innsbruck.

Giovanni Di Stasi (geb. am 27. April 1950 in Cercemaggiore, Italien) war von Mai 2004 bis Mai 2006 Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE). Nach seinem Fremdsprachen- und Literaturstudium an der Universität von Bari und seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität von Neapel unterrichtete er Englisch und Literatur, später war er als Direktor des naturwissenschaftlichen Gymnasiums Ancona tätig.

Seine politische Laufbahn begann 1980 mit der Wahl zum Bürgermeister von Casacalenda, einer kleinen Gemeinde in der Region Molise. Ab 1994 war Di Stasi als Abgeordneter im italienischen Parlament tätig, legte diese Funktion jedoch zurück, als er im Jahr 2000 zum Präsidenten der Region Molise gewählt wurde.

Gleichzeitig wurde er als italienisches Mitglied in den Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates entsandt. 2002



Foto: Innsbruck Rathaus Medienservice

Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises: Bürgermeisterin Hilde Zach, Giovanni Di Stasi, Landtagspräsident Herwig van Staa und LH-Stv. Anton Steixner

folgte die Wahl zum Präsidenten der Kammer der Regionen und im Mai 2004 dann die Wahl zum Präsidenten des Kongresses.

Mit der Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises 2009 an Giovanni Di Stasi werden seine Leistungen im Bereich der europäischen Regionalpolitik gewürdigt.

Als überzeugter Verfechter der Werte und Ziele, welche der Tätigkeit des Europarates zugrunde liegen, setzte er sich für die Stärkung der lokalen und regionalen Demokratie

sowie für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Institutionen des europäischen Raums ein. Ein besonderes Anliegen war für Di Stasi die Schaffung neuer Euro-Regionen und die Neupositionierung des Europarates, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Als Botschafter des Kongresses hat er aktiv zu einer verstärkten Kooperation mit dem Ausschuß der Regionen (AdR) und zur Schaffung neuer Netzwerke beigetragen. ■

Verleihung der Verdienstkreuze und des Kulturehrenzeichens

Verdiente Persönlichkeiten versammelten sich am 20. Mai in den Ursulinensälen, um mit dem Verdienstkreuz und dem Kulturehrenzeichen der Stadt Innsbruck durch Bürgermeisterin Hilde Zach ausgezeichnet zu werden. Der Festakt fand in Anwesenheit von, Landtagspräsident Herwig van Staa, Abt Raimund Schreier, Vizebürgermeister Christoph Platzgummer, Univ.-Prof. Tilmann Märk (Vize rektor der Universität Innsbruck), Stadtrat Walter Peer, Landtagspräsident a. D. Prof. Helmut Mader, Altbürgermeister Romuald Niescher und GemeinderätInnen der Stadt Innsbruck statt.

Der Gemeinderat der Stadt Innsbruck beschloß am 26. Februar 2009 einstimmig, fol-

gende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Würdigung ihrer außerordentlichen Verdienste auszuzeichnen: Das Verdienstkreuz wurde verliehen an (in alphabetischer Reihenfolge): Dietmar Bachmann, Rosi Hirschegger, Rudolf Hühnersbichler, Univ.-Prof. Hans Moser, em. Univ.-Prof. Otto Muck SJ, KR Alfred Püls, Eckart Rainer, Hans Jörg Rück, KR Hans-Dieter Salcher, Rudi Warzilek und Dir. Karl Winkler.

Da die Schauspielerin Julia Gschnitzer am Verleihungstag der Kulturehrenzeichen am 17. April verhindert war, wurde sie nachträglich mit dem Ehrenzeichen für Kunst und Kultur ausgezeichnet. ■

<http://www.innsbruck.at>

Schimmelpilze als neue Lebensretter

Neue Möglichkeiten zur Bekämpfung von Krankheitserregern entdeckt – Schimmelpilze bieten viel mehr Wirkstoffe, als bis jetzt angenommen

Schimmelpilze verderben nicht nur unsere Lebensmittel und blühen mitunter an unseren Wohnungswänden, vor allem sind sie eine der wertvollsten Quellen von medizinischen Wirkstoffen – die bekanntesten davon sind sicherlich die Antibiotika. Die moderne Genomforschung mit diesen Organismen hat allerdings einen wesentlich höheren Reichtum an biologischen Wirkstoffen prognostiziert, als bisher bekannt sind. Ein Forscherteam aus Österreich und den USA hat jetzt herausgefunden, warum wir nur wenige davon kennen. Dadurch werden neue Möglichkeiten für die Bekämpfung von Krankheitserregern in der Medizin und Landwirtschaft eröffnet.

Der Schimmelpilz – schon seit jeher eine Quelle der Medizin

Seit der eher zufälligen Entdeckung des Penicillins durch Alexander Fleming im Jahr 1928 wurden viele weitere Antibiotika aus Schimmelpilzen gewonnen, die heute vor allem in der Medizin eingesetzt werden. Der achtlose Umgang mit Antibiotika und der Einsatz als Futtermittelzusatz in der Massentierhaltung führten dazu, daß viele Krankheitserreger, die früher noch durch Antibiotika abgetötet wurden, mittlerweile resistent dagegen geworden sind. Damit wird die Bekämpfung vieler Erreger unmöglich. Die pharmazeutische Forschung ist stets auf der Suche nach neuen Wirkstoffen und Antibiotika die diese resistenten Erreger trotzdem abtöten.

Der Unterschied zwischen Natur und Labor

Die „Fungal Genomics Unit“, eine Kooperationsarbeitsgruppe der Austrian Research Centers (in Zukunft Austrian Institute of Technology, AIT) am Standort Seibersdorf und der Universität für Bodenkultur in Wien, hat unter der Leitung von Joseph Strauss gemeinsam mit Chemikern und Pilzforschern aus den USA herausgefunden, warum die Anzahl der bisher entdeckten Stoffwechselprodukte wie z.B. Antibiotika so gering ist.

Die Forscher berichten in der neuesten Ausgabe der Fachzeitschrift „Nature Chemical Biology“, daß unter Laborbedingungen jene Genabschnitte in den Schimmelpilzen stillgelegt sind, die für die Produktion von Antibiotika gebraucht werden. Unter den natürlichen Lebensbedingungen der Pilze werden diese Genabschnitte freigegeben.

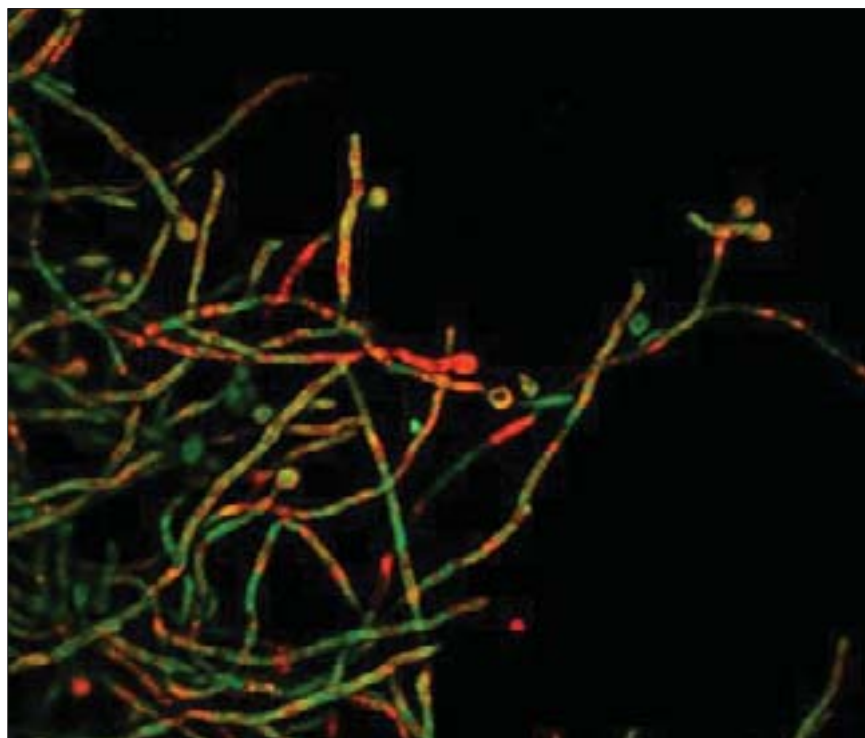
Dadurch sichern sie den Schimmelpilzen ein besseres Überleben, indem sie Bakterien und andere Konkurrenten mit Hilfe der Antibiotika und Pilzgifte ausschalten oder zumindest unterdrücken. Diese natürlichen Lebensbedingungen können im Labor aber nur für einen Bruchteil der Organismen nachgebaut werden, sodaß es – mit den wenigen bekannten Ausnahmen – unter Laborbedingungen nicht zur Produktion des vollständigen Spektrums an Wirkstoffen kommt.

Neue Antibiotika in Sicht

Die Forschergruppe konnte nun den Hin-

tergrund des Stilllegens der Genabschnitte („silencing“ genannt) klären: durch sogenannte „epigenetische“ Phänomene werden ganze Abschnitte eines Genoms in eine unzugängliche Struktur verpackt und damit wird die dahinterliegende genetische Information unlesbar. Unter diesen Bedingungen werden weder Antibiotika noch andere Wirkstoffe gebildet. Im Rahmen eines vom Forschungsfonds FWF geförderten Projektes über die epigenetische Regulation in Schimmelpilzen und in Kooperation mit zwei amerikanischen Universitäten versuchen die Forscher nun, in diese epigenetische Regulation gezielt einzugreifen und damit eventuell die versteckten biologischen Schätze von Schimmelpilzen zugänglich zu machen. Damit kommen neue Wirkstoffe und Antibiotika wieder in Reichweite, um ein brennendes Problem in der Medizin und der Krankenhaushygiene wieder in den Griff zu bekommen. ■

<http://www.arcs.ac.at>



Schimmelpilze verderben nicht nur unsere Lebensmittel ... vor allem sind sie eine der wertvollsten Quellen von medizinischen Wirkstoffen.

Supercomputer »Leo II« in Betrieb genommen

Größter wissenschaftlicher Rechner Österreichs an der Universität Innsbruck

Die zurzeit größte wissenschaftlich genutzte Großrechenanlage Österreichs wurde am 11. Mai an der Universität Innsbruck feierlich in Betrieb genommen. Von kleinsten Phänomenen wie in der Quantenphysik und der Molekularbiologie bis hin zu sehr großen Erscheinungen, wie in der Meteorologie und Astronomie, reichen die Anwendungen des neuen Supercomputers.

Von einem Triumph für die Wissenschaft sprach Rektor Karlheinz Töchterle bei der feierlichen Inbetriebnahme des neuen Supercomputers „Leo II“. Er dankte allen Beteiligten für ihr Engagement, insbesondere auch Forschungsvizektor Tilmann Märk, unter dessen Federführung die Finanzierung der über eine halbe Million Euro teuren Anlage aus Mitteln des Uni-Infrastrukturprogramms ermöglicht wurde. Die Universität Innsbruck konnte sich dabei mit einem interdisziplinären Konzept gegen zahlreiche Mitbewerber durchsetzen. Märk freute sich, daß seine vor fünf Jahren formulierte Vision von der Schwerpunktbildung Früchte trägt. „Die Zusammenarbeit innerhalb und über Fachgrenzen hinaus bietet viele Vorteile“, so der Vizektor für Forschung, „auch bei der Ressourcenvergabe, wie dieses Paradebeispiel zeigt.“ Tirols Wissenschaftslandesrat Bernhard Tilg zeigte sich beeindruckt von den Möglichkeiten, die das Hochleistungsrechnen der Wissenschaft heute bietet und wünschte den beteiligten Forschungsgruppen viel Erfolg. Zum Abschluß der Festveranstaltung führte die Koordinatorin der Forschungsplattform „Scientific Computing“, Prof. Sabine Schindler, einige wissenschaftliche Höhepunkte mit Hochleistungscomputern an der Universität Innsbruck vor.

Die neue Rechenanlage

verfügt über 1008 Prozessoren mit einem Hauptspeicher von jeweils 4 Gigabyte und einer Taktgeschwindigkeit von 2.5 GHz. An externem Speicherplatz stehen den NutzerInnen insgesamt 32 Terabyte zur Verfügung. Besonderes Augenmerk wurde bei der von IBM gelieferten Anlage auf den Energieverbrauch gelegt. Mit einem effizienten Kühlsystem konnte der Stromverbrauch auf 40 KW gesenkt werden, das entspricht einer



Foto: Universität Innsbruck

»Leo II« liefert Rechenpower für die Erforschung von kleinsten Phänomenen, wie in der Quantenphysik und der Molekularbiologie, bis hin zu sehr großen Erscheinungen, wie in der Meteorologie und Astronomie.

Energie- und Kostenersparnis von 100.000 Euro über die gesamte Lebensdauer. Die über eine halbe Million Euro teure Anlage wurde mit Mitteln aus dem Uniinfrastrukturprogramm des Bundes finanziert. Die Universität Innsbruck konnte sich dabei mit einem interdisziplinären Konzept gegen zahlreiche Mitbewerber durchsetzen. Getauft wurde der Supercomputer auf den Namen „Leo II“. „Diese neue Anlage wird die Forscherinnen und Forscher einen bedeutenden Schritt weiterbringen und so die Universität Innsbruck auch im internationalen Wettbewerb stärken“, ist die Koordinatorin der Forschungsplattform „Scientific Computing“, Prof. Sabine Schindler, überzeugt. Neben der Grundlagenforschung werden auf dem Supercomputer auch anwendungsorientierte Fragestellungen wie in der Mechanik und der Baustoffforschung gelöst.

Anwendung: Simulierte Galaxien

Mit aufwendigen numerischen Simulationen studiert die Innsbrucker Astrophysik die Wechselwirkung von Galaxien mit ihrer Umgebung. Dabei wird die Entwicklung von mehr als 1 Milliarde Teilchen über einen Zeitraum von 9 Milliarden Jahren berechnet.

Über mehrere Wochen sind über 5 Billionen Rechenoperationen pro Sekunde nötig, um ein solche Simulation durchzuführen. Das sind fast 10 Trillionen Rechenschritte. Die Ergebnisse benötigen 10 Terabyte an Speicherplatz. Mit solchen Simulationen auf dem neuen Supercomputer „Leo II“ wollen die Physiker herausfinden, warum Galaxien im Laufe der Zeit ihre Form und Farbe verändern und welche Faktoren dabei eine Rolle spielen.

Forschungsplattform »Scientific Computing«

Arbeitsgruppen aus zehn Fakultäten und insgesamt 29 Instituten haben sich an der Universität Innsbruck in der Forschungsplattform „Scientific Computing“ zusammengeschlossen, um Ressourcen und Wissen gemeinsam zu nutzen. Darüber hinaus werden damit die interdisziplinäre Forschung und forschungsgeleitete Lehre, die koordinierte Einwerbung von Drittmitteln und der Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Seit 2004 haben die Innsbrucker Forscher insgesamt 38 Millionen Euro an Forschungsmitteln eingeworben. Jedes Jahr erscheinen über 300 wissenschaftliche Veröffentlichungen. ■

Neue Pilotanlage der Stadt Wien für solare Kühlung

MA 34 und »PUMA« errichteten »multifunktionelle« Solaranlage

Die solare Pilotanlage versorgt mehrere Büroräume in der Theodor-Sickel-Gasse 4-6, in denen die Abteilung „Betrieb und Technisches Service“ der MA 34 untergebracht ist, mit Warmwasser, dient als Raumheizungsunterstützung und liefert bei sommerlichen Temperaturen angenehme Abkühlung. Auf den relativ neuen Aspekt der solaren Kühlung wird besonderes Augenmerk gelegt: Um deren Gebrauchstauglichkeit und Effizienz für den Magistrat zu prüfen, wird das Forschungsunternehmen Arsenal Research das Projekt zwei Jahre lang wissenschaftlich begleiten. Am 14. Mai stellten Vizebürgermeister Michael Ludwig, Christine Fohler-Norek, Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien, Dominik Schreiber, Leiter des Programms Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien („PUMA“), und Josef Neumayer, Leiter der MA 34 – Bau und Gebäudemanagement, das neue Forschungsprojekt vor.

„Der Einsatz von Solaranlagen stellt durch die emissionsfreie Wärmelieferung auch in urbanen Lebensräumen wie Wien einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas und der Umwelt dar. Nachdem die Temperaturen durch den Klimawandel weltweit ansteigen, entwickelt sich nun auch die solare Kühlung zu einem zunehmend interessanten Bereich. Denn elektrisch betriebene Kompressionskältemaschinen verbrauchen immens viel Energie und nicht überall ist der Einsatz von umweltfreundlicher Fernkälte möglich. Daher hat es sich die Stadt Wien zur Aufgabe gemacht, innovative Technologien zu erforschen und weiterzuentwickeln. So wurde eine der möglichen Varianten zur Kühlung von Räumen, eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, beim Neubau der Rettungsstation in der Wallgasse in Mariahilf errichtet. Mit der solaren Pilotanlage in der Theodor-Sickel-Gasse setzen wir einen weiteren Schritt, um umweltfreundliche und energiesparende Möglichkeiten zur Kühlung von Gebäuden zu testen und zu optimieren. Zur Realisierung des Projekts haben nicht nur verschiedene Abteilungen des Magistrats im Rahmen einer hervorragenden Zusammenarbeit beigetragen, sondern auch das renommierte Forschungsunternehmen Arse-



Foto: RK / Schaub-Walzer

Vizebürgermeister Michael Ludwig

nal Research wurde als Partner ins Boot geholt“, betonte Ludwig.

Die Errichtungskosten für die solare Pilotanlage, mit der Büros mit insgesamt ca. 200 m² Fläche gekühlt werden, betrugen rund 100.000 Euro. Rund 65.000 Euro wurden von der MA 34 und rund 35.000 von „PUMA“ getragen. Die Evaluierung durch Arsenal Research wird von der MA 27 - EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung, finanziert.

„Eine der Tätigkeiten des Programms ‚Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien‘ ist, die Magistratsabteilungen bei der stetigen Verbesserung ihrer Umweltleistung zu begleiten. So auch hier: Wir haben die solare Kühlung gerne und ganz bewußt finanziell unterstützt, weil wir dadurch den erstmaligen Einsatz dieser wirklich innovativen Technologie innerhalb der Stadtverwaltung mit ermöglicht haben. Wir erzielen damit Erfahrungswerte für diese Form der Sonnenenergienutzung, die auch bei anderen Projekten einfließen können“, unterstrich Dominik Schreiber, Leiter des Programms Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien.

„Speziell bei Bürogebäuden und gewerblichen Objekten stellt der Stromverbrauch,

der auf Grund der Klima- und Lüftungsanlagen entsteht, einen immer größer werdenden Anteil am elektrischen Energieverbrauch dar. Oberstes Ziel im Wiener Klimaschutzprogramm ist es daher, den Kältebedarf so gering wie möglich zu halten. Dort, wo dennoch Kälte bereitgestellt werden muß, speziell in Nicht-Wohngebäuden, soll dies jedoch möglichst klimaschonend erfolgen. Vor allem Kältemaschinen auf Basis von Fernwärme und Solarenergie sowie die Nutzung von Wärmepumpen im Kühlbetrieb – bei gleichzeitiger Nutzung der Wärme – kommen dafür in Frage“, erklärte Christine Fohler-Norek, Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien.

Funktionsweise der Pilotanlage für solare Kühlung

Die von den Sonnenkollektoren erhitze Wärmeträgerflüssigkeit wird mittels eines Wärmetauschers dazu verwendet, um eine Kältemaschine anzutreiben. Diese erzeugt mit Hilfe der solaren Antriebsenergie die für die Kühlung notwendige Kälte. Die dabei überschüssige thermische Energie wird über einen Kühlturm an die Außenluft abgeleitet, die Kälteenergie wird im Puffer gespeichert und über das Rohrsystem und die Konvektoren für die Raumkühlung verwendet. Der Vorteil der Adsorptionskältemaschine ist der für diese Prozesse extrem geringe Bedarf an elektrischem Strom. Die frei programmierbare Regelung wird auf die Stör- und Überwachungszentrale der MA 34 aufgeschaltet.

Technische Daten:

- * Adsorptionskälteanlage mit 7,5 kW
- * Rückkühler 20 kW
- * Flachkollektoranlage 32,4m²
- * Heizungspufferspeicher 1.500 l
- * Kältepufferspeicher 1.000 l
- * Elektrische Anschlußleitung ca. 200 W

Die Stadt Wien fördert die Errichtung von Solaranlagen und schüttete von 1. Januar 2007 bis 1. Mai 2009 Fördermittel im Ausmaß von insgesamt 1,7 Mio. Euro für die Errichtung von insgesamt 767 Solaranlagen aus. ■

Metalle mit Diamanten

Ein interfakultäres Forschungsteam untersucht an der TU Wien formstabile und wärmeleitende Werkstoffkombinationen für die Kernfusion.



Foto: Technische Universität Wien

H.-P. Degischer, Michael Schöbel, Christoph Eisenmenger-Sittner, Christian Edtmaier, Siegfried Huemer, Helmut Böhm (v.l.)

MaterialwissenschaftlerInnen entwickeln Verbundwerkstoffe, die aus unterschiedlichen Materialien miteinander kombiniert sind, um neue, maßgeschneiderte Eigenschaftsprofile anbieten zu können. ForscherInnen der Technischen Universität (TU) Wien haben vielversprechende Metallmatrix-Verbundwerkstoffe untersucht, die sehr gut Wärme leiten, mechanischen Belastungen bis 550 Grad standhalten können und sich bei erhöhter Temperatur nur wenig ausdehnen. Eine mögliche Anwendung dieser Werkstoffkombinationen ist im derzeit in Bau befindlichen Kernfusionsreaktor ITER in Cadarache, in Frankreich, wo man sie zur Kühlung der ersten Wand des Versuchsreaktors einsetzen will. Auch bei der Leistungselektronik für Motoren und Computer spielt verbesserte Wärmeabfuhr eine immer größere Rolle. Gelingt es nicht die überschüssige Wärme abzuleiten, kann die Leistung der Rechner nicht mehr gesteigert werden.

Als Kühlmaterialien können die Matrix-Verbundwerkstoffe nicht zuletzt auch in Raketentriebwerken zum Einsatz kommen.

Vier TU-Institute arbeiten an den Werkstoffkombinationen im Rahmen eines EU-Projekts des 6. Rahmenprogrammes mit dem Titel EXTREMAT, welcher für „New Materials for Extreme Environments“ steht. „Wir haben einige Metallmatrix-Verbund-

werkstoffe und deren Verbindung untersucht, die aussichtsreich für die Anwendung in Kühlkörpern für Kernfusionsreaktoren, in Raketentriebwerken oder in der Leistungselektronik sind. Die Charakterisierung dieser heterogenen Materialien fällt in unseren Kompetenzbereich“, so Professor H. Peter Degischer, Leiter des Instituts für Werkstoffwissenschaft und Werkstofftechnologie der TU Wien. Kupfer und Silber weisen eine gute Wärmeleitfähigkeit auf, sind aber wegen des relativ hohen Ausdehnungskoeffizienten nicht ausreichend formstabil bei Temperaturänderungen. Außerdem sinkt ihre Festigkeit dramatisch mit erhöhter Temperatur.

„Ab 300 Grad verformt sich Kupfer wie Butter.“ Die Verstärkung mit Siliziumkarbid- oder Wolframfasern mit etwa 0,1 Millimeter oder Kohlenstofffasern mit weniger als 1/100 Millimeter Durchmesser erhöht die Festigkeit und die Formstabilität ohne die Leitfähigkeit zu vermindern. Eine Kombination aus Silber mit circa 0,1 Millimeter großen Diamantteilchen, die durch zarte Siliziumbrücken verbunden sind, erachtet Degischer für die Leistungselektronik als am aussichtsreichsten. Mittels Simulationsrechnungen wurden sowohl die inneren Spannungen als auch die Wärmeleitfähigkeit in Abhängigkeit von der inneren Architektur der Ver-

bundwerkstoffe vorhergesagt. Das Metallwerk Plansee könnte für diese neuen Werkstoffe eine industrielle Produktion aufbauen.

„Bei unseren Untersuchungen am Synchrotron, einer besonders brillanten Röntgenquelle in Grenoble, zeigte sich, wie sich die dreidimensional verschränkten Komponenten der Verbundwerkstoffe beim wiederholten Aufheizen und Abkühlen unterschiedlich verformen. Darüber hinaus konnte man auch feststellen ab wann in mikro-tomographischen Aufnahmen Ablösungen an den inneren Verbindungsflächen sichtbar werden. Letztere entstehen wiederum durch innere Spannungen während Temperaturänderungen. Die leitende Verbindung zur Kühlplatte wurde mit Hilfe neuer Beschichtungsverfahren möglich“, so Degischer.

Von TU-Seite haben Chemiker (Ass.Prof. C. Edtmaier), Physiker (Prof. C. Eisenmenger-Sittner), Mikromechaniker (Prof. H. Böhm) und Werkstoffwissenschaftler neben zwei österreichischen Partnern und anderen 35 europäischen Forschungsinstitutionen und Firmen am Forschungsprojekt „EXTREMAT“ mitgearbeitet. Vier Doktoranden führten die wissenschaftlichen Arbeiten für den Projektteil der TU erfolgreich durch, wofür in den vergangenen 4 Jahren fast 1 Million Euro aufgewendet wurde, die die EU-Kommission zu etwa 50 Prozent förderte. ■

Jugendstil pur!

Josef Maria Auchentallers Heimkehr nach Wien – Ein Künstler der Wiener Secession – Jugendstilsommer im Leopold Museum



Josef Maria Auchentaller: »Plakat Seebad Grado«, 1906, Farblithografie auf Papier, 62 x 88,5 cm, Druck: Albert Berger, Wien

Er war einer der wichtigsten Künstler des Wiener Jugendstils, Weggefährte von Gustav Klimt, Kolo Moser und Josef Hoffmann und ist doch erstaunlicherweise heute nur wenigen Kunstkennern bekannt: Josef Maria Auchentaller. Das Leopold Museum widmet dem Jugendstilkünstler von 11. Juni bis 21. September 2009 die erste umfassende Retrospektive in Österreich „Jugendstil pur! Josef Maria Auchentaller“ ist der Titel der Schau, mit der das Museum den einzigartigen Zauber einer verklungenen Epoche einfängt. Die Ausstellung, die zuvor in Gorizia und Bozen zu sehen war, umfaßt rund 300 Werke, die von der Vielseitigkeit Auchentallers zeugen. Neben Gemälden, Zeichnungen und Plakaten sind auch zahlreiche Entwürfe für die Secessionszeitschrift *Ver Sacrum* sowie Schmuckstücke und Fotografien zu sehen. Zahlreiche Objekte werden zum ersten Mal in einem Museum gezeigt.

Die Ausstellung schildert den künstlerischen Werdegang Auchentallers, von seiner Ausbildung an den Akademien in Wien und München über die einschneidende Beeinflussung durch die Secession bis zu jener Zeit, als er sich in Grado niederließ, wo er sich der Landschafts- und Porträtmalerei widmet.

Die aus Südtirol stammenden Vorfahren von Josef Maria Auchentaller hatten sich bereits im 17. Jahrhundert in Trient niedergelassen. Dort wurde für den ursprünglichen Namen Auckentaller die italienische Schreibweise „Auchentaller“ gewählt. Der Vater des Künstlers, Josef Michael Franz Auchentaller, ein wohlhabender Seidenhändler, übersiedelte schließlich in die Donaumetropole. Dort kam Josef Maria am 2. September 1865 zur Welt. Wenige Tage zuvor, am 23. August, starb, in der Hinterbrühl bei Mödling vor den Toren Wiens, der wohl be-

deutendste österreichische Maler des 19. Jahrhunderts, Ferdinand Georg Waldmüller. Am 1. Mai des Jahres hatte der 35jährige Kaiser Franz Josef die Ringstraße, den Wiener Prachtboulevard eröffnet.

Über Auchentallers Kindheit ist nur wenig bekannt. Nach dem Abschluß der Realschule beginnt er mit dem Studium an der Technischen Hochschule. Seine Neigung zu den schönen Künsten manifestiert sich vehement. Er besuchte den Kurs für Figurenzeichnen bei Wenzel Ottokar Noltsch, einem Schüler des Historienmalers Joseph von Führich und eine Vorlesung von Joseph Bayer: „Die ästhetischen Prinzipien der Renaissance“. Konsequenter nächster Schritt: Auchentaller verläßt die Technische Hochschule und wechselt auf die Akademie der bildenden Künste, wo er 1886 bis 1889 die Malklasse des Historien-, Genre und Porträtmalers Franz Rumpler besuchte, der in jenen

Kultur

auch Kolo Moser unterrichtete. Eine frühe Auszeichnung für die beste Zeichnung nach der Antike führt zu einem Aufschub des Militärdienstes, den er schließlich 1889/90 in Innsbruck absolviert. 1890 tritt er in die Spezialschule des Akademiedirektors Leopold Carl Müller, des „Orientmüller“ ein. 1891 heiratet er Emma Scheid, Tochter des vermögenden Schmuckfabrikanten Georg Adam Scheid, der dieser Verbindung alles andere als wohlwollend gegenüber stand. 1892 wird seine Tochter Maria geboren, die sich tragischerweise im Alter von nur 22 Jahren das Leben nimmt. Im selben Jahr übersiedeln die Auchentaller nach München, wo der Künstler bei Paul Höcker die Malklasse besucht. Mit Höcker, dem Wiener Maler und späteren Secessionsgründungsmitglied Wilhelm List sowie Arthur Langhammer, einem Freund des aus Österreich stammenden Adolf Hölzel, verbrachte er den Sommer 1893 mit Pleinairmalerei.

1893 wird Auchentaller beauftragt, vier Gemälde für das Wiener Raimundtheater zu schaffen. Die Werke sind leider heute verschollen. Das auf Initiative von Bürgern errichtete Raimundtheater wurde 1893 als Sprechtheater und Gegenpol zum Operettenübergewicht in anderen Theatern eröffnet. Als künstlerischer Beirat fungierte der umstrittene Schriftsteller und gefürchtete Kritiker Hermann Bahr.

Ab 1896 arbeitet Auchentaller auch für die Münchner Avantgardezeitschrift „Jugend“. Die Umschlaggestaltung der 25. Nummer des ersten Jahrganges der Wochenzeitschrift stammt von Auchentaller. Es handelt sich um die Veröffentlichung seiner Arbeit „Jugend geh' mit der Zeit“, mit der er bei einem Wettbewerb für das Jugend-Titelblatt den dritten Preis erreicht hatte.

Eine Italienreise im Jahr 1897 beeindruckt den Künstler zutiefst, vor allem die Werke der Renaissance, allen voran von Raffael und Tizian beeinflussen sein Schaffen. Der Nachhall antiker Formen und Bewegung, die ihm bei seiner Reise begegnet waren, ist in seinen Werken für das Musikzimmer der Villa Scheid, so zum Beispiel im „Elfenreigen“ zu spüren. 1897, im Gründungsjahr der Wiener Secession kehrt Auchentaller zurück nach Wien. Um 1900 entwirft Auchentaller großartige Plakate und kunstgewerbliche Gegenstände unter anderem für die „G.A.S. Silber-Schmuckfabrik“ seines Schwiegervaters, Stoffmuster für Backhausen. Von 1898 bis 1904 arbeitet Auchentaller für die Secession. Er nimmt an zehn Ausstellungen teil, ist teils für die Aus-

stellungsarchitektur verantwortlich. Für das offizielle Organ der Secession, „Ver Sacrum“ schafft er hervorragende Illustrationen. Das 8. Heft des IV. Jahrganges (1901) ist zur Gänze Auchentaller gewidmet. Bei der berühmten XIV. Secessionsausstellung im

Grado zu wagen, isolierte ihn zusehends von der Wiener Kunstszenen, obwohl er im Winter in Wien weilte. Emma und Josef Maria Auchentaller eröffneten 1904 die „Pension Fortino“, die auf dem Gelände der ehemaligen napoleonischen Bastion von Julius



Zeichnung zu »Ver Sacrum«, 1901, publiziert in »Ver Sacrum«, Jg. IV, Nr. 1, S. 4
Tusche und Goldfarbe auf Papier, 25 x 24,5 cm

Jahr 1902, die Ludwig van Beethoven gewidmet war, gestaltet er den Fries „Freude schöner Götterfunken“. Gustav Klimt schuf für dieselbe Ausstellung den „Beethovenfries“, der Max Klingers Beethovenstatue umrahmte.

Er war einer jener Künstler, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts an der Wiener Kunstrevolution teilgenommen hatten. Der Maler und Grafiker war mehr als ein Jahrzehnt lang aktiver Protagonist der Secession, die 1897 von Gustav Klimt in Wien gegründet worden war. Er hatte, teilweise auch als Verantwortlicher, an vielen der um 1900 organisierten Secessionsausstellungen mitgewirkt und mit der Zeitschrift „Ver Sacrum“, dem offiziellen Organ der Secession, zusammengearbeitet. Bei der VII. Internationalen Kunstausstellung in München gestaltet Auchentaller den österreichischen Saal. Seine Entscheidung, Wien schon im Jahr 1902 zu verlassen und zusammen mit seiner Frau Emma das „touristische“ Abenteuer

Mayreder, dem Bruder des Architekten Karl Mayreder, der mit der berühmten Frauenrechtlerin Rosa Mayreder verheiratet war – entworfen wurde. Auchentaller selbst sorgte für den Fassadendekor. Vor dem Krieg verbrachten unter anderem auch seine Künstlerfreunde Carl Moll, Maximilian Kurzweil, Max Liebenwein, Alfred Roller oder der berühmte Jugendstilarchitekt Otto Wagner unbeschwerte Tage im Hotel der Auchentaller.

Im Ersten Weltkrieg wird die Villa von den italienischen Militärbehörden beschlagnahmt. Die Auchentaller flüchten ins Hinterland. 1919 wird ihnen das Eigentum zurückerstattet. Die Pension wird zu einem Treffpunkt der Gesellschaft aus ganz Mitteleuropa. Im Laufe des zweiten Weltkrieges versiegt der internationale Touristenstrom. Nach dem ersten Weltkrieg widmet sich Auchentaller der Landschaftsmalerei, es entstehen Veduten von Grado und Stilleben. Die Auchentaller sind 1926 bei Viktor und Martha Thonet in der Villa Lehenhof bei



© Archiv Erben Auchentaller

Mödling vom Frauenberg, 1885, Bleistift und Tusche auf Papier, 18,6 x 27,7 cm, Privatsammlung

Scheibbs zu Gast. Der Fabrikant Viktor Thonet ist ein Exponent der Bugholzmöbel-dynastie Thonet. Seine Frau Martha ist Emma (Scheid) Auchentallers Schwester. Die Thonets übernehmen später die von Auchentaller 1898-99 für das Musikzimmer der Villa Scheid in Wien entworfenen Gemälde. Es handelt sich um eine der ersten Umsetzungen von Musik in Malerei. Die Werke inspirieren sich an Beethovens 6. Symphonie, der „Pastorale“. 1926 schreiben die „Pepi“ und Emma Auchentaller ins Gästebuch der Thonets: „Nichts tut alten Leuten wohler, als von Liebe und Aufmerksamkeit umgeben zu sein“. So haben wir in Eurem Heim sorglose Tage der Ruhe und des Behagens genossen und danken Euch tausendmal für Eure Güte.“ 1944 verstirbt Emma 77-jährig im letzten Kriegsjahr. Vier Jahre später stirbt Auchentaller im Alter von 84 Jahren in der Adriastadt.

Ein wichtiger Teil des Auchentaller'schen Oeuvres befindet sich seit Jahrzehnten in Privatsammlungen der Erben, vergleichsweise wenige Arbeiten befinden sich in öffentlichen Sammlungen. Einige Hauptwerke gelten als verschollen. Die unveröffentlichte Doktorarbeit von Vera Vogelsberger (Inns-

bruck, 1985) stellte den ersten wichtigen Schritt zur Aufarbeitung des Werkes von Josef Maria Auchentaller dar. Der 2007 im Alter von nur 49 Jahren viel zu früh verstor-



Plakat Aureol, 1898, Farblithografie auf Papier, 94,7 x 61,1 cm, Druck: J. Weiner, Wien

benen Kunsthistorikerin ist der Katalog zur Ausstellung gewidmet.

Durch die aktuelle Publikation rückt Auchentaller wieder in die erste Reihe der Künstler des Jugendstils. Die Ausstellung ermöglicht allen Kunstliebhabern erstmals nach dem Tod des Künstlers einen umfassenden Blick auf das beachtliche Werk eines für das Verständnis des Phänomen Jugendstil äußerst wichtigen Kunschaffenden und Organisators.

Das Verdienst von Prof. Rudolf Leopold ist es, die Ausstellung zum Werk von Auchentaller nach Wien gebracht zu haben. Das Leopold Museum, das die wohl bedeutendste Sammlung des Wiener Jugendstils beherbergt, ist der ideale Ausstellungsort für die Auchentaller-Schau. Gemeinsam mit Roberto Festi ist es gelungen, die Erben und Privatsammler zu bewegen, ihre Werke zur Verfügung zu stellen.

Zur Ausstellung ist ein von Kurator Roberto Festi herausgegebener zweisprachiger Katalog erschienen: „Josef Maria Auchentaller. Ein Künstler der Wiener Secession. 1865-1949, deutsch – englisch, 240 S., Edizioni esaExpomostre. ■

<http://www.leopoldmuseum.org>

Das neue Tiroler Volkskunstmuseum

Von außen läßt die strenge Fassade kaum erahnen, welch aufregende Veränderungen sich im Tiroler Volkskundemuseum vollzogen haben.



Foto: Tiroler Volkskunstmuseum / Gerhard Watzek

80 Jahre nachdem das Museum im ehemaligen Franziskanerkloster in der Innsbrucker Universitätsstraße eröffnet wurde, präsentiert es sich im neuen Glanz – mit neuen, oft überraschenden, auf jeden Fall aber spannenden und abwechslungsreichen Schwerpunkten. Das Tiroler Volkskunstmuseum beherbergt die größte und bedeutendste Sammlung Kulturgut aus dem alten Tirol. Die vielfältigen Themengebiete sind nun in sechs Ausstellungsbereiche strukturiert. Dazu kommt eine multimediale Vorschau, welche die BesucherInnen auf die Bedeutung der Hofkirche und ihrer Kunstschatze aufmerksam macht.

Ein Ver-führer

Die Luzifer-Figur aus dem Nikolausspiel von Stumm (Zillertal), ist der Ver-führer in und durch das neue Tiroler Volkskunstmuseum. Er ist der Provokateur, das Enfant terrible in der schönen, wohl geordneten Mu-

Foto: TLM/Montage Headquarter



Luzifer – der Höllenfürst aus dem Nikolausspiel – führt nun durch das neue Tiroler Volkskunstmuseum

Kultur

seumswelt. Luzifer thront deshalb vor dem Ausgang ins Museum über einem kulturellen „Schwemmhaufen“. Dabei ist nicht klar, ob es sich um kulturelles Erbe oder einfach nur um eine Menge Unrat handelt. Luzifer weist damit symbolisch auf die schmale Grenze zwischen Kulturgut, Weggeworfenes und nicht mehr Gebrauchtes hin. Wer entscheidet, was in einem Museum gesammelt wird, und was nicht? Was kann gar nicht gesammelt werden, weil es hierfür keine materiellen Relikte gibt? Was ist im Museum Inszenierung, was Original? An einzelnen Stellen konfrontiert Luzifer die Besucher in Form von Leuchtschriften deshalb mit irritierenden Fragen. Luzifer hinterfragt und „verführt“, hinter die Kulissen und Fassaden zu blicken. Luzifer regt zum Nachdenken an: Warum erfährt das Handwerk eine solche Betonung? Was hat es mit den prachtvollen Festtagstrachten und der Selbstinszenierung auf sich? Luzifer, die Figur aus dem Zillertaler Nikolausspiel, avanciert zum heimlichen Begleiter der MuseumsbesucherInnen.

Ausstellungsbereiche

Die einzelnen Ausstellungsbereiche konzentrieren sich auf einen bestimmten Schwerpunkt. Einem Interessierten werden aber auch die zahlreichen Verknüpfungen nicht verborgen bleiben. Das Erdgeschoß steht ganz im Zeichen von Krippen – jenen Miniaturdarstellungen des Evangeliums, die seit dem späten 18. Jahrhundert aus dem Kirchenraum in die Stuben gewandert sind und mit großer Kreativität ästhetisch ausformuliert wurden. Gerade weil sie Mittelpunkt häuslicher Andacht waren, waren sie seither offen für eine Vielzahl von Einflüssen und regionalen Eigenheiten. Durch eine im Vorraum gezeigte Projektion steht der Besucher mitten in einer Krippe und wird so ein Teil von ihr. Dadurch erfährt er von zahlreichen Details der in den beiden anschließenden Räumen gezeigten Krippen und wird so auf die faszinierenden Kunstwerke vorbereitet und zum genau Schauen animiert.

Der Bereich über dem Kreuzgang im ersten Stock führt durch das „Pralle Jahr“. Dargestellt wird ein Jahreszyklus, der durch kirchliche Feste, ausgelassene Feiern, vielfältige Bräuche aber auch arbeitsreiche Zeiten bestimmt ist. Der im Boden eingelassene Kalender korrespondiert mit den ausgestellten Stücken im jahreszeitlichen Ablauf. Während beim „Prallen Jahr“ das Leben in der Öffentlichkeit und in der Gemeinschaft im Mittelpunkt steht, widmet sich der zweite Stock dem von Ängsten und Gefahren ge-



Das »Pralle Jahr«: Dargestellt wird ein Jahreszyklus, der durch kirchliche Feste, ausgelassene Feiern, vielfältige Bräuche aber auch arbeitsreiche Zeiten bestimmt ist.



Blick von »Kaiser Maximilians letzter Wille« in die Vorschau zur Hofkirche



Die Welt um 1500 in der Vorschau zur Hofkirche.

Fotos: TLM

Kultur

prägten Prekären Leben im privaten Raum. Thematisiert werden die Lebensabschnitte von der Schwangerschaft bis hin zum Tod mit den unterschiedlichen Jenseitsvorstellungen wie Fegefeuer oder Ewiges Leben. Wie eine Spur zieht sich durch die „Rites de passage“ – die Übergangsriten – die Darstellung des irdischen Versuchs, Unheil durch Segen und Magie, Bitte und Dank zu bewältigen.

Die museale Präsentation des Lebens nach dem Tod ist dabei nicht nur Endpunkt des Ausstellungsteils, sondern auch inhaltlicher Übergang zur Hofkirche. Denn nachdem die BesucherInnen das Bild vom „Letzten Gericht“ bewundern konnten, betreten sie die Lettner-Empore der Hofkirche, um auf das Grabmal Kaiser Maximilians zu blicken.

Mit ihrer Fülle an Exponaten lädt die Studiensammlung zum vergleichenden Schauen und Studieren ein. Die Schwerpunkte dieses Ausstellungsteils liegen auf den Produkten der Hausindustrie, dem Handwerk, und auf den Bereichen Hab und Gut sowie Erben. Die materiellen Relikte sind in den alten Vitrinen zu bewundern. Gerade durch die Menge an außergewöhnlichen Gegenständen werden soziale Ungleichheiten oder regional unterschiedliche Erbsitten deutlich.

Ein nach historischen Vorbildern rekonstruiertes Fotostudio um 1900 will den romantischen Blick auf Sein und Schein der Trachten vermitteln. Die 48 handgeschnitzten Figurinen – überlebensgroße Holzfiguren, in stattliche Tiroler Festtagstrachten gekleidet – sind Ausdruck der Idealisierung auf eine um 1900 bereits abgelegte Kleidung. In der Tracht fokussierten sich Wünsche nach Beständigkeit, Sehnsüchte nach einer als authentisch wahrgenommenen Natur oder Bedürfnisse nach der Echtheit im Ländlichen. Die Ausstellung der Trachten verfolgt nicht den Anspruch einer historisch-didaktischen Präsentation, sondern bringt den idealisierten Lebensentwurf zum Ausdruck.

Einen bekannten Höhepunkt bilden die getäfelten Stuben aus der Gotik, der Renaissance und dem Barock. Sie stammen aus Nord- und Südtirol sowie dem Trentino und waren einst nicht in Bauernhäusern eingebaut, sondern fast ausschließlich im adeligen oder bürgerlichen Umfeld. Die für das Museum eigens angefertigten Hörspiele hauchen den alten Räumen neues Leben ein und lassen Geschichte spürbar werden.

Vorschau Hofkirche

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Besichtigung der Hofkirche gelegt. Den



Die museale Präsentation des Lebens nach dem Tod



Das Photoatelier im Ausstellungsbereich »Schein und Sein«



Die 48 handgeschnitzten Figurinen – überlebensgroße Holzfiguren, in stattliche Tiroler Festtagstrachten gekleidet – sind Ausdruck der Idealisierung auf eine um 1900 bereits abgelegte Kleidung.



Foto: Tiroler Volkskunstmuseum / Gerhard Watzek

Die mystisch anmutende museale Präsentation des Lebens nach dem Tod ist auch inhaltlicher Übergang zur Hofkirche.

BesucherInnen wird mit spektakulären und multimedialen Bildern die historische Bedeutung dieses Monumentalwerks mit den ideengeschichtlichen Hintergründen näher gebracht. Die BesucherInnen werden so für die europäische Dimension des Kaisergraves sensibilisiert und zum genauen Hinschauen angeregt.

Personal Digital Assistant – der Museumsguide

Die Schaulust der Besucher wird weder bei den herausragenden, noch bei den filigranen Gegenständen durch langatmige Beschriftungen gestört, denn das Museum geht auch in der Informationsvermittlung neue Wege und leistet dabei Pionierarbeit. In allen Ausstellungsbereichen kommt der PDA, der Personal Digital Assistant, zum Einsatz. Er ist und kann viel mehr als die bisher bekannten Audioguides, ist er doch mit einem Strichcodelesegerät ausgestattet. Durch Ab-scannen der kleinen Codes bei den Vitrinen und wichtigen Objektgruppen und Objekten erhält man Informationen über den ausgewählten Gegenstand, können Geräusch- und Musiksequenzen gehört oder Bilder angesehen werden. Kinder können sich mit seiner Hilfe mit den von der Museumspädagogik entwickelten Spielen, Quiz und Rätseln unterhalten. Vorbereitete Schwerpunkttouren und Rundgänge für Erwachsene ergänzen die umfangreichen Möglichkeiten des PDA. Alle Informationen sind freilich nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Italienisch und Englisch abrufbar. Den kleinen

Handcomputer erhalten die BesucherInnen ohne Aufpreis an der Museumskasse.

Historischer Charme im neuen Glanz

Kenner des alten Volkskunstmuseums werden im neuen Museum die fantastischen und einmaligen Gegenstände wiedererkennen. So manch Altbekanntes ist in die Neukonzeption eingeflossen, wie beispielsweise die Holzvitrinen in der Studiensammlung, um den Charakter eines Schaudepots zu vermitteln. Die Exponate aus der Museums-sammlung wurden behutsam in verführerische Inszenierungen und wechselnde Raumstimmungen eingebettet.

Beauftragt vom Direktor der Tiroler Landesmuseen, Wolfgang Meighörner, entwickelte das Museumsteam in enger Zusammenarbeit mit der Gestaltungsfirma Steiner Sarnen Schweiz das abwechslungsreiche Konzept für das neue Tiroler Volkskunstmuseum. Das Resultat der intensiven, über ein Jahr dauernden Arbeit ist ein vielfältiges Haus, das den BetrachterInnen auch beim mehrmaligen Besuch noch immer überraschen kann und Langeweile, Müdigkeit oder Verdruss erst gar nicht aufkommen lässt. Genau deshalb ist das Tiroler Volkskunstmuseum einen Besuch wert. ■

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>



Foto: TLM

So manch Altbekanntes ist in die Neukonzeption eingeflossen...

Die Hofkirche zu Innsbruck

Es mag viele prächtige Kirchen geben – aber wer die Hofkirche zu Innsbruck betritt, kann sich der Mystik, die dieses Ensemble ausstrahlt, nicht entziehen.

Von Christa (Text) und Michael Mössmer (Fotos)



Die Hofkirche, eines der großartigsten Denkmäler des Abendlandes, wird seit Jahren minutiös restauriert und renoviert.

Wenn man Namen so mancher historischer Persönlichkeiten ausspricht, verbindet man diese unweigerlich mit einem bestimmten Ort. Was verbinden Sie spontan mit Kaiser Maximilian I. von Österreich? Innsbruck!

Diese Stadt kann ohne den Kaiser nicht sein, der Kaiser nicht ohne die Stadt. Beide sind verwoben zu einem Band der Geschichte und wir weben weiter, indem wir die Geschichte tradieren und festigen, auf daß das Band nie zerreißen möge. Manchmal müssen wir dieses Band mit viel Tatkraft, Engagement, Geduld und Überzeugungskraft weiterweben, trotz chronischen Geldmangels in allen öffentlichen Kassen. Aber sehen wir ab von der finanziellen Last, die uns unsere alten Kulturgüter aufbürden: Es bedarf vor allem des Glaubens an das Erbe

unserer Väter, um es für kommende Generationen weiterzutragen.

Wer die Hofkirche zu Innsbruck besucht, weiß von diesem Glauben der Tirolerinnen und Tiroler zu berichten. Eines der großartigsten Denkmäler des Abendlandes wird seit Jahren minutiös restauriert und renoviert. In kaum dagewesenem Glanze präsentiert sich der Kenotaph (*leeres Grabmal, Anm.*) von Kaiser Maximilian I. seit seiner Restaurierung, die 2003 abgeschlossen wurde.

Das Grabmal, die überlebensgroßen bronzenen Figuren in dunkler Schönheit, aufgestellt zwischen roten marmornen Säulen, in Zentrum der dunkle Kenotaph mit den weißen Reliefs, die durch sachkundige Renovierung wieder Tiefenwirkung haben. Und, nicht zuletzt, überragt der zum Hauptalter hin knieende Maximilian auch aus

Bronze gegossene Figuren, die die vier „Kardinaltugenden“ darstellen.

Staunend und ehrfurchtsvoll wandelt man der Reihe der Ahnen Maximilians entlang, blickt zu den Heiligen des Hauses Habsburg empor, verliert sich in den 24 Reliefs, die Höhepunkte des Lebens und Taten Maximilians darstellen. Das schmiedeiserene Gitter, das die Reliefs vor Beschädigung schützt, ist schon Kunstwerk für sich – und verwirrt mit seiner Ornamentik, vergoldeten Blättern und Blüten, den Betrachter, wenn er zu nahe davor steht. Das war nicht immer so.

Über Hunderte von Jahren wurde das Gitter nicht mehr professionell gereinigt, geschweige denn, restauriert. Um ein wenig des ursprünglichen Glanzes zu erhalten, wurde immer nur darübergemalt. Über Generationen hat man sich – aus heutiger Sicht



Der Hochaltar war ursprünglich ein Renaissancealtar mit Pilastern und ohne Flügel, wurde aber 1755 durch einen Altar nach dem Entwurf des Wiener Hofarchitekten Nicolaus Pacassi ersetzt.

„Gott sei dank“ – nicht darübergetraut, die Reliefs zu restaurieren. Denn die Schwierigkeit liegt darin, daß auch nach einer Reinigung ein wenig Patina erhalten bleibt, die die gewisse Tiefenwirkung vermittelt. Man stelle sich vor, es war sogar einmal daran gedacht, die bronzenen Figuren einzuschmelzen, um Kanonenkugeln daraus herzustellen.

Die Hofkirche dürfte aber besonderen Schutz genießen: Während des Zweiten Weltkriegs war sie die einzige Kirche Innsbrucks, die keine Bombentreffer abbekam. Prof. Karl Pischl, Geschäftsführer des „Kuratoriums zur Erhaltung der Innsbrucker

Hofkirche“, erinnert sich: „1943 hatte man die Bronzefiguren nach Kundl gebracht, damit sie die Kriegswirren überleben – man hat den Maximilian, hat das Gitter weggebracht und anschließend den ganzen Kenotaph eingemauert.“ So gut und vorausschauend das auch war, hat es leider auch zu einigen Schäden geführt, für deren Behebung in der Nachkriegszeit keinerlei Mittel zur Verfügung standen. Marmor kann man halt nicht einfach ausbessern, das bedarf fachkundiger Arbeit.

Die Hofkirche zu Innsbruck ist Teil der Geschichte des Hauses Habsburg und un-

trennbar verbunden mit den Schicksalen Kaiser Maximilians I. (1459-1519), dessen Enkel, Kaiser Ferdinand I. (1503-1564) und Urenkel, Erzherzog Ferdinand II. von Tirol (1529-1595).

Die Hofkirche

Nun wollen wir uns einen kleinen Überblick über die Hofkirche verschaffen: Die Pläne dazu stammen vom angesehenen Trientiner Architekten Andrea Crivelli und dem aus dem deutschen Memmingen stammenden Baumeister Nikolaus Tübing, dessen Großvater übrigens das „Goldene Dach“ schuf. Er begann 1553 mit dem Bau der dreischiffigen Hallenkirche, verstarb aber fünf Jahre später. Ihm folgte der Steinmetzmei-



Sollten einmal zu Kanonenkugeln eingeschmolzen werden: die »Schwarzen Mander« in der Hofkirche.

Kultur

ster Marx della Bolla, der das große Werk, nach zehn Jahren Bauzeit, 1563, abschließen konnte.

Andrea Crivelli hat „seine“ Kirche durch die Empore, den Lettner und die Rundpfeiler aus rotem Marmor gegliedert. Die Bausubstanz ist im großen und ganzen in ihrer Ursprünglichkeit erhalten, nur das Hauptgewölbe, also das Mittelschiff, wurde während eines Erdbebens beschädigt und durch Johann Martin Gumppe Ende des 17. Jahrhunderts in barockisiertem Stil wiederhergestellt.

Der Hochaltar war ursprünglich ein Renaissancealtar mit Pilastern und ohne Flügel, wurde aber 1755 durch einen Altar nach dem Entwurf des Wiener Hofarchitekten Nicolaus Pacassi ersetzt. Die Seitenstatuen wurden 13 Jahre später, also 1768, vom Hofbildhauer Balthasar Moll geschaffen. Links vom Hochaltar befindet sich der „Fürstenchor“, von wo aus nur die kaiserliche Familie der Messe beiwohnen durfte. Er ist aus neun verschiedenen, edelsten Hölzern geschaffen und zeugt von höchster Tischlerkunst der Spätrenaissance. Später wurde der Fürstenchor fachgerecht verlängert. Auf der ge-



Das Grabdenkmal von Andreas Hofer, der 1823 als Führer des Tiroler Freiheitskampfes dort beigesetzt wurde.



Der zum Hauptaltar hin knieende Maximilian überragt auch aus Bronze gegossene Figuren, die die vier »Kardinaltugenden« darstellen.

genüberliegenden Seite ist die berühmte „Ebert Orgel“ zu bewundern, von der es weltweit nur mehr fünf geben soll. Dem chronischen Geldmangel ist es zu verdanken, daß uns diese Orgel erhalten blieb und nicht einem „moderneren“ Instrument weichen mußte. Vor dem linken Seitenaltar befindet sich das Grabmal des Weihbischofs Johannes Nasus. Links und rechts vom Kenotaph sehen wir den Paschalisaltar und Josefsaltar. Ein Blick in Richtung Hochaltar zeigt noch die Sippenheiligen des Hauses Habsburg.

Die „allgemeine“ Runde durch die Kirche führt uns schließlich zum Grabdenkmal von Andreas Hofer, der 1823 als Führer des

Tiroler Freiheitskampfes dort beigesetzt wurde. Unmittelbar gegenüber befindet sich das „Heldendenkmal für den Tiroler Freiheitskampf“. Unter dem Aufgang zur „Silbernen Kapelle“ befindet sich das Grabmal der Katharina von Loxan, 1580/81 errichtet und durch ein Schmiedeisengitter mit Arabesken und Figuren abgeschlossen, das dem Innsbrucker Hofschlosser Hans Peck zugeschrieben wird.

Im jüngeren Teil der „Silbernen Kapelle“ befindet sich das Grabmal Erzherzog Ferdinands II., im älteren das seiner Gattin Philippine Welser (sie war die Nichte von Katharina von Loxan). Nach dem Tode Ferdinands



In Wiener Neustadt – wo sich Maximilians eigentliches Grabmal befindet – konnten die Bronzefiguren nicht aufgestellt werden, die ja Maximilian bereits 1502 selbst in Auftrag gab, das sie viel zu schwer waren, vom Kirchenboden nicht getragen werden konnten. So legte Kaiser Ferdinand I. die Errichtung eines neuen Stiftes mit Kirche und Kloster in Innsbruck – eigentlich nur für das Grabdenkmal – fest.

wurde auf Weisung des Kaiserhauses sofort ein Gitter angebracht, um eine Unstatthafte zu beseitigen: daß nämlich eine Bürgerliche mit einem Mitglied der kaiserlichen Familie in einer gemeinsamen Kapelle begraben ist. Beide Grabmale wurden von Alexander Colin geschaffen. Ihren Namen erhielt die Kapelle durch das viele Silber, mit dem der Altar verziert ist. Er zeigt die Heilige Maria, die von marianischen Symbolen umgeben ist. In einer Nische, links vom Altar, findet sich ein wahres Kleinod der Orgelbaukunst: eine Kastenorgel aus

Zedernholz im Stil der Spätrenaissance mit hölzernen Pfeifen in einem Schrankgehäuse. Sie wird, sehr zur Freude der Liebhaber Alter Musik, regelmäßig für Konzerte genutzt.

Der Bauherr

Maximilian (1459-1519) war der Sohn von Kaiser Friedrich III. und Eleonore von Portugal. Bereits als 27jähriger wurde er (1486) zum römischen König gewählt. Als sein Vater 1493 starb, folgte ihm Maximilian als Kaiser nach. Den Namen „Maximilian“ hatte er übrigens bekommen, weil der

Heilige Maximilian als Märtyrerbischof von Pannonien auf die schwere Aufgabe des jungen Prinzen im Kampf gegen die Türken hinweisen sollte. Die erste Ehe mit Maria von Burgund, Tochter des Herzogs Karl des Kühnen, war eine ausgesprochene Liebesheirat. Doch nach einem tragischen Unglück – sie stürzte von einem Pferd – starb Maria von Burgund 1482. Dieser Ehe entstammten Philipp der Schöne und Margarete. Die zweite, 1493 geschlossene Ehe mit Bianca Maria Sforza endete durch deren Tod 1510 kinderlos.

Maximilian war ein Mann zwischen den Zeiten. Die Reliefs auf dem Kenotaph stellen sein wechselvolles Leben und seine Taten dar. Maximilian, ein Mann zwischen den Zeiten, ein Mann mit Schwert und Feder. So abwechslungsreich wie sein Leben, so voller Gegensätze beherrschte er doch die ritterlichen Künste, daher auch sein Beiname der „letzte Ritter“, ein Reformator der Verwaltung und in der Kriegsführung und er bildete das neue deutsche Fußvolk aus. Es bewies sein Können auch als Schriftsteller, wie viele Schriften über Kriegskunst, Gärtnerei, Jagd und Baukunst bezeugen. Seine bekanntesten autobiographischen Werke sind „Teuerdank“ und „Weißkunig“, in letzterem er schrieb die Worte: „Wer im leben kain gedechtnus macht, der hat nach seinem tod kain gedechtnus, und demselben menschen wird mit dem glockendon vergessen“. Maximilian begann auch, gemeinsam mit seinem Sekretär Marx Treitzsaurwein, die Geschichte seines Vaters und seiner Jugend als autobiographisches Werk zu verfassen. Es blieb aber unvollendet.

Maximilian war begeisterter Anhänger des Humanismus, er ließ mittelalterliche Dichtungen sammeln, Chroniken und Handschriften, wie z. B. die berühmte Ambrascher Handschrift, abschreiben. Er war ein Reformator, ein Förderer der Wissenschaften und Künste.

Im oberösterreichischen Wels verfaßte er sein Testament, das höchst eigenwillige Bestimmungen für seine Bestattung enthält. Der Kaiser war auf seiner Reise nach Wien erkrankt und bestimmte detailliert die Zuwendungen und Stiftungen, besonders an Spitäler und Armenhäuser, über sein persöliches Eigentum und seine Sammlungen. Alle Zähne sollen ihm herausgerissen, das Haupthaar abrasiert werden. Da das von ihm 1502 beauftragte Grabmal noch nicht fertiggestellt war, verfügte er, neben seiner Mutter in der St. Georgs-Kapelle der Wiener Neustädter Burg bestattet zu werden. Das Herz sollte



ihm herausgenommen und neben seiner Gemahlin Maria von Burgund in Brügge beigesetzt werden.

Bei seinem Tod hinterließ er ein Imperium, das den Habsburgern mit Spanien, den Niederlanden und Österreich jene Hausmacht verlieh, die ihnen die Kaiserkrone für die Zukunft sichern konnte. Mit der gefürsteten Grafschaft Tirol fühlte sich Max persönlich sehr verbunden. Tirol war das erste Land in seinem ereignisreichen Leben, in dem er als von allen Ständen gerufener Landesfürst regieren durfte. Es war sein Jagdrevier, sein Rüstungszentrum und durch die Silberbergwerke seine unerschöpfliche Geldquelle. Viele seiner Ideen konnten leider nicht umgesetzt werden. Zu Lebzeiten Kaiser Maximilians dürften zum eigentlichen Grabmal nur skizzenhafte Entwürfe existiert haben. Und trotzdem ist dieser wunderbarer Kenotaph erbaut wurde, was wir seinem Enkel, Kaiser Ferdinand I., und seinem Urenkel, Erzherzog Ferdinand II., zu verdanken haben.

Als Kenotaph wird ein Grabdenkmal oder auch Scheingrab bezeichnet, das als Erinnerung für einen an anderer Stelle beigesetzten Toten dient. Es handelt sich um eine Sitte, die ihren Ursprung in der Antike hat. Vermutlich wurden Kenotaphe von wandernden Stämmen angelegt, um die Ahnen,



»Silberne Kapelle« – hier befinden sich die Grabmäler Erzherzog Ferdinands II. und seiner Gattin Philippine Welser

die ganz wo anders begraben werden mußten, weiterhin verehren zu können. Kaiser Maximilian I. wollte ein politisches Denkmal schaffen im Sinne des römisch-deutschen Kaisertums, tief verwurzelt mit der Tradition des Hauses Habsburg. Sein Glaube war die Weiterentwicklung des europäischen Kaisertums, was auch in seiner Heirats- und Adoptionspolitik ihren Niederschlag fand. Die Ehen wurden immer aus politischen Gründen geschlossen, das Herz wurde nie gefragt. Schon im Kindesalter stand fest, wer wen zu heiraten hatte. Es war schon ein seltenes Glück, so wie bei Maximilian, daß seine Ehe mit Maria von Burgund eine Liebesheirat war, und territorialer Gewinn und politisches Kalkül dennoch nicht zu kurz kamen.

Sein Sohn, Philipp „der Schöne“ (1478 - 1506), der elf Jahre vor Maximilian starb, wurde mit Johanna „der Wahnsinnigen“ verheiratet. Seine Schwester Margarete, geboren 1480, wurde bereits dreijährig also 1483, mit dem 13jährigen Dauphin verheiratet und zum französischen Hof gebracht. Aber aus dieser Heirat wurde dann schlußendlich nichts, da andere politische Interessen im Vordergrund standen. Später kam es zu der berühmten Doppelhochzeit, da Kaiser Maximilian einen Bund schloß mit König Ferdi-

hand von Aragon. Dessen Sohn Juan wurde mit Margarete und Tochter Juana (Johanna) eben mit Philipp – wie oben schon erwähnt verheiratet, der aber schon sechs Monate nach der Hochzeit starb. Aber die Heirat Philipps mit Johanna brachte die Habsburger an die Spitze Spaniens mit Süditalien und den Kolonien. Man bedenke: 1492 hat Columbus Amerika entdeckt. So wurde das mächtigste Imperium des Westens gebildet. Daß hier der Grundgedanke für eine Schaffung eines europäischen Denkmals im Sinne europäischen Kaisertum vorherrschte, kann einen nun nicht mehr verwundern.

Von der Gotik zur Renaissance

Von der Gotik zur Renaissance waren vor allem die Einflüsse italienischer Renaissance-denkmäler vorherrschend, aber auch Einflüsse von französischen und burgundisch-niederländischen Herzogsgräben waren gepaart mit der Vorgabe des antiken Totenkults, wobei zu sagen ist, daß Maximilian bei seiner Ahnenreihe recht großzügig war, ging sie doch bis zu Cäsar zurück.

Aber wie auch immer, der Gedanke an ein Ehrengrab wurde skizzenhaft festgehalten und erst sein Enkel Ferdinand I., Sohn von Philipp dem Schönen und Johanna der Wahnsinnigen und Bruder von Karl V., in dessen Reich die Sonne nie untergehen sollte, war der Erfüller des Testaments seines Großvaters.

In Wiener Neustadt konnte dieses Grabmal aus baulichen Überlegungen nicht aufgestellt werden, da die Bronzefiguren, die ja Maximilian bereits 1502 selbst in Auftrag gab, viel zu schwer waren, vom Kirchenboden nicht getragen werden konnten. So legte Kaiser Ferdinand I. die Errichtung eines neuen Stiftes mit Kirche und Kloster in Innsbruck – eigentlich nur für das Grabdenkmal – fest.

Wie schon erwähnt, nahm Maximilian das antike Vorbild als Grundlage für seinen Trauerzug. Vierzig bronzene, kerzenhaltende Figuren, die seine Ahnen und Verwandten darstellen sollten, wurden an den Münchner Gilg Sesselschreiber beauftragt, der auch die Entwürfe dafür lieferte. Einige Jahre später, 1508, zog Sesselschreiber nach Innsbruck, wo ihm in Mühlau eine alte Gußhütte zur Verfügung gestellt wurde. Gleichzeitig mit ihm kam auch Stefan Godl nach Innsbruck, der die Heiligenstatuen ausgeführt hatte. Noch nie wurden im deutschen Raum bislang so überlebensgroße Figuren gegossen. Aber die Arbeiten waren sehr gesundheitsschädlich, da durch das Erhitzen des Kupfers giftige Gase entstanden, heute unvorstellbar,



Der zum Hauptalter hin knieende Maximilian überragt auch aus Bronze gegossene Figuren, die die vier »Kardinaltugenden« darstellen.

unter welchen Umständen damals gearbeitet werden mußte.

Die erste bronzene Figur, nämlich Ferdinand von Portugal, Vorfahre der Mutter Maximilians, wurde 1509 in der Werkstatt von Peter Löffler gegossen. Interessant ist, daß die letzte Figur, die des Frankenkönigs Chlodwig, erst 1550 gefertigt wurde, und zwar vom Sohn Löfflers, Gregor. Die Löfflers waren ein berühmtes Tiroler Gießergeschlecht bis ins 17. Jhdt. Stammvater war Peter, ihm folgten Gregor, Hans Christof und Elias. Von Peter sind 14 Glocken erhalten. Die älteste von ihnen in Tirol ist die von Amras bei Innsbruck aus dem Jahre 1491,

die berühmteste ist wohl die „Maximiliana“ aus dem Jahre 1503 in der Pfarrkirche von Schwaz im Unterinntal.

Viele berühmte Künstler und Handwerker schufen diese imposanten schwarzen Figuren aus Bronze. Entwürfe stammen von Pollhaimer, Kölderer, Tiefenbrunn, Amberger und vor allem vom berühmten Albrecht Dürer. Die Figuren Dürers sind sehr leicht erkennbar, wenn man die Ahnen und Verwandten in der Hofkirche genauer betrachtet: sie sind in ihrer Darstellung nämlich viel zierlicher als alle anderen Figuren. Auch die verschiedensten Bildhauer haben mitgewirkt, neben Sesselschreiber vor allem Magt,



1564 erteilte Ferdinand II. den Auftrag, ein Gitter um das Grabmal zu errichten, um die wertvollen Marmorreliefs zu schützen.

dann Leinberger, Artusmeister und Arnberger; die Gießer waren Godl, die schon erwähnten Löfflers und vor allem auch Peter Vischer d. Ä. aus Nürnberg, der von Maximilian noch selbst beauftragt wurde. Er schuf 1513 die beiden Figuren „Gotenkönig Theoderich“ und „König Artus von England“, die Entwürfe dafür kamen von Albrecht Dürer (mit dem Blick zum Hochaltar, rechter Hand, die fünfte und achte Figur). Die dritte Figur, die Dürer entworfen hatte, stellt „Graf Albrecht IV. von Habsburg“ dar und wurde von Godl gegossen. Elf Figuren wurden bis zum Tode Maximilians 1519 fertiggestellt.

Der Kenotaph

Für den Kenotaph lieferte Florian Abel, der in Prag kaiserlicher Hofmaler war, einen originalgroßen Entwurf im Florisstil der Spätrenaissance. Er bildet den dominierenden Mittelpunkt des Grabdenkmals. Die Reliefs sollten von Abels Brüdern Bernhard und Arnold bearbeitet werden. Doch wurden davon wurden nur drei bewerkstelligt, da sie, wie Prof. Karl Pischl erzählt, „sich in Innsbruck zu Tode getrunken haben. Wir haben noch die Rechnungen über den Weinkonsum von mehr als 2500 Liter – und sie haben nur einen Bruchteil von den 24 Reliefs geschafft.“

Nach dem Tod der Brüder Abel wurde Alexander Colin aus Mecheln die Fertigstel-

lung der Reliefs aus der Ehrenpforte übertragen. An den Schmalseiten des Kenotaphs sind je vier, an den Längsseiten je acht Reliefs des flämischen Künstlers angebracht. Es handelt sich um Werke der Spätrenaissance, die den Holzschnitten der Ehrenpforte nachempfunden sind. Die Reihenfolge der Reliefs beginnt im Norden – alle Reliefs tragen Nummern. Die Tumba (sarkophagartiger Überbau eines Grabes mit Grabplatte) stammt von dem Trientiner Steinmetzmeister Hieronymus Longhi. Colin war einer der führenden Bildhauer an den Habsburger Höfen in Innsbruck, Prag und Wien, er starb 1612. Das Gesamtbild des Kenotaphs wird durch die große künstlerische Darstellung der „Vier Kardinaltugenden“ oberhalb des Grabes geprägt, die den knieenden Maximilian als Höhepunkt umrahmen. Sie wurden erst im Jahre 1584 in der Mühlauer Gußhütte gegossen, seit dem Tode Maximilians (1519) sind also bereits 65 Jahre vergangen. Die Frauengestalten stellen Prudentia, die Klugheit mit dem Spiegel, Iustitia, die Gerechtigkeit mit dem Schwert, Temperantia, die Besonnenheit mit Schale und Wassergefäß, und Fortitudo, die Tapferkeit mit der Säule, dar. Außerhalb der Hofkirche werden Colin in Hall und Schwaz (Tirol), in Meran, in Murstetten und Maria Laach (beide NÖ) weitere Grabdenkmäler und Epitaphe zugeschrieben. Die Krönung, die bronzene Statue

des knieenden Maximilian, wurde von dem sizilianischen Wandergießer Ludovico de Duca zum Abschluß der gesamten Grabmalarbeiten gegossen.

1564 erteilte Ferdinand II. den Auftrag, ein Gitter um das Grabmal zu errichten, um die wertvollen Marmorreliefs zu schützen. Als Vorbild diente das Gitter um das Grabmal der Königin Anna im Prager Veitsdom. Aber erst vier Jahre später konnte die Arbeit in Angriff genommen werden, da die beauftragten Schlosser allesamt an einer Seuche starben. Der Entwurf, ein Kunstwerk von Flechtwerkmustern, Spiralen, Blättern, Blüten, kalligraphischen Arabesken, Blechschnitten von Engeln, Wappen und krönenden Spindelblüten, stammte vom Innsbrucker Maler Paul Trabel und das Gitter wurde vom Prager Hofschlosser Georg Schmidhammer geschaffen. Das Giebelfeld über dem Doppelflügeltor zeigt das Wappen Ferdinands I. und die umlaufenden Abschlußzonen zieren die 36 Wappen seiner Besitztümer. Dieses Gitter wurde dann sozusagen als Vorbild für die Innsbrucker Gitterwerkunst genommen. Jedenfalls kann man Prof. Karl Pischl nur beipflichten, wenn er meint: „Die internationalen Experten weisen der Kirche und dem Grab Maximilians einen hohen Stellenwert zu. So wird die Hofkirche nicht nur als bedeutendstes Denkmal Tirols, sondern als großartigstes Kaisergrab in ganz Europa titu-

Kultur

liert. Außerdem weisen sie dem Maximiliangrab die Rolle der größten figuralen Denkmalsanlage des Abendlandes zu.“

Zu diesem Konzept gehören auch noch die Schutzheiligen des Hauses Habsburg. Sie wurden vom Bildschnitzer und Modellierer Leonhard Magt nach den Entwürfen vom Hofmaler Jörg Kölderer um 1514/15 und in Bronze von Meister Stefan Godl ausgeführt. Man unterteilt sie in vier Gruppen nach ihrem Aussehen und Gewändern. Wie bereits angesprochen, war Maximilian ein Mann zwischen den Zeiten. Am Beginn der Renaissance wurde die Antike wiederentdeckt und so sollten das Grabdenkmal 34 römische Büsten zieren, die nach einer Vorlage römischer Münzbilder, die Konrad Peutinger geliefert hatte, in Augsburg modelliert und in Bronze gegossen wurden. 21 Büsten wurden bei der endgültigen Aufstellung des Grabdenkmals aber nicht verwendet, sondern nach Schloß Ambras gebracht. Von dort gelangten sie ins kaiserliche Depot in Wien, wurden 1948 zurück nach Innsbruck transportiert und auf der Nordempore der Hofkirche aufgestellt. 1974 brachte man sie nach Schloß Ambras. Aber nur 20, denn die 21. Büste befindet sich im bayerischen Nationalmuseum.

Der Stilwandel dieser Zeit, also im Verlauf des 15. Jahrhunderts, war – von Italien ausgehend – eine Wiedergeburt der antiken

Kunst (also „Renaissance“), dessen Entwicklung nördlich der Alpen erst nach 1500 zum Tragen kam. Römische Kaiser, Szenen aus der antiken Mythologie wurden dargestellt. Freizügig, oft unbekleidete männliche und weibliche Figuren. Hier hat ein tiefgreifender Wandel stattgefunden, der in der Hofkirche deutlich spürbar ist. Kaiser Ferdinand I. ließ daneben auch das sogenannte „Neue Stift“ erbauen, das er 1564 zur Betreuung den Franziskanern übergab, die, wie Prof. Pischl, erzählt, aus Venedig kamen: „Als die Kirche fertig war mit dem Grabmal und den Reliefs, also so um 1568, ist ja gleichzeitig auch das Kloster dazugebaut worden. Denn zu jedem Kaisergrab und zu jeder Kaiserkirche hat es ein Kloster gegeben. Da dieses Grabmal aber leer war, wollte kein Orden dieses Kloster übernehmen – weil man die Auflage hatte, 24 Stunden für den Kaiser ‚durchzubeten‘. Und die Patres der verschiedenen Orden haben gesagt: ‚Wenn kein Leichnam da ist, für wen sollen wir beten‘. Und dann ist es nach geraumer Zeit und mit viel Überredungskunst – wahrscheinlich auch mit finanziellem Einsatz des Kaiserhauses – gelungen, Franziskaner aus Venedig hierherzubringen, die unter ganz bestimmten Auflagen diese Aufgabe übernommen haben. Auflage war, zum Beispiel, daß nur italienisch sprechende Geistli-

che hierherkommen, daß keinerlei Seelsorge damit verbunden ist und eines, was immer ein bißchen amüsant ist, daß jeder neue Pater, der in das Kloster nach Innsbruck kommt, vom Kaiserhaus komplett neu eingekleidet werden mußte. Die Orden waren schon sehr gescheit und sehr fortschrittlich damals und haben sich viel Geld erspart, indem sie jedes Jahr eine neue Gruppe von Patres vom Mutterhaus aus Venedig geschickt haben. Die sind dann jedes Jahr neu eingekleidet worden.“ Das Kloster wurde dann im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt, 1972 abgerissen und von H. Prachensky neu errichtet. Seit 1974 ist Innsbruck auch wieder Residenz des Provinzials.

Der Kenotaph in der Hofkirche zu Innsbruck ist nicht nur die größte figurale Denkmalsanlage des Abendlandes. Der Kenotaph ist ein Stück – heimischer – Kulturgeschichte, auf das nicht nur Innsbruck und Tirol zu Recht stolz sein können. Er sollte eigentlich schon längst in die Reihe des Weltkulturerbes aufgenommen sein. ■

i Innsbruck Tourismus

Burggraben 3

A-6021 Innsbruck

Telefon: ++43 / (0)512 / 59 8 50

Telefax: ++43 / (0)512 / 59 8 50-7

<http://www.innsbruck-tourismus.com>

E-Mail: info@innsbruck.tvb.co.at



Ein Blick auf die Innsbrucker Innenstadt von der Hungerburg aus: links im Bild das Tiroler Volkskundemuseum und die Hofkirche, die Hofburg, dahinter der Turm der Servitenkirche auf der Maria-Theresien-Straße, rechts die Türme von Dom und Rathaus.

Großer Auftritt

Mode der Ringstraßenzeit im WienMuseum am Karlsplatz
von 11. Juni bis 1. November 2009

Als sich die mondäne Wiener Gesellschaft in der Ringstraßenzeit neu ausstaffierte, standen Eleganz und Opulenz auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Modetrends haben im Wien Museum ihren großen Auftritt: Extravagante Ballkleider und exaltierte Hüte, Brautkleider und Trauerroben, Korsett und Stiefelette, Trotteurkostüm und Stadtpelz. Aber auch Skihose, Reitkostüm oder Tennisdress sind vertreten. Denn modernes Freizeitverhalten lockerte die strenge Etikette und brachte den Frauen ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit. Auch das Schönheitsideal veränderte sich – von der Wespentaille hin zum „gesunden“ Reformkleid, auch wenn die Widerstände dagegen enorm waren.

Was trage ich wann?

Auf der Mariahilfer Straße entstanden im späten 19. Jahrhundert große Kaufhäuser, die Konfektionsware anboten und zu Freizeiteinrichtungen für Frauen wurden, zum Beispiel die Kaufhäuser Zwieback oder Esders. Adelige und neuereiche Bürger ließen ihre Maßkleidung bei Couturiers anfertigen. Was trage ich wann? Diese Frage beschäftigte gutsituierte Damen und Herren permanent: Das Wissen um die „feinen Unterschiede“ in Geschmack und Auftreten hatte großen Einfluss auf den gesellschaftlichen Erfolg, ob beim Ringstraßen-Korso oder am Hofball. Allzu grelle Farben galt es tunlichst zu vermeiden, waren diese doch den Damen der „Halbwelt“ vorbehalten. Der Wiener Stil orientierte sich an der Modemetropole Paris, war allerdings von deren Extravaganz weit entfernt. Im Unterschied zur aufwändigen und durchwegs unbequemen Damenmode kleideten sich die Herren konservativ und funktional, entsprechend den bürgerlichen Tugenden Fleiß, Verzicht und Sparsamkeit. Um 1900 trug man einheitlich dunklen Anzug und weißes Hemd mit gestreifter Krautwatte, einzig die Uhrketten ließen ein wenig Spielraum für Individualismus zu. Auch die Ringstraßenzeit hatte ihre Mode-Ikonen: Kaiserin Elisabeth war nicht nur bei ihren sportlichen Aktivitäten stets top gekleidet, der Wiener Bürgermeister Karl Lueger – wegen seines eleganten Auftretens auch „der schöne Karl“ genannt – wurde ebenfalls vielfach kopiert. Die Toilette von berühmten



Die Näherin, 1897; Foto: Christa Losta Copyright: Wien Museum



Dora Gabillon, um 1879, Hans Markart

Schauspielerinnen oder Künstlern wie Peter Altenberg und Alexander Girardi wurde zum Stadtgespräch. Doch nicht nur die elegante Society-Welt ist in der Ausstellung ein Thema, sondern auch der Alltag der einfachen Leute abseits der noblen Salons.

Die Modesammlung des Wien Museums ist der „größte Kleiderschrank“ der Stadt und hat internationale Bedeutung. Die Ausstellung präsentiert rund 300 Highlights aus diesem prächtigen Fundus: Neben Kleidern und Ensembles (unter anderem auch Kleidung für Kinder) sind Accessoires wie Fächer, Sonnenschirme, Spazierstöcke oder Hüte zu sehen. Begleitet wird die Mode-Schau von prachtvollen Gemälden der Wiener Belle Epoque - u. a. von Hans Markart, Anton Romako und Wilhelm Gause.

Ein Rundgang durch die Ausstellung

Die Schau beginnt nicht zufällig mit den Hüten, die in der Ringstraßenzeit eine entscheidende Rolle spielten: Im Straßenbild

Kultur

fielen die steifen Zylinder der Herren und die kunstvoll detailverliebten Hutkreationen der Frauen besonders auf. Hüte waren im 19. Jahrhundert Statussymbol und Kultobjekt zugleich. Sie galten als Zeichen eines besonderen Ranges. Niemand verzichtete in der Öffentlichkeit auf den Hut, ein Symbol für Erhöhung, das Distanz erzeugt.

Das nächste Kapitel widmet sich den Kaufhäusern, die zu den Symbolen für die moderne Konsumgesellschaft schlechthin wurden: Die Warenhäuser entwickelten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch zu Freizeiteinrichtungen für Frauen, gehörten sie doch zu den wenigen Orten, die eine Frau ohne männliche Begleitung aufsuchen durfte. Heute noch bestehende Parfümerien trugen zur Demokratisierung des Luxus bei. Sie hatten die ersten Zahnpastataben im Programm und verschickten Cremes auch in die Sommerfrische.

Dessous statt Unterwäsche

„Die Frau im Korsett“ steht bis heute symbolisch für das 19. Jahrhundert. Im Einklang mit den Leistungsprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft interpretierte man einen schönen Körper und ein hübsches Gesicht als Ergebnis von „Arbeit“. Die Kosmetikindustrie boomte. 1883 präsentierte ein Parfümhersteller aus Paris auf der Weltausstellung in Amsterdam einen in Seidenpapier gewickelten Stift aus gefärbtem Rizinusöl, Hirschtalg und Bienenwachs, den direkten Vorläufer des Lippenstifts. Statt Unterwäsche sagte man nun Dessous. Die zugeknöpfte Tageskleidung lenkte die Fantasie auf das „Darunter“. Erotische Literatur und Fotos von Unterwäsche-Models fanden reißenden Absatz. Ein eigener Themenbereich widmet sich der Etikette, die extrem ausdifferenziert war. So gab es etwa Visitenkleider für den Besuch, Teekleider für den Five o'clock-Tea, Turf toiletten für den Rennplatz, Promenadenkleider für den Spaziergang und Firniß toiletten für Vernissagen. Man mußte sich mehrmals am Tag umziehen, wollte man den gesellschaftlichen Regeln entsprechen.

»Formlose Mehlsäcke«

Um Frauenemanzipation und Kleiderreform geht es in Kapitel 5 der Ausstellung. Schon um 1850 hatte die amerikanische Frauenrechtlerin Amelia Bloomer auf die Schwachstellen der Frauenmode hingewiesen. Sie setzte sich als erste öffentlich für Damenhosen ein, zog sich allerdings aufgrund des ausbleibenden Erfolgs enttäuscht ins Privatleben zurück. Die englische Arts &



Ball der Stadt Wien, 1904, Wilhelm Gause;

Copyright: Wien Museum

Crafts-Bewegung propagierte in den 1860er-Jahren lange weite Kleider, die ohne Korsett zu tragen waren. In der Folge beschäftigten sich auch Ärzte und Künstler in Deutschland, Belgien und anderen europäischen Ländern mit den Ideen der Kleiderreform. Dem Korsett wurde der Kampf angesagt. Die voluminöse Unterwäsche und Oberbekleidung der Frauen sollte bequemer Kleidung weichen, die sich den natürlichen Körperformen anpaßte. Im konservativen kaiserlichen Wien fand die kritische Auseinandersetzung mit diesen Ideen nur in sehr bescheidenem Maß statt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen

men“, meinte Rosa Mayreder, eine führende Feministin um 1900. Die neu aufkommenen Massensportarten beschleunigten die Entwicklung eines neuen Frauentyps. Erstmals sah man in aller Öffentlichkeit mutige Frauen in Hosen. Sie benutzten das Modevehikel Fahrrad, wanderten im Gebirge, fuhren Ski und sogar mit dem Auto. Gemeinsame Aktivitäten in der Natur förderten einen weniger verkrampften Umgang der Geschlechter.

Das abschließende Kapitel widmet sich der großen Zeit der Abendgarderobe. Sie begann mit dem Aufstieg des Walzers und den damit verbundenen vielen Tanzveranstaltungen nach dem Wiener Kongreß. Die elitären Nobelbälle wie der Hofball oder der Concordia-Ball gehörten zu den wichtigsten gesellschaftlichen Ereignissen während des Faschings in Wien. Hier wurde bei weitem nicht nur getanzt. Junge Mädchen wurden auf Bällen verheiratet, Geschäfte wurden abgeschlossen, Intrigen wurden eingefädelt. Der schwarze Frack entwickelte sich zur eleganten Abendkleidung für Männer. Debütantinnen trugen immer Weiß. Weniger gut situierte Bräute trauten sich hingegen oft im „Schwarzseidenen“. Weiße Brautkleider gab es überhaupt erst seit der Zeit um 1800. Maßgeblich für den Aufstieg der weißen Hochzeitsroben, Symbolen von Unschuld und Jungfräulichkeit, waren die berühmtesten adeligen Bräute ihrer Zeit. Die englische Queen Victoria, Eugénie, Kaiserin der Franzosen und Elisabeth von Österreich: Sie alle heirateten in weiß. ■

<http://www.wienmuseum.at>



Sommerstiefeletten, um 1870

fanden die Wienerinnen Mode ohne Korsett „shocking“. Die einflussreiche Salondame und Journalistin Berta Zuckermandl-Szepts bezeichnete die neuen Reformkleider als „formlose Mehlsäcke“.

„Das Rad hat mehr für die Emanzipation getan als alle Frauenbewegungen zusam-

Foto: Christa Losta / Copyright: Wien Museum

Speckbacher

Felix Mitterer schrieb zum »Gedenkjahr 2009« das Stück »Speckbacher« für die Schloßbergspiele Rattenberg. In seiner Uraufführung zeigt er den Mann an Andreas Hofers Seite.

Er galt als ein Draufgänger, Wilderer und Strategie, der durch Schlaueit und Tollkühnheit zum Volkshelden wurde. Während außerhalb des Landes nur Andreas Hofer bekannt ist, stellt Josef Speckbacher in Tirol einen der berühmtesten Protagonisten des Tiroler Freiheitskampfes von 1809 dar. Felix Mitterer widmet dem Freiheitskämpfer aus Gnadenwald sein Stück „Speckbacher“, das ab 3. Juli unter der Regie von Pepi Pittl am Rattenberger Schloßberg uraufgeführt wird.

„Über den Speckbacher ist nicht viel bekannt“, erzählt Autor Felix Mitterer, der bereits in den 90er Jahren mit umfangreichen Recherchen über den Freiheitskampf für sein TV-Drehbuch zum Hoferfilm begann. Mit dem Stück „Speckbacher“ werden die Nordtiroler Geschehnisse des Freiheitskampfes beleuchtet. Josef Speckbacher leitete das Kampfgeschehen im Tiroler Unterland nahe Wörgl. Er war auch nachweislich öfters in Rattenberg, wo er zusammen mit Andreas Hofer bei der Fronleichnamprozession teilnahm.

„Ich möchte einen möglichst spannenden Geschichtsunterricht machen“, erzählt Mitterer, der mit Regisseur Pepi Pittl faktengetreu ein Stück Tiroler Geschichte auf Rattenbergs Schloßberg bringen wird.

„In ganz Tirol ist eine Art Hofermania zu spüren, daher zeigen wir das Leben des Speckbacher. Hofer und Haspinger haben in unserem Stück nur Nebenrollen“, informiert Pittl. Mit Heinz Auer hat Felix Mitterer seinen Speckbacher gefunden. „Das Problem an Mitterer-Stücken ist oft die Besetzung, doch in Rattenberg haben wir sehr professionelle Laiendarsteller gefunden“, zeigt sich Pittl zufrieden.

In alter Tradition des Sommertheaters ist auch heuer wieder ein großes Spektakel auf Rattenbergs Freilichtbühne zu sehen: Freiheitskampf mit Pulverdampf, Wortgefechte und lautstarke Schlachten beherrschen das Szenario. Für die groß angelegten Kampfszenen wurden neben den 60 Laiendarstellern noch zusätzlich Statisten ins Boot geholt, die der Kampf- und Fechtchoreograph Francesco Cirolini zu authentischen Freiheitskämpfern ausbildete. Kämpfe und Raufereien waren selbst für den erfahrenen

Kampfhoreographen neu, der angab noch nie einen Zweikampf mit Mistgabeln und Sensen trainiert zu haben.

Rund 90 Leute sind an der diesjährigen Produktion beteiligt. Wie bereits in den Vorjahren errichtete Bau- und Zimmermeister Erich Eberharder die Bühne. Ria Mair schneiderte den Großteil der Tiroler Kostü-

me, die bayerischen Trachten und Uniformen wurden ausgeliehen. Mike Moll wird wieder für die Musik und Ton zuständig sein.

Spieltermine 2009

Insgesamt stehen 22 Aufführungen vom 3. Juli bis zum 8. August 2009 an.

<http://www.schlossbergspiele-rattenberg.at>



Autor Felix Mitterer im Kreise von »Speckbacher«-Darstellern.



Szenenausschnitt: Josef Speckbacher berät sich mit seinen Getreuen.

HAYDNGedenkTAGE in Eisenstadt



Österreichisch-Ungarische Haydn Philharmonie unter Adam Fischer mit Annette Dasch, Christoph Strehl und Thomas Quasthoff im Haydnsaal Eisenstadt.

Foto: ©HAYDN-JAHR 2009/Simlinger

Am Pfingstsonntag, dem 31. Mai 2009, jährt sich Joseph Haydns Todestag zum 200. Mal. Dieser Tag war Anlass und Höhepunkt von Gedenkfeiern und Konzerten, die als Medienereignis von Eisenstadt in die Welt hinausstrahlten.

Allein auf ORF 1 sahen 73.000 ZuseherInnen „Die Schöpfung“ unter Adam Fischer mit Annette Dasch, Christoph Strehl und Thomas Quasthoff. Und sämtliche Konzerte der HAYDNGedenkTAGE waren ausverkauft. Bundespräsidenten Heinz Fischer und der slowakische Staatspräsidenten Ivan Gašparovic(wohnten der Schöpfung im Haydnsaal bei.

Das TV-Programm am 31. Mai war der Höhepunkt des HAYDN-JAHRES 2009 im ORF. Barbara Rett führte durch die vierstündige „Matinee“ in ORF 1, die die Dokumentation von Frederick Baker „Die Schöpfung der Schöpfung“, den Pfingstgottesdienst mit der „Schöpfungsmesse“ aus Eisenstadt und das Konzert-Highlight der Haydn Festspiele Eisenstadt „Die Schöpfung“ zeigte. Gottesdienst und Konzert wurden live übertragen.

Weltweit haben sich 21 Städte von Seoul bis Sao Paulo am Projekt der Haydn Festspiele Eisenstadt „World Creation“ beteiligt <http://www.worldcreation.info>. Das Projekt ließ Haydns bekanntestes Werk „Die Schöpfung“ am 31. Mai nicht nur im ORF sondern rund um den Erdball erklingen. So dirigierten u.a. Bruno Weil in Toronto oder John Elliot Gardiner in Dresden das Werk. Der österreichische Beitrag stammt von der Österreichisch-Ungarischen Haydn Philharmonie unter Adam Fischer. Live waren ZuseherInnen in Frankreich, Finnland, Griechenland, Rumänien via TV mit dabei. Zeitversetzt zeigen auch Deutschland, Ungarn, Belgien, Großbritannien, die USA, China, Taiwan, Singapur, alle Länder Südamerikas sowie NHK (japanischer Fernsehsender mit einer technischen Reichweite von 130 Mio ZuseherInnen) die „Schöpfungsmesse“ und „Die Schöpfung“. Via Internet waren die Feierlichkeiten in über 70 Ländern zu sehen.

Im Zuge des „EBU Haydn Day 2009“ widmeten über 20 europäische Radioanstalten der EBU (European Broadcasting Union) an diesem Tag ihr Programm dem

Jahresregenten. Für Österreich steuerte Ö1 dem europaweiten Programm zwei bereits vorausgezeichnete Konzerte bei: Eines aus Eisenstadt mit der Academy of Ancient Music unter Paul Goodwin und eines aus Wien mit Nikolaus Harnoncourt und dem Concentus Musicus.

Zusätzlich fanden in Eisenstadt rund um Joseph Haydns Todestag folgende Konzerte und Veranstaltungen statt: Am 29. Mai gab das Freiburger Barockorchester unter Petra Müllejans die „Vier Vierhorn Symphonien“. Am 30. Mai war „Positiv und hoffnungsvoll“, interpretiert von der Academy of Ancient Music unter der Leitung von Paul Goodwin zu hören; beide Konzerte fanden im Rahmen der HAYDNGedenkTAGE der Haydn Festspiele Eisenstadt im Haydnsaal auf Schloss Esterházy statt. Am 31. Mai lasen Doris Mayer und Erwin Steinhauer mit musikalischer Begleitung in der Bergkirche „Aus Haydns letzten Tagen“. Ebendort konnten Musikbegeisterte auch die Uraufführung des „Requiem in H“ von Adriana Hölszky mit dem Arnold Schoenberg Chor erleben. ■ <http://www.haydn2009.at>

Musikalischer Beitrag für das Miteinander in der Stadt

Zukunftsweisende Zusammenarbeit zwischen dem Wiener Konzerthaus und der Brunnenpassage der Caritas der Erzdiözese Wien

Musik birgt die Chance, Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammen zu bringen“, erklärte Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny am 29. Mai bei einer Pressekonferenz anlässlich des Starts einer ambitionierten Zusammenarbeit zwischen dem Wiener Konzerthaus und dem „Kunst-SozialRaum Brunnenpassage“ der Caritas der Erzdiözese Wien. Den Auftakt bildet das Festival „Spot On: Turkey now“ am 10. und 11. Oktober 2009 im Wiener Konzerthaus mit zahlreichen gemeinsam mit der Brunnenpassage realisierten Projekten, darunter ein „Sing Along-Konzert“, „Saturdance“ oder zweisprachige Märchenstunden. „Diese Kooperation leistet einen Beitrag für das Miteinander im Alltag, für die gegenseitige Wertschätzung und damit für den sozialen Frieden. Und gerade in einer Zeit, in der rassistische Äußerungen und Vorfälle beinahe auf der Tagesordnung stehen und rechtsgerichtete Parteien die Angst und Unsicherheit vor dem Fremden schamlos für ihre politischen Zwecke mißbrauchen, brauchen wir als Gegenpol viele solcher Projekte“, betonte Mailath.

„Bei der Kooperation der Brunnenpassage mit dem Wiener Konzerthaus geht es um ernsthafte künstlerische Auseinandersetzung, gepaart mit dem Anliegen, Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Bildungsstandes, ihres sozialen Backgrounds zu Kunst und Kultur zu bringen“, fuhr der Kulturstadtrat fort. „Die Öffnung einer großen Kulturinstitution wie dem Wiener Konzerthaus durch eine langfristige Kooperation mit der Brunnenpassage ist für die Wiener Kulturlandschaft äußerst begrüßenswert.“

Kerres: »Kulturelle Vielfalt Österreichs erlebbar machen«

„Die Zusammenarbeit zwischen der Brunnenpassage und dem Wiener Konzerthaus macht das Bewußtsein um die Wichtigkeit der kulturellen Vielfalt Österreichs erlebbar“, beschrieb der Intendant des Wiener Konzerthauses, Bernhard Kerres, die Beweggründe für die Kooperation. „Das Wiener Konzerthaus öffnet sich seit zwei Jahren



Foto: RK / Pressefoto Votava

StR. Andreas Mailath-Pokorny, Werner Binnenstein-Bachstein, Generalsekretär der Caritas der Erzdiözese Wien, und Bernhard Kerres, Intendant des Wiener Konzerthauses vor dem »KunstSozialRaum Brunnenpassage« (v.l.)

verstärkt, indem es aus dem Haus hinaus auf die Menschen – bisher vor allem in Schulen – zugeht, um sie in das Wiener Konzerthaus einzuladen. Musik bewegt alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Hintergrund – auf Musik basiert die Kooperation zwischen der Brunnenpassage und dem Wiener Konzerthaus.“

Binnenstein-Bachstein: »Musik kann Brücken zwischen Menschen bauen«

Die Brunnenpassage am Ottakringer Yppenplatz bietet seit zwei Jahren ein reichhaltiges Kulturprogramm, einen Ort der Begegnung für Menschen verschiedenster Herkunft. Werner Binnenstein-Bachstein, Generalsekretär der Caritas der Erzdiözese Wien dazu: „In Österreich hat jeder Fünfte einen Migrationshintergrund. Musik kann Brücken zwischen Menschen bauen. Insbe-

sondere Menschen mit Migrationshintergrund finden durch die geplanten gemeinsamen Projekte mit der Brunnenpassage Zugang zu Musik. Daher bin ich sehr erfreut, daß wir mit dem Wiener Konzerthaus einen so renommierten Partner für diese kulturell spannende Kooperation gewinnen konnten.“

Die Kooperation wird über das Festival hinaus in verschiedenen gemeinsamen Projekten langfristig stattfinden. So werden bereits im Herbst 2009 unter dem Titel „Begegnung als Brückenschlag“ im Konzerthaus gastierende internationale Orchester Schulen besuchen. Der Schlagzeug-Star Martin Grubinger wird in der Brunnenpassage mit 20 bis 30 Jugendlichen einen Workshop gestalten. Das Ergebnis wird im Wiener Konzerthaus präsentiert. ■

<http://www.konzerthaus.at>

<http://www.caritas-wien.at>

100 Jahre Polizeimusik Wien

Die Polizeimusik Wien ist das älteste Polizeiorchester Europas – sie wurde vor genau 100 Jahren gegründet. Anlässlich dieses Jubiläums wurde am 28. Mai im Wiener Rathaus ein Festakt veranstaltet.

Der Dritte Präsident des Wiener Landtags, GR Heinz Hufnagl, hatte, stellvertretend für den Wiener Bürgermeister Michael Häupl, in den Festsaal des Wiener Rathauses zum Festakt geladen. Unter den Ehrengästen befanden sich die Ministerin für Inneres, Maria Fekter, der Wiener Polizeipräsident Gerhard Pürstl und der Landespolizeikommandant General Karl Mahrer. Im Rahmen der Feier bekamen vier verdienstvolle Exekutivbeamte, welche die Polizeimusik sehr geprägt haben, die „Silberne Rathausmannmedaille“ überreicht: Chefinspektor Eduard Bachner, Kapellmeister Chefinspektor Ernst Zehetner, dessen Stellvertreter Gruppeninspektor Herbert Klinger und Gruppeninspektor Gert Kolaja.

„Die Wiener Polizeimusik zeugt von sehr hoher Professionalität, von großem Engagement und musikalischer Leidenschaft. Alle Musikerinnen und Musiker haben neben ihrer Polizeiausbildung ein Studium an einer Musikausbildungsstätte absolviert. Das erklärt die hohe Qualität der Darbietungen und den Umstand, dass die Wiener Polizeimusik ein Aushängeschild der Polizei ist“, sagte Innenministerin Fekter in ihrer Festrede.

Das erste öffentliche Konzert der Polizeimusik Wien fand im Juli 1909 statt. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges kam der Musikbetrieb fast völlig zum Erliegen. Erst ab 1922 gab es wieder Aktivitäten und eine Konzerttournee. Den musikalischen Aufstieg verdankte die Polizeimusik Kapellmeister Polizeibezirksinspektor Franz Glanzl, dem ersten Leiter des Orchesters. 1945 wurden der Polizeimusik repräsentative Aufgaben wie Staatsempfänge und Akkreditierungen durch die Republik Österreich übertragen. 1951 bot das Orchester die musikalische Umrahmung des Staatsbegräbnisses von Bundespräsident Karl Renner. 1955 spielte die Polizeimusik gemeinsam mit den Wiener Symphonikern bei der großen Befreiungsfeier am Wiener Rathausplatz.

In jüngerer Vergangenheit arbeiteten Star-dirigenten wie Robert Stolz und Lorin Maazel mit der Polizeimusik Wien bei Auftritten bzw. Aufnahmen zusammen. Die musikalischen Grüße der Wiener Polizei erreichten durch Konzerte des Orchesters viele Staaten



Foto: LPK Wien

Die Polizeimusik Wien beim Festakt im Wiener Rathaus



Foto: RK / Pressefoto Votava

Bundesministerin Maria Fekter (mi.), Polizeipräsident Gerhard Pürstl (3. v. r.), und der Dritten Präsident des Wiener Landtages, Heinz Hufnagl (1.v.r.)

Europas. Heute ist die Polizeimusik ein geschätzter Kulturträger Österreichs.

Präsident Heinz Hufnagl hob in seiner Festrede die sehr große Bedeutung der Polizeimusik hervor. Er bezeichnete sie als musikalisches Aushängeschild der Bundespolizei Wien, als Sympathieträger der Sicherheits-exekutive, als emotionales Bindeglied zwischen den Bewohnern und Gästen Wiens und seiner Wiener Polizei. Hufnagl sagte ferner: „Durch ihre zahlreichen Auftritte über

die Stadt- und Landesgrenzen hinweg sind sie auch österreichweite und internationale Botschafter Wiens und bestätigen damit unseren Ruf als Weltstadt der Musik in mehrfacher Weise!“ Abschließend bedankte er sich für unzählige Stunden genussvoller Musik, für die makellose Ausrichtung und Prägung des jährlichen Polizeiballs und für ihre überzeugende, sympathieschaffende Rolle als Sendboten der Musik- und Kulturstadt Wien. ■

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Joseph Schildkraut

Schauspieler

Joseph Schildkraut, am 22. März 1896 in Wien als Sohn des international bekannten Mimen Rudolf Schildkraut geboren, stand bereits im Alter von sieben Jahren neben dem Vater auf einer Bühne in Buenos Aires. Er startete seine Ausbildung in der Juniorklasse der American Academy of Dramatic Arts (AADA) in New York, absolvierte aber nachfolgend die Seniorsklasse. Zu den mit ihm graduierten

lel zur Theateraufgabe, mit der Darstellung des noblen Chevaliers de Vaudrey in David W. Griffiths historischem Melodram „Orphans of the Storm“ („Zwei Waisen im Sturm“) neben den Schwestern Lillian und Dorothy Gish. Der Streifen, ein Markstein in der Entwicklung der Kinematografie, entstand in mehrmonatiger Dreharbeit in Orient Point auf Long Island, NY.

Der Schauspieler wandte sich anschließend nach Hollywood, das ihn mit großen Fanfaren empfing und debütierte bei der Norma Talmadge Film Corporation in dem Wüstendrama „The Song of Love“ (1923). Wie schon in der Komödie „Young April“ (1926) unter der Regie von Donald Crisp, bot ihm auch Cecil B. DeMille, der kurz zuvor eine eigene unabhängige Gesellschaft gegründet hatte, in „The King of Kings“ („König der Könige“, 1927) die Möglichkeit, im Team mit dem Vater aufzutreten. Schon in Silents vorwiegend in Hauptrollen eingesetzt, tendierte Joseph Schildkraut mit Beginn der Sound-Ära zum Charakterfach. Vorgeprägt durch die Verkörperung des Judas in „The King of Kings“ und (nach dem zweiten Hollywoodstart) des Renegaten und Generals Pascal in „Viva Villa!“



Foto: Warner Brothers

Studiofoto von Warner Brothers zu »The Life of Emile Zola«, Joseph Schildkraut in der Maske des Alfred Dreyfus

Schülern gehörten die später bekannten Hollywood-Akteure William Powell und Edward G. Robinson. Der Eleve trat 1910 am deutschsprachigen Irving Place Theatre an der unteren East Side der Hudson Metropole, 1912 bis 1916 bei Max Reinhardt in Berlin, danach bei Alfred Bernau an der Wiener Volksbühne auf. Auch im Film agierten die beiden Schildkrauts zusammen, in Österreich zuletzt im Wiener Helios-Film „Theodor Herzl, der Bannerträger des jüdischen Volkes“ (1920). Im Anschluß daran folgte Joseph Schildkraut seinem Vater in die Vereinigten Staaten, der elegante, anspruchsvolle und bald mit John Barrymore verglichene Bonvivant avancierte in eloquentem Englisch 1921 am New Yorker Garrick Theatre bereits nach der ersten Aufführung von Franz Molnárs Prosastück „Liliom“, als Partner Eva LaGalliennes, zum Star.

Seine amerikanische Filmkarriere begann wenige Wochen nach dem großen Bühnenerfolg und einem bestandenen Screen Test, paral-



Foto: Archiv Ulrich

Ona Munson mit Joseph Schildkraut in »The Cheaters« (1945)

Serie »Österreicher in Hollywood«



Fotos: Archiv Ulrich

Szene aus Cecil B. DeMilles Verfilmung des Lebens Jesu Christi: Judas (Joseph Schildkraut, re.) erhält widerwillig die 30 Silberlinge aus der Hand des Hohepriester Caaiphas (Rudolf Schildkraut, 2. v.l.)

(„Schrei der Gehetzten“, 1934), der Schilderung der Revolutionswirren in Mexiko, war er für viele Jahre einer der „sophisticated villains“ der Traumfabrik, daneben zeitweilig der verbindliche romantische Typ.

Nach dem plötzlichen Tod des Vaters wandte sich Schildkraut nach New York, er drehte 1931/32 zwei Filme in England, „Carnival“ und „The Blue Danube“ (mit der Deutschen Brigitte Helm). Von London aus war die Heimkehr in das immer noch geliebte Wien geplant. 1932 spielte er am Deutschen Volkstheater, der in Österreich bereits aufkommende Nationalsozialismus und andere Tendenzen veranlaßten ihn jedoch desillusioniert zur Rückkehr in die Vereinigten Staaten.

Das US-Kino lockte nach weiterer Bühnentätigkeit erneut. Schildkraut wirkte ungebunden bei MGM, Paramount, David O. Selznick, Republic und Centfox. Für die ausdrucksstarke Charakterisierung des zu Unrecht verurteilten und verbannten französischen Offiziers Alfred Dreyfus in der Warner Brothers-Biografie „The Life of Emile Zola“ („Leben des Emile Zola“) zeichnete ihn die Academy 1938 als ersten Nichtamerikaner in der Kategorie „Best Supporting Actor“ mit

dem Oscar aus. Es gab später keine Filmrolle mehr, die ihm größeren Ruhm eingetragen hätte.

In der Zeit von 1941 bis 1944 und von 1948 an ein weiteres Jahrzehnt widmete sich Schildkraut ausschließlich dem Theater, das er als noble Mission und moralische Institution sah. Ab 1949 arbeitete er auch für das aufkommende Fernsehen, u.a. 1953/54 hauptsächlich als Host im Rahmen einer eigenen, zwei Saisons laufenden Anthologie „Joseph Schildkraut Presents“. 1955 bis 1958 folgten 717 Auftritte in der mehrfach preisgekrönten und repräsentativen Adaptierung des Frances Goodrich/Albert Hackett-Stücks „The Diary of Anne Frank“ am New Yorker Cort Theatre, mit der unmittelbar nach Kriegsende durch Heirat in die USA gekommenen Österreicherin Gusti Huber. Mit der subtilen Gestaltung Otto Franks, des Vaters des jungen jüdischen Mädchens, erreichte Joseph Schildkraut den künstlerischen Höhepunkt und die Krönung seiner Laufbahn. Obwohl die anschließende Verfilmung durch 20th Century-Fox unter der Fehlbesetzung der Titelrolle mit der unerfahrenen Millie Perkins litt und auch wirtschaftlich nicht besonders einträglich war, bescheinigten ihm

Kritiker die Wiederholung seines Broadway-Erfolgs, wofür er 1960 eine Nominierung zum Golden Globe der Hollywood Foreign Press Association (HFPA) erhielt. Die Nominierung der Academy of Television Arts & Sciences für die Performance des Rabbi Gottlieb in der Episode „Hear the Mellow Wedding Bells“ (aus der MGM-TV-Serie „Sam Benedict“) für den Emmy Award 1963 stellte eine weitere Anerkennung dar.

Sein Hollywood-Score umfaßt an die 90 Film- und Bildschirm-Rollen. Bemerkenswert u.a. sein Auftritt in Universals ursprünglich stumm gedrehten, im Südstaatenmilieu spielenden Musical „Show Boat“ („Mississippi-Melodie“, 1929, nach einem Edna Ferber-



Joseph Schildkraut als Partner von Norma Talmadge in der Rolle eines französischen Offiziers im Wüsten-drama »The Song of Love« (1923)

Serie »Österreicher in Hollywood«

Roman und Flo Ziegfelds Bühnenproduktion), in dem er sich in der nachträglich erstellten Tonfassung vergeblich bemühte, den unverkennbaren Wiener Akzent zu unterdrücken. Er stand 1930 in MGMs deutschsprachiger Version „Die Sehnsucht jeder Frau“ der US-Originalfassung „A Lady to Love“ vor der Kamera und brillierte darüber hinaus in den monumentalen historischen Dramen Cecil B. DeMilles „Cleopatra“ (1934) und „The Crusades“ („Kreuzritter – Richard Löwenherz“, 1935), in David O. Selznicks „The Garden of Allah“ (1936), Hunt Strombergs Epik „Marie Antoinette“ (1938), bei Fox in „The Rains Came“ (1939), der Erstverfilmung des Bromfield-Bestsellers „Der große Regen“ und im Rahmen eines gediegenen Schauspieleresembles in Ernst Lubitschs liebenswerter Komödie „The Shop Around the Corner“ („Rendezvous nach Ladenschluß“, 1940) nach einem Theaterstück des Ungarn Nikolaus (Miklos) Lazslo.

Der Wiener (seit 1938 US-Bürger), aufgrund seiner Vielseitigkeit und der Verkörperung vieler Nationalitäten von Hollywood niemals nur als Mitteleuropäer abgestempelt, sicherte sich neben der soliden Bühnen-Reputation einen Platz in der Filmgeschichte als einer der größten Charakterdarsteller. Seine Erinnerungen sind in der Autobiografie „My Father and I“ von 1959 aufgezeichnet. „Pepi“ Schildkraut, dessen Karriere über 40 Jahre umspannte, dreimal verheiratet, starb am 21. Jänner 1964 während eines New-York-Aufenthalts nach einer



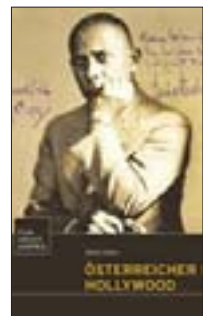
Foto: Archiv Ulrich

Joseph Schildkraut und Gusti Huber als Otto und Edith Frank in der Fox-Verfilmung des Tagebuchs ihrer Tochter Anne (1959)

Probe zur musikalischen Komödie „Café Crown“ an einer Herzattacke. Der Leichnam wurde nach Hollywood geflogen und die Asche in der Nähe der Urnen seiner Eltern im Mausoleum des Beth Olam Cemetery an der Gower Street bestattet. Die Stadt Los Angeles ehrte ihn mit einem Stern auf dem „Walk of Fame“ vor dem Haus 6780 Hollywood Boulevard (Ripley's Museum). ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



Foto: Österreichisches Filmarchiv

Joseph Schildkraut, Tyrone Power, Marilyn Knowlden, Norma Shearer und Reginald Gardiner in »Marie Antoinette«

Innsbruck: Stadt, Land, Fluß ... und vieles mehr

Ein Rundgang zu den Sehenswürdigkeiten von Innsbruck.



Foto: Österreich Journal / <http://www.moessmer.at>

Ein Blick auf die Alpenmetropole Innsbruck von der Nordkette aus gesehen.

Wer die Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck besucht, dem wird zuerst das enge Neben- und Miteinander von Kultur und Natur ins Auge fallen: An den wichtigen Verkehrslinien zwischen dem Norden und Süden, dem Osten und Westen Europas gelegen, eingebettet in die Berge der nördlichen Kalk- und der Zentralalpen war und ist die Stadt ein Ort der Begegnung, des kulturellen Austausches, des Handels, der Wissenschaften und – vor allem in jüngerer Zeit – des Sports.

Dieses Zusammenwirken ist überall sichtbar, auch mitten im historischen Stadtkern mit seinen kunstvollen Bauten, Museen und Kirchen: Der Blick von der Prachtstrasse, der Maria-Theresien-Straße, zur mittelalterlichen Altstadt schließt im Hintergrund immer auch den majestätischen Bergzug der Nordkette mit ein, jener zur barocken

Triumphpforte das moderne Signet der Stadt, die nach einem Plan von Stararchitektin Zaha Hadid auf dem Bergisel erbaute Skisprungschanze.

Wer durchs Zentrum flaniert, erfährt viel über die Geschichte der schmucken Alpenstadt: Vor allem der Habsburger-Kaiser Maximilian I. (1459-1519) hat das Bild Innsbrucks am Übergang vom Mittelalter zur Renaissance geformt. Er machte die Stadt zum Zentrum seines Reiches, das sich von Spanien und Burgund bis nach Ungarn erstreckte, und ließ das Innsbrucker Wahrzeichen, das Goldene Dachl, und das im Osten der Stadt gelegene Zeughaus erbauen, das heute ein Museum beherbergt. Für sein kunstvoll gestaltetes Grabmal plante Maximilian eine Eskorte lebensgroßer Bronzefiguren, die von herausragenden Künstlern seiner Zeit gestaltet wurden. An den 28 so

genannten "Schwarzen Mandern", die die Vor- und Nachfahren Maximilians darstellen, arbeiteten u.a. der Maler Albrecht Dürer sowie die Erzgießer Stefan Godl, Peter Fischer und Peter Löffler mit. Fertig gestellt wurden die Statuen allerdings erst unter Maximilians Enkel, Ferdinand I., der das bedeutende Renaissancekunstwerk in der Innsbrucker Hofkirche aufstellen ließ (*siehe den ausführlichen Bericht ab der Seite 76*). Sie liegt im Osten der Altstadt neben der im 15. Jahrhundert errichteten und bis zum Barock mehrmals neu gestalteten Hofburg.

Prachtvoll wie zu Maria Theresias Zeiten

Den Glanz vergangener Zeiten strahlt die Kaiserliche Hofburg zu Innsbruck in allen Räumen aus: vom Gotischen Keller bis unters schön gewölbte Dach. Nach einer

ÖJ-Reisetip

Generalsanierung der Prunkräume zeigen sich nun auch Riesensaal, Gardesaal, Lothringer-Zimmer und der Sakralbereich des Damenstifts frisch renoviert und so prachtvoll wie im 18. Jahrhundert. Wertvolle Fresken, außergewöhnlich schöne Marmor- und Holzböden, elegante Lüster und viele andere Zeichen des Reichtums und der kaiserlichen Macht schmücken die Prunkräume der Innsbrucker Hofburg. Bei ihrer Sanierung wurde besonders darauf geachtet, das Erscheinungsbild aus der Zeit Maria Theresias, um 1750 bis 1770, wiederherzustellen, wozu im Vorfeld eine genaue Befundung der Räume durchgeführt worden war. Dabei hoffte man auch – leider vergeblich –, einen Herkuleszyklus wiederzuentdecken, den Maria Theresia aus dem Riesensaal entfernen hatte lassen.

Um die Räumlichkeiten möglichst authentisch herzurichten, waren nicht nur 18.000 Blatt Gold notwendig, man mußte auch alte Wandanstriche abnehmen und stattdessen auf historische Kalktechnik zurückgreifen, Gemälde restaurieren und Böden ausbessern. Letztere sind besonders schöne Beispiele für die damalige Handwerkskunst: Im Riesensaal befindet sich ein wertvoller Steinboden, im Lothringer-Zimmer ein so genanntes Versailler Tafelparkett, und im Damenstift entdeckt man Dielenböden aus Lärche und Fichte. Mit großer Sorgfalt wurde auch das Deckenfresko von Anton Maulpertsch im Riesensaal gereinigt und entsalzt. Dazu kam die Ausstattung mit moderner Gebäudetechnik im Bereich Elektroinstallation, Brandschutz und Monitoring.

Mit dem Abschluß der Arbeiten an den Prunkräumen ist nun wieder ein großer Teil der Hofburg öffentlich zugänglich. Um die Kaiserappartements besichtigen zu können, muß man sich noch ein wenig gedulden. Sie werden bis ins Frühjahr 2010 saniert und stehen dann den Besuchern als neues Museum offen.

Doch wieder zurück zur Geschichte der Stadt: In derselben Zeit, in der – bis ca. 1600 die Hofburg errichtet wurde, entstand auch ein Großteil der Innsbrucker Altstadt Häuser, die sich – oft vier, fünf Stockwerke hoch – dicht zusammengedrängen.

Ein Blick über die Innbrücke, die der Stadt auch ihren Namen gegeben hat, gibt Aufschluß über die Hintergründe der mittelalterlichen Bauweise: Dort, am linken Innufer, wo der Hang steil zum Fluß hin abfällt, liegt der älteste Innsbrucker Stadtteil St. Nikolaus mit seinen bunten Häuserzeilen. Als der Platz zu knapp wurde, trat das im Süden



Die Prunkräume der Innsbrucker Hofburg wurden aufwendig renoviert ...



... man sagt, sie zeige sich heute prunkvoller, als sie nach ihrer Fertigstellung ...



... jemals gewesen sei. Ein Augenschein bestätigt diese Vermutung!



Mit großer Sorgfalt wurde auch das Deckenfresko von Anton Maulpertsch im Riesensaal gereinigt und entsalzt



Ein Blick aus dem Riesensaal auf die zwischen 1627 und 1640 erbaute Jesuitenkirche/Universitätskirche.

ÖJ-Reisetip

Innsbrucks gelegene Kloster Wilten in einem Tauschvertrag jenes Gebiet rechts des Flusses an die weltliche Macht ab, auf dem die heutige Altstadt entstand. Auch hier mußte man sich ein wenig bescheiden und baute schmal und hoch. Für eine repräsentable, breite Straße mit Laubengängen, die Herzog-Friedrich-Straße, in der heute Geschäfte und gemütliche Straßencafés zum Verweilen einladen, bot die Altstadt aber dennoch genügend Raum. Jene, die trotzdem hoch hinaus wollen, lädt der gotische Stadtturm zu einem Besuch ein. Er wurde in den Jahren 1442 bis 1450 als Rathausturm errichtet und überragt die Altstadt 51 Meter hoch. Wo früher ein Turmwächter Ausschau nach Feinden und Bränden hielt, genießt man heute einen herrlichen Ausblick auf die gesamte Altstadt.

Einen Blick in die Geschichte von Innsbruck erlauben Stadtarchiv/Stadtmuseum in der Badgasse. Gemälde, Stadtansichten, Fotografien, Urkunden und vieles mehr können hier in einer umfangreichen Dauerausstellung besichtigt werden. Sonderausstellungen, Lesungen und Vorträge vervollständigen das vielfältige Programm des Museums.

Rund um die Altstadt verläuft mit Rennweg, Markt- und Burggraben jene Linie, entlang derer einst die Stadtmauer verlief. Außerhalb liegen die etwas jüngeren barocken und klassizistischen Teil Innsbrucks. Hier befinden sich die Maria-Theresien-Straße mit der Annasäule, einem Standbild zum Dank für den Sieg des Tiroler Volksaufgebotes über bayerische Truppen 1703, die Triumphpforte, die 1765 anlässlich der Hochzeit von Erzherzog Leopold, einem Sohn von Kaiserin Maria Theresia, mit Maria Ludovica von Spanien errichtet wurde, der moderne Congress Innsbruck, der auf das 1629/30 erbaute und für erstaunliche 5000 Besucher ausgerichtete Comedihaus zurückgeht. Bei dessen Errichtung mögen der damalige Landesfürst Leopold V. und seine Frau Claudia von Medici in zu großem Maßstab gedacht haben – schließlich lebten zu ihrer Zeit nur 7000 Menschen in Innsbruck –, doch sagt ihr Bemühen viel über den Kunstsinn der Innsbrucker und ihrer Regenten aus.

Vor allem Erzherzog Ferdinand II. (1529-1595), der das – auf einer Anhöhe im Süden Innsbrucks gelegene – Schloss Ambras für seine Frau Philippine Welser zu einem prächtigen Renaissance-Schloß ausbauen ließ und dort umfangreiche Kunst- und Kuriositätensammlungen anlegte, die auch



Stimmung wie aus dem Bilderbuch: Dach der Hofburg und verschneite Berge



Kaiser Maximilian ließ das Innsbrucker Wahrzeichen, das Goldene Dachl, erbauen.



Der Leopoldsbrunnen vor der Hofkirche und der Kaiserlichen Hofburg



Reiterstandbild Erzherzog Leopolds V. vor der Hofburg



Ein Blick in die nächtliche Domgasse



Detail des Leopoldsbrunnen



Die Nordkette mit Kandelaber vor dem Landestheater



Eingang zur Hofkirche



Hofkirche und Hofburg mit dem Rathausturm



Andreas Hofer-Denkmal auf dem Bergisel



Die Bergiselschanze der Architektin Zaha Hadid

ÖJ-Reisetip

heute noch zu den schönsten „Wunderkammern“ zählen, erwies sich als bedeutender Förderer der Kunst (*lesen Sie darüber mehr in der „Österreich Journal“ Ausgabe 72, die ab 30. Juni 2009 verfügbar ist*).

Im 17. Jahrhundert gelangte das höfische Musikleben mit Künstlern wie Johann Stadlmayr und Marc Antonio Cesti zu voller Blüte. Als heutige Entsprechung dieser Epoche können die im Sommer stattfindenden Innsbrucker Festwochen gelten, die mit Konzerten auf Schloß Ambras, im Hofgarten und an historischen Plätzen sowie den ebenso leicht wie exquisit inszenierten Barockopern Innsbruck zu einem wesentlichen europäischen Zentrum Alter Musik gemacht haben.

Im 18., 19. und 20. Jahrhundert stieg die Zahl der Einwohner auf 130.000. Die rund um das Zentrum entstandenen Stadtteile Wilten, Pradl oder Saggen zeugen mit ihren klassizistischen (Wohn-)Bauten davon. Etwas weiter außerhalb, am Bergisel, begegnet man einem der historisch bedeutendsten Ereignisse der Tiroler Geschichte, dem Tiroler Freiheitskampf gegen die Bayern und die Franzosen unter Napoleon. In drei Schlachten 1809 blieben die Tiroler unter ihrem Anführer Andreas Hofer siegreich, in der vierten mußten sie sich der Übermacht geschlagen geben (*siehe den ausführlichen Bericht ab der Seite 46*). Von den damaligen Ereignissen erzählen eine Andreas-Hofer-Statue auf dem Bergisel und das Riesenrundgemälde, eines der letzten erhaltenen Panoramen aus dem 19. Jahrhundert. Das rund 1000 m² große Gemälde zeigt die dritte Bergiselschlacht und soll zum Gedenkjahr 2009 von seinem bisherigen Ausstellungsort in einer Rotunde in ein neu errichtetes Museum auf dem Bergisel übersiedeln.

Ebenfalls neu ist die Standseilbahn, die seit 2007 vom Congress in der Innenstadt – mit Zwischenstopp beim Alpenzoo – auf die Hungerburg führt. Das Bauwerk, dessen organisch geformte Stationen an das Fließen von Eis und Gletschern erinnern, ersetzt die vor mehr als 100 Jahren errichtete alte Bahn und entstand – wie die Bergiselschanze – nach Entwürfen von Zaha Hadid. Von ihrer Bergstation aus gelangt man in den Gondeln der Nordkettenbahn weiter auf die Seegrube (1905 m) und das Hafelekar (2330 m) im Naherholungsgebiet Nordpark, das mit viel Sonne und im Winter auch mit viel Schnee als wahres Paradies für Skifahrer, Wanderer, Mountainbiker, Drachenflieger und Paragleiter auf die Berge lockt.

Mit dem Neubau der Hungerburgbahn und der Sanierung der von Franz Baumann ge-

planten Nordkettenbahn, die als eines der wichtigsten Bauwerke der klassischen Moderne in Tirol gilt, zollt man dem Ausbau von Wintersport und Tourismus im vergangenen Jahrhundert Tribut. Denn durch den Alpinismus und die neuen (Winter-)Sportarten wie Skifahren, für deren Ausübung die Berge rund um die Stadt ideal sind, hat sich die Innsbrucker Region mit ihren einstigen Luftkurorten zunehmend zum Sport- und Tourismuszentrum gewandelt. 1964 und 1976 waren die Stadt und die sie umgebenden Dörfer und Berge sogar Austragungsort der Olympischen Winterspiele und 2005 der IIHF Eishockeyweltmeisterschaft. Letztere war auch der Anlaß für eine Erweiterung der großen Eishalle und die Errichtung einer kleineren daneben. Die so entstandene Olympiaworld ist heute nicht nur als Stätte für Profisport und Publikumseislauf beliebt,

sondern hat sich auch als Zentrum für kulturelle Großveranstaltungen etabliert.

Damit die Fußballeuropameisterschaft 2008 reibungslos über die Bühne gehen konnte, wurde auch das neben der Olympiaworld gelegene Fußballstadion vergrößert und faßt nun 30.000 Zuseher. Zusammen mit der 2005 bis 2007 generalsanierten Bobbahn in Igls, der 2001 neu gestalteten Bergiselschanze und den Skigebieten auf der Nordkette und dem Patscherkofel zeugen diese Bauten von der bedeutenden Rolle Innsbrucks als internationale Sportstadt. ■

i Innsbruck Tourismus

Burggraben 3

A-6021 Innsbruck

Telefon: ++43 / (0)512 / 59 8 50

Telefax: ++43 / (0)512 / 59 8 50-7

<http://www.innsbruck-tourismus.com>

E-Mail: info@innsbruck.tvb.co.at

Lesen Sie in der »Österreich Journal«-Ausgabe 73 u.a. Bildberichte über Schloß Ambras, die Nordkettenbahn und Feriendörfer rund um Innsbruck,



Kärntens Naturarena



Foto: Naturarena Kärnten

Neulingen oder Bikern mit Wunsch nach höherer Perfektion hilft im Naturpark Weissensee ein »personal bike guide« weiter.

Muskelspiele im Naturpark Weissensee. In Kärntens Naturarena. Kilometerlange, unverbaute Ufer an smaragdfarbenen Wellen lassen der Bewegungslust freien Lauf, ob im Fahrrad- oder Mountainbikesattel, in Jogging- oder Walkingschuhen.

Das Naturjuwel Weissensee besticht mit seinem großartigen Landschaftspanorama. Der Ostteil des Sees mit seinen Fjord ähnlichen Einschlüssen birgt eine Idylle: Nur Nadelwälder säumen die Ufer, kein Auto weit und breit – völlig unverbaut präsentieren sich zwei Drittel der Gestade von Österreichs höchst gelegenen Badesee (930 m).

Die Idylle ist jedoch nicht zum Stillsitzen gedacht: Unter dem Motto „Bewegungs-Impulse“ laden zwölf verschiedene Laufparcours, neun ausgesuchte Wanderrouen, Trails für Nordic Walking-Freunde und Mountainbike-Strecken zu Aktivitäten am „Spielplatz der Natur“ ein. Ausgebildete Fitnesstrainer kümmern sich um die Feriengäste – gleichgültig, ob sie nur schnuppern wollen oder bereits in den einzelnen Disziplinen Erfahrungen sammelten. Passende

Programme gibt's täglich von Montag bis Freitag, die Teilnahme daran ist gratis. Nach dem Sport sorgt ein Sprung in den Weissensee für Erfrischung (Wassertemperatur: 24 Grad).

Mountainbike-Neulingen oder Bikern mit Wunsch nach höherer Perfektion hilft im Naturpark Weissensee ein „personal bike guide“ weiter. Jeden Freitag nehmen er und seine Kollegen die Gruppen vom Anfänger bis zum erfahrenen Biker unter ihre Fittiche und machen mit ihnen Ausflüge. Diese fallen dann je nach Können der Teilnehmer mehr oder weniger anspruchsvoll aus: Ziel sind die urigen Almhütten, Aussichtspunkte und die ruhigen Bergwälder rund um den Weissensee. Hier lassen sich Biketouren auch mit einer Überquerung des Sees per Schiff kombinieren.

Mit der Bergbahn, die vom Weissensee auf die Naggler Alm führt, reisen Biker und Sportgerät ganz entspannt, denn die Bahn verfügt über einen MTB-Transportsessel. Oben angekommen wartet auf die Biker ein ausgefeilter Technik-Parcours, der alle mög-

lichen Schwierigkeiten im Gelände simuliert.

Zum Entspannen, Innehalten und Genießen laden an ausgesuchten Kult- und Kraftplätzen rund um den Weissensee gemütliche Sitz- und Liegegelegenheiten aus Lärchenholz ein: Im „Wohnzimmer der Natur“ am Weissensee läßt es sich gut leben.

Wasserratten fühlen sich am idyllischen Weissensee ebenfalls wohl: Wasserskifahren, Ritte auf der Banane, im Kajak paddeln, Tauchen oder einfach nur schwimmen und das Panorama genießen.

Übrigens, alle Beherbergungsbetriebe am Weissensee verfügen über einen eigenen Badestrand, eine in Österreich einzigartige Konstellation. Und diese Liege- und Spielwiesen mit flachem Zugang zum Wasser stehen den Gästen kostenlos zur Verfügung.

Der Weissensee hat sich nicht nur als eine der umweltfreundlichsten Urlaubsregionen Europas bereits einen Namen gemacht, sondern punktet auch mit seinen kulinarischen Angeboten. ■

<http://www.naturarena.com>